

ICH HABE EINIGE DOGMEN ANGETASTET ...
WERK UND WIRKEN VON FRITZ BEHRENS

»Ich habe einige Dogmen angetastet...«
Werk und Wirken von Fritz Behrens

BEITRÄGE DES VIERTEN
WALTER-MARKOV-KOLLOQUIUMS

HERAUSGEGEBEN
VON EVA MÜLLER,
MANFRED NEUHAUS
UND JOACHIM TESCH

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN 1999

ISBN 3-952725-95-X

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.
Sternwartenstraße 31
D-04103 Leipzig

Redaktion: Eva Müller, Manfred Neuhaus und Joachim Tesch

Satz: Daniel Neuhaus

Umschlaggestaltung: Hans Rossmanit

unter Verwendung eines Fotos aus dem Besitz von Hannamaria Loschinski

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

14. 12. Ergebnisse zum Thema: Fick'sches Gesetz

1. Der Stofffluss J durch eine Membran A ist durch die Fick'sche Diffusionsgleichung beschrieben. Er ist proportional zum Konzentrationsgefälle Δc und umgekehrt proportional zur Membrandicke d .

$$J = -D \frac{dc}{dx}$$
 wobei D der Diffusionskoeffizient ist. In einem Zylinder mit Querschnitt A und Länge l ergibt sich der Stofffluss \dot{N} durch $\dot{N} = J \cdot A$.
 Die Diffusionsgleichung lässt sich auch in der Form $\frac{d^2c}{dx^2} = 0$ schreiben, was die lineare Konzentrationsverteilung bestätigt.

2. Die Diffusionsgleichung lässt sich auch als Kontinuitätsgleichung $\frac{dc}{dt} + \frac{dJ}{dx} = 0$ formulieren. In einem Zylinder mit Querschnitt A und Länge l ergibt sich $A \frac{dc}{dt} + \frac{dJ}{dx} = 0$.
 Die Diffusionsgleichung lässt sich auch als Kontinuitätsgleichung $\frac{dc}{dt} + \frac{dJ}{dx} = 0$ formulieren. In einem Zylinder mit Querschnitt A und Länge l ergibt sich $A \frac{dc}{dt} + \frac{dJ}{dx} = 0$.
 Die Diffusionsgleichung lässt sich auch als Kontinuitätsgleichung $\frac{dc}{dt} + \frac{dJ}{dx} = 0$ formulieren. In einem Zylinder mit Querschnitt A und Länge l ergibt sich $A \frac{dc}{dt} + \frac{dJ}{dx} = 0$.

↓ Nach oben auf den Stofffluss

3. Bei der Fick'schen Diffusionsgleichung $J = -D \frac{dc}{dx}$ ist D der Diffusionskoeffizient. Er ist ein Maß für die Geschwindigkeit, mit der sich ein Stoff durch ein Medium ausbreitet.
 Die Diffusionsgleichung lässt sich auch als Kontinuitätsgleichung $\frac{dc}{dt} + \frac{dJ}{dx} = 0$ formulieren. In einem Zylinder mit Querschnitt A und Länge l ergibt sich $A \frac{dc}{dt} + \frac{dJ}{dx} = 0$.
 Die Diffusionsgleichung lässt sich auch als Kontinuitätsgleichung $\frac{dc}{dt} + \frac{dJ}{dx} = 0$ formulieren. In einem Zylinder mit Querschnitt A und Länge l ergibt sich $A \frac{dc}{dt} + \frac{dJ}{dx} = 0$.
 Die Diffusionsgleichung lässt sich auch als Kontinuitätsgleichung $\frac{dc}{dt} + \frac{dJ}{dx} = 0$ formulieren. In einem Zylinder mit Querschnitt A und Länge l ergibt sich $A \frac{dc}{dt} + \frac{dJ}{dx} = 0$.

»1. Der staatlich etablierte Sozialismus hat die Schranken der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht durchbrochen. Er beruht auf einer bürokratischen Produktionsweise, in der alle wesentlichen Entscheidungsbefugnisse, einschließlich des Aneignungsrechtes des Mehrproduktes, bei der sich auf das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln stützenden Bürokratie liegen. Er hat einen monopolistischen Überbau, der mit seinen Institutionen, vor allem Partei, Justiz, Militär und Polizei, die ökonomische Basis schützt, in der die Lohnarbeit nicht beseitigt ist. Die Struktur der Gesellschaft ist hierarchisch-elitär. Sie pflegt, wie schon äußerlich in Kunst und Literatur, in Uniform und Ordenswesen zum Ausdruck kommt, diese strukturstützenden Traditionen.

2. In der Gesellschaft dieses staatlich etablierten Sozialismus sind selbst die von der bürgerlichen Demokratie gewährten Rechte [...] zurückgenommen. Aus diesem Grunde sind emanzipatorische Bestrebungen wieder auf Liberalisierung statt schon auf Demokratisierung gerichtet. Sie haben einen progressiv-bürgerlichen, keinen demokratisch-sozialistischen Charakter.

3. Der Prager Frühling war bis zum 21. August 1968 eine fast ausschließlich von der Intelligenz und der Jugend getragene Bewegung, die das Ziel hatte, die stalinistisch erstarrten Verhältnisse zu liberalisieren. Der 21. August, der außenpolitische 18. Brumaire der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Paktes, die sich an der Invasion und Annexion

der ČSSR beteiligten, war insofern ein Wendepunkt, als erst dann die Arbeiter sich an dem Widerstand zu beteiligen begannen. Die Bewegung in der ČSSR hatte bis dahin mehr die Form von Fraktionskämpfen in und mit der Partei und nahm erst jetzt die Form eines Klassenkampfes an, wie in Ungarn 1956 und in Polen 1970/71. Statt Räte wollten die Reformmanager in den staatlichen Betrieben.

4. Die Losung »demokratischer Sozialismus« artikuliert Tendenzen, innerhalb der bestehenden, reaktionär-deformierten Gesellschaft eines staatlich etablierten Sozialismus liberale Formen durchzusetzen, die das Leben angenehmer, aber noch nicht sozialistisch machen. Demokratischer Sozialismus ist mit staatlichem Produktionsmitteleigentum zu vereinbaren und insoweit auch progressiv, weil bürgerliche Demokratie und ihre Republik den Kampf um den Sozialismus erleichtert. Aber demokratischer Sozialismus hebt weder die Klassen auf noch beseitigt er die Spaltung der Gesellschaft in Basis und Überbau. Er ist eine – natürlich dem Stalinismus in jeder Form vorzuziehende – Variante der bürgerlichen Gesellschaft, aber durchbricht diese noch nicht. [...]«

(Fritz Behrens: Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling. Das handschriftliche Original befindet sich im Besitz von Hannamaria Loschinski; nach ihrer Angabe entstand der Text – insgesamt 10 Thesen – in den siebziger Jahren.)

INHALT

- 9 Vorbemerkung der Herausgeber
- 11 FRITZ BEHRENS ALS MENSCH,
WISSENSCHAFTLER UND POLITIKER
- 13 *Helmut Steiner*
Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie«
des Fritz Behrens (1909–1980)
- 35 *Gerhard Müller*
Fritz Behrens als Hochschullehrer
in Leipzig (1946–1957)
- 37 *Heinrich Seickert*
Das Wirken von Fritz Behrens
als Leiter des Arbeitskreises
»Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit«
an der Deutschen Akademie
der Wissenschaften zu Berlin
- 39 *Jörg Roesler*
Behrens und Berger.
Zur Rolle des Behrens-Schülers
und Ulbricht-Beraters Wolfgang Berger
in der Wirtschaftspolitik der SED
- 54 *Rolf Emmrich*
Erinnerungen an Fritz Behrens in Leipzig
- 57 FRITZ BEHRENS' BEITRÄGE
ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE
- 59 *Herbert Wolf*
Behrens und die Anfänge
der politischen Ökonomie in der DDR
- 68 *Helmut Koziolk*
Hat die politische Ökonomie des Sozialismus
bleibende Erkenntnisse hinterlassen?
- 75 *Horst Richter*
Fritz Behrens zu Warenproduktion
und Wertgesetz im Sozialismus
- 78 *Eva Müller*
Fritz Behrens' Beiträge zur Entwicklung
der Werttheorie in der DDR
- 84 *Andreas Schüler*
Fritz Behrens, die Zeitsummenmethode
und das Problem der Aggregation
von Gebrauchswerten
- 88 *Günter Krause*
Fritz Behrens und die Geschichte
der politischen Ökonomie
- 101 FRITZ BEHRENS' VISIONEN VON EINER
SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT
- 103 *Klaus Steinitz*
Probleme einer gesellschaftlichen
Regulierung der Wirtschaft
- 114 *Uwe-Jens Heuer*
Ist demokratischer Sozialismus möglich?
- 123 *Ernst Wurl*
Die politische Utopie bei Fritz Behrens
- 133 ANHANG
- 135 *Fritz Behrens*
Erste Fassung der Rede zum Colloquium
»Kritik der politischen Ökonomie heute.
100 Jahre »Kapital« in
Frankfurt am Main im September 1967
- 142 *Fritz Behrens*
Rede zur Ehrenpromotion
an der Karl-Marx-Universität Leipzig
im Oktober 1979
- 146 Verzeichnis der wissenschaftlichen
Arbeiten und Veröffentlichungen
von Fritz (Friedrich) Behrens
- 153 Ausgewählte Literatur über Fritz Behrens
- 154 Personenverzeichnis
- 158 Autorenverzeichnis

»Ich bin mir bewußt, [...] einige Dogmen angetastet zu haben.«
 Fritz Behrens 1957

Vorbemerkung der Herausgeber

Das vierte Walter-Markov-Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen fand im November 1996 in Leipzig statt. Es war dem Werk und dem Wirken von Friedrich – bzw. Fritz, wie er selbst schon früh schrieb –, also Fritz Behrens gewidmet, eines Ökonomen und Statistikers von internationalem Rang, der viele Jahre an der Leipziger Universität als Professor für politische Ökonomie und Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät wirkte.

Was immer auch die Annalen der Wissenschafts- und Kulturgeschichte über die Entwicklung der Alma mater lipsiensis in den endvierziger und fünfziger Jahren dereinst berichten werden, unzweifelhaft dürfte sein und bleiben, daß Frauen wie Eva Lips und Männer wie Fritz Behrens – ebenso wie Ernst Bloch, Ernst Engelberg, Emil Fuchs, Gerhard Harig, Werner Krauss, Walter Markov u. a. – neuen demokratischen Geist in die Universität gebracht und eine intellektuelle Faszination bewirkt haben.

Dieses Kolloquium hat eine erstaunliche Resonanz gefunden. Frühere Kollegen und Schüler von Fritz Behrens nahmen teil, Kinder und Enkel von ihm waren anwesend, und unser verehrter Stiftungsfreund Guenter Reimann reiste aus New York an.

Wie aus dem Protokollband zu erkennen ist, wurden auf dem Kolloquium sowohl die Persönlichkeit des Gelehrten und Politikers Fritz Behrens gewürdigt als auch über die von ihm aufgeworfenen theoretischen Fragen referiert und nach weiterführenden Antworten gesucht. Das Wirken von Fritz Behrens verdeutlicht die ganze Widersprüchlichkeit der politischen Situation in der DDR: Einerseits das Bemühen, die sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung attraktiver, leistungsfähiger

zu gestalten, und andererseits die Grenzen beim Erkennen gangbarer Wege, beim öffentlichen Diskutieren darüber und beim Inangriffnehmen notwendiger Reformen.

Diese Widersprüchlichkeit prägte auch den Lebenslauf von Fritz Behrens: Perioden, in denen er hochgeschätzt, zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften berufen, mit dem Nationalpreis geehrt wurde, wechselten ab mit Perioden, in denen er an den Rand gedrängt, aus dem öffentlichen politischen und wissenschaftlichen Leben »verbannt« wurde und sein Reformkonzept nicht mehr mit anderen Wissenschaftlern erörtern konnte.

Viele haben zum Erfolg dieses Kolloquiums beigetragen. Besonders erwähnen möchten wir jedoch Helmut Steiner, der seine umfangreiche Studie zum Werk und Wirken von Fritz Behrens zur Verfügung stellte, und die Tochter von Fritz Behrens, Frau Han-namaria Loschinski, die uns wichtige Texte ihres Vaters übergab, so auch die beiden im Anhang abgedruckten Reden von Fritz Behrens, die in dieser Fassung bisher noch nicht veröffentlicht worden sind.

Im vorliegenden Protokollband sind alle Beiträge zusammengefaßt, die auf dem Kolloquium vorge-tragen und eingereicht worden sind. Im Anhang befindet sich neben den erwähnten Reden auch eine Bibliographie der wissenschaftlichen Arbeiten Behrens' und ausgewählter Veröffentlichungen über ihn.

Wir hoffen, daß Leserinnen und Leser dieses Bandes viele Anregungen zum weiteren Nachdenken über einst Erlebtes und Gedachtes finden, aber auch Bedenkenswertes zur Meinungsbildung über den heutigen Tag hinaus.

Leipzig, im Herbst 1998

**FRITZ BEHRENS ALS MENSCH,
WISSENSCHAFTLER UND POLITIKER**

HELMUT STEINER

Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980)*

ERSTE NOTIZ

Fritz Behrens' Leben ist charakteristisch für einen Typus sozialistischer Wissenschaftler aus den Anfangsjahren des antifaschistisch-demokratischen, marxistischen und sozialistischen Neubeginns nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in der späteren DDR.

Für diese erste Generation sozialistischer DDR-Wissenschaftler ist kennzeichnend:

Sie erfuhren ihre wissenschaftliche und politische Sozialisation in der Weimarer Republik sowie in der Emigration, in den Zuchthäusern oder auf zurückgezogenen Positionen Nazi-Deutschlands.

Sie waren die intellektuellen Pioniere des wissenschaftlichen, kulturellen und geistig-politischen Neubeginns in Ostdeutschland. Selbst im unmittelbar politischen Bereich bezogen sie in den Anfangsjahren herausgehobene Positionen (z.B. Parteivorstand/Zentralkomitee der SED: Werner Krauss, Robert Rompe, Wolfgang Steinitz; Volkskammer der DDR: Robert Havemann, Jürgen Kuczynski, Ernst Niekisch; Regierung der DDR: Fritz Behrens u.a.)

Ihr Marxismus- und Sozialismus-Verständnis hatte vielfältige historische, intellektuelle, politische und lebensweltliche Ausgangspunkte. Parteipolitisch waren sie früher oder später, zeitweilig oder durchgehend in der KPD, SPD, SAP, KPO u.a. organisiert; zu ihren »Universitäten« gehörten Untergrund und Illegalität, Zuchthäuser und Emigration; ihre Emigrationsländer boten unterschiedliche Erfahrungen und Erkenntnisse (Großbritannien, Mexiko, Schweden, Sowjetunion, Türkei, USA u.a.).

Da nur der geringste Teil von ihnen unmittelbare Wissenschafts-, Politik- und Lebenserfahrungen aus der Sowjetunion hatte, waren sie fast ausnahmslos von der Durchsetzung des sowjetischen ML-Marxismus in Ostdeutschland seit 1948 auf die eine oder andere Weise, früher oder später gefordert, überrascht und »betroffen«. Trotzismus, Titoismus, Sozialdemo-

kratismus, Objektivismus, Ignoranz der Sowjetwissenschaft und Verdächtigungen westlicher Geheimdienstverbindungen (nach West-Emigration) waren die Instrumente zur ersten Zurückdrängung, Verfolgung und Kriminalisierung eines namhaften Teils der frühen Vertreter des intellektuell-politischen Neuanfangs nach 1945.

Die Beschränkung und Festlegung auf den sowjetischen ML-Marxismus führte zur intellektuellen und politischen Ausgrenzung der historischen und internationalen Marxismus- und Sozialismus-Diskussion und damit zur ersten »Marxismus-Enteignung« in Ostdeutschland/DDR. Ihre ersten intellektuellen Verluste und Einschränkungen (Wolfgang Abendroth, Leo Kofler, Heinz Maus, Ernst Niekisch, Joseph Winternitz – in den Westen; Walter Markov – Parteiausschluß; Jürgen Kuczynski – Ablösung als DSF-Präsident, Klaus Zweiling – Ablösung als Chefredakteur der »Einheit«, Walter Hollitscher – Verriß seiner Vorlesungen zur Dialektik der Natur, Fritz Behrens – öffentliche Anklage des »Objektivismus« u.a.) waren Teil der unmittelbaren Folgen.

Dennoch verfolgte der größte Teil von ihnen (auch die erstmals »Angemahnten«) mit Engagement und Leidenschaft den nach 1945 eingeschlagenen Weg des gesellschaftlichen Neubeginns. (Selbst-)Beschränkungen und Anpassungen wurden Bestandteil gesellschaftlicher Lernprozesse, doch blieben die Kriterien der Wissenschaft bestimmende Grundlage ihres wissenschaftlichen Handelns und die Bezugsbasis ihrer gesellschaftspolitischen Beiträge. Fritz Behrens, Ernst Bloch, Robert Havemann, Gunther Kohlmey, Werner Krauss, Jürgen Kuczynski, Walter Markov, Hans Mayer, Alfred Meusel u.a. waren prägend für einen Teil der ersten Nachwuchsgeneration marxistischer und sozialistischer Wissenschaftler in der DDR, zum Teil waren sie sogar schulenbildend.

* *Der Beitrag wurde vorab für die Teilnehmer des Kolloquiums »Werk und Wirken von Fritz Behrens« am 9. November 1996 in Leipzig als Manuskript gedruckt.*

Die Ergebnisse und Folgen des 20. KPdSU-Parteitag-Verstand der größte Teil von ihnen als erneute Herausforderung an Marxismus, Sozialismus und an sich selbst. Ihre wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Kritiken, Vorschläge und Diskussionsbeiträge wurden jedoch nach kurzer Zeit zum Gegenstand von Hochverratsprozessen (Wolfgang Harich, Ralf Schröder, Winfried Schröder u.a.), einer öffentlichen politisch-wissenschaftlichen Revisionismus-Kampagne (Fritz Behrens, Arne Benary, Fritz Klein, Hermann Klenner, Gunther Kohlmeier, Jürgen Kuczynski, Kurt Vieweg u.a.) sowie von Anklagen und Vorwürfen nicht-marxistischer Positionen (Ernst Bloch, Hans Mayer). Es kam zu einer Art »zweiter Marxismus-Enteignung« in der DDR, indem jede abweichende Position von zentralen Parteibeschlüssen und damit jede wissenschaftliche Kritik an zentralen politischen Entscheidungen als mit dem Marxismus-Leninismus unvereinbar geahndet wurde. Der Revisionismus-Vorwurf und -Verdacht wurde im Gefolge dessen bis zum Ende der DDR zu einem beliebig einsetzbaren intellektuell-politischen Instrument gegenüber abweichenden Positionen. Durch Strafprozesse (Wolfgang Harich, Ralf Schröder, Winfried Schröder u.a.), Abkehr in den Westen (Alfred Kantorowicz, Kurt Vieweg), Zwangs-emeritierung (Ernst Bloch), Versetzung in die Praxis (Arne Benary, Uwe-Jens Heuer, Hermann Klenner), Ablösung aus staatlichen und wissenschaftspolitischen Funktionen (Fritz Behrens, Fritz Klein, Gunther Kohlmeier) mit allen dazugehörigen Parteistrafen (und den inquisitorischen Befragungen) wurde im Gefolge dessen diese erste Nachkriegsgeneration marxistischer und sozialistischer Wissenschaftler aus der ersten Reihe des wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Lebens verdrängt.

Ihr weiteres Schicksal ist durch Krankheit und Tod, Abgang in den Westen (Ernst Bloch, Hans Mayer), Rückzug auf rein wissenschaftliche Tätigkeit (Fritz Behrens, Fritz Klein, Hermann Klenner, Gunther Kohlmeier, Walter Markov) und das Nutzen der möglichen Spielräume (Jürgen Kuczynski) charakterisiert. In den 60er und 70er Jahren versuchten einige von ihnen nochmals gesellschaftlich einzugreifen, wurden aber durch erneute Revisionismus-Vorwürfe (Fritz Behrens, Hermann Klenner, Gunther Kohlmeier) und totalen Ausschluß aus dem wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Leben (Robert Havemann) endgültig

auf den Boden der geistig-politischen Tatsachen des staatssozialistischen Gesellschaftstyps geholt. Zwar wurden sie z.T. noch öffentlich geehrt (staatliche Auszeichnungen, Ehrenpromotionen u.ä.), ihr eingreifendes Mitwirken war jedoch immer weniger gefragt. Mehr noch: Die innenpolitischen Wirkungen des Einmarsches in die ČSSR 1968 und der Biermann-Ausbürgerung 1976 tabuisierten endgültig eigenständige intellektuelle Bestrebungen außerhalb der SED-Kontrolle. Damit wurden zugleich alle Vorstellungen und Überlegungen zur gesellschaftlichen Reform des Staatssozialismus kriminalisiert.

Die DDR verzichtete im Verlauf ihrer Entwicklung zunehmend auf die engagierte und kreative Mitarbeit dieses eigenständigen Typus marxistischer und sozialistischer Wissenschaftler aus den ersten Nachkriegsjahren. Fritz Behrens ist dafür ein charakteristisches Beispiel.

ZWEITE NOTIZ

Leben und Werk von Behrens lassen sich im wesentlichen in vier Phasen gliedern.

Die erste Phase umfaßt die politischen und wissenschaftlichen Studienjahre bis 1945: Maschinenbaulehre auf der Neptun-Werft Rostock, Seefahrtszeit, Heimvolkshochschule Leipzig, Studium der Volkswirtschaft und Statistik an der Universität Leipzig, Promotion 1936, Statistisches Reichsamt Berlin, Statistisches Zentralamt Prag – SAJ, SPD (1926), SAP (1931), KPD (1932).

Am 20. September 1909 wurde Fritz Behrens in einer alten Seefahrer-Familie geboren. Sein Vater war erster Steuermann und hoffte, einst ein größeres Schiff als Kapitän zu übernehmen. Den Schulbesuch brach der junge Fritz 1924 in der Sekunda der Realschule ab, um nach der Maschinenbauerlehre zur See zu fahren. Über seine Kindheits- und Jugendjahre resümiert er in seinen autobiographischen Notizen 1973/1974 wie folgt: »Ich war ein intelligenter, aber fauler Schüler, wobei diese Faulheit sich nur auf das erstreckte, was die Schule von mir verlangte. Schon früh wollte ich – wie meine Vorfahren – Seemann werden. Mein Vater war dagegen. Wir schlossen einen Kompromiß: Ich sollte erst Maschinenbauer lernen und dann zur See gehen. In diesem Fall konnte ich Maschinist werden, aber

auch an Land einen Beruf ergreifen. Im April 1924 fing ich als Maschinenbaulehrling auf der Neptun-Werft in Rostock an. Meine Lehrzeit ist ein besonderes Kapitel. Im April 1928 ging ich als Kohlentrimmer zur See – auf dem Dampfer »Glückauf«. Im August 1928 fing ich als Maschinenassistent auf dem Dampfer »Rostock« an und fuhr bis Dezember 1929. Ich kündigte – bei fünf Millionen Erwerbslosen – und fing am 15.1.1930 als Schüler der Heimvolkshochschule von Herbert Schaller in Leipzig-Connewitz an. Den Anstoß für meine Bewerbung für die Heimvolkshochschule gab Alfred Dietze. Er war Kapitäns-Steward, Leipziger, mit einem ausgeprägten Dialekt. Dietze war bei Schaller gewesen und ging anschließend als Erwerbsloser auf Tippelei. In Griechenland kam er als Steward an Bord. Wir schlossen schnell Freundschaft, obwohl er nicht standesgemäß für mich war. Ich aß in der Offiziersmesse und Dietze bediente [...] Dietze und ich verkehrten nur auf politischem Gebiet. In der Offiziersmesse war auch ein Sozialdemokrat, ein Outsider. Außerdem las ich in meiner Freizeit die »Kapital«-Ausgabe von Julian Borchardt. Ich hatte mich, weil ich meinen Plan, Maschinist – vornehmer: Schiffingenieur – zu werden, aufgab, als Schüler der Parteischule der SPÖ in Linz beworben. Dietze erzählte mir von Schaller und ich schrieb ihm. Ich erhielt Antwort und sollte einen Aufsatz einsenden. An das Thema erinnere ich mich nicht mehr. Auf einer Reise nach Leningrad schrieb ich diesen Aufsatz und schickte ihn ab. Ich erhielt eine Zusage und musterte in Holtenau ab.«

»Weihnachten war ich in Rostock – bzw. im »Waldhaus« der Rostocker SAJ und im Januar 1930 fuhr ich nach Leipzig. [...] Ich war ein sehr schüchterner und verträumter Junge, geistig vielseitig interessiert, aber ohne eigentlichen geistigen Mittelpunkt. Politisch war ich linker Sozialdemokrat, aber nur gefühlsmäßig. Auf der Werft waren meine Jugendgenossen Wilhelm Rhode, im Krieg in Leningrad, wohin er emigriert war, verschollen, Paul Biedenweg und Heinz Böhthefuhr, SS-Mann in der Nazi-Zeit. Man nannte uns – und mich speziell – »Blümchenpflücker«, weil wir nicht rauchten, nicht tranken, nicht zum Tanzen gingen und an den Wochenenden wanderten und mit kurzen Hosen gingen.«

»Eines Tages kam mein Obermeister und sagte mir vormittags: »Mein Junge, packe Deine Sachen zusammen und gehe nach Hause. Du sollst »Kohlenzieher«

werden.« Nachmittags wurde ich angemustert. Heuerbaas war Kapitän Klaff, ein Freund meines Vaters. Mein Seesack wurde gepackt und abends ging ich an Bord! Das Schiff lag am damaligen Kohlenkai in Rostock. Es hatte bereits seine 50 Jahre hinter sich: 3000 to, zwei Kessel und Handwinden zum Asche hieven. Die Kojen lagen unter den Tanks des Vorschiffs – links Heizer und Trimmer, rechts Matrosen. Wir gingen bereits am nächsten Morgen in See und um acht begann meine erste Wache. Ich mußte Asche hieven und Kohlen aus dem Reservebunker in den Hauptbunker transportieren. Das Aschehieven war nicht nur eine ausgesprochene Knochenarbeit, es gehörte auch sehr viel Geschick und Kraft dazu, die schweren Pützen mit Schlenker in einer auf Lee gelegenen Windhutze nach oben zu ziehen und sie per Muskelkraft über Bord zu schütten.«

»Es war vor 43 Jahren, am 14. Januar 1930, als ich zum ersten Mal nach Leipzig fuhr. Ich hatte als Maschinenassistent gekündigt und war Mitte Dezember in Holtenau abgemustert. Es war ein normaler Januartag, soweit ich mich erinnere. Ich fuhr in Begleitung einer Genossin, die aus Leipzig stammte und die sich mit ihrem Mann, der arbeitslos war, in Rostock aufgehalten hatte: Ihr Mann war arbeitslos – einer von 5 Millionen, und ich hatte eine Stellung mit guter Perspektive aufgegeben und fuhr dem Ungewissen entgegen. Was ich eigentlich wollte, wußte ich nicht genau – ich wollte das Andere, das ganz Andere. Ich war mit allem unzufrieden. Wir kamen am frühen Nachmittag in Leipzig an. Ich verabschiedete mich und fuhr nach Connewitz, wo in der Prinz-Eugen-Straße die Heimvolkshochschule lag, die Herbert Schaller leitete und die mein Schicksal bestimmen sollte. Doch das ahnte ich natürlich damals noch nicht. Mein Gepäck war gering – ein Koffer. Ich stieg, schon dämmerte es, am Connewitzer Kreuz aus und gelangte nach kurzem Weg zu einem eisernen Tor, das einen freien Platz abschloß, der im Hintergrund von einer Villa abgegrenzt wurde. Als ich zögerte einzutreten, kam mir ein Mädchen entgegen, das mir auf meine Frage sagte, ich sei am richtigen Ort. Dieses Mädchen hieß Hanna Meier – doch erfuhr ich das erst am nächsten Tag bei der allgemeinen Vorstellung. Ich wurde im Hause empfangen und begrüßt, erhielt mein Zimmer und mein Bett. Wir wohnten zu sechst im Zimmer. Abends beim Abendbrot wurde verabredet, noch eine

SAJ-Veranstaltung zu besuchen. Wir gingen geschlossen hin. Diese Veranstaltung in Groß-Zschocher war ein Erlebnis für mich. Die Leipziger SAJ war relativ stark und für ihre linke Einstellung bekannt. Wenn ich mir heute einbilde, daß das Mädchen Hanna Meier einen besonderen Eindruck auf mich machte, dürfte das wohl eine Täuschung sein. Doch keine Täuschung ist es, daß sie mir auffiel zwischen den anderen Mädchen. Sie hatte – der damaligen Mode entsprechend – kurzes Haar und trug einen grau-grünen Pullover. Am nächsten Tag war allgemeines Vorstellen. Wir saßen im Kreis, und jeder mußte kurz seinen Lebenslauf erzählen. Ich fiel als Seemann etwas aus dem Rahmen.«

»Herbert Schaller war ein guter Pädagoge. Er schwankte zwischen dem demokratischen Prinzip und dem *laissez-faire*, nicht ohne mitunter in den autoritären Stil zurückzufallen. Doch waren das Ausnahmen. Der Stoff, der gelehrt wurde, war Marxismus. Die Schüler und Schülerinnen waren fast ohne Ausnahme politisch organisiert, in der Mehrzahl Sozialdemokraten, meistens linke, einige Kommunisten, orthodoxe und KPO-Leute. Es wurde heftig diskutiert.«

»Hanna – was kann man von einem hübschen Mädchen anderes erwarten – fand einige Verehrer, unter denen ich anonym im Hintergrund blieb. Wir saßen im Seminarraum so, daß ich sie immer vor Augen hatte. Man könnte meinen, daß diese rein persönliche Geschichte in dem, was ich darstellen will, nebensächlich ist. Doch das Gegenteil ist wahr. Hanna wurde nicht nur mein Mädchen, wie man damals sagte. Sie wurde mir alles, was meinem Leben fehlte. Was ich später tat und plante, ich tat es nur mit ihrem Rat und nach ihrem Einverständnis. In unserem Fall war der Zufall eine Notwendigkeit. [...] Es mag Verwunderung erregen, daß ich der Begegnung mit meiner Frau einen so großen Platz einräume. Das hat wohl zwei Ursachen. Erstens hat die Begegnung mit Hanna und der Entschluß, für das Leben zusammenzubleiben, meinem Leben erst den wesentlichen Inhalt gegeben – auch die Richtung. Ich war unstet und voller Pläne. Mein Leben hatte zwar – wie ich glaubte – einen Inhalt: den Kampf für den Sozialismus. Aber ich hatte im Grunde genommen keinen Menschen, mit dem ich wirklich vertraut war. Natürlich – ich war zwanzig Jahre – spielte die Erotik eine Rolle, aber sie war es nicht allein, die mich früh an Hanna band. Ich war von dem Augenblick an, als wir uns näher gekommen

waren – es war im März 1930 –, fest überzeugt, daß wir zusammenbleiben. Das war eigentlich nie eine Frage für mich, obwohl die äußerlichen Bedingungen gar nicht so sehr dafür sprachen. Ich sah in Hanna den Menschen, der Mittelpunkt meines Lebens werden mußte – und es auch geworden ist. Der zweite Grund war unsere politische Überzeugung. Wir kamen beide aus der SAJ und hatten vom ersten Augenblick an gleiche Auffassungen.«

»Der Hauptplatz des ersten Halbjahres gebührt Herbert Schaller. Er mag damals 30 Jahre gewesen sein, war Dr. phil. und linker Sozialdemokrat. Schaller war – würde ich heute sagen – ein kritischer Optimist – auch in der Einschätzung seiner Schüler. Er war ein hervorragender Menschenkenner und dabei sehr empfindlich. Schaller war tolerant, und ich habe keinen Fall erlebt, wo er autoritär, besser despotisch werden mußte. Der Kursus war politisch – wie ich schon schrieb – heterogen zusammengesetzt. Auch das intellektuelle Niveau war nicht einheitlich. Doch Schaller ließ niemals Teilnehmer spüren, daß es mangelte. Ich hatte schon vor dem Kurs in Leipzig viel gelesen – Kant, Fichte, von Marx eine ›Kapital‹-Ausgabe von Julian Borchardt und – fast selbstverständlich – das ›Manifest‹, ›Lohnarbeit und Kapital‹ und vieles andere. Auch hatte ich versucht zu schreiben und in der Rostocker Volkszeitung anonym eine Skizze und ein Gedicht veröffentlicht. Jetzt wurde ich bald ein glühender Anhänger Rosa Luxemburgs und besonders ihrer Theorie der Spontaneität, die ja in Wahrheit die Lehre von der Freiheit der Wahl der Menschen ist.«

Leider sind über die folgenden Lebensstationen nur Aufzeichnungen über sein letztes Lebensjahrzehnt 1970–1980 (Tagebücher) und ansonsten nur vereinzelt persönliche Erinnerungen und derartige Milieuschilderungen erhalten.

Die folgenden Jahre bis 1945 faßte Behrens wie folgt zusammen:

»Ich besuchte zwei Kurse der Volkshochschule und legte im Frühjahr 1931 die Prüfung für hervorragend Begabte ab, um an der Universität in Leipzig Volkswirtschaft zu studieren. Mein Studium begann mit dem Wintersemester 1931 und schloß zunächst mit dem Diplom 1935 – nach sechs Semestern – mit dem *doctor rerum politicarum* 1936 ab. 1936 ging ich durch Vermittlung meines hochverehrten Lehrers, Professor Meerwarth, als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter nach

Berlin an das Statistische Reichsamt. Ich verließ es vor Kriegsausbruch als Hilfsreferent, um kurze Zeit als Hilfsprüfer bei der Wirtschaftsberatung Deutscher Gemeinden AG zu arbeiten. Nach Kriegsausbruch wurde ich kriegsdienstverpflichtet und arbeitete im Oberkommando der Wehrmacht, Preis- und Vertragsprüfung, bis 1941. Im Frühjahr ging ich – wieder durch Vermittlung von Professor Meerwarth – nach Prag an das Statistische Zentralamt. In Prag blieb ich bis April 1945. Die ersten Wochen der neuen Ära verbrachte ich mit meiner Frau und vier Kindern bei meinen Schwiegereltern in Wilkau-Haßlau. Im Juni wurde ich Stadtrat für Volksbildung und Jugenderziehung in Zwickau.«

Politisch war Behrens – aus der SAJ hervorgegangen – noch in Rostock 1926 Mitglied der SPD geworden, um sich auf ihrem linken Flügel in Leipzig 1931 der SAP anzuschließen und mit einem großen Teil von ihm 1932 der KPD beizutreten. Parallel dazu verlief sein unmittelbar politisches Engagement als Erster Vorsitzender der Sozialistischen Studentenschaft (SPD), als Erster Vorsitzender des Sozialistischen Studentenverbandes (SAP) sowie als Mitglied der Roten Studentengruppe und Kommunistischen Studentenfraktion (KPD) an der Leipziger Universität. Verschiedene Verbindungen zu späteren SPD- und Gewerkschaftsfunktionären der BRD hatten in dieser Zeit ihren biographischen Ausgangspunkt (z.B. zum IG-Metall Vorsitzenden Eugen Loderer und dem langjährigen Chefredakteur der »Gewerkschaftlichen Monatshefte«, Walter Fabian). Wie aus seiner unveröffentlicht gebliebenen Rezension zu Max Seydewitz' zweibändiger Autobiographie »Es hat sich gelohnt zu leben« (1976, 1978) zu entnehmen ist, hatte Behrens im Gegensatz zu Seydewitz eine unverklärtere, kritische Sicht dieser Zeit. Seine Rezension war ein knapp gefaßtes Urteil über die diesbezügliche offizielle Parteigeschichtsschreibung der DDR, der Seydewitz in seiner Darstellung folgte.

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten blieb Behrens seinen politischen Überzeugungen treu, leistete in Leipzig und Berlin illegale Arbeit, und auch aus Prag gab es Hinweise von tschechischen Kollegen, daß er Kontakte zu tschechischen Widerstandskämpfern unterhielt.

Seine noch 1936 an der Leipziger Universität verteidigte Dissertation »Das Geldkapital in den Wechsella-

gen. Zugleich eine Untersuchung über die Möglichkeit der statistischen Erfassung des Geldkapitals in den Wechsellagen« war eine in der Sklavensprache formulierte Marx-orientierte Arbeit. Die wissenschaftliche Hilfs- und Referendartätigkeit im Statistischen Reichsamt Berlin und Statistischen Zentralamt Prag ermöglichten ihm wissenschaftliche Arbeiten. Mehrere Aufsätze – im »Allgemeinen Statistischen Archiv« (1938, 1939, 1941, 1942 und 1943), in den »Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik« (1938, 1939 und 1943) und in der »Statistischen Rundschau« (1941, 1942 und 1943) über amtliche Lohnerhebungen, die Produktivität und ihre Messung, die Mittelwerte in der Lohnstatistik, die Repräsentation in der Lohnstatistik, den Zusammenhang von betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Statistik, die statistische Masse, über Preisindexziffern oder Indexziffern der Lebenshaltungskosten, methodologische Betrachtungen zum Preisvergleich in der Statistik sowie neue Wege der Lohnstatistik – zeugen von wissenschaftlicher Produktivität, politisch unverfänglicher Thematik sowie fachwissenschaftlicher Befähigung für spätere Zeiten. Auch ein nebenberuflicher Lehrauftrag für Statistik an der Karls-Universität Prag und Statistik-Lehrmaterialien in »Feldpostbriefen für Studenten der Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften« der Karls-Universität zeugen von seiner statistisch-methodischen Beschäftigung. Eine 1943 an der dortigen Fakultät in Prag eingereichte Habilitationsschrift wurde jedoch nicht angenommen.

DRITTE NOTIZ

Fritz Behrens war nach der Befreiung vom Nationalsozialismus in Zwickau und Leipzig einer der intellektuellen Pioniere des gesellschaftlichen Neubeginns. Er wurde im ersten Jahrzehnt von 1945 bis 1954 zu einem herausragenden Gesellschaftswissenschaftler und potentiell schulbildenden Hochschullehrer der DDR. Er war Teilnehmer, Akteur und auch Objekt einer großen gesellschaftlichen und intellektuellen Bewegung.

Nach der Befreiung vom Faschismus gehörte Fritz Behrens in Zwickau zu den Aktivisten der ersten Stunde. Bereits ab Juni 1945 war er bis zu seiner Berufung an die Universität Leipzig Mitglied der Kreisleitung der

KPD in Zwickau und von Juli 1945 bis März 1946 Stadtrat für Volksbildung und Jugendziehung der Stadt Zwickau. Neben seinen damit verbundenen Aufgaben zur Wiederaufnahme des regulären Schulbetriebs sowie vor allem zur Vorbereitung und Durchführung der Schulreform (Entnazifizierung, Rekrutierung von Neulehrern, Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs) war er aktiv an der Vorbereitung der Vereinigung von KPD und SPD beteiligt (u.a. Artikel vom 25. Februar 1946 »Ziel und Weg der neuen Arbeiterpartei«) und vor allem um die Gewinnung der Intelligenz in den Neuaufbau bemüht. In einer Vortragsreihe der Kulturabteilung der Kommunistischen Partei Zwickau sprach er u.a. am 25. August 1945 über »Der geistige Arbeiter im Kampf um ein neues Deutschland«. Das maschinenschriftliche Manuskript (43 Seiten) wurde mit den damaligen Möglichkeiten vervielfältigt und für die Angehörigen der Intelligenz als Broschüre herausgegeben.

Zum 1. März 1946 wurde Behrens nach seiner Bewerbung für eine Dozentur als Lehrbeauftragter mit der Wahrnehmung des Lehrstuhls für Statistik und Politische Ökonomie an die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig berufen. In dieser Zeit ging es auch an der Leipziger Universität um einen gesellschaftlichen Neubeginn: die Entnazifizierung des Lehrkörpers, die Universität im Dienste des antifaschistisch-demokratischen Wiederaufbaus, die Aufnahme des Marxismus in die Lehrprogramme, die soziale Öffnung der Universität für alle Klassen und Schichten. Bekanntlich hatte die Leipziger Universität eine herausragende Rolle im Geistesleben des Nationalsozialismus gespielt. So war z.B. aus der Leipziger Schule für Soziologie und Sozialphilosophie Hans Freyers und Arnold Gehlens eine große Zahl intellektuell-politischer Parteigänger des Nationalsozialismus hervorgegangen. Hans Freyer hatte in seinen Leipziger Jahren von 1925 bis 1946 allein 219 Dissertationen begutachtet (davon 169 zwischen 1933 bis 1945); an die deutschen Grenzland-Universitäten in Königsberg, Wien, Prag und Saarbrücken wurden mehrere Professoren aus Leipzig berufen. Angesichts eines derartigen intellektuell-politischen Hintergrunds taten sich die führenden NS-unbelasteten konservativen Professoren (Hans-Georg Gadamer, Theodor Litt, Friedrich Lütge, Bernhard Schweitzer u.a.) schwer, einerseits den alliierten Beschlüssen und

den Auflagen der sowjetischen Kulturoffiziere zur Entnazifizierung der Universität möglichst korrekt nachzukommen und doch alles beim alten zu lassen. Selbst Freyer war noch bis 1947 Mitglied des Lehrkörpers der Leipziger Universität. Zugleich fehlte es an ausgewiesenen Antifaschisten und Marxisten, die die Qualifikationen hochschulpolitischer Kriterien erfüllten, um als neue Hochschullehrer eingestellt zu werden. Es ist die Notsituation, die – nach Wiedergabe durch Walter Markov – Behrens später einmal fordern läßt: »Da hilft nichts, da muß ein Haufen jüdischer Emigranten her!« (Walter Markov: Zwiesprache mit einem Jahrhundert. Berlin 1989. S. 181; Brief Markovs an den Verf. vom 20. Oktober 1987.)

Tatsächlich verfolgte er dies in seiner hochschulpolitischen Tätigkeit mit einer solchen Zielstrebigkeit, so daß die Universität Leipzig binnen weniger Jahre wohl die deutsche Universität mit der größten Zahl aus dem Exil heimgekehrter Wissenschaftler war (Arthur Baumgarten, Ernst Bloch, Gerhart Eisler, Ernst Engelberg, Henryk Großmann, Gerhard Harig, Wieland Herzfelde, Eva Lips, Julius Lips, Karl Polak, Albert Schreiner und Josef Schleifstein) sowie aus den Westzonen gekommener antifaschistischer Wissenschaftler (Emil Fuchs, Werner Krauss, Walter Markov, Georg Mayer und Hans Mayer). Krauss war einer der ersten, er vor allen und jeder neu Hinzugekommene halfen dank ihrer persönlichen Kontakte, diesen Personenkreis zu erweitern. So interessierten sich auch Herbert Marcuse und Franz Neumann bei Krauss ernsthaft für die seinerzeitigen Leipziger Arbeitsbedingungen.

Zunächst ging es aber um die Berufung des ersten von ihnen: Fritz Behrens. Sein bisheriges Publikationsverzeichnis, die 1943 in Prag eingereichte, aber abgelehnte Habilitationsschrift und seine von hoher wirtschaftstheoretischer – auch das Spektrum der bürgerlichen Wissenschaft erfassenden – Sachkenntnis zeugenden mündlichen Darlegungen ließen auch Gadamer, Lütge und Menz einer Berufung Behrens' an die Leipziger Universität unter der Voraussetzung zustimmen, daß er die noch ausstehende Habilitation alsbald nachhole. Für sie war er zudem ein willkommener Nachweis, daß sie die Auflagen der sowjetischen Kulturoffiziere und Forderungen der KPD nach Einsatz aktiver Antifaschisten an der Universität zu erfüllen bereit waren. Nachdem sich die offizielle Berufung

dennoch verzögert hatte, wandte sich Hermann Ley als Leiter der Kulturabteilung der KPD-Stadtleitung Leipzig nochmals am 20. Februar 1946 diesbezüglich an Rektor Gadamer: »Ich bitte Sie, verehrter Herr Professor, sich dieser Angelegenheit anzunehmen. Wir legen Wert darauf, einen Vertreter der marxistischen Wissenschaft in der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zu haben. Ich bin der Überzeugung, daß dieser Wunsch keine Unbilligkeit gegenüber den übrigen Vertretern der Volkswirtschaft bedeutet.«

Das Verhältnis der konservativen Repräsentanten der Universitätsleitung zu Behrens war – wie aus den Archivunterlagen hervorgeht – in den folgenden Monaten ambivalent. Einerseits wurde er für sie ein akzeptabler, wissenschaftlich sachkundiger und geistig flexibler Vertreter der neuen politischen Verhältnisse, dem sie persönlich sogar mit Anerkennung und Respekt begegneten. Andererseits war er der zwangsläufig zu akzeptierende Repräsentant der neuen Verhältnisse, dessen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Einfluß sie soweit wie möglich zu beschränken suchten (z.B. Ablehnung seines Antrags, Politische Ökonomie in das Pflichtprogramm für die Studenten der Wirtschaftswissenschaften aufzunehmen). Als »kommissarischer Prodekan« und de-facto-Dekan für die zu gründende Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät war er zwar mit allen sich damit verbindenden administrativ ausführenden Aufgaben betraut, ohne jedoch in die entscheidende Gründungskommission unter Vorsitz des Rektors Gadamer einbezogen zu werden.

Das unverzüglich mit seiner Berufung an die Leipziger Universität zu bewältigende Arbeitspensum war nahezu unermeßlich und außerordentlich breit gefächert: *Erstens* ging es um den sofortigen Beginn der Lehrtätigkeit über Statistik und politische Ökonomie entsprechend des erteilten Lehrauftrags. Für das gerade beginnende Sommersemester 1946 bot Behrens als erstes zwei Vorlesungszyklen über »Methodenlehre der Statistik« und »Geschichte der Politischen Ökonomie« an. In den folgenden Semestern erweiterte und vertiefte er sein Lehrangebot bis 1955 auch auf »Politische Ökonomie des Kapitalismus und Sozialismus«, »Sozialistische Planwirtschaft«, »Übungen zum Zweijahrplan«, »Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung der DDR (Fünfjahrplan)«, »Kosten und Preise« u.a.

Zweitens war für Behrens die noch ausstehende Habilitation nicht nur eine erteilte Auflage, sondern persönliches Bestreben sowie Bestandteil seiner wissenschaftlichen und politischen Anerkennung an der Universität. So verteidigte er bereits im Februar 1947 die Habilitationsschrift »Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie. Eine theoretische und statistische Studie über die produktive Arbeit im Kapitalismus«, für die die Gutachter Arthur Baumgarten und Friedrich Lütge Worte hoher Anerkennung fanden. In drei Teilen »Der gesellschaftliche Charakter der Produktion«, »Produktive und unproduktive Arbeit« sowie »Die unproduktiven Schichten der kapitalistischen Gesellschaft« behandelte er auf der Grundlage des Marxschen Arbeitsverständnisses damit verbundene politökonomische, statistische und soziologische Probleme in der Einheit von theoretischer und empirischer Analyse (u.a. zur statistischen Berechnung der Mehrwertrate in der Naziwirtschaft). Im Dietz Verlag Berlin erschien die Arbeit 1948 als erste Nachkriegsarbeit eines deutschen Wissenschaftlers mit dem später nur noch ausgewählten Politikern vorbehaltenen Werbetext eines »Beitrags zur Weiterentwicklung einiger ökonomischer Lehren von Karl Marx«. Nach erfolgter Habilitation wurde Behrens per 1. April 1947 zum Professor mit Lehrstuhl berufen.

Drittens formten sich in den Leipziger Jahren von 1946 bis 1954 entscheidend die Forschungsinteressen von Behrens. Dabei kristallisierten sich als besondere Richtungen heraus: Die *Theorie und Methode der politischen Ökonomie* (u.a. »Die Theorie der Produktionspreise, betriebswirtschaftliche Kostentheorie und Gleichgewichtstheorie der Preise«, Leipzig 1949; »Stalin als politischer Ökonom« 1949; »Zur Methode der politischen Ökonomie«, Berlin 1952), die *Geschichte der politischen Ökonomie* (u.a. »Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der wissenschaftlichen Apologetik des Kapitalismus«, Leipzig 1949; »Die Entwicklung der politischen Ökonomie in der UdSSR«, Leipzig 1949; »Hegels ökonomische Auffassungen und Anschauungen«, Leipzig 1953; »Grundriß einer Geschichte der politischen Ökonomie«, Manuskriptabschluß 1953, Berlin 1956), die *Arbeitsproduktivität in ihren politökonomischen, wirtschaftspolitischen, gesellschaftspolitischen und statistischen Zusammenhängen* (»Die Arbeitsproduktivität«, Leipzig 1952; »Arbeitsproduktivität, Wert und Selbstkosten«, Berlin 1954; »Die Bedeu-

tung der Steigerung der Arbeitsproduktivität für die Landwirtschaft«, Berlin 1954; »Arbeitsproduktivität, Lohnentwicklung und Rentabilität«, Berlin 1955 und zahlreiche Aufsätze in Zeitschriften und Presseorganen), *Probleme der Wirtschaftstheorie, Planung und Wirtschaftspraxis des Sozialismus* (verschiedene Aufsätze über »Freier« Sozialismus oder sozialistische Freiheit? Eine Kritik des kleinbürgerlichen Sozialismus aus Heidelberg«, »Jenseits des Kapitalismus«, »Dogmatik, Orthodoxie und wissenschaftlicher Sozialismus – Eine Antwort an Alfred Weber«, »Wirtschaftsplanung oder Planwirtschaft« und »Die Bedeutung der neuen Arbeit Stalins über 'Ökonomische Probleme des Sozialismus' für die politische Ökonomie«, »Die Überlegenheit der Planwirtschaft über die freie Marktwirtschaft« u.a.), *hochschul- und wissenschaftspolitische Themen* (u.a. »Die Universitäten im demokratischen Staat«, »Ist die Betriebswirtschaftslehre eine Wissenschaft?«, »Der Bildungswert der Wirtschaftswissenschaften«, »Die Misere des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums in Westdeutschland«).

Allein aus den Leipziger Jahren sind zwölf Buch- und Broschüren-Veröffentlichungen (z.T. in mehreren Auflagen und Übersetzungen in andere Sprachen), fünf nicht veröffentlichte Buch- und Broschürenmanuskripte sowie über 40 Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden (u.a. »Einheit«, »Deutsche Finanzwirtschaft«, »Die Arbeit«, »Die Wirtschaft«, »Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig«, »Aufbau«, »Statistische Praxis«, »Deutsche Zeitschrift für Philosophie« und »Wirtschaftswissenschaft«) nachweisbar.

Viertens konzentrierte sich sein hochschulpolitisches Engagement im besonderen auf die komplizierten Vorbereitungsarbeiten und die Leitung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät (GEWIFA) an der Universität Leipzig. Am 2. Dezember 1946 hatte die SMAD in ihrem Befehl Nr. 333 die Einrichtung von Sozialwissenschaftlichen Fakultäten (im Zusammenhang mit der Zurückdrängung der Soziologie und Sozialwissenschaften als Wissenschaftsdisziplin und Terminus erhielten sie im Verlauf des Jahres 1947 ohne nähere Begründung die Bezeichnung: Gesellschaftswissenschaftliche Fakultäten) an den Universitäten Leipzig, Jena und Rostock angeordnet: »Zwecks Ausbildung eines Stamms von qualifizierten Angestellten für die staatlichen, wirtschaftlichen und öffentlichen demokratischen Ämter und Organisationen der sowie-

tischen Besatzungszone Deutschlands, der befähigt ist, die begonnene demokratische Umgestaltung Deutschlands zu vollenden und zu befestigen.« Der Befehl legte u.a. Stipendienregelungen fest und verlangte, daß sich »alle diejenigen demokratischen Kräfte um eine Immatrikulation bewerben können, die mindestens ein Jahr in staatlichen, wirtschaftlichen und öffentlichen demokratischen Ämtern und Organisationen gearbeitet haben.« Der Zweck war klar: Es ging um die rasche Herausbildung eines eigenen intellektuellen Nachwuchses für den gesellschaftlichen Neubeginn, für den durch die Neugründung einer Fakultät nicht erst ein langwieriger Wechsel des Lehrkörpers notwendig war und bei dessen Ausbildung von vornherein antifaschistisch-demokratische Positionen zugrunde lagen. Daß sich um die Verwirklichung dieses SMAD-Befehls weniger offene, als vielmehr verdeckte Behinderungen und Verzögerungen, ehrliche und demagogische Auseinandersetzungen ergeben mußten, war vorprogrammiert und hat ihre, hier nicht nachvollziehbare, eigene Geschichte. Der als Dekan vorgesehene Arthur Baumgarten war noch wohnhaft und hauptberuflich in Basel tätig und kam nur zeitweilig nach Leipzig, so daß für Behrens als »kommissarischer Prodekan« die denkbar ungünstigsten Voraussetzungen gegeben waren: inhaltlicher Widerstand der offiziellen Universitätsleitung, Erfüllung aller Aufgaben von Dekan und Prodekan in einer Person sowie als kommissarischer Stellvertreter gleich doppelt eingeschränkt kompetent. Schließlich sicherten die gesamtgesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen die Verwirklichung des SMAD-Befehls. Den entscheidenden individuellen Anteil an den damit verbundenen konzeptionellen, personellen und technisch-organisatorischen Arbeiten leistete jedoch Behrens. Am 1. April 1947 nahm die GEWIFA für die ersten 65 Studenten den Vorlesungsbetrieb auf. Die ersten Vorlesungen wurden von Baumgarten, Behrens, Gadamer, Jacobi, Krauss, Markov, Menz und als Gastdozenten von Ackermann, Holtzhauer, Meusel, Schreiner, Wandel und Zeigner gehalten. Behrens wurde dann auch offiziell Dekan der GEWIFA.

Auch das innerhalb der GEWIFA gegründete Franz-Mehring-Institut geht entscheidend auf die Anregung und Initiative von Behrens zurück. Noch aus Zwickau schlug er in einem Brief vom 9. März 1946 vor, »ein Franz-Mehring-Institut für Theorie und Geschichte

der Arbeiterbewegung zu gründen, [...] Im Rahmen dieses Instituts soll sich die gesamte Ausbildung der Arbeiterstudenten, der Volkswirtschaftsstudenten bewegen. Außerdem soll in dem Institut die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung der letzten Jahrzehnte ihre Pflege finden.«

In der am 30. Januar 1948 gegründeten »Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig« wurden Gerhard Harig, Fritz Behrens und Hermann Ley in den Vorstand gewählt. Zur Auftaktveranstaltung referierten Harig über »Wissenschaft und Marxismus« und Krauss über »Lenin und das Ende der bürgerlichen Philosophie«. Die von der Arbeitsgemeinschaft im Bibliographischen Institut Leipzig veröffentlichten zwei Schriftenreihen »Leipziger Vorträge der Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler« (herausgegeben von Behrens, Harig, Krauss, Markov und Schreiner) sowie »Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft« (herausgegeben von Behrens unter Mitwirkung von Krauss, Schreiner, Harig und Markov) enthielten in den Hefen 1 und 3 der ersten Reihe Behrens Arbeiten über die Entwicklung der politischen Ökonomie in der UdSSR und über die Theorie der Produktionspreise und im Band 1 der zweiten sein Buch über Gossen.

Von seinen weiteren wissenschafts- und hochschulpolitischen Funktionen (Mitglied des Wissenschaftlichen Senats beim Minister für Volksbildung, des Wissenschaftlichen Beirats beim Staatssekretariat für Hochschulwesen sowie beim Statistischen Zentralamt und Mitglied des Redaktionskollegiums der »Wirtschaftswissenschaft« seit ihrer Gründung 1953 u.a.) ist über all die Jahre die Leitung des (unter wechselnden Bezeichnungen arbeitenden) Instituts für Politische Ökonomie sowie seine Mitgliedschaft im Akademischen Senat der Universität Leipzig seit 1947 (als erstes und lange Zeit einziges SED-Mitglied) hervorzuheben.

Fünftens war Behrens der Begründer und lange Zeit der erste Vorsitzende der SED-Betriebsgruppe der Leipziger Universität und gehörte bis zu seinem Weggang 1954 der Universitätsparteileitung an. Man kann sich angesichts der gesellschaftlichen, intellektuellen und politischen Gesamtsituation etwa eine Vorstellung von der Brisanz und Tragweite dieser Funktion machen.

Sechstens schließlich war Behrens trotz allem und alle genannten Aufgaben dominierend – ein überzeug-

ter und überzeugender Hochschullehrer. Nicht die Pflicht des Lehrprogramms oder die Wiedergabe der soeben fertiggestellten Publikationen, weder hochschulpolitische noch Parteifunktionen ließen ihn an das Katheder treten. Es war das Bedürfnis, Wissen und Einsichten an die Studenten zu vermitteln, vor allem aber, bei ihnen selbst einen Erkenntnisprozeß anzuregen und zu befördern. Vor dem voll besetzten Hörsaal lebte er auf, es war der Ort, an dem er sich selbst für die Vielzahl von Anstrengungen, Mühen und Ärgernissen anderer Art entschädigte. Hier entfaltete sich das ausstrahlende Charisma seiner Wissenschaftlerpersönlichkeit, wie es von erfolgreichen Schulen-Begründern berichtet wird. Wen immer man von seinen studentischen Hörern aus dieser Zeit spricht, stets wird die überzeugende Werbung für marxistische politische Ökonomie und den Marxismus hervorgehoben.

Auf meine Fragen an Ernst Engelberg nach Behrens antwortete mir am 5. September 1994 auch dessen Ehefrau Waltraut: »Ich bin eine aus der Schar jener Studenten, die Anfang der 50er Jahre bei Fritz Behrens im großen Hörsaal im Geschwister-Scholl-Haus in Leipzig saßen, weil sie sich mit ›Pol. ÖK.‹ – so unsere damalige Bezeichnung dieses Fachs – etwas vertraut machen wollten. Eigentlich stand uns als Germanisten gar nicht so der Sinn danach, aber man legte es uns nahe, und so trabten wir halt hin, eine Pflichtübung. Als dann ein munterer, dynamisch wirkender Mann, sportlich im Hemdkragen, ohne Krawatte, ans Katheder sprang, weckte das zunächst einmal unser Interesse. So etwas gefiel uns, aber was würde er wohl bieten? Mucksmäuschenstill war es im Hörsaal, und das blieb es auch, ein ganzes Semester lang, denn was wir da erlebten, war eine kluge Einführung ins ökonomische Denken, das immer den konkreten Lebensverhältnissen verbunden blieb, es war eine äußerst anschauliche Darlegung einer abstrakten Materie und – wir hatten das nicht für möglich gehalten – es war überaus spannend, wie Fritz Behrens uns mit Marxens ›Kapital‹ Bd. I vertraut machte, wie er uns mit analytischer Schärfe vermittelte, woher er denn komme, der ›Mehrwert‹, daß er in der Produktionssphäre geschaffen werde. Gefesselt hörten wir zu, angezogen von gedanklicher Klarheit, einer energisch-frischen Vortragsweise und jener menschlichen Wärme, die nur inneres Beteiligtsein auszustrahlen vermag. Daß wir ihn sogleich ›Fritze‹ Behrens nannten, war

burschikoses Zeichen unserer Sympathie für diesen Lehrer, dessen ich mich unwillkürlich auch dieses Jahr erinnerte, als ich am Grabe von Karl Marx in Highgate stand, dankbar den großen Mann aus Trier besuchend, mit dem uns Fritz Behrens so engagiert bekanntgemacht hatte.«

Folgerichtig ist eine große Zahl seiner unmittelbaren wirtschaftswissenschaftlichen Schüler und GEWIFA-Studenten in den folgenden Jahren und Jahrzehnten als Wissenschaftler (Arne Benary, Erika Bordag-Wettengel, Hannelore Fischer, Gertraud Gräbig, Thomas Höhle, Olof Klohr, Herta Kuhrig, Kurt Lungwitz, Herbert Meißner, Eva und Gerhard Müller, Gerhard Nultsch, Gerhard Richter, Gerhard Sarodnick, Robert Schulz, Bernhard Steinberger, Helga Ulbricht, Herbert Wolf u.a.), Wirtschaftsfunktionäre, Politiker und Publizisten (Wolfgang Berger, Julius Balkow, Heinz Eichler, Heinz Kuhrig, Gerhard Pfüzte, Erich Selbmann, Horst Sölle, Heinz Stern, Siegfried Wagner, Siegfried Wenzel u.a.) bekannt geworden.

Doch selbst in diesen Jahren des gesellschaftlichen Aufbruchs seines hier nur stichwortartig zu skizzierenden beispielhaften Engagements, der allerorts anerkannten persönlichen wissenschaftlichen und politischen Leistungen sowie disziplinierten und sogar aktiven Mitvollzugs der SED zur »Partei neuen Typs« und zum ML-Marxismus wurde Behrens bereits öffentlich des »Objektivismus« und »Trotzkismus« beschuldigt, war schwerwiegenden ideologischen Eingriffen in sein Buch über Gossen ausgesetzt und von der Anlage eines geheimen Dossiers über ihn (als früheres Mitglied der SAP, fortgesetzter Kontakte zu früheren SAP-Mitgliedern und wegen positiver Zitate von Bucharins Kritik an der bürgerlichen Grenznutzentheorie) bei der SED-Stadtleitung Leipzig betroffen. Mit dem durch die I. Parteikonferenz der SED offiziell eingeleiteten Übergang zur »Partei neuen Typs« und zur Durchsetzung des ML-Marxismus begann man auch in Leipzig unter den Genossen Wissenschaftlern »unmarxistische Abweichungen« und »feindliche Agenten« zu suchen und zu finden.

Auf einer Kreisdelegiertenkonferenz 1949 sowie auf verschiedenen anderen Parteiberatungen Leipzigs bezeichnete Horst Sindermann als damaliger Kreisvorsitzender Krauss, Markov und Behrens als Trotzkisten an der Universität (Markov wurde 1951 aus der Partei ausgeschlossen).

Vor allem an Hand seines Buches über Gossen – aber darüber hinaus wegen seiner Behandlung der nicht-marxistischen Wirtschaftstheorien überhaupt – wurde Behrens des »wissenschaftlichen Objektivismus« beschuldigt, der sich verhängnisvoll auf die Erziehung der Studenten auswirke. Im Verlaufe dieser Anschuldigungen wandte er sich hilfesuchend an Anton Ackermann, Ernst Lohagen, Fred Oelßner und selbst an Otto Grotewohl.

Die nachhaltigsten Reaktionen lösten die positiven Bezugnahmen im Buch über Gossen auf Nikolai Bucharins »Die politische Ökonomie des Rentners« aus, die sogar zum Einzug der ersten Fassung des gedruckten Buches führten. Ohne jeglichen Hinweis auf Veränderungen oder eine neue Ausgabe erschien eine veränderte Fassung, ohne »den Verräter N. Bucharin« zu erwähnen. Behrens verfaßte dazu zahlreiche selbstkritische Stellungnahmen und bat in diesem Zusammenhang bei der Landesregierung in Dresden und bei der Zentralverwaltung für Volksbildung in Berlin um seine Abberufung aus Leipzig und um einen Einsatz an anderer Stelle.

Im Gefolge der Bucharin-Kritik wurde auch festgestellt, daß er in seinen bisherigen Arbeiten demgegenüber unzureichend die Leistungen Lenins und Stalins für die politische Ökonomie gewürdigt habe sowie überhaupt die politische Ökonomie der Sowjetunion unzureichend vermittele. Behrens verpflichtete sich daraufhin bei der Parteiüberprüfung 1950, innerhalb von zwei Jahren soweit Russisch zu lernen, um die sowjetische Literatur im Original lesen zu können.

In zwei Berichten, die im Dezember 1950 – ohne angegebene Autorenschaft – bei der SED-Stadtleitung Leipzig über frühere KPO-, SAP- u.a. Gruppierungsmitglieder angefertigt wurden, sind auch Behrens' frühere und gegenwärtige berufliche und persönliche Kontakte mit anderen Mitgliedern derartiger Gruppierungen (z.B. Herbert Schaller und Klaus Zweiling) registriert worden. Sie gipfelten in der Feststellung: »B. gab Ende 1949 ein Buch heraus, in dem Bucharin zitiert wurde. Seit dieser Zeit steht Gen. Behrens unter kritischer Betrachtung.« Und dennoch stellte Behrens zwei Jahre vor seinem Tode 1978 in einem Brief an Gerhard Müller fest, daß diese Leipziger Jahre »trotz aller Schwierigkeiten, wohl rückblickend die schönste und fruchtbarste Zeit« war.

VIERTE NOTIZ

Die Berufung nach Berlin 1954 war für Fritz Behrens mit einer hohen gesellschaftlichen Anerkennung verbunden. Sie schuf ihm zugleich Möglichkeiten für eine breite wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Wirksamkeit im gesamtgesellschaftlichen Maßstab, die er in gewohnter Weise mit hohem Einsatz, schöpferischen Impulsen und parteilicher Treue wahrzunehmen versuchte. Schon nach kurzer Zeit wurde er jedoch zu einer Symbolfigur für eine politisch und publizistisch breit angelegte »Revisionismus«-Kampagne, die zu einer zweiten »Marx-Enteignung« im politischen und Geistesleben der DDR ausartete. Im Gefolge dessen wurde er von allen Funktionen enthoben, politisch kriminalisiert, öffentlich gedemütigt und aus dem weiteren wissenschaftlichen und politischen Leben der DDR weitgehend ausgegrenzt. Gleichzeitig wurde Behrens in der zweiten Hälfte der 50er und in den 60er Jahren bei den gleichgesinnten Wirtschaftsreformern in der CSSR, Polens, der UdSSR und Ungarns sowie bei den sozialistischen Linken der BRD (Wolfgang Abendroth, SDS u. a.) zu einer wissenschaftlichen Personifikation für eine marxistische demokratisch-sozialistische Alternative in der DDR.

1954 wurde Behrens als stellvertretender Direktor und Leiter der Abteilung »Wirtschaft der DDR« an das unter Leitung von Kohlmeier im Aufbau befindliche Institut für Wirtschaftswissenschaften nach Berlin berufen. Es war eine Anerkennung seiner wissenschaftlichen Leistungen in Leipzig und korrespondierte mit der im gleichen Jahr erfolgten – noch von seinen Leipziger Mitarbeitern vorgeschlagenen – Auszeichnung mit dem Nationalpreis der DDR. Er war damit nach Jürgen Kuczynski und Fred Oelbner der dritte Ökonom der DDR, dem diese höchste Auszeichnung zuerkannt wurde. Bereits ein halbes Jahr später wurde er 1955 unter Beibehaltung seiner Verantwortung für die wissenschaftliche Abteilung »Wirtschaft der DDR« an der Akademie als noch weitgehendere Herausforderung zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und in dieser Funktion zum Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und damit zugleich zum Mitglied des Ministerrats der DDR berufen. 1956 wurde er schließlich von der damals noch überwiegend bürgerlichen Mehrheit ihrer Mitglieder in geheimer Wahl zum Ordentlichen Mit-

glied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gewählt. Es war der Höhepunkt seiner gesellschaftlichen Anerkennung. Die Dimensionen seiner Wirksamkeit verlagerten sich auf die volkswirtschaftliche und gesamtstaatliche Ebene und schufen ihm entsprechend erweiterte wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Möglichkeiten. Konzentrierten sich seine wirtschaftswissenschaftlichen Praxisverbindungen bisher schwerpunktmäßig auf Betriebe, so wurde nunmehr die Volkswirtschaft der DDR zum Angelpunkt seiner wissenschaftlichen und wirtschaftspraktischen Anstrengungen.

Als Leiter der Zentralverwaltung für Statistik erhielt er selbst erstmals zusammenhängende Kenntnisse über die statistischen Daten der DDR-Volkswirtschaft, und seine Funktion in der Staatlichen Plankommission und im Ministerrat der DDR gewährten ihm darüber hinaus intime Einblicke in die Wirtschaft und Gesellschaft der DDR. Die Begründung und Herausgabe der beiden ersten Bände des »Statistischen Jahrbuchs der Deutschen Demokratischen Republik« (1955 und 1956) zählte zu den ersten sichtbaren Ergebnissen seines neuen Wirkens. Programmatisch für sein Politik- und Sozialismus-Verständnis formulierte er mit positiver Bezugnahme auf Lenin im Vorwort zum ersten Band: »Die Herausgabe des Statistischen Jahrbuchs der Deutschen Demokratischen Republik ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer Statistik, die nicht mehr eine Geheimwissenschaft von »Amtspersonen und Spezialisten« ist. Das Statistische Jahrbuch soll helfen, die Statistik, wie Lenin es forderte, in die Massen hineinzutragen, zu popularisieren, damit die Werktätigen nach und nach selbst verstehen und sehen lernen, wie und wieviel man arbeiten muß, wie und wieviel man sich erholen kann, damit das Vergleichen der praktischen Wirtschaftsergebnisse [...] Gegenstand des allgemeinen Interesses und Studiums werde. Das Statistische Jahrbuch soll allen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik helfen, selbst an der Leitung und Verwaltung des Staates und der sozialistischen Wirtschaft teilzuhaben.« Das war mehr als nur das Vorwort zu einem Buch. Er formulierte das Ziel, die Statistik öffentlich zu machen, um durch gesellschaftliche Lernprozesse der Werktätigen eine verantwortungsbewußte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik durch sie selbst gestalten zu lernen.

Auf der ersten DDR-weiten wirtschaftswissenschaftlichen Konferenz, organisiert vom neu gegründeten Akademie-Institut zum Thema »Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik« (März 1955), entwickelte Behrens, anknüpfend an einen diesbezüglich problemorientierten Beitrag von Minister Fritz Selbmann, die für die Wirtschaftspolitik der DDR zugrunde zu legenden politökonomischen Zusammenhänge für die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Selbstkostensenkung und Erhöhung des Nutzeffekts der Arbeit sowie eine damit verbundene, ökonomisch begründete Lohnpolitik.

Eine auf die reale Wirtschaftspraxis ausgerichtete politische Ökonomie des Sozialismus, ein lebendiges, sachlich gleichberechtigtes Zusammenwirken von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik und die in aller Öffentlichkeit dazu führende Meinungs- und Entscheidungsbildung waren Handlungsmaximen in der kurzen Phase seiner zentralen Verantwortung an einer Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. Insofern war auch die – mit seinem aus Leipzig mitgekommenen Schüler und Assistenten Arne Benary – im Juli 1956 als Manuskript abgeschlossene und im Sommer 1956 zur Auslieferung fertige Broschüre »Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode« nichts Sensationelles. Sie faßte bisherige Überlegungen zusammen, griff laufende Diskussionen in der DDR und in den anderen Ländern gleicher Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auf und wollte nach dem 20. KPdSU-Parteitag (Februar 1956) und der 3. SED-Parteikonferenz (März 1956) eine öffentliche Diskussion über die bestmögliche Verwirklichung der möglichen Überlegenheit der Planwirtschaft über den Kapitalismus anregen.

In zwei eigenständigen Beiträgen schrieb Arne Benary über »Grundprobleme der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode«, und Behrens rückte das »Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode« in den Mittelpunkt. Benary befaßte sich im einzelnen mit den Hauptfaktoren der Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise über die kapitalistische, dem Verhältnis von Bewußtheit und Spontaneität in der sozialistischen Planwirtschaft, dem Verhältnis von zentraler Leitung und Planung der Volkswirtschaft und der schöpferischen Aktivität der Werktätigen sowie mit der

administrativen und ökonomischen Methode der Leitung der Volkswirtschaft in der Übergangsperiode. Behrens behandelte die Notwendigkeit und Möglichkeit der Planung der Volkswirtschaft, das Wesen und die Existenzbedingungen ökonomischer Gesetze und ihre Ausnutzung durch die Planung, die Zentralisation von Macht und Konzentration der Produktion, die Etappen der Übergangsperiode, den Widerspruch zwischen Form und Leitung der Wirtschaft und ökonomischen Gesetzen, Planwirtschaft und Bürokratie, ökonomischen Hauptaufgaben und Nebenaufgaben, die Preispolitik als Beispiel. Und er schließt die Broschüre mit den Worten: »Meine Ausführungen [...] wollen zweierlei: erstens die Aufmerksamkeit unserer – besonders der jungen – Wirtschaftswissenschaftler auf einige, meines Erachtens aktuelle Fragen lenken und zweitens die Richtung andeuten, in der ich mir ihre Beantwortung denke. Ich bin mir bewußt, durch meine Ausführungen einige Dogmen angetastet zu haben. Das wird man mir sicher »verzeihen«, wenn ich dadurch den Anstoß für eine Diskussion gegeben habe, die uns der Lösung einiger der von mir angedeuteten Probleme näherbringt.« (S. 122) – Es war eine Vorgabe und Einladung zur wissenschaftlichen Diskussion.

Statt dessen beschloß das Sekretariat des ZK der SED am 18. Dezember 1956, die bereits gedruckte Broschüre von Behrens und Benary nicht auszuliefern, da einige Thesen »im gegenwärtigen Zeitpunkt die starke Gefahr in sich bergen, den Leser politisch zu desorientieren und demobilisierend auf die notwendigen Maßnahmen zur Festigung unserer Staatsmacht wirken können«. Desweiteren wurde festgelegt: Die Betriebsparteiorganisation im Verlag »Die Wirtschaft« hält noch vor dem 24. Dezember eine erste Versammlung zur »Auseinandersetzung über den in dieser Broschüre zitierten jugoslawischen Weg« ab, worüber in der Presse zu berichten sei. In einem weiteren Tagesordnungspunkt dieser Sitzung ging es um die Entsendung von Behrens Assistenten Dieter Mann zum Direktor des Weltwirtschafts-Instituts in Kiel, Fritz Baade, um Material über die DDR-Reparationsleistungen an die Sowjetunion in Empfang zu nehmen, wozu Behrens in seinen zentralen Funktionen als Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Leiter der Zentralverwaltung für Statistik offenbar keinen ausreichenden Zugang hatte. »Das Sekretariat informiert das MfS und bittet um die Beschlagnahme des

Materials bei Behrens und Mann.« In der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 15. Januar 1956 wurde schließlich unter dem Tagesordnungspunkt »Weiterer Bericht betr. das konterrevolutionäre Zentrum Harich« unter Punkt 5 festgelegt: Auftrag an die ZPKK (nicht an die zuständige Grundorganisation!) für die Parteiverfahren gegen Behrens, Mann u.a., die sich »grobe Vergehen haben zuschulden kommen lassen«. Weil entsprechende Auffassungen in der AdW und anderweitig verbreitet seien, wurde in der gleichen Politbüro-Sitzung festgelegt, durch die Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft« die Auseinandersetzung zu führen, wofür aber nicht das fungierende Redaktionskollegium unter dem Vorsitz von Kohlmei mit dem Mitglied Behrens, sondern Oelßner (damals noch Mitglied des Politbüros), Hager und Reinhold verantwortlich gemacht wurden. Zu diesem Zeitpunkt war Behrens noch Mitglied des Ministerrats der DDR, Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Leiter der Zentralverwaltung für Statistik!

Auf dem 30. Plenum des SED-Zentralkomitees vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 eröffnete Walter Ulbricht mit seinem Referat den Generalangriff gegen den Revisionismus. Darin wurden alle politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, künstlerischen und publizistischen Versuche eigenständigen sozialistischen Denkens – inspiriert durch den 20. Parteitag der KPdSU und ähnlich gelagerte »Tauwetter«-Bemühungen in Polen und Ungarn – eingeschlossen. Ihre Ächtung und Verurteilung erfolgte z.T. auf unterschiedliche Weise (Strafprozesse und Haft, Ausschluß aus politischen Entscheidungsgremien, öffentlich politische Kriminalisierung, stillschweigende Funktionsablösung und publizistische Einschüchterung). Behrens wurde nicht verhaftet, aber auf nachhaltige Weise öffentlich an den Pranger gestellt. Wurde die Harich-Gruppe zum Inbegriff der Konterrevolution, so standen »Behrens/Benary« als Symbol für wirtschaftspolitischen und theoretischen Revisionismus. Entsprechend grundsätzlich setzte auch die öffentliche Kritik ein. So formulierte Ulbricht auf dem ZK-Plenum: »Wäre es nicht besser, wenn sich manche Genossen Wissenschaftler weniger mit der Propaganda über »Selbstverwaltung in Jugoslawien« und mehr mit der schöpferischen Anwendung der Staatstheorie des Marxismus-Leninismus auf die Entwicklungsbedingungen in der Deutschen Demokratischen Re-

publik beschäftigen würden?« In dem schließlich Behrens, Benary und auch Kohlmei eigens gewidmeten Sonderheft der »Wirtschaftswissenschaft« (Redaktionsschluß: 28. Februar 1957) wurde der Versuch der Revision bestimmter Prinzipien des Marxismus-Leninismus im wesentlichen bei der Behandlung folgender Hauptprobleme gesehen: »1. Bei der Darstellung der Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, besonders der Staatstheorie; 2. bei der Behandlung der Rolle und des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes im Sozialismus; 3. bei der Untersuchung der Beziehungen zwischen Spontaneität und Bewußtheit in der sozialistischen Gesellschaft bzw. in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.« (S. 3)

Karl Kampfert, Herbert Luck, Helmut Richter und Hermann Scheler eröffneten mit ihren Beiträgen diese stabsmäßig angelegte Auseinandersetzung noch vergleichsweise fachwissenschaftlich. Demgegenüber traten in der »Einheit«, in Presse und ökonomischer Lehre sowie im Grundlagenstudium an den Universitäten an die Stelle der wissenschaftlichen Polemik vollends die politische Feststellung des Revisionismus am Marxismus-Leninismus und die sich daran knüpfende Verurteilung. Der Direktor des Instituts für Politische Ökonomie an der Humboldt-Universität, Robert Naumann, damals Mitglied des ZK der SED, spielte dabei eine ähnliche Rolle, wie sie Rugard Otto Gropp in der Philosophie (gegenüber Leo Kofler, Wolfgang Harich, Georg Lukács und Ernst Bloch) wahrgenommen hat.

Waren Behrens und Benary der unmittelbare Bezugspunkt für den »ökonomischen Revisionismus«, so wurden Kohlmei, Kuczynski und Vieweg explizit und implizit einbezogen und allen ähnlich Denkenden die politischen Instrumente gezeigt. Behrens' Hoffnung und Absicht, Anstoß für eine echte Diskussion gegeben zu haben und daß ihm dafür das Rütteln an einigen Dogmen »verziehen« würde, erfüllte sich weder in der einen noch anderen Weise. Er wurde als Repräsentant des ökonomischen Revisionismus öffentlich vorgeführt.

Nach etwa vierjährigen »Auseinandersetzungen« in den verschiedensten Gremien und einer entsprechenden Presse und der immer wieder neu erhobenen Forderung, »seine Positionen selbstkritisch zu Ende zu denken« (sowohl die »Wirtschaftswissenschaft« als auch die in den Archivunterlagen enthaltenen Nieder-

schriften über Veranstaltungen und Aufforderungen dieser Art belegen es), akzeptierte er nach langem Widerstreben in mehreren Stellungnahmen von 1957 bis 1961 den Revisionismus-Vorwurf. Trotz dieses »Nachgebens« gab er sein Ziel, den Sozialismus in der DDR effektiver und sozialistischer zu gestalten, nicht auf. Seine »Schuldbekennnisse« waren für Kenner durchaus differenziert gehalten. So vermied er z.B. ausdrücklich jegliches Versprechen. Unter der Überschrift »Meine Konzeption war revisionistisch« schrieb er schließlich am 4. März 1958 im »Neuen Deutschland«: »Es hat keinen Zweck, in meiner Situation Versprechungen zu machen [...] Meine Kraft, mein Wille und mein Gefühl gehören der Arbeiterklasse, der ich entstamme, ihrer Partei und ihrem ersten Staat, der Deutschen Demokratischen Republik!«

Sein schließlich 1961 erschienenes Buch »Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus« enthält auf der Impressum-Seite als Beleg der fortgesetzten Überarbeitungsaufgaben u.a. den Vermerk: »Manuskriptabschluss: September 1958, 1. Überarbeitung: Mai 1959, 2. Überarbeitung: August 1960.« Beim gründlichen Lesen fällt auf, daß Behrens zwar die besonders scharf kritisierten politischen und staatstheoretischen Aussagen selbstkritisch zurücknimmt oder wegläßt, theoretisch pointierte und verbal auffallende Formulierungen zur Verdeutlichung realer Probleme unterläßt und ansonsten eine didaktisch angelegte Einführung in die Bedingungen und Charakteristika der Warenproduktion im Sozialismus gibt, sie reichlich mit Zitaten und Quellen aus den entsprechenden sowjetischen Diskussionen abstützt und damit unangreifbar macht. Das besonders Bemerkenswerte an dieser Schrift ist m.E. zweierlei: Erstens behält er seine Grundpositionen zum Verhältnis von Plan und Markt im Sozialismus bei, er formuliert sie aber nicht aktuell wirtschafts- und gesellschaftspolitisch, sondern lehrbuchhaft im Rahmen der gegebenen Sprachregelungen und unter Hinweis auf anderswo geführte Diskussionen. Und zweitens wird an dieser »Selbstkritik«-Schrift augenscheinlich, daß die inkriminierten Texte wohl einige Dogmen »berührten« (wie er es selbst ankündigte), einige akute wirtschafts- und gesellschaftspolitische Probleme klar benannten und sich zur Verdeutlichung z.T. einer provokanten Diskussionsprache bedienten. Im Grunde war dies aber keine Revision des Marxis-

mus, ja nicht einmal ML-Marxismus. Behrens lieferte mit seiner Schrift von 1961 selbst den nachlesbaren Beweis dafür.

Im Ergebnis der Revisionismus-Kampagne der Jahre 1956–1958 – die auch in der Philosophie, Geschichts-, Rechts- und Literaturwissenschaft geführt wurde – wurde »Revisionismus« als Verdacht und Vorwurf künftighin zu einem beliebig einsetzbaren Instrument gegen jede Art von Diskussion und Infragestellungen offizieller Theoreme und Sprachregelungen des ML-Marxismus und zentraler Parteibeschlüsse. Insofern war es weder eine wissenschaftliche oder eingeschränkt: eine wissenschaftliche Marxismus-Debatte, sondern eine aktuell geführte und gesellschaftspolitisch institutionalisierende ideologische Disziplinierungskampagne gegen Intellektuelle.

Als weiteres Ergebnis wurde – nach der bereits von 1948 bis 1951 stattgefundenen ersten Ausgrenzung namhafter Intellektueller mit verschiedenartigen Marxismus- und Sozialismus-Konzeptionen – über die Revisionismus-Kampagne in einer zweiten derartigen Welle ein bestimmter Wissenschaftlertypus der Gründergeneration politischer Intellektueller aus der ersten Reihe des intellektuell-politischen Lebens verdrängt. Behrens kehrte 1957 wieder ganz an das Akademie-Institut zurück, der aus dem Politbüro des ZK der SED ausgeschlossene Fred Oelßner wurde Nachfolger des abgelösten Institutsdirektors Gunther Kohlmey, und Behrens übernahm innerhalb des von Kohlmey geleiteten Bereichs »Politische Ökonomie des Sozialismus« eine eigene Arbeitsgruppe zur Arbeitsproduktivität.

Es ist zwar die Thematik, die ihn seit Beginn seines wissenschaftlichen Lebens beschäftigte. Dabei sind aber nicht die sich verlagernden Arbeits- und Erkenntnis-Schwerpunkte schlechthin von Interesse, sondern wie unterschiedliche gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen sich auf diese auswirkten (Prag, Leipzig, erste Berliner Jahre, nach der Revisionismus-Kampagne). Die geistige Frische und die herausfordernde Art der diesbezüglichen Leipziger Arbeiten und ersten Berliner Meinungsäußerungen fehlt den Arbeiten der 60er Jahre. Zwar engagierte er sich als Leiter eines Arbeitskreises »Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit« bei der Staatlichen Plankommission wissenschaftlich, organisatorisch und publizistisch, doch hat er den eigenen intellektuellen Anspruch, bzw. die

praktizierte Bearbeitung der Problematik sichtlich eingeschränkt. An die Stelle der ganzen volkswirtschaftlichen Komplexität – Arbeitsproduktivität als ein Dreh- und Angelpunkt seines politökonomischen Grundkonzepts – wurde mit der schwerpunktmäßigen Ausarbeitung und Durchsetzung der Zeitsummenmethode eine im Vergleich zu seinen früheren anspruchsvollen politökonomischen und wirtschaftspolitischen Arbeiten eingeschränkte, mehr methodisch orientierte Aufgabenstellung ausgewählt.

Die Vorbereitung und Durchsetzung des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) betrachtete er mit Sympathie, empfand in bestimmtem Maße eine späte Genugtuung und verfolgte daher den Verlauf mit wachem, aber zugleich skeptischem Interesse. Seine konkrete Mitwirkung beschränkte sich auf den erwähnten »Arbeitsproduktivitäts«-Arbeitskreis, weitergehende Angebote gab es wohl, er lehnte sie aber ab.

Die Reaktion auf seinen Vortrag »Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft« am 16. September 1965 vor der Klasse der Akademie bestätigte sein zwiespältiges Empfinden. Einerseits sah er eine wesentliche Seite seiner Vorschläge von 1956 parteioffiziell und staatlich akzeptiert und in Angriff genommen. Er formulierte daher in dem Klassenvortrag: »Bei wachsendem Niveau der Produktion und immer größerer Vielfältigkeit der Bedürfnisse ist die Effektivität der vorwiegend zentralen staatlichen Leitung der Wirtschaft mit administrativen Methoden nicht mehr ausreichend. Jetzt soll eine höhere Effektivität durch zweckmäßige Kombination zentraler und dezentraler Leitung erreicht werden, die sich aber vorwiegend ökonomischer Methoden zur Verwirklichung der festgelegten Planziele bedient und administrative Methoden nur in begrenztem Maße und in genau fixierten Fällen verwendet. Dadurch soll die staatliche Leitung der ganzen Wirtschaft mit der Initiative ihrer Teile verbunden und eine große Beweglichkeit mit rationeller Ausnutzung der Informationskanäle erreicht werden. Das neue Modell bedeutet somit keine Einschränkung der Planung, sondern ihre wirksame Gestaltung, denn der Plan bleibt das Hauptinstrument der staatlichen Leitung. Die diesem Modell zugrunde liegenden Vorstellungen sind keineswegs alle neu. Sie wurden zum Teil bereits in der UdSSR in den 20er Jahren entwickelt.« (S. 3).

Gleichzeitig sah er, daß die andere Seite seiner Vorschläge von 1956: die reale Einbeziehung der Werktätigen in die Planung – in heutigen Termini: eine basisdemokratisch angelegte Wirtschaftsdemokratie –, der Übergang von der Verstaatlichung zur tatsächlichen Vergesellschaftung der Produktionsmittel (was er schon 1949 in seinem Leipziger Vortrag zur politischen Ökonomie in der UdSSR angemahnt hatte) nach wie vor unberücksichtigt blieb. Mehr noch: Schon die Kennzeichnung des Vortrags und die Ausführungen zu einem »neuen Modell« erregten – selbst auf dem Höhepunkt des NÖS – erneut Anstoß und ließen das von der Akademie-Klasse zur Veröffentlichung bestätigte Manuskript erst nach mehreren erneuten Überarbeitungen ein Jahr später erscheinen. Daß er nach wie vor »gezeichnet« war, geht aus den Archivunterlagen auch dadurch hervor, daß die strittige Druckgenehmigung – völlig beziehungslos – mit den seinerzeitigen Auseinandersetzungen um Havemann und einem ZK-Plenum gegen den Revisionismus in Verbindung gebracht wurde.

Seit Mitte der 60er Jahre wurde Behrens zu einem begehrten Referenten an Westdeutschlands Universitäten. Wolfgang Abendroth, wirtschaftswissenschaftliche Einrichtungen, aber vor allem der Sozialistische Studentenbund Deutschlands (SDS) und verschiedene AStAs von Universitäten luden ihn zu Vorträgen zu unterschiedlichsten wirtschaftspolitischen Themen, aber insbesondere zu den Grundlagen und Perspektiven des NÖS ein. Nach vorliegenden Unterlagen sprach er allein 1965 bei SDS-Veranstaltungen an den Universitäten Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Marburg, München und Tübingen z.T. in Vorlesungssälen mit 300 bis 500 Zuhörern und war Gastreferent beim 20. Bundeskongreß des SDS in Frankfurt am Main. In den folgenden Jahren gingen Einladungen zu Vorträgen, Vortragsreihen, Wochenendseminaren u.ä. aus den Universitäten Frankfurt am Main, Hamburg, Karlsruhe, Kiel, Köln, Marburg, München und Münster ein, von denen er trotz anerkannt hoher Resonanz nur einen kleinen Teil wahrnehmen konnte. Zum einen war er tatsächlich mehrfach ernsthaft erkrankt (Herzinfarkt, Lungenembolie), zum anderen wurde ihm aber zunehmend die Wahrnehmung dieser Einladungen verweigert, obwohl er in der BRD nachweislich als ein überzeugender Propagandist der DDR wahrgenommen wurde.

Zum offenen Eklat kam es bei der Frankfurter Konferenz »100 Jahre ›Kapital‹ 1967 mit anderen anwesenden DDR-Teilnehmern über einige der von ihm vertretenen Thesen (z.B. über seine Favorisierung des delegierten Gruppeneigentums, das Studium jugoslawischer Erfahrungen sowie offene Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus), die mit der gleichzeitig unerlaubten Weitergabe von zwei Manuskripten an die »Gewerkschaftlichen Monatshefte« zu einem neuen Partei- und staatlichen Disziplinarverfahren führen sollten, wovor ihn schließlich seine ernsthafte Erkrankung bewahrte. Allerdings erhielt er nach dieser Frankfurter Konferenz zu Marx' »Kapital« keine weitere Erlaubnis, den fortgesetzt eingehenden Einladungen der nach 1967 in Bewegung gekommenen BRD-Studenten persönlich zu folgen. Die 1968 eingereichte frühzeitige Emeritierung war seinem desolaten Gesundheitszustand geschuldet, war aber auch ein Ergebnis seiner politischen und moralischen Enttäuschung über die Gesellschafts- und Wissenschaftsentwicklung der DDR und die ihn betreffende demütigende Behandlung.

FÜNFTE NOTIZ

Das letzte Lebensjahrzehnt nach der Emeritierung von 1970 bis 1980 veranlaßte Fritz Behrens zu einer tatsächlichen Neubesinnung und Revision vieler seiner früheren Positionen. Er schrieb in dieser Zeit seine vierbändige »Geschichte der Politischen Ökonomie«, doch zugleich beschäftigte ihn als Marxisten und Sozialisten weit mehr die theoretisch-wissenschaftliche Analyse des Staatssozialismus, dessen sozialökonomische, politische und geistige Wurzeln, seine Konstruktionsdefizite und die möglichen Perspektiven eines ökonomisch effizienten und demokratischen Sozialismus. Der DDR blieb er bis zuletzt persönlich verbunden, ein gesellschaftliches Engagement wollte er jedoch nicht mehr eingehen, und die Grenzen seiner Parteidisziplin bestimmte er selbst.

1967 versuchte Behrens nochmals Verschiedenes zu bewirken und zu initiieren. Der Leitung seines Arbeitskreises bei der Staatlichen Plankommission galt sein Hauptinteresse, für das Akademie-Institut entwarf er einen Vorschlag für größere gesellschaftliche Wirksamkeit, in der BRD war er bei interessierten Wissen-

schaftlern und vor allem in der sich entwickelnden Studentenbewegung ein begehrter Referent und für den Rowohlt-Verlag ein willkommener Buchautor für eine differenzierte sachkundige Darstellung der Planwirtschaft, ihrer bisherigen Leistungen, Probleme und möglicher Perspektiven in der DDR.

Die Jahre 1967/1968 brachten ihm aber in Umfang und Qualität neue Enttäuschungen, Einsichten und die endgültige Resignation, öffentlich etwas bewirken zu können. Die Umstände und Folgen seines Auftretens bei der von Iring Fetscher organisierten Frankfurter Konferenz über »Kritik der politischen Ökonomie heute – 100 Jahre ›Kapital‹«, die Nachwirkungen seines Akademie-Vortrags über »Das neue Modell der Leitung der sozialistischen Wirtschaft«, der erneut ausgesprochene Revisionismus-Verdacht, die Auflösung seiner Arbeitsgruppe und schließlich gesamtgesellschaftlich und international – der militärische Einmarsch in die CSSR 1968 und der gewaltsame Abbruch aller ökonomischen und gesellschaftlichen Reformbestrebungen, ließen ihn aufgeben. Der begründete Vorschlag der Ärzte, sich nach Herzinfarkt, Lungenembolie und daraufhin generell instabilem Gesundheitszustand invalidisieren zu lassen, war »in aller Interesse«. Ein schon anstehendes erneutes Parteiverfahren, staatliches Disziplinarverfahren mit den dazugehörigen »öffentlichen Verlautbarungen« brauchten nicht mehr durchgeführt zu werden, »ein Havemann« brachte schon Aufhebens genug.

1968 wurde das Arbeitsverhältnis im gegenseitigen Einverständnis beendet, 1970 folgte die offizielle Emeritierung. Mit dem Institut und dem Akademie-Verlag wurde die noch ausstehende Ausarbeitung seines einbändigen »Grundrisses« (1953/1956) zu einem mehrbändigen »Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie« als produktive Emeritus-Aufgabe vereinbart. Die vorgesehenen vier Bände erarbeitete er auch, und nach teilweise langen Verlagszeiten erschienen sie – z.T. nach seinem Tode – 1981 (2., gegenüber 1962 ergänzte Auflage), 1976, 1979 und 1981.

Die Geschichte der politischen Ökonomie war neben der Arbeitsproduktivität die zweite Säule seines lebenslänglich betriebenen wissenschaftlichen Arbeitsgegenstandes. Sein diesbezüglich prinzipielles Verständnis formulierte er in einem unveröffentlichten fiktiven, selbst gestalteten Interview im Frühjahr 1980 wie folgt: »Ich habe mich nie nur als Statistiker

geföhlt, obwohl ich keinen politischen Ökonomen ernst nehmen kann, der nicht auch als Statistiker arbeitet. Aber das gilt auch für die Geschichte der politischen Ökonomie. Es ist erschreckend, wie niedrig das Niveau vieler sozialistischer Ökonomen in ihren Kenntnissen der Geschichte ihrer Wissenschaft ist. Das liegt vor allem daran, daß sie wichtige Werke – das gilt sogar für marxistische Werke – nur aus Auszügen und Zitaten kennen und sie zu einer immanenten Kritik eines nichtmarxistischen Theoretikers unfähig sind, weil sie eine sogenannte »transzendente« Kritik für ausreichend halten. Allerdings gibt es hier in letzter Zeit überzeugende Ausnahmen, auch unter Ökonomen der DDR. Was meinen Grundriß der Geschichte betrifft, so bin ich selbst sehr unzufrieden damit, weil mir aus hier nicht darzulegenden Gründen besonders neuere Literatur fehlte und fehlt. Als Angelpunkt meines Grundrisses betrachte ich im Band II die Abschnitte 2,4 und 3,7 »Vom bürgerlichen Humanismus zum Kommunismus« und »Die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation und der Sozialismusbegriff bei Marx und Engels.«

Tatsächlich beschäftigten ihn diese vier Bände nur zum Teil, sie standen nicht einmal im Mittelpunkt seines Interesses. Was ihn wirklich bewegte, war der real existierende Gesellschaftstyp: seine Ursprünge, die Grundlagen seiner Funktionsweise, seine Perspektiven und die möglichen Alternativen. Ursprünglich sollte dies einmal in einen Band 5 des »Grundrisses« zur »Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus« münden, doch hatte die ihn umtreibende Problematik diesen Rahmen längst gesprengt. Nun wollte er es wissen, ergründen – warum dieser Gesellschaftstyp entgegen eigener Hoffnungen, Erwartungen, Feststellungen und Anstrengungen in der ökonomischen Effizienz zurückblieb und sich als Gesellschaft nicht weiter demokratisierte. Und da ging es nicht mehr um diese oder jene Verbesserung und Reform, um diese oder jene subjektive Fehlentscheidung oder verhängnisvolles Wirken einzelner Politiker, sondern um die Wurzeln und die Gesamtheit des Systems. Mit anderen Worten: Jetzt wurde er wirklich zum Revisionisten des ML-Marxismus und darüber hinaus des Leninismus. In seinem Tagebuch vermerkt er u.a. am 21. Oktober 1973: »1921 – Kronstadt – war die Schicksalsstunde für den Leninismus. Hier offenbarte sich als Folge, was im Keim im demokratischen Zentralismus angelegt war.«

In zahlreichen Studien, einzelnen Ausarbeitungen und Notizen (z.T. in verschiedenen Überarbeitungen und Wiederholungen) legte er Selbstbesinnung und – im besten Sinne des Wortes – nüchterne Forschungsarbeit nieder.

Er zog sich völlig aus dem öffentlichen Leben zurück. Als Akademiemitglied nahm er auch nur noch gelegentlich an den Beratungen der Klasse und des Plenums teil. Selbst seine ihm jahrelang nächststehenden Kollegen Gunther Kohlmeier und Jürgen Kuczynski wußten nichts von diesen Ausarbeitungen, und nur wenigen Besuchern in Zeuthen vertraute er sich an und beriet sich mit ihnen (z.B. Nathan Steinberger). Auch der Festvortrag anlässlich seiner Ehrenpromotion an der Karl-Marx-Universität Leipzig zu seinem 70. Geburtstag 1979 über »Die Trinitarische Formel von Marx« ließ nicht im geringsten ahnen, womit er sich tatsächlich beschäftigte. Zwar veröffentlichte er in dieser Zeit in der BRD – unter Pseudonym – mehrere Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden über die Wirtschaft der DDR und das Wirtschaftssystem des Sozialismus, doch verzichtete er in diesen nach wie vor weitgehend auf die Systemkritik. Die sachlich-kritische Darstellung stand dabei im Vordergrund. Seine Loyalität als DDR-Bürger und SED-Mitglied ließ ihn nach wie vor diesbezüglich bestimmte Grenzen einhalten. Die weitgehenden, systemanalysierenden Ausarbeitungen mußte er zwar zeitweise sicherheitshalber »auslagern«, sie sollten aber einer künftigen DDR-Öffentlichkeit vorbehalten bleiben.

Eine Auswahl dessen wurde deshalb gleich Anfang 1990 von seiner Tochter Hannamaria Loschinski dem Akademie-Verlag übergeben. Sie erschien jedoch erst im Jahre 1992. Inzwischen hatte die »Wende der Wende« die aktuelle Brisanz längst verblasen und den Inhalt zu einem historischen Gegenstand werden lassen. Die geringe Öffentlichkeit und Rezeption des Buches (und die vom Verlag zum »Verramschen« freigegebene Restauflage) sind Folge dessen. Die aus den 70er Jahren stammenden einzelnen Studien des Buches »Abschied von der sozialen Utopie« (ein von allen Rezensenten kritisiertes völlig falscher Titel des Verlags!) behandeln als eigenständige Themen:

- Zur Geschichte des sozialistischen Gedankens und der politischen Ökonomie
- Marx und Engels – die letzten Utopisten?

- Lenins Theorie der sozialistischen Revolution und die Bürokratie
- Über eine sich selbst verwaltende Gesellschaft
- Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?
Bürgerliche Kritik am sozialistischen Gedanken
- Bemerkungen zur »sozialistischen«
Warenproduktion
- Ist historische Notwendigkeit notwendig?
- Das Erbe Hegels – ein Verhängnis?
- Wo steckt der Fehler?
- Kann ein Marxist heute noch Marxist sein?

Das erste Manuskript aus dem unveröffentlichten Nachlaß erschien 1990 in »Utopie konkret/kreativ«, Hefte 2 und 3. Weitere bisher nicht veröffentlichte – sich z.T. überlappende – Ausarbeitungen behandeln u.a.:

- Vom zwieschlächtigen Charakter der Vernunft
- Zum Problem der Bürokratie
- Zur asiatischen Produktionsweise
- Staatsmonopolismus und pluralistische
Selbstverwaltungsgesellschaft
- Das Testament Friedrich Engels' und die
Bedingungen für den Sieg des Sozialismus
- Die Alternative

Die zuletzt genannte Studie »Die Alternative« war seine wissenschaftliche Reaktion auf Rudolf Bahros Buch »Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus« (Köln 1979). Durch einen gemeinsamen Vertrauten (Rudi Wetzl) hatte Behrens Kenntnis von dem Buchmanuskript Bahros und vermittelte auch dank seiner Kontakte in die BRD den Druck in einem Kölner Verlag. In den Archivunterlagen zum Bahro-Prozeß heißt es dazu: »Wie die geführten Untersuchungen ergaben, haben Wetzl, Prof. [Harry] Goldschmidt und Prof. Behrens durch ihre arbeitsteilige Mitwirkung bei der Verbringung der feindlichen Schrift »Die Alternative – Kritik des real existierenden Sozialismus« nach der BRD dem beschuldigten Bahro Beihilfe zur Sammlung von Nachrichten geleistet. [...] Auf Grund ihres schlechten Gesundheitszustandes, ihres Alters, ihrer umfangreichen inter-

nationalen Verbindungen und früheren Verdienste – u.a. wurde Prof. Goldschmidt im Oktober 1977 mit dem Nationalpreis, Prof. Behrens mit dem Nationalpreis und dem Vaterländischen Verdienstorden in Silber sowie Wetzl mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze ausgezeichnet – ist vorgesehen, von der Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen gegen Wetzl, Prof. Goldschmidt und Prof. Behrens Abstand zu nehmen.«

Hier interessiert jedoch mehr, daß Behrens zwar mit dem politischen Anliegen und dem moralischen Urteil Bahros übereinstimmte, das Buch ihn aber wissenschaftlich für eine marxistische Analyse nicht befriedigte. Er verfaßte daraufhin die genannte Studie »Die Alternative«. Allerdings legte er für dieses Manuskript nochmals gesondert fest, daß es – solange Bahro nicht frei sei oder anderweitig Sanktionen zu befürchten hätte – nicht zu veröffentlichen oder weiterzugeben sei.

Die zehn Hefte »Tagebücher« aus den Jahren 1970 bis 1980 sind diskontinuierliche Aufzeichnungen von persönlichen Tagesablauf bis zu philosophischen Überlegungen, von eingeklebten, Gesellschaft und Politik charakterisierenden Zeitungsausschnitten bis zur Kommentierung zeitgeschichtlicher Ereignisse. So beginnt er diese abgesteckte letzte Lebensphase mit der Eröffnung eines »Tagebuchs« 1970 mit einer längeren Betrachtung »Was ist der Mensch?«, immer wieder über Alltägliches und Grundsätzliches, Aktuelles und Historisches nachdenkend und sich äußernd. Am 1. August 1973 notiert er in seinem »Tagebuch«: »Heute starb Walter Ulbricht! Mit ihm starb ein Mann, der für das deutsche Volk ein Verhängnis, für die deutsche Arbeiterklasse ein Unglück war. Mit Adenauer zementierte er die von der SU und den Alliierten gewollte Spaltung Deutschlands, Adenauer als Handlanger der Westmächte, Ulbricht als Mann der SU.[...] Ulbricht spaltete aber auch die deutsche Arbeiterklasse – schon vor 1933 als treuer Anhänger des Stalinismus, nach 1945 durch die Gründung und Organisierung einer Partei »neuen Typus«, die nichts ist als bürokratischer Zentralismus, als ein vermittelst – brutaler und sanfter – Gewalt bewirkendes Büro [...] Ulbricht war nicht klug, aber schlau. Er war verschlagen und listig, aber kein Fuchs, sondern eine Hyäne. Jedes Mittel war ihm recht. Wenn auf jemand, dann paßte auf ihn: Der Zweck heiligt die Mittel. Damit verdarb er den Zweck,

den er zu wollen vorgab – vielleicht sogar glaubte: den Sozialismus.«

Die DDR war bis zuletzt nicht bereit, Behrens' Gesamtwerk wissenschaftlich und politisch anzunehmen und sachlich-kritisch zu würdigen. Einerseits wurde er auch nach seiner weitgehenden Ausgrenzung durch die Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens zum 70. Geburtstag 1979 mit der Ehrendoktorwürde der Karl-Marx-Universität sowie zum 80. Geburtstag 1989 posthum mit einem wissenschaftlichen Kolloquium durch das Akademie-Institut offiziell geehrt. Andererseits blieb bei einer Veröffentlichung über die Leipziger GEWIFA 1978 von ihren ersten marxistischen Hochschullehrern ausgerechnet Behrens unerwähnt, wurde das Kolloquium 1989 thematisch von vornherein auf seine Arbeiten zur Arbeitsproduktivität eingeschränkt und wurde selbst die lexikalische Behandlung im noch 1989 erschienenen »Ökonomenlexikon« seinem Gesamtwerk nicht gerecht. Selbst in der offiziellen Ehrung nach seinem Tode blieben in der DDR wesentliche Teile seines Gesamtchaffens als wissenschaftliches Erbe ausgegrenzt. Es war daher folgerichtig, daß die Schiedskommission der PDS gleich bei ihrer ersten Überprüfung verübten Unrechts 1990 Fritz Behrens und Arne Benary voll rehabilitierte und sich entschuldigte.

In dem bereits zitierten selbst formulierten fiktiven Interview aus dem Frühjahr 1980 faßte Behrens nochmals die Grundrichtungen seiner Vorstellungen für einen demokratisch organisierten Sozialismus zusammen: »Was verstehen Sie unter politischen Maßnahmen? Dazu will ich nur sagen, daß eine Produzentenselbstverwaltung, wie ich sie mir vorstelle, unvereinbar ist mit einer nur veröffentlichten Meinung, sondern eine öffentliche Meinung erfordert. Doch bin ich auch hier nicht befugt, noch fühle ich mich befähigt – und informiert genug –, um programmatische Erklärungen abzugeben. Wenn Sie mit Ihrer Frage auf die von mir früher geäußerte Formulierung zum Absterben des Staates anspielen, so habe ich auch in dieser Frage nichts zurückzunehmen, da es sich unbestritten um eine marxistische These handelt. Ich würde heute sagen, daß es schon ein großer Fortschritt wäre, zunächst die Verbürokratisierung in Wirtschaft und Staat zu stoppen und dann einzuschränken.«

»Halten Sie eine klassenlose Gesellschaft für möglich? Was ich hierüber denke, habe ich in den apostrophier-

ten Abschnitten meines »Grundrisses der Geschichte der Politischen Ökonomie« geschrieben. Es wäre nur hinzuzufügen: eine klassenlose Gesellschaft ja, aber keine herrschaftsfreie. Da es, soweit man es heute sagen kann, nie eine völlige Übereinstimmung zwischen den individuellen und gesellschaftlichen Interessen geben kann, wird es immer auch einen gesellschaftlichen Zwang geben müssen, um eine Übereinstimmung herbeizuführen, die im Interesse der Gesellschaft liegt. Das Individuum ist ein endliches Wesen mit einer variablen Bedarfsstruktur und wird es auch bleiben. Die Gesellschaft ähnelt der Gattung mit relativ konstanten Bedarfsstrukturen mit Anspruch auf – wenn auch nicht Ewigkeit, so doch – Dauer. Dieser notwendige Zwang muß aber von demokratisch zustande gekommenen Institutionen ausgehen, die – so scheint mir – so weit wie möglich unmittelbar demokratisch oder – wie man heute sagt – basisdemokratisch sein müssen. Das ergibt sich eigentlich selbstverständlich aus einer Wirtschaft, die auf Produzentenselbstverwaltung beruht.«

DANKSAGUNG

Mein Interesse an Leben und Werk von Fritz Behrens reicht weit zurück. Durch mein Studium in den Jahren 1954 bis 1958 an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin bin ich durch seine Verteufelung durch Robert Naumann einerseits und seine Wertschätzung durch Kurt Braunreuther andererseits sowie durch verschiedene andere Einflüsse beeinflußt und zugleich persönlich neugierig geworden.

Nach meinem Wechsel zum Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften konnte ich dann in den Jahren 1963 bis 1968 aus wissenschaftlichen Veranstaltungen, anderen Zusammenkünften und mehreren Gesprächen auch bleibende persönliche Eindrücke von Behrens gewinnen.

In einer von Hans Modrow zusammengestellten Arbeitsgruppe zur Diskussion anstehender Probleme traf ich 1966/1967 auch mehrere Male mit Arne Benary zusammen. Und als ich mich Anfang der 80er Jahre aus einem konkreten Anlaß heraus für die historische Entwicklung der Sozialwissenschaften an der Universität Leipzig zu interessieren begann, suchte ich auch

Hanna Behrens, die Witwe von Fritz, in Zeuthen bei Berlin auf. Durch sie erhielt ich erste Einblicke in seine Arbeiten aus der Prager und Zwickauer Zeit sowie seine vielfältigen internationalen Kontakte in den 50er und 60er Jahren. Für mein weiterführendes Interesse an seinem Gesamtwerk sicherte sie mir ihre Unterstützung zu, und wir vereinbarten, die Einsichtnahme künftig über ihre Tochter, Hannamaria Loschinski, zu organisieren.

Auf diese Weise erhielt ich seit 1987 auch Kenntnis von seinen unveröffentlichten Manuskripten und war noch 1988 – leider vergeblich – bemüht, einiges davon in der DDR zur Veröffentlichung zu bringen. Wir begannen deshalb gleich im zweiten und dritten Heft von »Utopie konkret/kreativ« 1990 mit dem Abdruck eines unveröffentlichten Aufsatzes von Behrens aus diesem Nachlaß. In der Folgezeit konnte ich wohl den größten Teil des unveröffentlichten Nachlasses, der Tagebücher und des Briefwechsels von Behrens einsehen, wofür ich Hannamaria Loschinski aufrichtig dankbar bin.

In den 80er Jahren begann ich auch mit den ersten Studien im Leipziger Universitätsarchiv und im Akademiearchiv Berlin, die ich nach 1989/1990 weiterführte und vor allem im früheren Zentralen Parteiarchiv der SED in Berlin fortsetzte. Michael Franzke stellte mir darüber hinaus als Ergebnis seiner Studien höchst aufschlußreiche Dokumente aus dem PDS-Archiv

Leipzig zur Verfügung. Gert-Joachim Glaebner von der Humboldt-Universität unterstützte mich freundlicherweise bei der Anfertigung von Kopien und meine zeitweilige Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Akademie, Ute Ehrlich, bei technischen Arbeiten. Wertvolle Details entnahm ich den Publikationen von Gottfried Handel und Gerhard Müller sowie den Aufzeichnungen von Herbert F. Wolf. Mehrstündige Interviews mit Gunther Kohlmei und Jürgen Kuczynski 1995 sowie Briefe von Ernst und Waltraud Engelberg, Walter Markov, Hans Mayer, Gerhard Müller, Ilse Spittmann und Gerhard Zwerenz vermittelten außer wertvollen Informationen vor allem Einblick in verschiedene Zusammenhänge sowie konkrete politische und atmosphärische Rahmenbedingungen.

Allen Genannten, aber auch nicht genannten weiteren Gesprächspartnern sei dafür herzlich gedankt. Und dennoch sind es erst Notizen, die hier vorliegen. Sie machen aber – so hoffe ich – dennoch deutlich, daß das Leben und Werk von Fritz Behrens auf eine sehr exemplarische Weise Individuelles und Gesellschaftliches in einer Wissenschaftler-Biographie der DDR aus der Gründergeneration in sich vereinigt, die eine ausführliche Gesamtdarstellung verdient.

Für kritische Hinweise, weitere Anregungen, Informationen, Dokumente und Gespräche bin ich deshalb außerordentlich aufgeschlossen.

GERHARD MÜLLER

Fritz Behrens als Hochschullehrer in Leipzig (1946–1957)

Fritz Behrens war viele Jahre seines Lebens mit der Stadt Leipzig und ihrer Universität eng verbunden. Im Jahre 1930 bereitete er sich an der hiesigen Heimvolkshochschule, einem marxistischen Zentrum, das unter der Leitung des zum linken Flügel der SPD zählenden späteren Professors der Karl-Marx-Universität, Herbert Schaller, stand, auf das Hochschulstudium vor.¹ Behrens hat seinen Lehrer hochverehrt, ihn als »guten Pädagogen« und rückblickend als »kritischen Optimisten« bezeichnet.²

Erlauben Sie in diesem Zusammenhang einen Nebengedanken. Vielleicht würde es sich lohnen, darüber nachzudenken, ob nicht eines der folgenden Walter-Markov-Colloquia dem Werk und Wirken von Herbert Schaller gewidmet werden könnte, der sich nicht nur als Leiter der Heimvolkshochschule, sondern auch als Direktor der Vorstudienanstalt für das Arbeiter- und Bauernstudium in Leipzig nach 1946, an dessen zweitem Vorkurs auch ich teilnahm, und als Direktor des Instituts für Erwachsenenbildung der Karl-Marx-Universität Leipzig bleibende Verdienste erworben hat.

Nach dem Besuch der Heimvolkshochschule und erfolgreichem Abschluß der Sonderreifeprüfung (1931) studierte Behrens dann an der Leipziger Universität von 1931 bis 1935 Volkswirtschaftslehre und Statistik, schloß das Studium 1934 als Diplom-Volkswirt ab und promovierte 1936 zum Dr. rer. pol. mit einer Arbeit über »Das Geldkapital in den Wechsellagen«. Während der Weimarer Republik war er an der Universität politisch in der SPD, der SAP und schließlich der KPD tätig und arbeitete bis Ende der 30er Jahre illegal in verschiedenen Gruppen in Leipzig und Berlin.

Nach der Zerschlagung des Faschismus und der Wiedereröffnung der Universität wurde Behrens am 1. März 1948 Lehrbeauftragter und dann nach seiner Habilitation 1947³ als Professor für Politische Ökono-

mie berufen. Damit war erstmals an einer deutschen Universität ein Lehrstuhl von einem marxistischen Politökonom besetzt. In dieser Funktion lernte ich gemeinsam mit einer großen Gruppe von jungen, wissensdurstigen Arbeiterstudenten Behrens als Hochschullehrer, als strengen Logiker und engagierten Politiker kennen, der uns in die Grundzüge der ökonomischen Theorie von Marx einführte.

Behrens war bei den Studenten hochgeachtet und sehr beliebt. Seine Vorlesungen im in der Regel überfüllten Hörsaal I des Geschwister-Scholl-Hauses waren echte Höhepunkte im Studium der Studenten der Wirtschaftswissenschaften, aber auch für die der anderen Fachrichtungen der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Als Hochschullehrer bewältigte Fritz Behrens ein großes Pensum Arbeit. Er hielt während meiner Studienzeit Vorlesungen zu allen Hauptfragen der politischen Ökonomie: Theorie der politischen Ökonomie, politische Ökonomie des Sozialismus, Geschichte der politischen Ökonomie, Kosten und Preise, Sozialistische Planwirtschaft, Handelsplanung, Proseminar und Hauptseminar für politische Ökonomie und Übungen zum Zweijahrplan. Ich erinnere mich, wie wohl die meisten seiner ehemaligen Studenten, an die große Ausstrahlungskraft von Fritz Behrens, an die verständliche und lebendige Art des Vortrages.

In seiner Laudatio zur Ehrenpromotion von Behrens im Jahre 1979 entsann sich der damalige Dekan der Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Marx-Universität, Erhard Pätzold, der als junger Jurastudent ebenfalls die Vorlesungen von Behrens gehört hatte, an folgende Begebenheit: Behrens hatte während der Vorlesung Literaturangaben zum Marxschen »Kapital« im Umfang von etwa 80–100 Seiten vorgegeben. Als die Studenten

¹ Zur Leipziger Heimvolkshochschule siehe Helmut Arndt: *Die Gründung und Entwicklung der Volkshochschule in Leipzig (1922–1933)*. In: *Aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte 5*. Leipzig 1988. S. 193–215. ² Siehe Fritz Behrens: *Autobiographische Notizen 1973–1974*. In: Helmut Steiner: *Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980)* im vorliegenden Band S. 16. ³ Siehe Fritz Behrens: *Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie – eine theoretische und statistische Studie über die produktive Arbeit im Kapitalismus. Habilitation. Leipzig 1947*.

vernehmlich raunten, war die Antwort von Behrens: »Na, was wollen Sie, das liest sich doch wie ein Roman.«⁴

Eine außerordentlich bedeutsame Arbeit leistete Fritz Behrens als staatlicher Leiter. Er war in der mehr als zehnjährigen Tätigkeit an der Universität Leipzig in einer Vielzahl von verantwortlichen staatlichen Funktionen tätig. So war er während der ganzen Zeit Direktor des Instituts für Politische Ökonomie an der Gesellschaftswissenschaftlichen bzw. Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Dieses Institut änderte zwar gelegentlich seinen Namen (z.B. Institut für Wirtschaftswissenschaft und Statistik, Planökonomisches Institut, Institut für Politische Ökonomie), jedoch wurde immer das Fach »Politische Ökonomie« vertreten. Behrens prägte mit seinem wissenschaftlichen Profil als Politökonom das Institut und auch dessen Mitarbeiter.

Mit der Gründung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Leipzig im Dezember 1946⁵, die am 15. April 1947 den Lehrbetrieb aufnahm, wurde Behrens die verantwortungsvolle Funktion des Prodekans und dann des Dekans dieser Fakultät übertragen.⁶ Der Aufbau dieser Fakultät war für die weitere wissenschaftliche Entwicklung der Leipziger Universität von großer Bedeutung. Hier wurden die Studenten für wichtige Aufgaben des gesellschaftlichen Lebens (in den Fachrichtungen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Außenpolitik und Kulturpolitik) ausgebildet. Nicht zuletzt durch das Bemühen von Behrens als Dekan der Fakultät lehrten hier neben den Mitgliedern des Lehrkörpers der Fakultät viele Hochschullehrer anderer Fakultäten, unter anderen solche herausragenden Wissenschaftler, wie Arthur Baumgarten (Rechtsphilosophie), Ernst Bloch (Philosophie), Hermann Budziszlawski (Journalistik), Ernst Engelberg (Geschichte), Henryk Großmann (Politische Ökonomie), Gerhard Harig (Philosophie), Wieland Herzfelde (Journalistik), Erwin Jacobi (Arbeitsrecht), Walter Markov (Geschichte), Hans Mayer (Literaturgeschichte), Georg Mayer (Volkswirtschaft), Karl Po-

lak (Staatsrecht), Albert Schreiner (Außenpolitik), Heinz Such (Zivilrecht), Hans Thalmann (Sozialpolitik) und Erich Zeigner (Verwaltungsrecht). Allein schon die Aufzählung der Namen dieser Hochschullehrer, von denen nicht wenige aus der Emigration oder aus den faschistischen Kerkern zurückkehrten, zeigt, in welchem Maße die Leipziger Universität und vor allem ihre Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät bald nach Kriegsende und der Zerschlagung des Faschismus zu einem Zentrum der marxistischen Wissenschaft geworden war.

Behrens war seit März 1947 bis zu seinem Weggang aus Leipzig auch Mitglied des Akademischen Senats und hat in dieser Funktion einen wesentlichen Anteil an der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung der Alma mater Lipsiensis.

Nach seiner Berufung an die Leipziger Universität im Jahre 1946 knüpfte er an seine politischen Aktivitäten aus der Zeit der Weimarer Republik an, indem er sich als führender Funktionär der SED engagierte. Im September 1946 wurde an der Universität Leipzig die gemeinsame SED-Betriebsgruppe der Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellten gebildet, zu deren ersten Vorsitzenden Fritz Behrens und Hubert Jusek gewählt wurden.⁷ Behrens wurde dann auf der Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation der Universität im Juli 1948 neben Werner Deckers erneut als erster Vorsitzender bestätigt. Er bewältigte die komplizierten Aufgaben bei der Leitung der Parteiorganisation der Universität in enger Zusammenarbeit mit profilierten marxistischen Wissenschaftlern, wie den Professoren Werner Krauss, Albert Schreiner, Maximilian Lambertz, Albert Beatke sowie mit Dr. Norbert Aresin, Dr. Heinz Such und Dr. Herbert Schaller und den damaligen Studenten Ernst Laboor, Horst Sölle, Erich Selbmann, Helmut Häußler und Joachim Renneberg. Bis zu seinem Weggang aus Leipzig war Behrens Mitglied der zentralen Parteileitung der Universität. Er gehörte in dieser Zeit zu den bekanntesten und beliebtesten Funktionären der Partei, der sich durch große Aktivität, reiche Erfahrungen und Kame-

⁴ Siehe *Universitätsarchiv Leipzig. Bestand: Wissenschaftlicher Rat. Ehrenpromotionsakte. Ehrenpromotion 12.* ⁵ Siehe *Gottfried Handel: Chronik der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig 1947–1951. Karl-Marx-Universität. Leipzig 1973.* ⁶ Siehe dazu *Dietmar Keller: Karl-Marx-Universität 1945–1976. Ein historischer Abriss. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe. Leipzig (1978)1. S. 39.* ⁷ Siehe *Gottfried Handel / Gerhild Schwendler: Chronik der Karl-Marx-Universität Leipzig 1945–1959. Leipzig 1959. S. 22.*

radschaftlichkeit gegenüber den Genossen auszeichnete. Seine Ausstrahlungskraft reichte in die verschiedenen Fakultäten der Universität hinein.

Behrens war zeit seines Lebens ein eigenständiger Denker, immer anregend für seine Studenten und Mitarbeiter, der neue Probleme, sogenannte »heiße Eisen«, anpackte. Diese Haltung führte notwendig zu Widersprüchen zu den herrschenden dogmatischen Positionen. Ich erinnere mich, daß es schon in den 40er Jahren, in denen ich noch Student bei Behrens war, Polemiken der SED-Kreisleitung Leipzig gegen Behrens wegen »Objektivismus« gab, wegen seiner Forderung, bei der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen politischen Ökonomie der »immanenten Kritik« größere Aufmerksamkeit zu schenken. Das heißt keineswegs, daß sich Fritz Behrens nicht prinzipiell mit der bürgerlichen politischen Ökonomie im allgemeinen und einzelnen Vertretern im besonderen auseinandergesetzt und auf den Klassencharakter ihres Denkens verwiesen hätte. Ich erinnere mich, daß auch in dieser Beziehung seine Vorlesungen für uns als Studenten und spätere junge Dozenten Lehrbeispiele waren. Das trifft in noch höherem Maße für seine Publikationen zu. Als Beispiele sei hier nur an seine Habilitationsschrift »Alte und neue Probleme der Politischen Ökonomie« und an seine Arbeit über »Hermann Heinrich Gossens oder die Geburt der wissenschaftlichen Apologetik des Kapitalismus« erinnert. Mit zum Teil sehr scharfen Worten griff Behrens auch in seinem Vortrag zur Ehrenpromotion im Jahre 1979 Böhm-Bawerk und zeitgenössische bürgerliche Ökonomen an und betonte: »Wenn es eine Wissenschaft gibt, die Klassencharakter hat und Klasseninteressen vertritt, dann ist es die Politische Ökonomie.«⁸ Es ging Behrens auch in diesem Zusammenhang um ein hohes Niveau der wissenschaftlichen Arbeit, bei aller Schärfe der Polemik um schlüssige Argumentation und um wirkliche theoretische Widerlegung des jeweiligen Widersachers.

Sehr genau erinnere ich mich an seinen Diskussionsbeitrag auf der Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der

Wissenschaften zu Berlin im Januar 1956 zum Thema »Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland«⁹, wo er sich sehr kritisch mit dem Zurückbleiben des theoretischen Niveaus der wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften in der DDR auseinandersetzte. Er forderte von jedem Einzelnen mehr Schöpfermut und mehr Mut beim Aufwerfen neuer Fragen, weniger Angst. Seine Nebenbemerkung in diesem Zusammenhang, daß es unter den Ökonomen viele Feiglinge gibt, von Haus aus oder dazu erzogen, und dies die wissenschaftliche Arbeit ernsthaft behindere, habe ich in meinem ganzen Leben nicht vergessen. Sie geht mir jedoch auch heute nicht aus dem Sinn, wenn ich sehe, wie sich nicht wenige ehemalige aktive Wissenschaftler, die sich als Marxisten verstanden oder zumindest ausgegeben haben, sicher auch aus mangelndem Mut zurückgezogen haben, völlig isoliert leben und manchmal auch ihr gelebtes Leben verleugnen.

Behrens hat auch nach seiner Berufung nach Berlin an die Akademie der Wissenschaften bis Herbst 1955 regelmäßig Vorlesungen an der Karl-Marx-Universität in Leipzig gehalten und blieb bis März 1957 nebenamtlicher Angehöriger des Lehrkörpers der Universität.

Im Jahre 1978 hat er in einem an mich gerichteten Brief betont, daß für ihn diese Leipziger Jahre »trotz aller Schwierigkeiten wohl rückblickend die schönste und fruchtbarste Zeit«¹⁰ waren. Die Karl-Marx-Universität verlieh ihm anlässlich seines 70. Geburtstages im Oktober 1979 für seine erfolgreiche wissenschaftliche Tätigkeit, in Würdigung seiner hervorragenden Leistungen bei der Erziehung und Ausbildung der Studenten, der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und befähigter Kader für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der DDR sowie seiner großen Verdienste um die Entwicklung der Alma mater Lipsiensis zur sozialistischen Bildungsstätte die Würde eines Ehrendoktors der Wirtschaftswissenschaften.¹¹

In seinem Vortrag zur Ehrenpromotion am 30. Oktober 1979 hebt Behrens noch einmal hervor, daß seine Leipziger Zeit nach 1945 zu den besten Jahren seiner wissenschaftlichen Tätigkeit gehört. »Diese Zeit war

⁸ *Universitätsarchiv Leipzig. Bestand: Wissenschaftlicher Rat. Ehrenpromotionsakte. Ehrenpromotion 12.* ⁹ *Siehe Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland. Protokoll der Konferenz. Berlin 1956. S. 46–54.* ¹⁰ *Brief von Fritz Behrens, Zeuthen, an den Verfasser vom 20. Mai 1978 (Privatarchiv Müller).* ¹¹ *Siehe Universitätsarchiv Leipzig. Bestand: Wissenschaftlicher Rat. Ehrenpromotionsakte. Ehrenpromotion 12.*

materiell gesehen schwer, aber wann war wieder wohl Begeisterung und Hingabe von Professoren und Studenten an den großen Gedanken des Sozialismus so groß und so tief wie damals, die menschlichen Beziehungen zwischen Studenten und Professoren so echt und eng.«¹² Nach der Ehrenpromotion schrieb er in einem Brief vom 25. November 1979 an Rektor Rathmann: »Ich habe mich immer mit der Leipziger Universität verbunden gefühlt. Diese Bindung ist nun noch enger geworden.«¹⁵

Man kann sicherlich annehmen, daß der 1980 verstorbene Fritz Behrens, wenn er die heutige Zeit noch

erlebt hätte, einerseits wegen seiner marxistischen Grundpositionen von den heute Herrschenden »abgewickelt«, mit Berufsverbot belegt und vom Rentenrecht betroffen worden wäre, und er sich andererseits – trotz alledem – in der linken Bewegung engagieren und auch das Anliegen des Rosa-Luxemburg-Vereins unterstützen würde. Dies kann man auch dem Buch »Abschied von der sozialen Utopie« entnehmen, in dem Behrens u. a. die Frage aufwirft, ob ein Marxist heute noch Marxist sein kann: »Er muß es, will er die Geschichte begreifen, und er kann es, will er seine Welt verändern!«¹⁴

12 *Universitätsarchiv Leipzig. Bestand: Wissenschaftlicher Rat. Ehrenpromotionsakte. Ehrenpromotion 12.* **13** *Ebenda.*

14 *Fritz Behrens: Kann ein Marxist heute noch Marxist sein? In: Abschied von der sozialen Utopie. Hrsg. von Hannamaria Loschinski [u. a.]. Berlin 1992. S. 253.*

HEINRICH SEICKERT

Das Wirken von Fritz Behrens als Leiter des Arbeitskreises »Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit« an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Meinen ersten Kontakt zu Fritz Behrens hatte ich als junger Student im Wintersemester 1950/1951 an der Leipziger Universität. Der Besuch seiner Vorlesung »Politische Ökonomie des Kapitalismus« im »Geschwister-Scholl-Haus« hinterließ nicht nur bei mir einen nachhaltigen Eindruck und setzte Maßstäbe, an denen später andere Wissenschaftler von uns Studenten gemessen wurden. Das bekam beispielsweise auch der Dogmatiker Robert Naumann in Berlin zu spüren, als die Leipziger Ökonomie-Studenten 1951 nach dem ersten Semester zur Fortsetzung ihres Studiums nach Berlin umgesetzt wurden und schon bald in Diskussionen mit Naumann heftige Kritik an seinen Vorlesungen äußerten. Daß auch in den folgenden Jahren meine Sympathie für Fritz Behrens erhalten blieb, lag in seinem Wirken und in seinen Publikationen begründet, die ich mit großem Interesse zur Kenntnis nahm. Daran konnten auch die gegen ihn gerichteten Angriffe des Zentralkomitees sowie des Politbüros der SED in den 50er Jahren nichts ändern.

Meine persönlichen Kontakte zu Behrens entfalten sich aber erst in den 60er Jahren, als ich unmittelbar nach dem Mauerbau von der Hochschule für Ökonomie an das Akademie-Institut versetzt worden war. An diesem Institut erhielt ich im Jahre 1964 von Behrens das Angebot, die Funktion eines wissenschaftlichen Sekretärs seines am Akademie-Institut aufzubauenden Arbeitskreises »Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit« zu übernehmen, dessen Leitung ihm vom Beirat für ökonomische Forschung bei der Staatlichen Plankommission der DDR übertragen worden war. Ich weiß noch genau, wie sehr ich mich über dieses Angebot gefreut habe. Aus heutiger Sicht muß ich sagen, daß die folgenden Jahre der Zusammenarbeit mit Behrens zu den angenehmsten in meiner wissenschaftlichen Laufbahn gehören. Denn sein Wirken im Arbeitskreis hat mein wissenschaftliches Denken entscheidend mitgeprägt.

Wie angesehen (national wie international) Behrens in der wissenschaftlichen Gesellschaft – trotz oder vielleicht gerade wegen der Auseinandersetzungen mit der Partei – war und wie vielfältig seine wissenschaftlichen Kontakte waren, wurde mir in dem Moment bewußt, als es um den Aufbau und die Organisation der Arbeit des Arbeitskreises ging. Ohne seine engen Verbindungen zu Persönlichkeiten des Staatsapparates, der Gewerkschaft, der Betriebe, Kombinate und nicht zuletzt von wissenschaftlichen Einrichtungen an Universitäten, Hochschulen und von Forschungseinrichtungen (darunter auch der Landwirtschaftsakademie) wäre es kaum möglich gewesen, ca. 150 bis 200 wissenschaftlich Tätige in die Arbeit des Arbeitskreises einzubeziehen. Behrens setzte in der Tat den von Leibniz geforderten Zweck der Wissenschaft um, *theoriam cum praxi* zu vereinen, wobei er auch Wert darauf legte, daß der Arbeitskreis im Interesse der Praxisinformation ein eigenes Mitteilungsblatt herausgab, im Redaktionskollegium der Zeitschrift »Arbeitsökonomik« bzw. »Arbeitswissenschaft« vertreten war und enge Kontakte zum Redaktionskollegium der Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft« bzw. zum Verlag »Die Wirtschaft« pflegte. Unter der Schirmherrschaft des Arbeitskreises sind damals auch mehrere Habilitationen sowie Dissertationen (A und B) an Universitäten bzw. unmittelbar in Betrieben (z. B. im Dieselmotorenwerk Rostock) verteidigt worden.

Inhaltlich orientierte sich bekanntlich der Arbeitskreis schwerpunktmäßig an Fragen zur Analyse der Faktoren des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit, an Fragen der Arbeitsproduktivität, seiner betrieblichen und volkswirtschaftlichen Messung sowie zur Systematisierung und Erweiterung der Begriffe »produktive Arbeit« und »Arbeitsproduktivität«. Die damals von der Planungsbürokratie praktizierte zu enge Auslegung des Begriffes der produktiven Arbeit und ihre politische wie materielle Aufwertung gegenüber den als »unproduktiv«

eingestuften Tätigkeiten hatte ja bekanntlich zur Folge, daß wichtige Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit – vor allem von Wissenschaft und Forschung – in ihrer Bedeutung für Innovationen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Steigerung der Arbeitsproduktivität unterschätzt und als »unproduktive Arbeit« lohnpolitisch unterbewertet wurden. Behrens und andere hatten dies damals im Arbeitskreis erkannt. Leider konnten die damals gemachten und von einer internationalen Konferenz bestätigten Vorschläge zur Erweiterung des Begriffs der »produktiven Arbeit« mit ihren lohnpolitischen Konsequenzen nicht praxiswirksam durchgesetzt werden. Die davon Betroffenen (zumeist mit höherem Qualifikationsniveau) spüren bei ihren Rentenberechnungen leider noch heute die negativen Auswirkungen dieser verhängnisvollen Lohnpolitik. Die damaligen Diskussionen zum produktiven gesellschaftlichen Gesamtarbeiter veranlaßten mich persönlich zu dem Vorschlag, den Begriff »unproduktive Arbeit« durch den wertneutraleren Begriff »nichtproduktive Arbeit« zu ersetzen und die angelaufenen Arbeiten zur Anerkennung der Wissenschaft als Produktivkraft zu intensivieren, was ja dann auch der Fall war.

Meines Erachtens ist es nicht richtig, wenn behauptet wird, Behrens habe im Arbeitskreis die Problematik der Arbeitsproduktivität eingeschränkt und mit der Zeitsummenmethode schwerpunktmäßig lediglich auf eine methodische Aufgabenstellung orientiert. Dagegen spricht auch das, was er für den Arbeitskreis als eine perspektivisch zu lösende Aufgabe betrachtete. Als eine solche Aufgabe sah er in der DDR – in Auswertung der jugoslawischen Erfahrungen – den Aufbau eines Produktivitätszentrums an, von dem wichtige Impulse zum Erfahrungsaustausch, zur Verallgemeinerung und Durchsetzung produktivitätssteigernder Erkenntnisse und Maßnahmen ausgehen sollten. Offenbar hatte Behrens für dieses perspektivische Ziel Persönlichkeiten im Partei- und Staatsapparat gewinnen können. Denn sonst wäre es ihm im November 1966 wohl kaum möglich gewesen, Gerhard Richter und mich mit Studienaufträgen an die Produktivitätszentren nach Belgrad und Zagreb zu schicken. Zur Vorbereitung dieser

Studienreise hatte uns Behrens mit umfangreichen Informationen über das jugoslawische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem versorgt, wodurch ich persönlich erstmalig einen umfassenderen Einblick über einen grundsätzlich anderen Weg zum Sozialismus bekam. Die Informationen, die wir von unserer Studienreise aus den jugoslawischen Produktivitätszentren mitbrachten, haben nach meiner Ansicht Behrens' Interesse am Aufbau eines Produktivitätszentrums in der DDR noch verstärkt. Leider haben die Ereignisse des Jahres 1967 dieses Vorhaben von Behrens zunichte gemacht.

Was die Frankfurter Konferenz »100 Jahre Kapital« 1967 anbelangt, so war es durchaus nicht so, daß Behrens aus gesundheitlichen Gründen von Auseinandersetzungen verschont geblieben wäre. Nach meinen Informationen begannen diese bereits, nachdem sein vorgesehener Vortrag beim Zentralkomitee zur Kenntnis genommen worden war und er auf Grund seines Inhalts auf die Reise verzichten sollte. Da er aber dem Zentralkomitee mitteilte, daß er diesen Vortrag bereits zur Veröffentlichung an die »Gewerkschaftlichen Monatshefte« weitergeben habe, war eine Ablehnung der Reise sinnlos geworden, und er durfte nach Frankfurt fahren. Aber gleichzeitig formierte man eine Delegation »besserer« Genossen – ich glaube unter Leitung von Otto Reinhold –, die in Frankfurt am Main den offiziellen Standpunkt der SED zu vertreten hatten. Was sich anschließend nach der Konferenz an der Akademie hinter den Kulissen mit oder ohne Behrens abspielte, hat Hans Behr an Hand von Materialien des Parteiarchivs aufgedeckt. Danach zu urteilen, erscheinen einige unserer ehemaligen Kollegen aus dem Akademie-Institut nicht gerade in einem günstigen Licht.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß die Aufgaben des Beirats für ökonomische Forschung bei der Leitung der Staatlichen Plankommission und seiner Arbeitskreise ab Ende der 60er Jahre von einem an der Akademie der Wissenschaften der DDR neugebildeten Wissenschaftlichen Rat für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung unter Leitung von Helmut Koziolk schwerpunktmäßig neustrukturiert und leitungsmäßig verändert weitergeführt worden sind.

JÖRG ROESLER

Behrens und Berger.

Zur Rolle des Behrens-Schülers und Ulbricht-Beraters Wolfgang Berger in der Wirtschaftspolitik der SED

1. EINLEITUNG

Wenn von einem Behrens-Schüler die Rede ist, dann denkt man in erster Linie an Arne Benary, der als Student der Wirtschaftswissenschaften an der Leipziger Universität von Behrens in die marxistische politische Ökonomie eingeführt wurde und als dessen engster Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften Mitte der 50er Jahre mit Veröffentlichungen zur politischen Ökonomie des Sozialismus und zur marxistischen Agrartheorie hervortrat.¹ Sein 1957 veröffentlichter Artikel zur Rolle von Spontaneität und Bewußtheit in der Planwirtschaft der Übergangsperiode² geriet genauso ins Kreuzfeuer der Kritik der SED-Führung wie der Aufsatz seines Lehrers Behrens über die nach dessen Meinung anstehende Entstaatlichung der Planung³. Wie Behrens verlor auch Benary seine Arbeitsstelle. Nach dem »Entsenden in die Praxis« 1957 war Benary zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter und schließlich bis zu seinem Tode 1972 Ökonomischer Direktor im Kabelwerk Oberspree (KWO).⁴

Von Wolfgang Berger war im Jahre 1957 in Zusammenhang mit der von der Parteiführung zur »Revisionismusdebatte«⁵ verfälschten und verkürzten Auseinandersetzung um die Gestaltung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR nichts zu hören. Er trat weder als Befürworter Behrensscher Thesen hervor, noch war er unter denjenigen Wirtschafts-

wissenschaftlern zu finden, die dessen Auffassungen kritisierten bzw. verurteilten. Und doch nahm er an der Debatte lebhaften Anteil, war er wahrscheinlich derjenige von Behrens Schülern, der fünf Jahre später am meisten dazu beitrug, daß mit der Verwirklichung der Behrensschen Ideen von der Dezentralisierung (bei Behrens: Entstaatlichung und Demokratisierung) der DDR-Wirtschaft Ernst gemacht wurde.

2. BERGERS KARRIERE

Wer war Wolfgang Berger? Wie wurde er Behrens-Schüler? Da er in keinem der einschlägigen biographischen Lexika zur DDR verzeichnet ist, sei zunächst einiges zu seiner Person angemerkt.⁶ Berger, Jahrgang 1921 und aus einer mit der KPD verbundenen Leipziger Arbeiterfamilie stammend, hatte in den 30er Jahren eine kaufmännische Lehre absolviert. Er war von 1941 bis 1945 Soldat. Einige Monate nach Kriegsende aus der Gefangenschaft nach Leipzig zurückgekehrt, folgte er einem Aufruf von KPD- und SPD-Funktionären der Stadt an Arbeiter, ein Studium aufzunehmen, und schrieb sich im Februar 1946 an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Leipziger Universität ein. Bereits im ersten Jahr hörte er Vorlesungen von Fritz Behrens zur Statistik und politischen Ökonomie. Wie viele andere⁷ zog auch Berger das Charisma von Behrens' Wissenschaftler-

¹ Siehe Helmut Steiner: *Der aufrechte Gang eines DDR-Ökonomen: Fritz Behrens (1909–1980)*. In: »Utopie konkret«. Berlin (1990)2. S. 81; Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980) im vorliegenden Band S. 24. ² Siehe Arne Benary: *Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode*. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 5(1957)Sonderheft 3. S. 62–94. ³ Siehe Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 5(1957)Sonderheft 3. S. 105–140. ⁴ Siehe Helmut Steiner: *Der aufrechte Gang eines DDR-Ökonomen: Fritz Behrens (1909–1980)*. In: »Utopie konkret«. Berlin (1990)2. S. 81. ⁵ Siehe Susanne Becker/Heiko Dierking: *Die Herausbildung der Wirtschaftswissenschaft in der Frühphase der DDR*. Köln 1989. S. 407–476. ⁶ Die Angaben basieren auf einem Interview von Jochen Černý und Jörg Roesler mit Wolfgang Berger am 31. Januar 1991 (im folgenden Interview Berger 1). ⁷ Siehe beispielsweise Hans Mayer, der schreibt: »Man hatte gute Dozenten zur Verfügung: etwa den Kieler Wirtschaftswissenschaftler Friedrich Behrens.« (Hans Mayer: *Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen*. Bd. 2. Frankfurt am Main 1984. S. 26f.)

persönlichkeit in seinen Bann. »Wir fühlten uns den Berlinern und Hallensern überlegen«, urteilte Berger später rückblickend über die Studenten der Wirtschaftswissenschaft seines Jahrgangs an der Leipziger Universität. Behrens wurde auf den begabten, unerhört fleißigen⁸ Arbeiterstudenten aufmerksam, ernannte ihn 1948 zu seinem Hilfsassistenten, lud ihn zu Diskussionen in seine Wohnung ein. »Es war genau diese Art des Vorgehens, die in Leipzig die jungen Studenten und Assistenten, die Fritz (Behrens) um sich hatte, begeisterte [...] gegenseitig Achtung und Zuneigung gewinnend«⁹. Er ermunterte Berger, seine Diplomarbeit zur bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre bis zur Dissertation weiterzuführen, die dieser im Juni 1949 abschloß. Auf den wohl ersten Arbeiterstudenten der Wirtschaftswissenschaft, der es bis dahin zur Promotion gebracht hatte, wurde man im Staats- und Parteiapparat aufmerksam. Bereits im Oktober 1949 fand er sich als Bearbeiter ökonomischer Probleme unter den persönlichen Mitarbeitern des gerade ins Amt gelangten stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht wieder. 1952 ging Berger in den ZK-Apparat und wurde im Herbst des gleichen Jahres Abteilungsleiter Planung und Finanzen. Im Jahre 1955 berief ihn der Generalsekretär der SED als persönlichen Mitarbeiter zu sich. Berger arbeitete seitdem bis zu Ulbrichts Sturz 1971 als dessen persönlicher Mitarbeiter und einflußreicher Berater in Wirtschaftsfragen.¹⁰

Die Aufnahme einer Arbeit im Staats- und später ZK-Apparat gleich nach dem Studium hatte Berger

nicht davon abgebracht, die Diskussion unter den Wirtschaftswissenschaftlern zu verfolgen und in diese Diskussion einzugreifen. Dabei erwies er sich als getreuer Schüler von Fritz Behrens, beispielsweise in seinem im Oktoberheft 1949 der Zeitschrift »Deutsche Finanzwirtschaft« erschienenen Artikel »Karl Marx und die Kritiker der modernen Betriebswirtschaftslehre«.¹¹ So wie sein Lehrer Behrens, der sich durchaus an der zunehmenden Radikalisierung der marxistischen Diskussion beteiligte¹², die Genesis der Nationalökonomie ausschließlich an der von Marx vorgenommenen Unterscheidung von »wissenschaftlicher Ökonomie« und »Vulgärökonomie« festmachte und den nichtmarxistischen Wirtschaftstheorien das Vermögen absprach, innere Strukturen und kausale Zusammenhänge der Wirtschaft, ihr »Wesen« zu erfassen¹³, griff auch Berger das wissenschaftliche Werk des an der Humboldt-Universität lehrenden Betriebswirtschaftlers Konrad Mellerowicz pauschal an, warf der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre vor, ihre Produktionskostentheorie sei »wissenschaftlich unbrauchbar«¹⁴. Anfang 1955 nahm Berger – um diese Zeit bereits Abteilungsleiter Planung und Finanzen im ZK der SED – in der »Wirtschaftswissenschaft« zu »einigen ökonomischen Problemen der 21. Tagung des ZK der SED« Stellung.¹⁵ Auf der Tagung, die im November 1954 stattgefunden hatte, war von Ulbricht gefordert worden, die Planung zu vereinfachen, die Rentabilität der volkseigenen Betriebe zu erhöhen, ihre »wirtschaftlich-operative Selbständigkeit«¹⁶ zu realisieren und die

⁸ Heinz Berger berichtete, daß er seinem Bruder Wolfgang von Zeit zu Zeit kostbaren Bohnenkaffee brachte, den ihr als Kellner tätiger Vater für seinen bis in die späte Nacht arbeitenden Sohn besorgte. (Mitteilung Heinz Bergers vom 7. November 1996 an den Verf.) ⁹ Jürgen Kuczynski: *Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch*. Berlin, Weimar 1983. S. 128. ¹⁰ Siehe Interview Berger 1. ¹¹ Siehe Wolfgang Berger: *Karl Marx und die Kritiker der modernen Betriebswirtschaftslehre*. In: »Deutsche Finanzwirtschaft«. Berlin 3(1949)10. S. 249–253. ¹² Siehe Helmut Steiner: *Fritz Behrens. Lebensbilanz eines sozialistischen Wissenschaftlers. Zum erstmaligen Erscheinen seiner Kritik des Staatssozialismus*. In: »Deutschland Archiv«. Köln (1992)11. S. 1161. ¹³ Siehe auch Günter Krause: *Wirtschaftstheorie in der DDR*. Marburg 1998. S. 83. ¹⁴ Wolfgang Berger: *Karl Marx und die Kritiker der modernen Betriebswirtschaftslehre*. In: »Deutsche Finanzwirtschaft«. Berlin 3(1949)10. S. 252–253. – Mellerowicz verteidigte sich damit, daß die reine Technik der Betriebswirtschaft »völlig unabhängig von dem Zweck, den der Betrieb verfolgt«, sei, daß eine »rationale Betriebsführung« auch im Sozialismus Bestand habe. (Siehe Konrad Mellerowicz: *Betriebswirtschaftslehre und politische Ökonomie*. In: »Deutsche Finanzwirtschaft«. Berlin 3(1949)15. S. 520). – Behrens hat sich bald darauf ebenfalls – auf die gleiche Weise wie Berger argumentierend – zur Betriebswirtschaftslehre geäußert. (Siehe beispielsweise Fritz Behrens: *Ist die Betriebswirtschaftslehre eine Wissenschaft?* In: »Deutsche Finanzwirtschaft«. Berlin 4(1950)2. S. 57–64.) ¹⁵ Siehe Wolfgang Berger: *Zu einigen ökonomischen Problemen der 21. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*. In: »Wirtschaftswissenschaft« Berlin 3(1955)1. S. 11–21. ¹⁶ Walter Ulbricht: *Fragen der politischen Ökonomie in der Deutschen Demokratischen Republik*. Berlin 1955. S. 10–15 und 17–20.

materielle Interessiertheit der Belegschaften am Betriebsergebnis herzustellen. Das waren überwiegend neue Töne, bis hin zur stärkeren Beachtung betriebswirtschaftlicher Aspekte. Der Autor hatte sich in dieser Hinsicht gegenüber seiner ersten Veröffentlichung aus dem Jahre 1949 selbst korrigiert. Berger, davon überzeugt, daß »die 21. Tagung ein wichtiger Schritt war, um den Parteifunktionären und Wirtschaftskadern die Hauptthesen der politischen Ökonomie des Sozialismus [...] zu vermitteln«¹⁷, forderte in seinem Beitrag in der »Wirtschaftswissenschaft« »die aktive Beteiligung der Wirtschaftswissenschaftler an der Behandlung der komplizierten Probleme der Entwicklung der Leitung der Volkswirtschaft« als »eine wesentliche Bedingung [...] der raschen und erfolgreichen Lösung«¹⁸ wirtschaftlicher Probleme.

3. BERGERS HALTUNG ZUR REVISIONISMUSDEBATTE

Im Verlauf der mehrjährigen Diskussion, die mit Bergers Beitrag in der »Wirtschaftswissenschaft« offiziell eröffnet worden war, wurden auch die bereits eingangs zitierten, ursprünglich als Buchmanuskript mit dem Titel »Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode« verfaßten Aufsätze¹⁹ von Behrens und Benary veröffentlicht. Eigentlich widmeten sie sich dem, was Ulbricht auf

dem 21. Plenum von den Wirtschaftskadern verlangt und worüber zu diskutieren Berger aufgerufen hatte: Fragen der Dezentralisierung von wirtschaftlichen Entscheidungen, der Schaffung größerer Möglichkeiten für Betriebe, ihren Reproduktionsprozeß selbst zu gestalten, dem zu weckenden Interesse der Belegschaften an einem maximalen Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit.²⁰

Bergers Auffassungen stimmten mit denen von Behrens in ganz wesentlichen Punkten überein: Das betraf den Abbau von zentralstaatlichen Vorgaben zugunsten größerer Selbstgestaltungsrechte der Betriebe und Belegschaften, die Ersetzung administrativer Weisungen durch eine an ökonomischen Erfordernissen orientierte Politik, aber auch die Verabschiedung von der Vorbildrolle der weiterhin durch Auffassungen Stalins geprägten sowjetischen Planwirtschaft.²¹ Berger war – wie auch Behrens – der Meinung, daß die inzwischen republikweit etablierte offizielle politische Ökonomie kaum Lösungsansätze für die anstehenden volkswirtschaftlichen Probleme liefere.²² Wenn Berger trotzdem – ohne jedoch öffentlich gegen Behrens aufzutreten – 1956/1957 auf kritische Distanz zu seinem ehemaligen Lehrer ging, dann hatte das zwei Ursachen. Die erste war fachlicher Art, die zweite politischer Natur.

Als echter Behrens-Schüler sah Berger in der Arbeitsproduktivität den Hauptindikator für wirtschaftliche Prosperität und gesellschaftliche Zu-

¹⁷ So Berger in der Rückschau in Wolfgang Berger/Otto Reinhold: *Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems*. Berlin 1966. S. 10. ¹⁸ Wolfgang Berger: *Zu einigen ökonomischen Problemen der 21. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 3(1955)1. S. 11. ¹⁹ Siehe Helmut Steiner: *Intellektuelle Selbstkastration. Die drei Wellen von Marxismus-Enteignung in der DDR und das Beispiel Fritz Behrens*. In: »Neues Deutschland« vom 9./10. November 1996. S. 9. ²⁰ Benary wandte sich gegen eine »übermäßige Administrierung und Reglementierung der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe« (Arne Benary: *Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode*. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 5(1957)Sonderheft 3. S. 63). Behrens vertrat die Auffassung: »Nur soweit die staatlichen Pläne der organisatorische Ausdruck des Willens der Werktätigen sind, garantieren sie einen maximalen Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit.« (Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 5(1957)Sonderheft 3. S. 110.) ²¹ Siehe Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 5(1957)Sonderheft 3. S. 130–132. – Interview Berger 1. ²² Behrens warf seinen Kollegen vor, sie würden die »Widersprüche im Wachstumsprozeß der sozialistischen Gesellschaft« nicht genügend analysieren und erforschen, »weil sie nicht in der Forschung und in der Entwicklung der ökonomischen Theorie, sondern in der Propaganda bekannter Thesen ihre Hauptaufgaben sahen.« (Ebenda. S. 105.) – Berger sprach in seinem Aufsatz über das 21. Plenum davon, »daß viele Hochschullehrer noch immer sehr weit von der Praxis entfernt sind, daß sie gar nicht ermessen, wie tief solche Probleme [unzureichender Effektivität – J. R.] unser Dasein bewegen.« (Wolfgang Berger: *Zu einigen ökonomischen Problemen der 21. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 3(1955)1. S. 20.)

kunfts-fähigkeit. Die unzureichende Steigerung der Produktivität und deren Folgen für den Systemwettbewerb mit dem Westen bereitete beiden Sorgen. Mitte der 50er Jahre war Berger – wie andere Wirtschaftsfunktionäre in der DDR, z.B. auch Fritz Selbmann²⁵, – zu der Erkenntnis gekommen, daß es nicht ausreichte, die Eigentumsverhältnisse zu verändern, in den Betrieben sozialistische Produktionsverhältnisse durchzusetzen, sondern daß es auch darum gehe, durch die Teilnahme an der wissenschaftlich-technischen Revolution auf dem Gebiet der Produktivkräfte gegenüber dem erfolgreicher als erwartet konkurrierenden kapitalistischen System die Oberhand zu gewinnen.²⁴ Ulbrichts Ausführungen auf der 25. Tagung des ZK der SED im Oktober 1955, »energischer und planmäßiger den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durchsetzen«²⁵, trugen ebenso Bergers Handschrift wie die Darlegungen des Parteichefs über die Vervollkommnung der Technologie auf der III. Parteikonferenz der SED im März 1956.²⁶ Warum Behrens, der Spezialist unter den Politökonomien für Fragen der Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Sozialismus, in seinem 1957 veröffentlichten Beitrag²⁷ den neuen Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts kaum Beachtung schenkte²⁸, blieb für Berger schwer verständ-

lich. Ebenso wie Berger feststellen mußte, daß Behrens, der eine größere Entscheidungsfreiheit für Betriebe und Belegschaften forderte, betriebswirtschaftlichen Problemen kaum Aufmerksamkeit zollte. Ohne deren zweckmäßige Umgestaltung aber, so glaubte Berger, sei eine volkswirtschaftlich effektive Dezentralisierung nicht möglich.²⁹

Entscheidend für die Distanzierung Bergers von Behrens waren diese fachlichen Differenzen jedoch nicht, sondern die politische Wirkung, die – wie Berger und viele andere von Behrens' Kritikern meinten³⁰ – von seinem im Artikel »Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode« vertretenen Auffassungen ausginge. Wie konnte man, fragte sich Berger noch 1991, in einer politisch brisanten, ja existenzbedrohenden Situation, wie sie die DDR seit dem Juni 1953 durchlebte, einer Situation, in der die Feinde des Sozialismus wenige Monate zuvor in Ungarn nur mit Mühe überwältigt werden konnten und in der der Ausgang der Krise in Polen noch immer ungewiß war, das »Absterben des Staates« verlangen?³¹

Berger hat wahrscheinlich seine Hand über Behrens gehalten, als die SED-Führung darüber entschied, wie der inzwischen zu einem Fall der Staatsicherheit gewordene Behrens in Zukunft zu

25 Er begann seine 1957 erschienene Publikation »Ein Zeitalter stellt sich vor« mit den Worten »Ein neues Zeitalter beginnt, oder vielmehr, es hat bereits begonnen, das Zeitalter der neuen Technik, der Atomkraft, ein Zeitalter gewaltiger revolutionärer Umwälzungen.« (Fritz Selbmann: *Ein Zeitalter stellt sich vor*. Berlin 1957. S. 7.) **24** Siehe Interview Berger 1. **25** Walter Ulbricht: *Die Warschauer Konferenz und die neuen Aufgaben in Deutschland*. In: Walter Ulbricht: *Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft ab 1945*. Berlin 1959. S. 497–503. **26** Siehe Walter Ulbricht: *Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik*. In: *Ebenda*. S. 553–556. **27** Zu den Umständen der Veröffentlichung siehe Helmut Steiner: *Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980) im vorliegenden Band S. 24*. **28** Für Behrens war nicht die Technikentwicklung das zukünftige Hauptfeld der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus wie für Berger, sondern die Struktur der Eigentumsverhältnisse: »Das private und insbesondere das kapitalistische Eigentum beschränkte die Initiative zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität auf die wenigen Eigentümer der Produktionsmittel. Das sozialistische Eigentum schafft zum ersten Mal in der Geschichte die Möglichkeit, daß die Initiative zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität zum Lebensinteresse jedes einzelnen Werktätigen wird.« (Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*. In: »*Wirtschaftswissenschaft*«, Berlin 5(1957) Sonderheft 3. S. 125.) **29** Siehe Interview Berger 1. – Als Ursache für Behrens' Haltung vermutet der mit Forschungen zur Geschichte der Wirtschaftswissenschaften in der DDR hervorgetretene Günter Krause Behrens' Haltung zum Wertgesetz, von dessen nachlassendem Einfluß auf die Betriebe dieser überzeugt gewesen sei. (Mitteilung Günter Krauses vom 7. November 1996 an den Verf. – Siehe auch Günter Krause: *Wirtschaftstheorie in der DDR*. Marburg 1998. S. 115–138. **30** Einen Überblick geben Susanne Becker/Heiko Dierking: *Die Herausbildung der Wirtschaftswissenschaft in der Frühphase der DDR*. Köln 1989. S. 462–467. **31** Rückblickend beschrieb Berger seine Situation und die seiner Mitarbeiter im ZK-Apparat in den Jahren 1953 bis 1956/1957 folgendermaßen: »In welcher gespannten Lage haben wir gelebt. Wir waren elektrisiert (bei der Frage), ob Polen auch umlenkt (wie Ungarn). Deshalb gab es auch ernsthafte Schwierigkeiten mit Behrens und Benary.« (Interview Berger 1.)

einem Leipziger Betrieb.³⁸ Berger und Wolf hatten zusammen in Leipzig studiert.³⁹ Wolf gehörte nach 1961 zu einer Gruppe von Reformökonomern, deren Rolle bei der Ausarbeitung des Reformkonzeptes Berger rückblickend wie folgt charakterisierte: »Die meisten Anregungen und Impulse kamen aus einer Gruppe jüngerer Ökonomen, die nach 1945 – meist als Arbeiterstudenten – an den Universitäten die Marxsche Politische Ökonomie studiert und zum Teil auch praktische Erfahrungen gesammelt hatten.«⁴⁰ Wieviele Behrens-Schüler darunter waren, das wäre noch festzustellen. Doch schon am Beispiel Herbert Wolfs drängt sich die Frage auf: Warum wurde Behrens nicht in den Kreis der Reformen einbezogen? Behrens hatte nach erzwungener Selbstkritik, Parteiverfahren und Rücktritt von der Funktion als Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik seine Forschungen zur Geschichte der politischen Ökonomie, aber auch zur Messung der Arbeitsproduktivität am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften fortgeführt, war also im Fach geblieben.⁴¹ Es wäre, so sollte man glauben, für den Behrens-Schüler Berger aus sachlichen wie persönlichen Gründen ein Leichtes gewesen, ihn in den Kreis der Reformen einzubeziehen oder mit ihm in Kontakt zu treten. Zumal der wesentlichste Streitpunkt zwischen beiden, die unterschiedliche Beurteilung der Stabilität bzw. Instabilität der politischen Situation der Republik, vom Tisch war, seitdem sich die DDR nach dem Mauerbau politisch gefestigt hatte. Auf die vom Verfasser 1991 an Berger gestellte Frage, warum er es unterlassen habe, Behrens für die Reformgruppe zu gewinnen, antwortete Berger, daß er sich noch nachträglich darüber Vorwürfe mache.⁴² Es bleibt nur die Vermutung, daß sich Ulbricht, mit dem Berger seine »Rekrutierungsvorschläge« selbstverständlich koordinieren mußte, explizit gegen die Teilnahme von Behrens ausgesprochen hatte.

Behrens erfuhr von der beabsichtigten Wirtschaftsreform also erst wie alle anderen auch im Herbst 1962, als nach Veröffentlichung der Übersetzung des Artikels des sowjetischen Ökonomieprofessors Liberman aus der »Prawda« in der DDR die öffentliche Diskussion der Wirtschaftswissenschaftler zur Wirtschaftsreform einsetzte.⁴³ Behrens griff in die Diskussion mit einem »Wirtschaftliche Rechnungsführung, Rentabilität und Arbeitsproduktivität« betitelten Beitrag ein. Der Artikel erschien in der Dezemberausgabe der »Einheit«⁴⁴ und war eine Antwort auf Karl-Heinz Jonuscheits Beitrag zur Eröffnung der Diskussion über notwendige Veränderungen am Planungs- und Leitungsmechanismus in der theoretischen Zeitschrift der SED. »Ich sehe die Bedeutung der Ausführungen von Jonuscheit – auch von Liberman – darin,« argumentierte Behrens, »daß sie die Aufmerksamkeit weg von unwesentlichen Einzelheiten wieder auf ein zentrales Problem lenken [...] Ich stimme mit dem Genossen Jonuscheit darin überein, daß ein höchstmöglicher Nutzeffekt unserer gesellschaftlichen Arbeit nur dann erreicht werden kann, wenn alle Betriebe bestrebt sind, aus eigener Initiative hohe Planziele zu übernehmen und zu erfüllen.«⁴⁵ Behrens sagte zu den Reformvorschlägen, grundsätzlich an seine Argumentation aus den Jahren 1956/1957 anknüpfend, also »ja«. Praktische Auswirkungen für ihn hatte diese indirekte Bereitschaftserklärung zur Teilnahme an der Arbeit der Reformen jedoch nicht.

»Es war eine Zeit intensiver schöpferischer Arbeit, des gleichzeitigen Arbeitens und Lernens, des Durchsetzens komplizierter Entscheidungen, des unvoreingenommenen Prüfens der Resultate, der Korrektur und des weiteren Lernens und Arbeitens. Dies war keine bloße Reform; es war eher eine neue Qualität in der Revolution.«⁴⁶ In diesen 1992 formulierten Sätzen von Berger schwingt der Elan, von dem »die Reform-

38 Siehe Günter Buch: *Namen und Daten wichtiger Personen der DDR*. Berlin, Bonn 1979. S. 360. – Jochen Černý (Hrsg.): *DDR. Wer war wer. Ein biographisches Lexikon*. Berlin 1992. S. 496. **39** Siehe Interview Berger 1. **40** Wolfgang Berger: *Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR*. In: »Weißenseer Blätter« (1992)4. S. 32. **41** Siehe Petra Opitz: *Behrens, Fritz (Friedrich)*. In: Werner Krause/Karl-Heinz Graupner/Rolf Sieber (Hrsg.): *Ökonomenlexikon*. Berlin 1989. S. 35f. **42** Interview von Jochen Černý und Jörg Roesler mit Wolfgang Berger in Berlin am 26. Februar 1991 (im folgenden: Interview Berger 2). **43** Siehe Jörg Roesler: *Wende in der Wirtschaftsstrategie*. In: Jochen Černý (Hrsg.): *Brüche-Krisen-Wendepunkte*. Leipzig [u. a.] 1989. S. 179–181. **44** Fritz Behrens: *Wirtschaftliche Rechnungsführung, Rentabilität und Arbeitsproduktivität*. In: »Einheit«. Berlin 17(1962)12. S. 65–67. **45** Ebenda. S. 65 und 67. **46** Wolfgang Berger: *Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR*. In: »Weißenseer Blätter« (1992)4. S. S. 31.

fraktion« in der SED-Führung in der ersten Hälfte der 60er Jahre beseelt wurde, noch nach. Behrens war außen vor geblieben: Nicht nur als Akteur. Es wurde auch sein Anteil an der geistigen Vaterschaft der Wirtschaftsreform gezeugnet. Als Wolfgang Berger und Otto Reinhold Anfang 1966 einen ersten Rückblick auf die Vorgeschichte der Wirtschaftsreform vornahmen, bezogen sie sich weder auf Behrens, noch die Diskussion der Wirtschaftswissenschaftler 1956/1957, sondern fanden »in den Materialien der 21. Tagung [vom November 1954 – J. R.] erste bemerkenswerte Ansätze zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung«⁴⁷. Beide Autoren orteten erste Ansätze der Wirtschaftsreform auch in den Technikthesen der 24. Tagung des ZK vom Juni 1955 sowie der dritten Parteikonferenz der SED vom März 1956 und fuhrten dann fort: »Überspringen wir einige Jahre und nehmen wir als dritten Beweis die Standardisierungskonferenz, die im November 1959 in Leipzig stattfand.«⁴⁸ »Übersprungen« wurden damit die Jahre 1956–1958, in denen die Dezentralisierungs- bzw. Demokratisierungsdebatte unter den Wirtschaftswissenschaftlern, die später von der DDR-Offizialökonomie als »Revisionismusdebatte« abgestempelt wurde, stattgefunden hatte.

Behrens hatte dies zu ertragen. Die einseitige Darstellung der geistigen Ursprünge des NÖS konnte ihn jedoch nicht von dessen Unterstützung abhalten. Er setzte sich – vor allem publizistisch, mit seinem Arbeitsproduktivitätskreis aber auch beratend – für die auch von ihm geteilten Reformziele ein.⁴⁹ Bei aller Sympathie für die Wirtschaftsreform läßt Behrens in seiner Haltung zum NÖS, das er in seinem Akademie-Vortrag »Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft« als »spezifischer Form eines neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft«⁵⁰

klassifizierte, erkennen, daß er die Entwicklung »mit wachem, aber zugleich skeptischem Interesse«⁵¹ verfolgte. Damit war er weit entfernt von jener Begeisterung, die Berger und andere für die Umgestaltung des Planungs- und Leitungssystems aufbrachten.

Die Reformfraktion ihrerseits trieb die theoretische Verarbeitung des NÖS und ÖSS inzwischen ebenfalls voran. Deren politökonomische Reformvorstellungen fanden 1969 mit der Veröffentlichung des Buches »Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR«, zu deren Verfassern wiederum Berger gehörte, eine schriftliche Fixierung.⁵²

Für die Abfassung des Buches war ein »von der Parteiführung eingesetztes Kollektiv« unter Leitung von Günter Mittag verantwortlich. Zu den weiteren acht Mitgliedern gehörte neben Herbert Wolf und Otto Reinhold auch Wolfgang Berger, der gleichzeitig als Sekretär des Bandes fungierte.⁵³ In einer abschließenden Beratung im April 1969 wurde vorgeschlagen, »32 Genossen (Wirtschaftswissenschaftler) als Mitautoren namentlich zu nennen«⁵⁴. Diese offizielle Liste der Wirtschaftswissenschaftler-Reformer demonstrierte noch einmal, daß Behrens, einer der geistigen Väter der Reform, ins Abseits gedrängt war: Im ersten, der Vorgeschichte gewidmeten Kapitel wurde zum wiederholten Male festgestellt, daß die Beschlüsse der 21. Tagung des ZK der SED vom November 1954 zur wirtschaftlichen Rechnungsführung und die Thesen über die wissenschaftlich-technische Revolution vom März 1956 als »wichtige Voraussetzungen« zu werten wären, um später »auf dieser Grundlage das eigentliche ökonomische System des Sozialismus zu gestalten«⁵⁵. Auch im Lehrbuch hatte sich die Sicht Bergers (und Ulbrichts) durchgesetzt.

Ein Jahr vor Veröffentlichung des Lehrbuches hatte Behrens im September 1967 an einer viel beachteten Konferenz zum 100. Jahrestag des Erscheinens

⁴⁷ Wolfgang Berger/Otto Reinhold: *Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems*. Berlin 1966. S. 8.
⁴⁸ *Ebenda*. S. 11f. ⁴⁹ Siehe Helmut Steiner: *Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980) im vorliegenden Band S. 27*. ⁵⁰ Fritz Behrens: *Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft*. Berlin 1966. S. 3 (*Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*). ⁵¹ Helmut Steiner: *Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980) im vorliegenden Band S. 27*. ⁵² Siehe *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR*. Berlin 1969. – Siehe auch Günter Mittag: *Um jeden Preis*. Berlin, Weimar 1991. S. 138.
⁵³ Siehe *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden SAPMO-BA), SED, IVc – 2/6/483. Bl. 41f*. ⁵⁴ *Ebenda*. S. 42. ⁵⁵ *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR*. Berlin 1969. S. 186f.

von Marx' erstem Band des »Kapital« in Frankfurt am Main teilgenommen. Sein dort gehaltener kritischer Beitrag zur Wirtschaftstheorie des Staatssozialismus, in dem er, unmittelbar an seine 1956/1957 geäußerten Vorstellungen anknüpfend, für »Entstaatlichung der Wirtschaft«, »delegiertes Gruppeneigentum« und »Selbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten«⁵⁶ eintrat, löste 1968 Reaktionen von Vertretern der offiziellen Reformökonomie aus, die in ihrer Schärfe an die Angriffe auf Behrens im Jahre 1957 erinnerten.⁵⁷ Der erneut ausgesprochene Revisionismusverdacht und die Auflösung seiner Arbeitsgruppe gehörten zu den übelsten Reaktionen.⁵⁸ Besonders engagierte sich in der Anti-Behrens-Kampagne Otto Reinhold, der bereits auf der Frankfurter Konferenz dem engagierten Wirtschaftswissenschaftler entgegengetreten war.⁵⁹ »Die Enttäuschung«, urteilt Helmut Steiner, »war für F. Behrens nachhaltiger als in den 50er Jahren. Die erneute öffentliche Auseinandersetzung und die Ereignisse des Jahres 1968 in der ČSSR verschlechterten seinen ohnehin angegriffenen Gesundheitszustand derart, daß eine vorzeitige Emeritierung – rückwirkend ab 1968 – unausweichlich wurde.«⁶⁰

Wie in der »Revisionismus-Debatte« nahm Berger auch 1968 nicht direkt gegen Behrens Stellung. Daß er jedoch Behrens Auftreten mißbilligte, auch wenn

er von ihm weiterhin mit großer Hochachtung sprach⁶¹, geht indirekt aus seiner zusammen mit Reinhold verfaßten Auseinandersetzung mit (namentlich nicht genannten) tschechischen Reformökonomien hervor, die im Juli 1968 in der »Einheit« veröffentlicht wurde. Darin bekräftigten beide Autoren noch einmal ihre Auffassung von der Dominanz des Planes über den Markt und damit zwangsläufig auch die der staatlichen Lenkung über die betriebliche Selbstverwaltung. »Natürlich ist es [...] notwendig«, schrieben sie, »die Entwicklung des Marktes und die sich daraus ergebenden Erfordernisse genau zu untersuchen und im Plan sowie in der gesamten ökonomischen Tätigkeit zu berücksichtigen. Aber [...] aus den gegenwärtigen Erfordernissen des Marktes läßt sich nicht die optimale Struktur der Volkswirtschaft des Landes ableiten. [...] Die Bestimmung der optimalen Struktur fordert eine umfassende und in der Regel auch eine langwierige wissenschaftliche Arbeit«. Die ermittelte günstigste Variante »muß im Plan aufgenommen und mit Hilfe der staatlichen Führungstätigkeit, die auch Administration einschließt, durchgesetzt werden«⁶².

Für Berger unverständlich blieb auch Behrens' ignorante Haltung gegenüber den gesellschaftlichen, speziell ökonomischen Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution.⁶³

56 Fritz Behrens: *Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus*. In: *Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital«*. Referate und Diskussion vom Frankfurter Colloquium im September 1967. Hrsg. von Walter Euchner und Alfred Schmid. Frankfurt [am Main], Wien 1968. S. 288–299. **57** Siehe Günter Krause: *Wirtschaftstheorie in der DDR*. Marburg 1998. S. 146f. **58** Siehe Helmut Steiner: *Der aufrechte Gang eines DDR-Ökonomen: Fritz Behrens (1909–1980)*. In: »Utopie konkret«. Berlin (1990)2. S. 27. **59** Gegen Behrens' Entstaatlichungs- und Selbstverwaltungsthesen gewandt, erklärte Reinhold: »Deshalb lautet für uns das zentrale Problem: Wie, in welcher Form, unter welchen Bedingungen bekommen wir ein ausgewogenes System der zentralen Leitung einerseits und eine, ich möchte sagen, maximale, nicht nur optimale, Eigenverantwortlichkeit.« (*Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital«*. Referate und Diskussionen vom Frankfurter Colloquium im September 1967. Frankfurt [am Main] und Wien 1968. S. 302f.). **60** Helmut Steiner: *Der aufrechte Gang eines DDR-Ökonomen: Fritz Behrens (1909–1980)*. In: »Utopie konkret«. Berlin (1990)2. S. 85. **61** Siehe die Mitteilung Heinz Bergers vom 9. November 1996 an den Verf. **62** Wolfgang Berger/Otto Reinhold: *Bemerkungen zum Thema Plan und Markt*. In: »Einheit«. Berlin 23(1968)7. S. 841. **63** Behrens trug nur soweit die herrschende Auffassung mit, daß er in seinem Vortrag in Frankfurt am Main für die 60er Jahre von der Notwendigkeit des »Übergangs von der extensiv erweiterten zur intensiv erweiterten Reproduktion« sprach (Fritz Behrens: *Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus*. In: *Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital«*. Referate und Diskussionen vom Frankfurter Colloquium im September 1967. Frankfurt [am Main] und Wien 1968. S. 294). – Berger formulierte fast zeitgleich über das Verhältnis von Fortschritten auf dem Gebiet der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, sich konkret auf den Anfang der 60er Jahre beziehend: »Trotz großer Errungenschaften – hier ist besonders der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse zu erwähnen [...] – konnte noch nicht von einem Sieg des Sozialismus in der DDR gesprochen werden. Vor allem waren Niveau und Entwicklungstempo der Produktivkräfte im Vergleich zum wissenschaftlich-technischen Höchststand noch zu niedrig.« (Wolfgang Berger: *Fünf Jahre neues ökonomisches System*. In: »Neues Deutschland« vom 6. Juni 1968. S. 3).

Es dürften aber nicht nur inhaltliche Differenzen gewesen sein, die Berger erneut gegenüber Behrens auf Distanz gehen ließen. Wiederum unterschieden sich ihre Auffassungen von der Stabilität der politischen Situation in der DDR. Berger war sich dessen stets bewußt, daß nur eine »Fraktion« in der Parteiführung hinter der Wirtschaftsreform stand. Rückblickend hat er die von Honecker auf der 11. Tagung des ZK der SED im Dezember 1965 inszenierte Kulturdebatte, mit deren Hilfe die »nach einem Vierteljahr intensiver Tätigkeit von 48 Arbeitsgruppen« verfaßten Vorschläge zur zweiten Etappe des NÖS, die das eigentliche Thema der Tagung bilden sollten, in den Hintergrund gedrängt worden war, als erste Niederlage der Reformler gewertet.⁶⁴ Von da ab hätte es eine Art »Doppelherrschaft«⁶⁵ in der Parteiführung gegeben. Formuliert hat Berger diese Einschätzung erst in der Nach-Wendezeit. Die deutlich zunehmende Kritik der Gegner der Reform im Politbüro an den Grundlagen des ÖSS läßt sich jedoch auch anhand des Protokolls der internen Diskussion zum Lehrbuch »Politische Ökonomie und ihre Anwendung in der DDR« nachvollziehen.⁶⁶ Obwohl Berger, der als einer von vier aus der Gruppe der Autoren zu dieser Diskussion eingeladen war, mit seiner Einschätzung durchaus recht hat, daß auf der Veranstaltung »mit einer Ausnahme nur noch drittrangige Fragen behandelt wurden, ohne Kontroverse«⁶⁷, ist auch für den heutigen Leser die Bedrohung der Ideen der Reformler besonders der Bergerschen (und Ulbrichtschen) Technikauffassungen nachvollziehbar, wenn Honecker am Lehrbuchmanuskript folgendes monierte: »Entweder Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution oder der Sozialismus wird untergehen, steht an einer Stelle. Der Auffassung bin ich nicht.«⁶⁸ Angesichts dieser Frontstellung innerhalb der Parteispitze konnte Behrens' in Frankfurt

am Main ausgesprochene Forderung nach einer (über die Vorstellungen des NÖS bzw. ÖSS hinausgehenden) Einschränkung der Befugnisse des Staates in den Augen Bergers (und anderer Reformökonom) nur Wasser auf die Mühle der Reformgegner sein; »überzogene« Forderungen, die die Position der Reformler und damit die Reform gefährdeten. Behrens, der die unter dem Deckmantel vollständiger Einmütigkeit über den Ulbrichtschen Kurs im Politbüro zunehmenden Auseinandersetzungen in der Parteispitze um die Reform nicht kannte, ja nicht kennen konnte, hatte in seinem Frankfurter Beitrag darauf verwiesen, daß es – im Unterschied zu 1957 – existenzbedrohende Auseinandersetzungen zwischen Ost und West nicht mehr gäbe. Es wäre nun an der Zeit, sich die Freiheit zu nehmen, »die Frage nach der endgültigen Form des gesellschaftlichen Eigentums«⁶⁹, das er sich nur als delegiertes Gruppeneigentum vorstellen konnte, auf die Tagesordnung zu setzen.

Wie gefährdet die Position der Reformler am Ausgang der 60er Jahre bereits war, sollte im folgenden Jahr offenbar werden, als Honecker in Absprache mit Breshnew konkrete Schritte zum Sturz Ulbrichts und zur Beendigung der Wirtschaftsreform einleitete⁷⁰. Während die Mehrzahl der Reformökonom – allen voran Günter Mittag⁷¹, aber auch Otto Reinhold – in Amt und Würde blieben, als Ulbricht stürzte und die Reform Anfang der 70er Jahre Schritt für Schritt zu Grabe getragen wurde⁷², gehörte Berger, neben Herbert Wolf, zu den prominentesten Opfern des neuen Wirtschaftskurses, der bald unter der Losung der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« firmierte. Was Honecker Berger vermutlich am meisten anlastete, war dessen bis »fünf Minuten nach Zwölf« ausgeübte Tätigkeit als Sekretär des 1967 im Auftrage von Ulbricht geschaffenen »strategischen Arbeits-

64 Siehe Wolfgang Berger: *Zum Untergang der DDR*. In: »Weißenseer Blätter« (1995) 5. S. 35. **65** Siehe Wolfgang Berger: *Ebenda*. **66** Siehe SAPMO-BA, IVc, 2/6/483, Bl. 118–212. **67** Wolfgang Berger: *Zum Untergang der DDR*. In: »Weißenseer Blätter« (1995) 5. S. 38. **68** SAPMO-BA IVc, 2/6/843, Bl. 123. **69** Fritz Behrens: *Kritik der politischen Ökonomie und Theorie des Sozialismus*. In: *Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre Kapital. Referate und Diskussionen vom Frankfurter Colloquium*. S. 296f. **70** Siehe Jörg Roesler: *Das Neue Ökonomische System – Dekorations- oder Paradigmenwechsel?* Berlin 1993. S. 36–39 (Hefte zur DDR-Geschichte 3). **71** Siehe detaillierter dazu Claus Krömke: *Das Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und die Wandlungen des Günter Mittag*. Berlin 1996. S. 35–43 (Hefte zur DDR-Geschichte 37). **72** Siehe Jörg Roesler: *Zwischen Plan und Markt*. Freiburg, Berlin 1990. S. 153–156; *Das Neue Ökonomische System – Dekorations- oder Paradigmenwechsel?* Berlin 1993. S. 33f (Hefte zur DDR-Geschichte 3).

kreises« beim Politbüro des ZK der SED. Als Sekretär des Arbeitskreises hatte Berger Vorträge prominenter Wirtschaftswissenschaftler für die Politbüromitglieder zu organisieren, »ausgehend von der neuen Wirtschaftspolitik [des ÖSS – J. R.], aber darüber hinaus gehend«⁷³. Als bedeutsamer bewertete Berger später aber die Tätigkeit der der strategischen Kommission angeschlossenen Arbeitsgruppen. In ihnen »wirkten fast ausnahmslos jüngere Wissenschaftler und Fachleute mit. Hier wurden DDR-spezifische Probleme intensiv in offener Diskussion und Meinungsstreit behandelt.«⁷⁴ Der strategische Arbeitskreis wurde mehr und mehr zum Ärgernis der Reformgegner. »Im Laufe des Jahres 1969«, urteilt Berger, »wurde die Tätigkeit des Arbeitskreises allmählich abgeblockt«⁷⁵. Ungeachtet der 1970/1971 vor sich gehenden Verschiebung der Machtverhältnisse an der SED-Spitze zugunsten von Honecker, blieb der Arbeitskreis Ulbricht und den Reformideen treu. Einige Ökonomen, wie beispielsweise Reinhold, »verstanden [es,] rechtzeitig aus dieser Kommission auszuscheiden«. Berger dagegen gehörte zu denjenigen, die – wie es in einer an Honecker gerichteten Denunziation vom Juni 1971 hieß – »bis zuletzt an Materialien für das Referat und das Schlußwort des Genossen Walter Ulbricht gearbeitet«⁷⁶ hatten. »Bis zuletzt« hieß, solange noch die Hoffnung bestand, daß Ulbricht auf dem VIII. Parteitag der SED eine wesentliche Rolle spielen würde. Das konnte Honecker bekanntlich verhindern.⁷⁷ Kurz nach dem VIII. Parteitag wurde Berger, der immerhin den Rang eines Abteilungsleiters im Sekretariat des ZK besaß, »in die Praxis entsandt«, wie 1957 Benary. Berger arbeitete nach seiner Entlassung aus dem ZK-Apparat von 1971 bis 1973 als Ökonom im VEB IFA Kombinat Nutzkraftwagen in Ludwigsfelde bei Berlin. Anschließend war er bis zu seiner Berentung 1986 in der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik als Leiter einer Analyseabteilung tätig.⁷⁸

5. KRITISCHES UND SELBSTKRITISCHES NACHDENKEN VON BEHRENS UND BERGER ÜBER DEN SOZIALISMUS SEIT DEN 70ER JAHREN

Seit 1968 bzw. 1971 konnten Behrens und Berger nur noch Zuschauer der weiteren Entwicklung des Wirtschaftsmechanismus und der Wirtschaft in der DDR sein. Behrens, schreibt Steiner, »war zunächst damit befaßt, den bereits in den 50er Jahren als Manuskriptdruck veröffentlichten »Grundriß zur Geschichte der politischen Ökonomie« für eine mehrbändige Ausgabe auszuarbeiten«. Aber ihn »ließen [...] die Probleme der ihn umgebenden Gesellschaft nicht los. Sowohl die Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus als auch die Sozialismus-Theorie unterzog er erneut der kritischen Analyse. Ursprünglich als letzter Band seiner Geschichte der politischen Ökonomie – zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus – gedacht, wurde es zum Hauptgegenstand seiner weiteren Studien. Radikale Fragestellungen führten ihn nunmehr tatsächlich zu Revisionen nicht nur einzelner Positionen, sondern des Gesamtsystems des real existierenden Sozialismus und seines theoretischen Leitbildes, des offiziellen Marxismus-Leninismus«⁷⁹. Behrens verstarb 1980. In seinen hinterlassenen Aufzeichnungen, die erst nach der Wende unter dem Titel »Abschied von der sozialen Utopie« erscheinen konnten, charakterisierte er die Planwirtschaft in der DDR als administrativ, bürokratisch, zentralisiert und damit als nicht sozialistisch.⁸⁰ Dieses Urteil schloß die Reformunfähigkeit der in der DDR etablierten Planwirtschaft ein, Jahre bevor sie sich auch de facto bewies.

Auch Berger wurde zum kritischen und selbstkritischen Nachdenken angeregt. Ihm lagen, anders als Behrens, seitdem er seine Tätigkeit in der Statistischen Zentralverwaltung aufgenommen hatte, die besten dieser Behörde verfügbaren Informationen

⁷³ Wolfgang Berger: *Zum Untergang der DDR*. In: »Weißenseer Blätter« (1995)5. S. 37. ⁷⁴ Ebenda. ⁷⁵ Ebenda. ⁷⁶ SAPMO–BA, SED, JNL 2, 32 [unpaginiert]. ⁷⁷ Siehe Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler: *Von Ulbricht zu Honecker*. Berlin 1990. S. 51–55. ⁷⁸ Siehe Interview Berger 2. – Mitteilung Heinz Bergers vom 7. November 1996 an den Verf. ⁷⁹ Helmut Steiner: *Der aufrechte Gang eines DDR-Ökonomen: Fritz Behrens (1909–1980)*. In: »Utopie konkret«. Berlin (1990)2. S. 84. ⁸⁰ Siehe Fritz Behrens: *Bemerkungen zur »sozialistischen« Warenproduktion*. In: *Abschied von der sozialen Utopie*. Hrsg. von Hannamaria Loschinski [u. a.]. Berlin 1992 (im folgenden: *Abschied*). S. 141f.

über den Zustand der DDR-Wirtschaft vor.⁸¹ Er mußte jedoch ohnmächtig zusehen, wie diese »Informationen von unten nach oben vielfach gefiltert wurden, bis nur das gewünschte Bild blieb. Die offizielle Statistik wurde unmittelbar von Mittag gesteuert und unter Druck gesetzt.«⁸² So charakterisierte Berger aus eigener Erfahrung die Situation, in der sich die Wirtschaftsinformation der DDR in den 70er und 80er Jahren befand.

Berger, der bis Ende 1995 lebte, hatte nach der »Wende« begonnen, seine Auffassungen »zu den Hauptursachen des Untergangs der DDR«⁸³ zu veröffentlichen.

6. BEHRENS UND BERGER: GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE ZWEIER REFORMER

Was Berger und Behrens von Anfang bis zum Schluß vereinte, war ihre Ablehnung des Kapitalismus, ihr Eintreten für den Sozialismus, für einen Sozialismus, der dadurch charakterisiert ist, »daß die Existenz der Ware-Geld-Beziehungen durch die materiell-technische Basis des Sozialismus selbst bestimmt ist«⁸⁴. So formulierte Behrens 1966. Berger schrieb 1968 zum gleichen Problem, »daß das Wertgesetz und die Ware-Geld-Beziehungen echte Gesetze bzw. echte ökonomische Beziehungen des Sozialismus sind und nicht als Überbleibsel des Kapitalismus betrachtet werden dürfen, die es zu überwinden gilt«⁸⁵. Ihre in den 50er Jahren noch von der offiziellen Politökonomie des Sozialismus, wie sie an den Hochschulen der DDR gelehrt wurde, abweichenden Vorstellungen hatten sie geeint. Ihre Sozialismusvorstellungen waren es aber auch, die sie schließlich voneinander trennen sollten. Behrens kam im Verlaufe der 70er Jahre zu dem

Schluß, daß »der real existierende Sozialismus eine auf staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln beruhende bürokratische Produktionsweise mit einem staatsmonopolistischen Überbau [ist], die weit entfernt ist von einer erhofften neuen Gesellschaft des Sozialismus«⁸⁶. Ausgangspunkt für Behrens' Charakterisierung des Realsozialismus als »kein Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit, sondern Stagnation und Rückschritt«⁸⁷ waren die Eigentumsverhältnisse. Staatseigentum sei »noch kein sozialistisches Eigentum, auch wenn es Eigentum eines Staates ist, der von einer sozialistischen Partei regiert wird«. Staatseigentum könne auf dem Weg zum Sozialismus »nur eine vorübergehende Form des Eigentums sein, die solange berechtigt ist, wie die Revolution noch staatlich etabliert sein muß, um ihre Macht zu erhalten«⁸⁸. Es sei die Beibehaltung des Staatseigentums über diesen Zeitpunkt hinaus, die zu einer Planwirtschaft geführt habe, die auf »bürokratisch-zentralisierte Weise« und nicht »durch den Selbstzentrismus der Masse der Produzenten«⁸⁹ charakterisiert sei. Das sei die Ursache für die Uneffektivität der Wirtschaft des real existierenden Sozialismus.

Berger hat dagegen das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln bis zum Schluß für unabdingbar für den Sozialismus gehalten, es als Grundlage zentraler planwirtschaftlicher Entscheidungen, Voraussetzung für die Effizienz der Planwirtschaft, Ursache für deren prinzipielle Überlegenheit über die Regulierung der Wirtschaft durch den Markt, betrachtet. »Eine effektive Struktur der Volkswirtschaft kann weder im staatsmonopolistischen Kapitalismus noch im Sozialismus durch das Wirken des Marktes herbeigeführt werden [...] Aus dem Markt ergibt sich nicht die wahrscheinliche Entwicklung von Wissenschaft und Technik, die wahrscheinliche Struktur der Produktivkräfte, der Forschung und Entwicklung [...] Die

81 Siehe Interview Berger 2. **82** Wolfgang Berger: *Zu den Hauptursachen des Untergangs der DDR*. In: »Weißenseer Blätter« (1992)4. S. 35. **83** So der Titel seines ersten Artikels in den »Weißenseer Blättern« – siehe Wolfgang Berger: *Zum Untergang der DDR*. In: »Weißenseer Blätter« (1992)4. S. 26–36. – Posthum erschien in der gleichen Zeitschrift Wolfgang Berger: *Der Untergang der DDR*. In: »Weißenseer Blätter« (1995)5. S. 30–40. **84** Fritz Behrens: *Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft*. Berlin 1966. S. 5 (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin). **85** Wolfgang Berger: *Fünf Jahre neues ökonomisches System*. In: »Neues Deutschland« vom 6. Juni 1968. S. 3. **86** Fritz Behrens: *Epilog*. In: *Abschied*. S. 256. **87** Ebenda. **88** Fritz Behrens: *Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Bürgerliche Kritik am sozialistischen Gedanken*. In: *Abschied*. S. 135f. **89** Fritz Behrens: *Bemerkungen zur »sozialistischen« Warenproduktion*. In: *Abschied*. S. 141f.

Bestimmung der optimalen Struktur« erfordere »eine umfassende und in der Regel auch eine langwierige wissenschaftliche Arbeit«, die die Formulierung von Varianten der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung gestatte, unter denen sich die Führung für eine »auf der Grundlage objektiver Kriterien zentral« entscheide. »Sie muß im Plan aufgenommen und mit Hilfe staatlicher Führungstätigkeit, die auch Administration einschließt, durchgesetzt werden.«⁹⁰

Ausgangspunkt für Bergers positive Einschätzung des Staatseigentums und der »zentralen staatlichen Leitung der Grundprobleme« waren die Produktivkräfte, allen voran die Produktivkraft Wissenschaft, genaugenommen: die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte in der wissenschaftlich-technischen Revolution. In der Steuerung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter volkswirtschaftlichen – nicht betriebswirtschaftlichen – Gesichtspunkten sah er eine wesentliche Voraussetzung, den ökonomischen Wettbewerb mit dem marktwirtschaftlichen System aufgrund höherer Effizienz zu gewinnen.

Zentralismus allein – so Berger – genüge allerdings nicht. Es sei das »Grundproblem der sozialistischen Planung, wie wir die zentrale staatliche Leitung der Grundprobleme der gesellschaftlichen Reproduktion mit der größtmöglichen Eigenverantwortung der Betriebe und Kombinate optimal verbinden«⁹¹, schrieb er 1968. »In der DDR hatte diese Orientierung auf schnelleren wissenschaftlich-technischen Fortschritt zur Voraussetzung, die volkseigenen Betriebe zu eigenverantwortlichen Warenproduzenten umzugestalten und sie darauf zu orientieren, die erforderlichen Investitionsmittel für die technische Erneuerung schrittweise selbst zu erwirtschaften.«⁹² Behrens ging Bergers Technikverständnis völlig ab. Er hat Auffassungen wie die von Berger als technokratisch bezeichnet. Das war abwertend gemeint, denn die Technokratie war nach Behrens »der jüngere Bruder« der von ihm gehaßten Bürokratie.

Mit dem Fortschritt der Technik verband Behrens vor allem das Aufkommen von »neuen Zwängen« und sprach in diesem Zusammenhang von einer »Gefahr durch die technischen Errungenschaften«⁹³ für die von ihm beschriebenen, sich selbstverwaltenden Produzentenvereinigungen.

Dezentralisierungs- und Stimulierungsmaßnahmen waren für Berger, ganz anders als für Behrens, bei dem sie im Mittelpunkt standen und Ausgangspunkt für eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität sein sollten, vor allem Mittel zu dem Zweck, den technologischen Fortschritt zu beschleunigen. Mit diesem Ziel bekannte sich Berger auch zu »einer neuen, schwer zu realisierenden Qualität von Demokratie, die Bürger trotz zunehmender Dynamik und Komplexität der Aufgaben sorgfältig zu informieren, sie zur eigenen Meinungsbildung zu befähigen und so ihr aktives und stabiles Mitwirken zu sichern«⁹⁴. Das NÖS charakterisierte Berger dementsprechend auch als »neue Qualität in der Revolution, in der es darauf ankam, die sozialistische Wirtschaftsführung gründlich zu qualifizieren, und zwar so, daß es möglich wurde, in wichtigen Bereichen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt gestützt auf eigene Kräfte und Ressourcen zu realisieren«⁹⁵. Die »Entfaltung der Interessen« – der gesellschaftlichen Interessen, der Interessen der Betriebe und Kombinate sowie der individuellen Interessen der Werktätigen – war für Berger »trotz ihrer Unterschiedlichkeit und teilweisen Widersprüchlichkeit möglich auf der Grundlage von deren prinzipieller Übereinstimmung auf der Basis einheitlichen Volkseigentums«⁹⁶.

Berger hat sich mit den Ursachen des Scheiterns des Sozialismus am Beispiel der DDR und der UdSSR stellvertretend für alle anderen osteuropäischen Staaten auseinandergesetzt. Dabei gelangte er zu dem Schluß, daß der Sozialismus im Ergebnis historischer Fehlentscheidungen durch die Führung der KPdSU bzw. SED in eine Position der Unterlegenheit geraten sei. Nicht unerwartet nannte Berger falsche

90 Wolfgang Berger/Otto Reinhold: *Bemerkungen zum Thema Plan und Markt*. In: »Einheit«. Berlin 23(1968)7. S. 837f. und 841. – Wolfgang Berger: *Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR*. In: »Weißenseer Blätter« (1992)4. S. 31. **91** Wolfgang Berger/Otto Reinhold: *Bemerkungen zum Thema Plan und Markt*. In: »Einheit«. Berlin 23(1968)7. S. 840. **92** Wolfgang Berger: *Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR*. S. 31. **93** Fritz Behrens: *Epilog*. In: *Abschied*. S. 255. **94** Wolfgang Berger: *Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR*. S. 33. **95** Ebenda. S. 31f. **96** Wolfgang Berger/Otto Reinhold: *Bemerkungen zum Thema Plan und Markt*. In: »Einheit«. Berlin 23(1968)7. S. 842.

Entscheidungen der beiden Parteiführungen auf wissenschaftlich-technischem Gebiet an erster Stelle. Berger warf der sowjetischen Führung »die Unfähigkeit, die wachsende Wahrscheinlichkeit zu begreifen, daß das Ringen der beiden Weltssysteme nicht auf militärischem Gebiet, dem Gebiet der Sicherheit, sondern auf dem ökonomischen und speziell dem sozialen Gebiet entschieden werde«, vor. »Gerade diese Unfähigkeit der sowjetischen Führung, Mitte der 60er Jahre die herangereiften, objektiv notwendig gewordenen Entscheidungen zu treffen und sie auch konsequent durchzusetzen, war der Beginn des Verfalls und Scheiterns der UdSSR und mit ihr aller anderen Staaten des RGW.«⁹⁷ Die nur unter dem Aspekt der militärischen Sicherheit auch nach der Erlangung des militärischen Gleichgewichts beibehaltene Trennung zwischen dem gut ausgestatteten und innovativen militärischen und dem vergleichsweise rückständigen zivilen Sektor von Wissenschaft, Technik und Produktion habe sich als verhängnisvoll erwiesen.⁹⁸ Anders als die sowjetische Führung habe sich die SED unter Ulbricht Mitte der 50er Jahre zur wissenschaftlich-technischen Revolution bekannt und bereits damals »wichtige, wenn auch unvollständige Konsequenzen gezogen«⁹⁹. Die Einschränkung bezog er auf die 1955/1957 nur teilweise verwirklichte bzw. später zurückgenommene Gewährung eines Handlungsspielraumes an die Betriebe infolge anderer drängender Probleme der Existenzsicherung. Nach dem Mauerbau 1961 wären derartige Rücksichten aber nicht mehr nötig gewesen. »Die Betriebe wurden zu eigenverantwortlichen Warenproduzenten umgestaltet«, die sich »die erforderlichen Investitionsmittel für die technische Erneuerung schrittweise selbst [...] erwirtschaften.«¹⁰⁰ Honecker habe nach Ulbrichts Sturz diese Dezentralisierungsentscheidungen wieder zurückgenommen. Auch die auf Betreiben Mittags Ende der 70er Jahre verwirklichte durchgängige Kombinatbildung habe daran nichts ändern können, »denn der großen Mehrheit dieser Kombinate wurden ihre wichtigsten Instrumente verweigert bzw. stark eingeschränkt, nämlich die Eigenfinanzierung ihrer Investitionen und generell der

notwendige Entscheidungsraum.«¹⁰¹ Letztlich landet Berger in seiner Suche nach den »Hauptursachen des Untergangs der DDR« beim persönlichen Versagen der führenden Staats- und Parteifunktionäre. Die einen wären nicht zur Einsicht fähig gewesen, bei den anderen hätte politische Feigheit triumphiert.¹⁰²

Worauf diese negative Auslese zurückzuführen war, das analysiert Berger nicht. Mit welchen Mitteln die Herrschaft inkompetenter Führer hätte verhindert oder korrigiert werden können, darüber hat Berger nichts verlauten lassen. Es läßt sich jedoch aus der Gesamtheit seiner geäußerten Auffassungen, aber auch aus seiner Rolle bei der Organisation des NÖS als »Reform von oben« schlußfolgern, daß er in einer demokratischen Umgestaltung des sozialistischen Herrschaftssystems im Sinne der unmittelbaren Einflußnahme der Bevölkerung auf den Staat, wie sie Behrens nicht müde wurde zu fordern, auch im Nachhinein keine Möglichkeit gesehen hätte, die von ihm kritisierten Fehlentwicklungen zu verhindern.

Man kann mit einiger Sicherheit Bergers Auffassung von der führenden Rolle der Partei und demokratischen Mitwirkung so interpretieren, daß der »aufgeklärte Absolutismus« die geeignetste Herrschaftsform für die planmäßige und effektive Entwicklung der Wirtschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution sei. Einer solchen Schlußfolgerung hätte Behrens nie – auch nicht in Ansätzen – zugestimmt. Es verwundert daher nicht, daß Lehrer und Schüler in ihren Auffassungen nirgends stärker divergierten, als bei der Einschätzung der Persönlichkeit Walter Ulbrichts.

Für Berger war Ulbricht gewissermaßen das seine Auffassung von Zentralismus und Demokratie bestätigende Persönlichkeitsbeispiel. Er sah in ihm vor allem den Mann der Reform. »Will man der Rolle Ulbrichts in dieser Phase Gerechtigkeit widerfahren lassen«, bekannte er 1991, »muß man feststellen, daß er von Anfang an an der Spitze jener Gruppe stand, die das NÖS wollte, schuf und sich bemühte, es durchzusetzen.«¹⁰⁵ Allein die kurze Geschichte des NÖS, hatte Berger in einem für die damalige Zeit

97 Wolfgang Berger: *Der Untergang der DDR*. In: »Weißenseer Blätter« (1995)5. S. 34. **98** Siehe Wolfgang Berger: *Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR*. In: »Weißenseer Blätter« (1992)4. S. 30. **99** Ebenda. **100** Wolfgang Berger: *Der Untergang der DDR*. S. 31. **101** Wolfgang Berger: *Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR*. S. 35. **102** Siehe ebenda. S. 35f. **105** Wolfgang Berger: *Als Ulbricht an Breshnew vorbeiregte*. In: »Neues Deutschland« vom 23./24. März 1991. S. 9.

bemerkenswert zurückhaltend geschriebenen Artikel zum 75. Geburtstag Ulbrichts im Jahre 1968 geäußert, »gibt alle diejenigen der Lächerlichkeit und dem Spott preis, die Walter Ulbricht als Dogmatiker hinstellen möchten [...] Alle Genossen, die an der Ausarbeitung des NÖS beteiligt waren, wissen aus eigener Kenntnis: Walter Ulbricht ist ein Neuerer im wahrsten Sinne des Wortes [...] Lernfähigkeit verkörpert Walter Ulbricht nicht nur in hohem Maße für seine Person; er hat viel geleistet, damit unser ganzes sozialistisches System ein hohes Maß solcher Lernfähigkeit erwirbt.«¹⁰⁴

Ganz anders, geradezu entgegengesetzt, urteilte Behrens über Ulbricht. Als dieser 1973 starb, notierte Behrens in seinem Tagebuch: »Mit ihm starb ein Mann, der für das deutsche Volk ein Verhängnis, für die deutsche Arbeiterklasse ein Unglück war [...] Ulbricht war nicht klug, aber schlau. Er war verschlagen und listig, aber kein Fuchs, sondern eine Hyäne. Jedes Mittel war ihm recht. Wenn auf jemand, dann paßte auf ihn: der Zweck heiligt die Mittel. Damit verdrängte er den Zweck, den er zu wollen vorgab – vielleicht sogar glaubte: den Sozialismus.«¹⁰⁵

7. VERSUCH EINER EINORDNUNG VON BEHRENS UND BERGER IN DAS POLITÖKONOMISCHE ERBE DER DDR

Es ist das Merkwürdige, Tragische, vielleicht auch für die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR Bezeichnende, daß Berger und Behrens zu miteinander unversöhnlichen Auffassungen über die Möglichkeiten des (realen) Sozialismus erst gelangten, als sie das gleiche Schicksal teilten: aus ihren Positionen verdrängt, von den Herrschenden ohne Möglichkeiten gelassen, sich zu den sie bewegenden Problemen der Entwicklung des Sozialismus in der DDR öffentlich zu äußern. Zwei Jahrzehnte lang hatten sie jedoch gemeinsam daran geglaubt, daß der (DDR-) Sozialismus zu verbessern sei. Sie hatten sich auch jeder auf seine Weise und von seiner Position aus für eine Umgestaltung des als reformbedürftig erkannt-

ten Planungs- und Leitungssystems in Richtung größerer Eigenverantwortlichkeit der wirtschaftlich Handelnden, der unmittelbaren Produzenten, eingesetzt. Wenn sie trotzdem von Mitte der 50er bis Ende der 60er Jahre jeder für sich kämpften, dann hatte das weniger mit der politischen Ökonomie des Sozialismus zu tun, über die sie doch viele Standpunkte teilten, als mit Politik, mit unterschiedlichen Auffassungen darüber, ob die Situation in der DDR stabil genug sei, weitgehende strukturelle Änderungen – oder auch nur die Diskussion darüber – zu verkräften. In der Beurteilung der Auseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus und der politischen Lage in der DDR hatten Behrens und Berger in der zweiten Hälfte der 50er und der zweiten Hälfte der 60er Jahre entgegengesetzte Auffassungen.

Wie aber soll man versuchen, die unterschiedlichen Positionen von Behrens und seinem Schüler Berger kurz und treffend zu beschreiben? Unter wirtschaftspolitischem Aspekt liegt es nahe, Behrens als den Theoretiker und Berger als den Pragmatiker zu charakterisieren. Dagegen spricht aber, daß sich Berger ungeachtet seiner Funktion im ZK-Apparat stets mehr als Politökonom, denn als Wirtschaftsfunktionär gefühlt hat. Aus gutem Grunde wählte er für die zusammen mit Reinhold geschriebene, 1966 veröffentlichte Arbeit über das Neue Ökonomische System den Titel »Zu den *wissenschaftlichen* Grundlagen [Hervorhebung vom Verf. – J. R.] des neuen ökonomischen Systems«. Es entsprach Bergers Engagement für die Wirtschaftswissenschaft, wenn er sich maßgeblich für die Gründung des Instituts für sozialistische Wirtschaftsführung, das 1966 in Berlin-Rahnsdorf entstand, engagierte. Wie nur partiell gültig die Gegenüberstellung von Pragmatiker und Theoretiker ist, läßt sich auch daran erkennen, daß Berger seinerseits 1970/1971 keinen Versuch unternommen hat, den »nicht unkomplizierten Übergang Mittags vom engsten Mitarbeiter Ulbrichts beim NÖS zum Wirtschaftsdiktator von Honeckers Gnaden«¹⁰⁶ auch für sich zu gehen. Von dem Pragmatiker Mittag, der vor allem »überleben wollte«, der seine Vorstellungen von Wirtschaftspolitik, unter welcher leitenden Person

¹⁰⁴ Wolfgang Berger: *Fünf Jahre neues ökonomisches System*. In: »Neues Deutschland« vom 6. Juni 1968. S. 3. ¹⁰⁵ Zitiert in Helmut Steiner: *Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980) im vorliegenden Band S. 30/31*. ¹⁰⁶ Wolfgang Berger: *Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR*. In: »Weißenseer Blätter« (1992)4. S. 35.

und mit welchen Kompromissen auch immer, zu realisieren bereit war¹⁰⁷, hebt sich Bergers Festhalten an seinen Vorstellungen von politischer Ökonomie des Sozialismus und sozialistischer Wirtschaftspolitik auch unter für ihn persönlich widriger werdenden Umständen deutlich ab.

Unter politökonomischem Aspekt liegt es nahe, Behrens' Sozialismusbild als zentriert auf die Produktionsverhältnisse und Bergers konzentriert auf die Produktivkräfte zu charakterisieren. Behrens, der Demokrat, Berger der Technokrat?¹⁰⁸ Auch ein solcher Versuch, beide Wirtschaftswissenschaftler zu charakterisieren, ist nicht frei von Einseitigkeit. Er kann verdecken, daß Behrens wie Berger (mit unterschiedlicher Begründung und im unterschiedlichen Maße gewiß) für eigenständiges Handeln der Produzenten eintrat, ein unmittelbar die Ausgestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse berührendes Thema. Berger empfand die in den 60er Jahren durch die Fortschritte der Informationstechnik bedingten technizistischen Auffassungen der »zentralen Elektroniker« in der Sowjetunion, von einer »durch Befehle geleiteten Zentralverwaltungswirtschaft« genauso als »Zerrbild der sozialistischen Planwirtschaft«¹⁰⁹ wie Behrens. Berger plädierte wie Behrens für mehr Demokratie. Für Berger war

allerdings die demokratische Ausgestaltung der Wirtschaftsleitung die letzte Phase, die Krönung, der »Reform von oben«, für Behrens war sie der Ausgangspunkt der Reform der sozialistischen Planwirtschaft.

Behrens und Berger sind in ihrer Bedeutung für die DDR-Wirtschaftswissenschaften sicher nicht vergleichbar. Behrens überragte Berger zweifellos. Doch beide waren originäre Denker. Dem geistigen Erbe auf dem Gebiet der Wirtschafts- bzw. Sozialwissenschaften der DDR sind deshalb m. E. beide zuzuordnen. Berger, den für anderthalb Jahrzehnte am nächsten der Macht plazierten Wirtschaftsberater, wird man – das konnte hier kaum geschehen – auch als Wirtschaftspolitiker würdigen müssen. Behrens ist diese Rolle – weitgehend – verwehrt worden.

Doch noch einmal zu Berger: Was Helmut Steiner anlässlich des Erscheinens von Behrens nachgelassenen Schriften 1992 im »Deutschland Archiv« schrieb, trifft m. E. – graduell abgestuft zu seinem Lehrer – selbstverständlich auch auf Berger zu: »Sein Leben und Schaffen verkörpert einen Typus ostdeutscher Sozialisten, der trotz aller gegenwärtig vorherrschenden Pauschalurteile über DDR-Vergangenheit und Sozialismus Erinnerung und Nachdenken verdient.«¹¹⁰

107 Siehe Claus Krömke: *Das Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und die Wandlungen des Günter Mittag*. Berlin 1996. S. 40–43 (Hefte zur DDR-Geschichte 37). **108** Siehe Pietro Morandis Charakterisierung des NÖS und ÖSS als Übergang von der administrativen zur technokratischen Planung. (Pietro Morandi: *Zum Scheitern der Technokratie in der DDR. Ein Beitrag zur Geschichte und Theorie der Technokratie*. Potsdam 1996. S. 15–20 [unveröffentlichtes Manuskript].) **109** Fritz Behrens: *Kritik der politischen Ökonomie und Theorie des Sozialismus*. In: *Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital«*. Referate und Diskussion vom Frankfurter Colloquium. S. 296. – Siehe auch *Interview Berger 1*. **110** Helmut Steiner: *Fritz Behrens. Lebensbilanz eines sozialistischen Wissenschaftlers. Zum erstmaligen Erscheinen seiner Kritik des Staatssozialismus*. In: »Deutschland Archiv«. Köln (1992)11. S. 1161.

ROLF EMMRICH

Erinnerungen an Fritz Behrens in Leipzig

Nach Absolvierung des 3. Vorkurses zum Arbeiterstudium an der Vorstudienanstalt Leipzig – Leitung: Dr. Herbert Schaller – begann ich im Oktober 1948 an der damaligen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät das Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre mit abschließender Spezialisierung auf dem Gebiete der Arbeits- und Sozialpolitik bei Professor Hans Thalmann. Von Beginn des Studiums an zählte Fritz Behrens für mich zu den beeindruckendsten Persönlichkeiten aus der Garde hervorragender Lehrer, wie z. B. Ernst Engelberg, Karl Polak, Heinz Such, Georg Mayer und Hans Thalmann. Behrens überzeugte durch theoretische Tiefe, kämpferische, kritische Auseinandersetzung mit ökonomischen Lehren der Vergangenheit und Neuzeit sowie durch seine menschliche Wärme und Ausstrahlung. Bei Behrens habe ich die Fächer »Theorie der Politischen Ökonomie«, »Geschichte der Politischen Ökonomie«, dazu gehörige Mittel- bzw. Hauptseminare sowie Vorlesungen zum Volkswirtschaftsplan bzw. Fünfjahrplan belegt. Behrens weckte in uns Arbeiterstudenten die Begeisterung für die marxistische ökonomische Theorie und hat entscheidende Grundlagen für meinen späteren wissenschaftlichen Weg an der Leipziger Universität gelegt. Schon während des Studiums – es muß im Sommersemester 1950 gewesen sein – durfte ich bei Fritz Behrens für jüngere, nachfolgende Semester Seminare zur politischen Ökonomie halten.

Als wissenschaftlicher Assistent und später als Hochschullehrer auf dem Gebiete der Arbeits- und Sozialwissenschaften beeindruckten mich besonders Behrens' Arbeiten zur Warenproduktion, zum Wertgesetz und zur materiellen Interessiertheit, zur produktiven und unproduktiven Arbeit sowie zum Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit und zur Arbeitsproduktivität. Diese theoretischen Grundlagen gehörten für einen Arbeitsökonom zum täglichen Brot, waren Gegenstand vieler Diskussionen in Semi-

nar- bzw. Studiengruppen, und wir waren stolz, das bei Behrens und anderen Wissenschaftlern erworbene Wissen weiterzugeben und später durch eigene Arbeiten ergänzen zu können. Mir liegt aus dem Nachlaß von Hans Thalmann, meinem verehrten Förderer und Doktorvater, ein Abdruck der Karl-Marx-Vorlesung von Behrens im Plenum der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 12. Mai 1960 vor. Bemerkenswert daran ist, daß dieser Vortrag wenige Jahre nach der würdelosen Revisionismus-Kampagne gegen Behrens und Benary, die wir damals nicht durchschaut haben, gehalten wurde. Fast entschuldigend, bemerkt Behrens eingangs, man könne meinen, daß ein Vortrag über »Messung des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit« nicht des Karl-Marx-Tages der Akademie würdig sei¹, beklagt aber im selben Satz zugleich, daß in der Tat trotz allgemeiner, verbaler Anerkennung der Bedeutung der Arbeitsproduktivität die mit der Messung des Nutzeffektes der Arbeit zusammenhängenden Fragen keineswegs als eine Grundfrage behandelt würden. Darum wählte Behrens als Motto seines Vortrages das bekannte Marx-Zitat: »Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf«. Als roter Faden zieht sich durch den Vortrag der Gedanke, daß die ökonomische Hauptaufgabe im Wettbewerb mit der kapitalistischen Ordnung nur erfüllt werden kann, wenn es gelingt, den Nutzeffekt der Arbeit ständig zu messen und zu vergleichen, »denn man kann keinen Wettbewerb führen, ohne zu wissen, wo man steht und wohin man geht«².

Behrens bezieht sich auf Erich Apel und dessen Rede vor der Volkskammer zur Begründung des Haushaltsplanes für 1960, in der gefordert wird, daß die »politische Arbeit [...] auf die Erreichung konkreter Ergebnisse konzentriert« werden muß, indem exakt festgelegt wird, »welche Produktion in welcher Menge und Qualität, zu welchen Terminen erzeugt wird, und welches ökonomische Ergebnis dabei herauskommen

¹ Siehe Fritz Behrens: »Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf«. *Bemerkungen zur Messung des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit*. In: *Vorträge und Schriften*. Hrsg. von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (1960)69. S. 3.

² *Ebenda*. S. 4.

soll. Wir müssen ständig rechnen, messen und vergleichen.«³ An anderer Stelle zitiert Behrens Apel wie folgt: »Die höchstmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität, die schnelle Erhöhung der Produktion und die Herstellung der Erzeugnisse zu niedrigsten Selbstkosten und in bester Qualität – das sind die wichtigsten Ergebnisse, die wir mit der sozialistischen Rekonstruktion erreichen wollen.«⁴ Behrens wendet sich dann gegen die schädliche Praxis, mit allgemeinen Durchschnittskennziffern und globaler Betrachtung summierter Ergebnisse die mangelhafte Tätigkeit der einen durch gute Leistungen der anderen zu verdecken. Letzten Endes richte sich das – ohne es ganz deutlich zu sagen – gegen die übliche Vertuschung von generellen Mängeln und Schwächen, gegen Schönfärberei und Selbstzufriedenheit bei der Bewertung wirtschaftlicher Ergebnisse. Diese Kritik erfolgt aber in zurückhaltender Form und immer gestützt auf authentische Quellen, wie auch weniger Betroffene das jeweils getan haben. Das diene wohl auch dem Schutze vor weiteren Verdächtigungen und Angriffen auf sein wissenschaftliches Werk.

Behrens hebt in dem genannten Beitrag hervor, daß das exakte Rechnen und Vergleichen eine komplexere Betrachtung des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit und eine Weiterentwicklung der Methoden zu seiner Messung erfordern. Dazu unterbreitet er solche Vorschläge, wie z.B. die Unterscheidung des Nutzeffekts der produktiven Arbeit in einen Produktions- und einen Verteilungseffekt. Im folgenden widmet er sich erstrangig dem Produktionseffekt und betont dabei die dringende Notwendigkeit, die Entwicklung der Arbeitsproduktivität mit der des Wertes bzw. der Selbstkosten im Zusammenhang zu betrachten und zu analysieren. Aus der notwendigen Berücksichtigung des Nutzeffekts der in der Produktion verbrauchten Produktionsmittel dürfe aber keineswegs der Schluß gezogen werden, »daß die bislang bei uns übliche Kennziffer der Arbeitsproduktivität, die die Bruttoproduktion, ausgedrückt in unveränderlichen Preisen,

auf die lebendige Arbeit bezieht, zu einer Kennziffer der gesamten gesellschaftlichen Arbeit in der Art erweitert werden muß, daß die Bruttoproduktion auf die lebendige und vergegenständlichte Arbeit bezogen wird«⁵. Ein solches Vorgehen weist er theoretisch zurück – es liefe auf die Anerkennung der vergegenständlichten Arbeit als produktive Arbeit hinaus – und sei auch praktisch verfehlt, weil es nicht möglich sei, den Verbrauch an vergegenständlichter Arbeit wie die lebendige Arbeit in Natural- bzw. Zeitform zu messen. Schlußfolgerung bei Behrens: »Der Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit kommt also doppelt zum Ausdruck: einmal in der Menge der je Zeiteinheit der lebendigen Arbeit produzierten Gebrauchswerte und das andere Mal in der in der Produktion verbrauchten lebendigen und vergegenständlichten Arbeit.« Weiter betont er, daß »der Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit« also einmal ausgedrückt wird »als stoffliches Produkt je Zeiteinheit der lebendigen Arbeit, das andere Mal als wertmäßiges Produkt je Gebrauchswert«⁶.

Weiter weist Behrens ausdrücklich darauf hin, »daß der Wert je Produkt nicht umgekehrt proportional sinkt, wie die Arbeitsproduktivität steigt, sondern langsamer, weil die verbrauchte vergegenständlichte Arbeit mit steigender Arbeitsproduktivität anteilmäßig wächst«⁷.

Diese Entwicklung hat sich auch als Erfordernis der wissenschaftlich-technischen Revolution und bei der Automatisierung geistiger Arbeit, insbesondere der Informationsprozesse, nachhaltig bestätigt. Der Sozialismus hat es nirgendwo und zu keiner Zeit vermocht, diese Aufwands- und Wachstumsrelationen ökonomisch effektiv umzusetzen. Es ist nicht gelungen, das von Behrens geforderte optimale Verhältnis zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung des Wertes bzw. der Selbstkosten zu erzielen.

Behrens zieht aus den theoretischen Erkenntnissen zu den genannten Zusammenhängen praktische Schlußfolgerungen für die Erfassung der Selbstkosten

³ Erich Apel: *Rede zur Begründung des Haushaltsplanes für 1960. Sitzung der Volkskammer am 9. Dezember 1959.* In: »*Neues Deutschland*« vom 10. Dezember 1959. S. 3. ⁴ Erich Apel: *Sozialistische Rekonstruktion – Hauptkettenglied zur Lösung der Aufgaben des Siebenjahrplans.* In: »*Neues Deutschland*« vom 29. Mai 1959. S. 3. ⁵ Siehe Fritz Behrens: »*Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf.*« *Bemerkungen zur Messung des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit.* In: *Vorträge und Schriften.* Hrsg. von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (1960)69. S. 7. ⁶ *Ebenda.* S. 7f. ⁷ *Ebenda.* S. 9.

als Hauptbestandteil des Wertes bei der Berechnung des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Arbeit. Diese zeigen sich in seinen Beiträgen zur Entwicklung der Zeitsummenmethode und der Bildung von Kennziffern bzw. Indizes zur Kombination von Zeit- und Kostengrößen. Leider wurden diese Erkenntnisse auf volkswirtschaftlicher Ebene zu keiner Zeit konsequent im System der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung umgesetzt, weil es der Partei- und Staatsführung zunehmend nicht mehr um eine nüchterne, reale Bewertung der tatsächlichen Lage und Entwicklung, sondern nur noch um den Ausweis von Erfolgen – so oder so statistisch, plan- und abrechnungsmäßig manipuliert – gegangen ist. Behrens wußte das dank seiner Stellung in der Staatlichen Plankommission und als zeitweiliger Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

Gerade Behrens ging es darum, aus der Statistik keine Geheimwissenschaft zu machen. Die ökonomischen Prozesse sollten für die Werktätigen durchschaubar sein. Es ging ihm darum, »den Werktätigen nicht nur den ökonomischen Zusammenhang zwischen Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten bewußt« zu machen, »sondern auch die Möglichkeit« zu »schaffen, sie unmittelbar an der Erfüllung beider Kennziffern materiell zu interessieren«⁸. Hierbei widmet Behrens auch den Problemen der Qualität der Produktion und der Gewährleistung einer bedarfsgerechten Struktur, entsprechend

den Bedürfnissen der Konsumenten, anstelle routinemäßiger einheitlicher Massenproduktion, große Aufmerksamkeit, wohl wissend, daß echte materielle Interessiertheit nur in Verbindung mit der Befriedigung realer Bedürfnisse nach qualitäts- und bedarfsgerechtem Produktionsangebot und nicht allein durch eine volle Lohntüte zu erreichen ist.

Behrens hat immer wieder überzeugend nachgewiesen, daß die Überlegenheit des Sozialismus in erster Linie vom Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit abhängt und daß dessen Entwicklung letztendlich wesentlich davon beeinflusst wird, wie dieser Prozeß von der werktätigen Bevölkerung selbst und durch eigenverantwortliches Wirtschaften der Betriebe getragen wird.

Behrens schließt seinen Vortrag mit dem Hinweis, daß die Ökonomie, daß Arbeit und wirtschaftlicher Erfolg im Sozialismus nicht Selbstzweck sind, sondern daß nach Marx »das Reich der Freiheit [...] in der Tat erst da« beginnt, »wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion«⁹.

Wie wahr, angesichts der Profitmaximierungs- und Ausbeutungsmechanismen des heutigen ungebändigten Weltkapitalismus, der durch Massenarbeitslosigkeit, berufliche und soziale Ausgrenzung die Freiheit nach und außerhalb der Arbeit durch die Freiheit von jeglicher Arbeit ersetzt und damit zur totalen Unfreiheit und Existenzbedrohung werden läßt.

⁸ *Ebenda*, S. 14. ⁹ *Karl Marx: Das Kapital, Dritter Band. In: MEW. Bd. 25. S. 828.*

FRITZ BEHRENS' BEITRÄGE
ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE

HERBERT WOLF

Behrens und die Anfänge der politischen Ökonomie in der DDR. Sein Verständnis der marxistischen Einheit von Theorie und gesellschaftspolitischer wie ökonomischer Praxis

In dieser Zeit, in der es bereits ausgemacht zu sein scheint, daß »Marx tot ist« und daß »der Sozialismus« als »gescheiterte Utopie« auf den Müll der Geschichte gehört, kann die Erinnerung an den wirklichen Fritz Behrens und an sein Auftreten in Wissenschaft und Politik zu DDR-Zeiten in jeder Hinsicht nur nützlich sein. Das Aufrollen jüngster Zeitgeschichte, dazu noch vermittelt über die Biographie einer echten Persönlichkeit, ist zwar immer auch ein weites Feld mit vielen Nuancen und Schattierungen, so es unter dem Aspekt betrieben wird, nützliche Erkenntnisse für hier und heute zu gewinnen.

Aber zunächst und vor allem ist zu sagen: Für die, die ihn näher kannten, ist eines ganz gewiß, nämlich, daß er seine Zeit subjektiv ehrlich, aufrecht und wo und wann nötig mit gebührender Konsequenz durchschritten hat. Vor allem war Behrens, das ist heutzutage unstrittig, weder ein betonköpfiger Dogmatiker oder gar stalinistischer Parteisolddat, noch ist er ein utopistischer Träumer gewesen, der sich etwa nur zeitweilig von illusorischen schönen Zukunftsbildern hat blenden lassen.

Behrens war als marxistischer politischer Ökonom ein theoretisch argumentierender Verfechter des wissenschaftlichen Sozialismus, in gewissem Sinne nach 1945 sogar der einzige in der damaligen Ostzone. Das war seine Überzeugung, und dafür hat er geforscht, gelehrt und gestritten. Gestritten hat er sowohl mit den »Marxtöttern« und Antisozialisten jeglicher Couleur, nicht minder aber auch mit jenen Pseudosozialisten, die später, an der Spitze von »Partei und Regierung« stehend, ihre eigene enge, auf bloßen Machterhalt ausgerichtete Ansicht für die gültige Politik und jede Kritik hieran für Verrat am Sozialismus hielten. Daß er in der Einheit beider Aspekte mit seiner ganzen Persönlichkeit wirkte, das machte ihn zum Vorbild, Lehrer und Erzieher der nachfolgenden Generation – zu der auch der Autor dieser Zeilen mit gehört.

Diesen Aspekt für Künftige aufzubewahren und nachvollziehbar zu erhalten, dürfte das wichtigste aller Anliegen eines ehrenden Gedenkens an Fritz Behrens sein. Denn genau hierin hat er deutliche Spuren hinterlassen, ungeachtet dessen, welche sonstige Anerkennung auch diese und jene Aktivität seines wissenschaftlichen und politischen Lebens außerdem verdienen mag. Und: Nachvollziehbar nützliche Spuren hinterläßt nicht jeder. Aus diesen Gründen soll im Nachfolgenden an die Anfangsjahre nach 1945 erinnert werden. Behrens trat unter ungewöhnlichen Umständen als ein ungewöhnlicher Wissenschaftler und Politiker auf. Seinem damaligen Wirken nachzuspüren, dürfte somit in mehrfacher Hinsicht interessant und lehrreich sein.

Erstens waren zum seinerzeitigen »prinzipiellen Neuanfang« – abgesehen von verstockten Nazis – beinahe alle politisch Interessierten Nachkriegsdeutschlands dem Neuen gegenüber noch unbefangen und aufgeschlossen. Das galt fast ausnahmslos für uns, für die damalige Jugend und wohl auch für Behrens selber. Ja sogar die Parteien und die Besatzungsbehörden orientierten und verhielten sich in diesem Sinne. Diese Situation ermöglichte sowohl die kritische Aneignung des Marxismus und das ganz selbstbewußte Vertreten der sich aus ihm ergebenden gesellschaftspolitischen Konsequenzen – und es schloß auch das postwendende Weitergeben und Verbreiten dessen mit ein. Gerade das Letztere hat der damals jungen Generation erst jene Tiefe und Weite der Aneignung des Marxismus vermittelt, die dann einzutreten pflegt, wenn man selber die Theorie und deren Folgerungen anderen kritischen Menschen begreifbar zu machen hat.

Zweitens waren der Marxismus und mit ihm die Politik der SED damals noch nicht als »Herrschaftsideologie« etabliert. Er war eher sogar noch darauf angewiesen, sich durch den Ideenstreit gegen vorgefundenes Ideengut zu behaupten und durch-

zusetzen. Das war überhaupt nur in theoretisch überzeugender Argumentation möglich, und ein Herunterleiern dogmatischer Gebetsmühlen (was vereinzelt schon zu verzeichnen war) wurde seinerzeit noch ganz offen mit Kopfschütteln oder gar Auslachen bedacht. Die großen Gralshüter der »reinen Lehre«, die Glauben fordern statt Wissen zu verbreiten (und die später auch Behrens mit dem Vorwurf aller möglichen Häresien verfolgt), diese Leute kamen erst zum Zuge und auf die Bühne, als in diesem Sinne schon »alle Schlachten geschlagen« waren. Es gab damals – wenigstens in der Ökonomie – noch keinen »dogmatischen Marxismus« – was das auch immer sein mag –, und wenn, dann wurde diesem ganz und gar nicht dogmatisch-gläubig, sondern rational-kritisch begegnet.

Drittens waren die Lage, die Strukturen und die sich objektiv zeigenden Tendenzen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft und Nachkriegswirtschaft einmalig. Für die gegebene gesellschaftliche Situation und die Frage des »Wie weiter?« gab es keine Rezepte und Dogmen, die genutzt werden konnten. Sogar die damals sehr aktiv wirkenden sowjetischen Kultur-Offiziere haben das (wenigstens bis Mitte 1948) mehrfach betont und eigenes Denken gefordert. Die gesamte wirtschaftliche, soziale, ideelle und politische Realität im Lande verlangte ein schöpferisches Herangehen von all denen, die nicht einfach bloß ergeben passiv bleiben wollten.

Genau das waren die Umstände der Zeit, die günstig und förderlich für das Auftreten und für das von damals bis heute nachhaltige Wirken von Behrens waren. Daß er so wirkte, ist insbesondere begründet in seinem Verständnis vom Marxismus, erstens als einer theoretisch anspruchsvollen Wissenschaft und zweitens als einer politischen Wissenschaft, die nur in der Einheit mit praktisch-gesellschaftlichem Engagement verstanden und betrieben werden kann. Weil Behrens in seiner Person eben diese Einheit von strengem Theoretiker und des praktisch in Politik und Wirtschaft Engagierten in allen Phasen seines Lebens eindrucksvoll verkörperte, hat er so viele Menschen an seiner Seite geprägt.

Eben dies war es auch – und nicht etwa, daß er vielleicht in dieser oder jener Einzelfrage geirrt oder

zu wenig tief geschürft haben könnte –, was ihn im Zuge der Etablierung dessen, was sich später »Realsozialismus« nannte, immer wieder Anfeindungen seitens der sozusagen eigenen Leute aussetzte. Menschen solchen Typs wie Behrens können nicht als bloße Exegeten von Beschlüssen oder Reden »führender« Leute auftreten, sie können einfach nicht offenkundige oder sich ankündigende Probleme des gesellschaftlichen Lebens ignorieren, herunterspielen, zerreden und weginterpretieren.

Die ersten Aufsätze von Behrens (erschieden in der damals noch vielseitigen und opulenten theoretischen Zeitschrift der SED »Einheit«) sind insgesamt erstaunlich kämpferische Erklärungen zur eigenen Positionsbestimmung und bezüglich seiner Verhaltensmaxime als politischer Wissenschaftler, der seine Aufgaben vor allem im aktiven Mitgestalten einer neuen Welt gesehen hat. Dazu seien nur zwei Sätze angeführt: »Der Kampf gegen den Marxismus wird von der modernen bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft, von der Wissenschaft, die die Heiligkeit und Unantastbarkeit des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln lehrt, unter der Maske der »unparteiischen«, der »werturteilsfreien« Wissenschaft geführt. [...] Die demokratische Erneuerung unseres Volkes verlangt eine demokratische Intelligenz. Diese [...] neue Intelligenz aber muß sich mit der zwar nicht neutralen, sondern politischen, mit der zwar nicht unparteiischen, aber gerade dadurch wissenschaftlichen Theorie des Marxismus sehr ernsthaft befassen, will sie nicht abermals versagen.«¹ Dem ist er selbst treu geblieben, und das war seine innere Stärke. Insofern konnte er von Anbeginn bis in die letzte Zeit seines Wirkens auch persönlich souverän auftreten, nicht nur den unmittelbaren Verteidigern der alten Ordnung gegenüber, sondern dann auch im Reagieren auf die Angriffe jener, die sich als die Hüter einer scheinbar neuen Ordnung ausgaben, genau jener Ordnung eben, für deren Ausbau, Existenz- und Entwicklungsfähigkeit er sich trotz Anfeindung ja immer wieder engagiert hat. In der »Einheit« erklärte Behrens dazu: »Denn die Wirtschaftswissenschaften sind kein Privatvergnügen irgendwelcher Gelehrter, ihre Aufgabe besteht nicht in der Verkündung abstrakter Wahrheiten, sondern sie sollen auf Grund

¹ Fritz Behrens: *Unpolitische Wirtschaftswissenschaft? In: »Einheit«*, Berlin 2(1947)2, S. 220f.

der gesellschaftlichen Analyse den Weg in die Zukunft zeigen.« Er verwies darauf, daß die Wirtschaftswissenschaft nur dann und insoweit ihrer historischen Aufgabe gerecht wird, indem sie »eine Theorie ausarbeitet, die weit entfernt ist von Apologetik und von bloßer Theorie, die eine wegweisende Theorie ist«². Demgegenüber muß man sich das Credo solcher in den 50er Jahren tonangebenden Leute, wie Professor Robert Naumann, auf der Zunge zergehen lassen, der keine drei Jahre später einem Nachwuchswissenschaftler erklärte, die politische Ökonomie habe keineswegs die Aufgabe, für die Partei einen wirtschaftspolitischen Vorlauf zu schaffen, sondern sie habe vielmehr die Beschlüsse der Partei richtig zu erläutern und weiter zu verbreiten!

Behrens war von Anfang an bestrebt, außer seiner umfangreichen Lehrtätigkeit, direkt der neuen gesellschaftlichen Praxis gerecht zu werden. Es galt, die neuen Fragen der Ingangsetzung und der Entwicklung der Wirtschaft, speziell der volkseigenen Wirtschaft, praktisch lösen zu helfen. In seiner kritischen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Statistik, Volks- und Betriebswirtschaft ging es nicht allein um die Durchsetzung der marxistischen Auffassung in der Wirtschaftswissenschaft, sondern zugleich (manchmal sogar primär) um die unumgänglich nötige Klärung der theoretischen Basis für die Lösung der anstehenden Fragen der Wirtschaftspraxis. Deshalb sind seine grundsätzlichen Arbeiten zur produktiven und unproduktiven Arbeit keine abstrakt theoretischen Überlegungen, ebensowenig wie seine Arbeiten über die damals gängigen diversen »Sozialismus-Theorien«, zur Frage des Mittelstandes u. ä. Themen. Auch die von Behrens bei seinen Schülern angeregten Forschungsarbeiten zur Neugestaltung des Rechnungswesens der volkseigenen Wirtschaft, zur präzisen Weiterentwicklung der Preis- und Kostentheorie, zur Messung der Arbeitsproduktivität, aber auch zur Bestimmung des Gesamtproduktes, zur Erprobung neuer Formen des Leistungslohnes und – natürlich – zur Planung der Wirtschaft etc., zielten nicht auf »Theorie an sich«, sondern auf eine praktikabel anwendbare Theorie.

So war es kein Zufall, daß sich Behrens ganz aktiv und anfangs auch erfolgreich um die Gründung des Planökonomischen Institutes in Leipzig bemüht hat. Das bereits 1950 gegründete Institut war in der Tat das erste und für eine Weile einzige Institut, das sich um die theoretischen Grundlagen der Planung der Wirtschaft bemühte. Aber ebenso war es sicher nicht zufällig, daß dann Behrens zusammen mit seinen engsten Mitarbeitern erst aus der Zeitung erfahren mußte, daß gerade eben in Berlin ein neues und ganz anderes »Institut für Planökonomie« gegründet worden sei. Das geschah ungeachtet dessen, daß damit ein vorheriger Regierungsbeschluß der DDR einfach übergangen, ja nicht einmal aufgehoben wurde. Und es bedeutete, daß damit dem Leipziger Kreis um Behrens durch Fakten klar gemacht wurde, wie das unter den neuen Bedingungen so ist mit dem »Sich-Einschalten« in das wissenschaftliche Vorandringen für die Gestaltung einer neuen Welt. Allein der Name »Institut« (später Hochschule) für Planökonomie besagte ja, wer die Gründung veranlaßt hatte (die dann allerdings bei den Studenten sehr zu recht den Namen »Rotes Kloster« erhielt).

Daß und wie sehr die von Behrens vertretenen theoretischen Positionen sogar heute noch (und wieder) eine ganz unmittelbare praktische Bedeutung haben, sei hier kurz an zwei Themen näher beleuchtet. In seinem 1948 im Dietz Verlag erschienenem Buch »Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie« verteidigt Behrens mit Nachdruck und überzeugend die philosophisch-methodische Grundlage der Theorie der Reproduktion – somit auch der volkswirtschaftlichen Statistik –, ja letztlich der marxistischen politischen Ökonomie überhaupt: die Theorie der produktiven und unproduktiven Arbeit.³ Diesem Thema hatte er sich schon mit dem Aufsatz »Volkseinkommen und Mehrwert im Nazireich« mit dem Untertitel »Kritische Bemerkungen zu wirtschaftswissenschaftlichen Problemen« als Abrechnung mit den statistischen Fakten und Auseinandersetzung mit dem Buch von Paul Jostock »Die Berechnung des Volkseinkommens und ihr Erkenntnis-

² Fritz Behrens: *Volkseinkommen und Mehrwert im Nazireich. Kritische Bemerkungen zu wirtschaftswissenschaftlichen Problemen*. In: »Einheit«, Berlin 2(1947)3, S. 236. ³ Siehe Friedrich Behrens: *Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie. Eine theoretische und statistische Studie über die produktive Arbeit im Kapitalismus*. Berlin 1948. S. 80ff.

wert«⁴ gewidmet. Behrens erklärte hierzu: »Infolge ihrer mangelhaften, ja falschen theoretischen Grundlegung müssen die deutschen Arbeiten zur Statistik des Volkseinkommens als völlig unzureichend und irreführend bezeichnet werden«. Und er verband dies mit seinem praktischen Anliegen: »Da der Aufbau einer umfassenden und gründlichen Produktionsstatistik für unsere neue deutsche demokratische Wirtschaft eine Lebensfrage geworden ist, wird auch die künftige deutsche Volkseinkommensstatistik Nutzen hieraus ziehen können.«⁵

Dem versuchte er knapp zehn Jahre später als Leiter der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik nachzukommen. Doch seine Hoffnungen, ausgesprochen mit der Herausgabe des von ihm initiierten ersten amtlichen »Statistischen Jahrbuchs der DDR 1955«, erfüllten sich nicht. Dies sollte, so schrieb er im Vorwort, »ein entscheidender Schritt (sein) auf dem Wege zu einer Statistik, die nicht mehr eine Geheimwissenschaft von »Amtspersonen und Spezialisten« sei. Es solle vielmehr »allen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik helfen, selbst an der Leitung und Verwaltung des Staates und der sozialistischen Wirtschaft teilzuhaben.«⁶

Leider waren es gerade diese seine erdemokratischen Positionen, die u. a. zu seiner Ablösung 1957 führten. Und rund zwanzig Jahre später wurden sogar »die Spezialisten«, nämlich die Wissenschaftler der Hochschule für Ökonomie Berlin, in einer Mitteilung an den Senat der Hochschule offiziell davor »gewarnt«, in ihren Arbeiten die Zahlen der amtlichen Statistik irgendwie anders als im Jahrbuch darstellt – etwa umgerechnet in Reihen, absolute Werte etc. – zu verwenden.

Aber auch der heutige Zustand der Statistik in Deutschland, samt ihrer quasitheoretischen Basis, ist unverändert so erbärmlich kritikwürdig, wie das seinerzeit Behrens ankreidete. Nicht nur Produktion und Einkommen, sondern auch solche in der Alltagspolitik ständig strapazierte Kategorien wie »Produk-

tivität« und ähnliche, haben eine theoretische »Qualität«, die kaum hilft, mit der wirtschaftlichen (und sozialen) Realität klarzukommen. Nur dient das immer noch derselben Herrschaftsfunktion, daß man »nicht mehr nach der klassenmäßigen Herkunft und Struktur der Einkommen fragen«⁷ kann.

In der Tat: Wenn man jegliche Erwerbstätigkeit als Quelle des Volkseinkommens ausgeben will, so kommt man aus der Willkür und aus den Widersprüchen nicht heraus – sofern man überhaupt näher nachfragt. Es schwimmt der Unterschied zwischen Produktion und Konsumtion, wenn nicht nur Weizen, Autos, Kleider, Möbel, Maschinen, Computer usw. Produkte darstellen, in denen sich die einkommenschaffende Arbeit manifestiert, sondern auch das Bewachen von Eigentum, das Erstellen von Horoskopern, die Kreditausreichung, der Handel mit Wertpapieren oder Vorträge und Predigten halten, Werbetexte machen usw. usf. Warum dann eigentlich nicht auch das gewerbsmäßige Eintreiben von Schutzgeldern, der Verkauf von Spionagematerial, der Mädchenhandel und ähnliches?

Marx hatte schon recht, als er vor bereits 150 Jahren zur sich abzeichnenden Auflösung der klassischen Lehre vom Wesen und Ursprung des Wohlstands der Nationen bemerkte: »Jeder Dienst ist für seinen Verkäufer produktiv. Falsche Eide schwören ist für den produktiv, der es für bares Geld tut. Aktenstücke fälschen ist für den produktiv, der dafür bezahlt wird. Einen morden ist für den produktiv, dem der Mord bezahlt wird. Das Geschäft des Sykophanten, Denunzianten, Schmarotzers, Parasiten, Speichelleckers ist produktiv für ihn, wenn er solche »services« nicht gratis verrichtet.«⁸ Es gibt auf Basis der gängigen »Theorie« keine rationalen Kriterien für das Ausschließen solcher »Dienste« (wie übrigens auch jener Dienste, die das Nutzen langlebiger Gebrauchswerte z. B. darstellt) von der Gesamtheit der den Volkswohlstand begründenden Elemente. Nur geht auf solche Weise jeder Ansatz für eine

4 Paul Jostock: *Die Berechnung des Volkseinkommens und ihr Erkenntniswert*. Stuttgart, Berlin 1941. 5 Fritz Behrens: *Volkseinkommen und Mehrwert im Nazireich. Kritische Bemerkungen zu wirtschaftswissenschaftlichen Problemen*. In: »Einheit«. Berlin 2(1947)3. S. 236. 6 Fritz Behrens: *Vorwort zum Statistischen Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955*. Hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Berlin 1956. S. V. 7 Fritz Behrens: *Volkseinkommen und Mehrwert im Nazireich. Kritische Bemerkungen zu wirtschaftswissenschaftlichen Problemen*. In: »Einheit«. Berlin 2(1947)3. S. 239. 8 Karl Marx: *Theorien über den Mehrwert*. In: MEW. Bd. 26.1. S. 265.

wissenschaftliche Analyse des Gesamtprozesses der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, als der Basis der Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens insgesamt, restlos über Bord.

Daß Marx konsequent die Grundlagen der klassischen politischen Ökonomie verteidigte und weiter ausbaute, hat sehr tiefgreifende Gründe, die hier nur angedeutet werden können. *Erstens* ist nicht nur die rein biologisch bestimmte, sondern die mit einer ganzen Welt von Bedürfnissen – rationalen oder auch verrückten – ausgestattete historisch konkrete Existenz der Menschen nur zu erhalten vermittels Nutzung, Ge- und Verbrauch materieller Güter, deren Erzeugung die Funktion der materiellen Produktion ist. *Zweitens* ist das, was der Mensch zur Formung und Aneignung dieser Güter einzusetzen hat, seine Arbeit, und diese ist jenes Medium, das den Stoffwechsel mit der Natur vermittelt, auch die Konfrontation mit den Naturbedingungen und Naturgesetzen, durch die das Wissen und Können des Menschen – und genau genommen sogar der Mensch selber – sich stets weiter voran entwickelt. *Drittens* kann man nur mit Bezug auf das Aneignen und Verteilen der materiellen Güter eine objektive Aussage finden, ob im arbeitsteiligen Austausch Äquivalente getauscht werden oder Übervorteilung stattfindet und vor allem, ob die gesellschaftliche Struktur der Produktion auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht – und in welchem Maße das geschieht.

Es ist übrigens nicht wahr, daß Marx nicht gesehen hätte, daß die Welt der materiellen Güter nicht die ganze oder allein die wichtigste Welt für die Menschen sein kann und daß sowohl die verschiedensten Dienstleistungen wie auch die geistige Produktion im eigentlichen Sinne äußerst wichtige Elemente im Lebensprozeß und in der Entwicklung der Menschheit darstellen. Und Marx faßte die produktive Arbeit keineswegs nur als Handarbeit bzw. direktes Handanlegen in der Fertigung der Gebrauchswerte auf. Er kreierte den Begriff des »Gesamtarbeiters«, vermerkte andererseits aber, daß in der arbeitsteilig-kooperativen Produktion sich alles Mögliche durch die Hintertür als »indirekt« produktive Arbeit ausgeben kann.

Für Marx gibt es keine universellen Definitionen; bei ihm sind alle Kategorien historisch bestimmt, auch die der Produktivität und des Reichtums. Natürlich stellt Marx an den Beginn seiner Analyse: »Auf den ersten Blick erscheint der bürgerliche Reichtum als eine ungeheure Warensammlung«; hier ist »Gold das *materielle Dasein des abstrakten Reichtums*«⁹.

Hiervon ausgehend kulminiert die ganze Theorie von Marx in der sowohl ökonomisch und sozial prägnanten wie auch zutiefst humanistischen Aussage: »In fact aber, wenn die bornierte bürgerliche Form abgestreift wird, was ist der Reichtum anders, als die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen?« Denn: »Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time das Maß des Reichtums.«¹⁰

Diese keineswegs nur geschichtsphilosophisch aufgefaßte, sondern bei Marx schon direkt gesellschaftsanalytische Kategorie der »freien Zeit – die sowohl Mußezeit als auch Zeit für höhere Tätigkeit ist«, hat einen festen Platz im Gesamtgebäude der Marxschen Theorie, obwohl das weder seine Gegner wahrhaben wollen, noch jene Leute irgendwie scherte, die angeblich mit ihrer Politik nichts weiter als die Theorie von Karl Marx vollzogen haben.

Der Springpunkt ist, daß Marx seine Analyse nicht in diesen ganz allgemeinen Kategorien untergehen läßt, sondern sie stets in ihrem Zusammenhang mit den konkreten sozialökonomischen Strukturen sieht und ihr Funktionieren als Entwicklungsfaktoren der Gesellschaft untersucht. Das geht von der geschichtlichen Rolle der Mehrarbeit, als der durch Freistellung von der Produktion gegebenen sozialen Basis für die Entwicklung der produktiven Kräfte, bis hin zur Verteidigung der historischen Notwendigkeit des Kapitalismus. Nach Marx ist »*das Kapital produktiv; d. h. ein wesentliches Verhältnis für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte*«¹¹.

Es ist vor allem diese konkrete Fassung der kapitalistisch-produktiven Arbeit, die Marx veranlaßte, über die allgemeine Bestimmung hinauszugehen und nur die profitbringende Lohnarbeit als die (in

9 Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 13. S. 15 und 102. **10** Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42. S. 395f. und 604. **11** Ebenda. S. 244. Siehe auch MEGA². II/3.1. S. 167ff.

der bürgerlichen Gesellschaft) einzig wirklich produktive Arbeit zu bezeichnen. Diese Seite des Theorems – die eigentlich gesellschaftspolitisch unmittelbar wichtigste Seite – in den Mittelpunkt seiner ganzen Auseinandersetzung gestellt zu haben, bleibt eines der großen Verdienste Behrens. Damit wurde der volkswirtschaftlichen Sachanalyse ebenso gedient wie der nach wie vor nötigen Analyse der sozialökonomischen Verhältnisse und ihrer Entwicklungstendenzen.

In Verbindung mit seinen gesellschaftsanalytischen Arbeiten sind auch die Arbeiten von Behrens zur Frage des Mittelstandes zu erwähnen. Sein Artikel »Die Mittelschichten in der kapitalistischen Gesellschaft« gab nicht nur eine gute Sach- und Theorieanalyse zum damaligen Stand, er gab wertvolle Anregungen für eine damals nötige (heute noch aktuelle) Neugestaltung der sozialistischen Mittelstandspolitik. Diese blieb bis heute kaum beachtet. Behrens erinnerte zunächst daran: »Die theoretische Diskussion um das Problem des sogenannten ›Mittelstandes‹, um seine Vernichtung durch den Kapitalismus und um seine Lebensfähigkeit unter dem Kapitalismus ist nie ganz verstummt.« Und er erklärt, ausgehend von den Fakten: »In Wirklichkeit breitete sich zwischen der herrschenden Klasse und der ausgebeuteten Klasse nach wie vor noch eine Mittelschicht aus, die teilweise aus der alten, nicht aufgeriebenen Mittelklasse der einfachen Warenproduzenten, teilweise aus neuen, vom Kapitalismus erst geschaffenen ›Mittelschichten‹ besteht.«¹²

In der von Behrens hierzu angeführten deutschen Statistik der Erwerbsspersonen von 1939 wird ausgewiesen, daß zwischen 1882 und 1939 von je 100 Erwerbsspersonen die »Selbständigen« sich von 25,7 auf nur noch 14,0 Prozent Anteil verringert haben, dagegen aber die »mithelfenden Familienangehörigen« sich von 9,9 auf 16,4 Prozent Anteil ebenso drastisch vergrößert wie die »Angestellten und Beamten«, die sich von 7,0 auf 18,9 Prozent Anteil ausgedehnt haben, während andererseits die nach Marx sich ständig vergrößernde Klasse der »Arbeiter« jedoch von 57,4 auf immerhin nur noch 50,7 Prozent Anteil zurückgegangen ist.

Es entsprach der damaligen Fragestellung von Behrens (aber auch der vor einem Halbjahrhundert generell gängigen Sichtweise), daß er in der Auswertung dieser Zahlen besonders die der ersten Zeile unter die Lupe nahm (mit weiteren Analysematerialien noch vertieft), während die übrigen Angaben sozusagen nur »mitliefen«. Aus der heutigen Sicht bemerkenswert ist die rasante Zunahme des Anteils der »Mithelfenden Familienangehörigen« (wo denn sonst mithelfend, als in der ums Überleben ringenden Kleinwirtschaft), des Anteils der Angestellten und Beamten, aber auch der deutliche Rückgang des Anteils der Arbeiter. In all dem kündigt sich ein Trend an, der für die gesellschaftliche Strukturentwicklung und damit für die gesellschaftspolitischen Schlußfolgerungen erhebliche Bedeutung hat.

Es spricht jedoch für das ausgeprägte sowohl politische wie wissenschaftliche Gespür von Behrens, daß er im Schlußteil seiner Arbeit zwei für heute nach wie vor hochbedeutsame Aussagen trifft. Einmal weist er auf die progressiv steigende Rolle der Intelligenz in der modernen Gesellschaft hin, denn: »Die vom Kapitalismus stürmisch entwickelten Produktivkräfte [...] bedingen eine nicht nur absolut, sondern auch relativ stets wachsende technische Intelligenz«, was überhaupt (aus anderen Ursachen) für die unproduktiven Schichten im modernen Kapitalismus zutreffend ist. Zum anderen zieht er die einzig richtige gesellschaftspolitische Schlußfolgerung aus der (leider heute noch zutreffenden) Situation, daß die Masse der Mittelschichten gemäß ihren wahren Interessen sich zum Zusammenschluß mit den Interessen der Arbeiterschaft bereit finden müßte, demgegenüber jedoch eher eine antisozialistische Position einnimmt. So schreibt er dazu: »Statt gemeinsam mit der Arbeiterklasse, wie es seiner ökonomischen Lage entspräche, eine neue gesellschaftliche Ordnung zu errichten, wo die vernichtenden Entwicklungstendenzen aufgehoben sind, verteidigt der ›Mittelstand‹ aus falsch verstandenem Interesse die Ordnung, die ihn in den Abgrund stürzt.«¹⁵

Nur wußten vor einem halben Jahrhundert weder Behrens noch wir alle, daß eine solche Prognose auch eine andere Art von Sozialismus zur Voraussetzung

¹² Fritz Behrens: *Die Mittelschichten in der kapitalistischen Gesellschaft. Erster Teil.* In: »Einheit«. Berlin 2(1947) 5. S. 456.

¹³ Ebenda. Zweiter Teil. In: »Einheit«. Berlin 2(1947)6. S. 572 und 576.

hat, als den sich uns damals im Gewand des Sowjet-systems anbietenden Sozialismus. Leider muß man sagen, daß diese und andere Arbeiten nicht ohne kleinliche Kritik aus den eigenen Reihen blieben, was wir jedoch damals für die auch heute noch übliche sendungsbewußte Streitsucht unter den Linken hielten, was aber in der Tat als ein Teil des Umfunktionierens des antifaschistisch-demokratischen Neuanfangs zu werten war.

In seiner Antipolemik zur Entgegnung Alfred Webers auf seinen kritischen Artikel zum sogenannten »freiheitlichen Sozialismus« schrieb Behrens mit aller Schärfe: »Es gibt keinen demokratischen und keinen antidemokratischen Sozialismus, und es hat auch einen solchen antidemokratischen Sozialismus – wir sprechen hier vom wissenschaftlichen Sozialismus – nie gegeben!« Und weiter: »Nur in einer Demokratie, die der Masseninitiative freien Raum läßt, wie sie in der Ostzone angestrebt wird, kann Verstaatlichung Vergesellschaftung sein.«¹⁴

Demokratie und Sozialismus auseinanderdividieren zu wollen, erschien zu jener Zeit geradezu absurd. Wir waren noch nicht belehrt und wollten es auch nicht anders. Denn es war Lenin, der einmal überzeugend geschrieben hatte: »Wer auf einem anderen Weg als dem des politischen Demokratismus zum Sozialismus kommen will, der gelangt unvermeidlich zu Schlußfolgerungen, die sowohl im ökonomischen als auch im politischen Sinne absurd und reaktionär sind.«¹⁵

Hier zeigt sich übrigens deutlich, daß jene Positionen, die 1947 von Behrens (wie von uns allen) noch als selbstverständlich vertreten wurden, also die Einheit von Sozialismus und Demokratie auf der Basis von individueller Freiheit zur Masseninitiative, eben genau jene Stichworte waren, die dann knapp zehn Jahre später Behrens, Benary und anderen von der Partei als revisionistische und parteifeindliche Ideologie angelastet wurden.

Behrens hatte die verschiedensten Zusammenstöße mit den ab Ende der 40er Jahre in der SED und im Bereich der damaligen SBZ (später erst recht in der

DDR) sich durchsetzenden stalinistischen Strukturen und Regeln dieser Macht und ihres politischen Denkens. Das ist weitgehend bekannt und wird mit Recht in jeder Würdigung seines Wirkens hervorgehoben. Welche Bedeutung jedoch dieser in der Spätzeit Stalins erfolgte Prozeß für das selbstbewußt-schöpferische Herangehen an die sozialistische Theorie und Praxis haben würde – auch für die sozialistische Intelligenz insgesamt –, das haben wir jungen Leute in jener Zeit kaum begriffen. Vielleicht er selber schon eher, wie aus von ihm im engsten Kreis geäußerten Bemerkungen geschlossen werden könnte. Aber Behrens war schließlich auch der erste, der in schärfster Weise »Maß genommen wurde«.

Im Grunde war es lächerlich, daß Behrens im Zuge der »Objektivismus-Kampagne« auf der SED-Parteidelegierten-Konferenz in Leipzig von Otto Schön im Referat auch noch beschuldigt wurde, er habe »solch einen Blödsinn« gesagt wie: »Der Imperialismus ist der Vorabend der proletarischen Revolution«. Dieser immerhin hohe SED-Funktionär wußte eben selber nicht, daß der Verfasser dieses Satzes niemand anders war als W. I. Lenin. Aber so kalkweiß, wie während dieser Rede, habe ich später Behrens nicht mehr gesehen. Es war deutlich geworden, wie es ist, wenn der Parteiapparat jemanden jagt.

Doch Behrens war niemals ein bloß passiv hinnehmendes Objekt solcher bössartigen Angriffe. Er wußte sich zu wehren. Man sollte sich deshalb auch die Art und die Eindringlichkeit in Erinnerung rufen, mit der Behrens die sich links drapierenden Heuchler und eifernden Hüter der »rechten Lehre«, die ihn (mit dem Schwert der Partei im Hinterhalt) quasi-theoretisch zum Schweigen bringen wollten, an den Pranger stellte. So z. B. geißelte er den ebenso fruchtlosen wie aggressiven Dogmatismus zur Konferenz der Wirtschaftswissenschaftler Anfang 1956 mit der Wiedergabe folgender Marxschen Worte: »Bei dem Meister entwickelt sich das Neue und Bedeutende mitten im ›Dünger‹ der Widersprüche, gewaltsam aus den widersprechenden Erscheinungen. [...] Anders mit dem Schüler. Sein Rohstoff ist nicht mehr die

¹⁴ Fritz Behrens: *Dogmatik, Orthodoxie und wissenschaftlicher Sozialismus. Eine Antwort an Alfred Weber*. In: »Einheit«. Berlin 2(1947)9. S. 877f. ¹⁵ W. I. Lenin: *Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution*. In: *Werke*. Bd. 9. S. 15.

Wirklichkeit, sondern die neue theoretische Form, wozu der Meister sie sublimiert hat. Teils *der theoretische Widerspruch der Gegner der neuen Theorie*, teils *das oft paradoxe Verhältnis dieser Theorie zu der Realität* spornen ihn zum Versuch, die ersten zu *widerlegen*, das letzte *wegzuerklären*. Bei diesem Versuch verwickelt er sich selbst in Widersprüche und stellt mit seinem Versuch, sie zu lösen, zugleich die beginnende *Auflösung der Theorie* dar, die er dogmatisch vertritt.¹⁶

Klarer kann man das theoretische Wesen des Dogmatismus nicht umreißen. Diese seine damalige Rede war nicht nur erfüllt von Stolz und kämpferischer marxistischer Schärfe, sondern auch voll von moralischem Ekel gegenüber den selbsternannten Gralshütern des Marxismus, die diesen weder begriffen, noch je anders als eine glaubenerheischende Herrschaftsideologie betrieben haben. Als sein damaliger Widerpart sich in seiner Entgegnung in verleumderische Unterstellungen flüchten wollte, darunter die des Antisowjetismus, konnte er damals noch zurückgewiesen werden. Ab hier spätestens war dieser Mann nicht nur wissenschaftlich, sondern auch moralisch erledigt, er blieb aber noch lange einflußreich.

Dennoch haben wir uns damals sicher alle, auch Behrens selber, sehr darin getäuscht, daß die sozialistische Bewegung früher oder später solche Leute einfach abschütteln werde. Wir kannten unseren Marx zwar, der einmal geschrieben hat: »In jeder Revolution drängen sich, neben ihren wirklichen Vertretern, Leute andern Gepräges vor. Einige sind die Überlebenden früherer Revolutionen, mit denen sie verwachsen sind; ohne Einsicht in die gegenwärtige Bewegung, aber noch im Besitz großen Einflusses auf das Volk durch ihren bekannten Mut und Charakter oder auch durch bloße Tradition. Andre sind bloße Schreier, die, jahrelang dieselben ständigen Deklamationen gegen die Regierung des Tages wiederholend, sich in den Ruf von Revolutionären des reinsten Wassers eingeschlichen haben. [...] Sie sind ein unvermeidliches Übel; mit der Zeit schüttelt man sie

ab«¹⁷. Es war aber nichts mit dem »Abschütteln«. Solche Leute haben am Ende fast alle und alles überlebt.

Abschließend stellt sich doch fast unwillkürlich die Frage: Wie würde sich Behrens denn heute (1996) eigentlich verhalten, nach all dem, was in den letzten 20 Jahren und was besonders in den letzten sechs Jahren im Osten Deutschlands alles geschehen ist? Würde Behrens etwa das heute erneut in ganz Deutschland herrschende kapitalistische System willkommen heißen? Würde er sich vielleicht im Ruhme vergangener Leistungen sonnen oder gar vergangene Schlachten nun neu (und besser) zu schlagen versuchen? Würde er gar resigniert schweigen und, obwohl er schon Besseres wüßte, dennoch müde abwinken und die Menschen tun und treiben lassen, was und wohin auch immer? Oder wie würde er heute reagieren?

Wer Behrens wirklich gekannt hat und wer außerdem noch seinen Lebensgang mit Respekt zu würdigen bereit und fähig ist, der wird wohl nur eines sagen können: Behrens würde heute gewiß – sofern er noch die physische Leistungsfähigkeit seiner Lebensmitte besäße – diese heute herrschende Ordnung genau so wenig wie vor fünfzig Jahren widerspruchlos hinnehmen, er würde sich auch heute nicht mit dem Scheinargument, es sei doch alles zwecklos, vom aktiven Wirken für die Überleitung der geschichtlichen Entwicklung vom Kapitalismus zu einem wirklichen Sozialismus abhalten lassen.

Er würde ziemlich sicher zu *zwei Themen* aktiv werden: *Erstens* würde er mit einem Umkreis dafür auffindbarer Gleichdenkender alles tun, um die Konstruktions- und Funktionsfehler des gewordenen ersten Versuchs einer sozialistischen Ordnung (samt der Ursachen für deren Verstumpfen in Gesellschaftszustände vorkapitalistischer Art) mit Konsequenz und ohne jedes Tabu aufzudecken, zu ergründen und die Ergebnisse dessen zwecks künftiger Beachtung zu verbreiten suchen. *Zweitens* aber würde er in der ihm eigenen Konsequenz und Kontinuität den gegenwärtigen Umständen entgegentreten, um das Seine beizutragen, diese unablässig zu verändern.

¹⁶ Karl Marx: *Theorien über den Mehrwert*. In: MEW. Bd. 26.3. S. 80. – Siehe auch den Diskussionsbeitrag von Fritz Behrens in: *Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland. Protokoll der Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 26.–29. Januar 1956*. S. 46ff. (*Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften* 5.) ¹⁷ Karl Marx: *Der Bürgerkrieg in Frankreich*. In: MEW. Bd. 17. S. 348.

Und dies würde er tun, ganz gleich, ob solches einerseits den erklärten Gegnern einer menschenwürdigen Systemalternative mißfällt oder andererseits den nur halbherzigen Freunden solcher Alternative oder auch den hinter dem Begreifen des aktuell Nöti-

gen Zurückbleibenden, nun gerade gefallen möchte oder nicht. Denn das ist klar: Fritz Behrens paßte sich nicht an, nach überhaupt keiner Seite hin; er hat stets eher Unverständnis hingenommen, als aufgegeben, was er für richtig und nötig hielt.

HELMUT KOZIOLEK*

Hat die politische Ökonomie des Sozialismus bleibende Erkenntnisse hinterlassen?

Es mag unverständlich erscheinen, daß ich mir als Thema anlässlich der Würdigung der wissenschaftlichen Verdienste von Fritz Behrens ausgesucht habe, ob die politische Ökonomie des Sozialismus bleibende Erkenntnisse hinterlassen hat, wo doch gegenwärtig Transformationstheorien Blütezeit haben, die die Einholung des Sozialismus, d. h. seine Vernichtung, preisen und die kapitalistische Marktwirtschaft auf das Podest des historischen Fortschritts heben.

Natürlich kann ich in der Kürze der Zeit weder einen historischen Abriss der Erkenntnisentwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus geben, noch kann ich mich gegen die permanente Verwechslung von politischer Ökonomie des Sozialismus und Wirtschaftspolitik auflehnen, aber auch nicht für ihre absolute Trennung aussprechen. Ich habe mir aber in meinem Beitrag auch nicht die Aufgabe gestellt, die Defizite der politischen Ökonomie des Sozialismus in ihrer jungen Geschichte zu analysieren. Hinzu kommt, daß auch ich der Ansicht bin, daß der Sozialismus in der ehemals existenten Form kaum nochmals das Licht der Welt erblicken wird. Zugleich dürfte aber klar sein, daß die gegenwärtige fast absolute Herrschaft des Monopolkapitals nicht das Non plus ultra der Geschichte sein kann.

Zum konstruktiven Erbe der politischen Ökonomie des Sozialismus gehört in erster Linie sowohl der theoretische als auch der praktische Beweis, daß die Entwicklung der Produktivkräfte und die Organisation der gesellschaftlichen Produktion ohne privatkapitalistische Aneignung möglich sind.

Es ist deshalb durchaus kein Zufall, daß im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen

Staaten die Privatisierung des sozialistischen Eigentums als Kardinalaufgabe auf die Tagesordnung gesetzt und im pausenlosen Trommelfeuer die DDR-Wirtschaft als »marode« hingestellt wurde. Die Geschichte hat aber den Beweis geliefert, daß die Beseitigung der Trennung der Produktionsmittel von den Produzenten durch die Umwandlung des kapitalistischen Eigentums in sozialistisches Eigentum, in welchen Formen auch immer, nicht das Ende der Produktivkraftentwicklung oder gar der menschlichen Gesellschaft ist.

Betrachtet man das Gesamtschaffen von Behrens, so gehört wohl zu den bemerkenswertesten Ergebnissen seiner Arbeit, daß er immer wieder betonte, dem Zuwachs des Nettoprodukts sei erstrangige Bedeutung beizumessen. Ohne entsprechenden Zuwachs an Nettoprodukt sind weder eine Erhöhung der Konsumtion noch eine Steigerung der Akkumulation möglich.

Die Möglichkeit dafür sah er in der Entwicklung einer effizienten Betriebswirtschaft und in der Erhöhung der Rentabilität der Betriebe. Er betrachtete sie als das wesentliche Kriterium zur Beurteilung ihrer Leistung.¹ Ausdrücklich verwies Fritz Behrens darauf, daß der »Gewinn« der Gesellschaft, das heißt das zentralisierte Reineinkommen, im Sozialismus abhängig ist vom betrieblichen Leistungsvermögen. Mehrere Ökonomen haben 1965 auf einer Konferenz hier in Leipzig, auf der Fragen der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft diskutiert wurden (NÖS-Konferenz), darauf hingewiesen, den Gewinn der Betriebe als verlässlichen Ausdruck des sozialistischen Mehrprodukts anzusehen, und darauf aufmerksam gemacht, die

* Helmut Koziolek ist am 19. Mai 1997 verstorben. Er schrieb noch am 18. Februar desselben Jahres an Eva Müller: »Ich habe Fritz Behrens als Wissenschaftler sehr verehrt und ihm viel zu verdanken. Er betrieb z. B. ganz stark die Veröffentlichung meiner Arbeit zum Nationaleinkommen in den Diskussionsbeiträgen (zu Wirtschaftsfragen, Berlin, [die Hrsg.] 1953. Er war auch (derjenige), der – gemeinsam mit Steenbeck, Rompe und Klaus – meine Wahl zum Akademiemitglied (1965) betrieb.« ¹ Siehe hierzu Arne Benary/Fritz Behrens: *Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode*. Berlin 1956. S. 89 (gedruckt, aber nicht ausgeliefert). – Siehe auch Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*. In: »Wirtschaftswissenschaft«, Berlin 5(1957)3. Sonderheft »Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode« (im folgenden *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze*). S. 133.

Leitungskader, die Arbeitskollektive und jeden Einzelnen persönlich materiell an der Gewinnsteigerung zu interessieren.² Leider müssen wir heute feststellen, daß die daraus erwartete Triebkraftentwicklung nicht eingetreten ist. Das aber zu bewirken, ist unerlässlich für eine sozialistische Wirtschaft.

Behrens hatte dies klar erkannt; es war für ihn wichtiger theoretischer Ausgangspunkt für seine Studien zur Arbeitsproduktivität und Lohnentwicklung, vor allem zur Analyse der Zusammenhänge zwischen beiden. Im Interesse der Gewinnerhöhung wandte er sich auch vehement gegen Erscheinungen des schnelleren Wachstums der Durchschnittslöhne im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität. Er sah in dieser Disproportion die Hauptursache für den Überhang des Lohnfonds über den Warenfonds, was mit vielfältigen Auswirkungen verbunden war: zum Beispiel Kaufkraftüberschüssen, einer Vernachlässigung der produktiven bzw. nichtproduktiven Akkumulation oder Unterentwicklung der gesellschaftlichen Konsumtion.

Zweifellos steht fest, daß wir sowohl in der Eigentumstheorie als auch in der praktischen Handhabung der Organisation des Eigentums viele Fehler gemacht haben. Doch wurde der Nachweis erbracht, daß es auf der Grundlage des Volkseigentums, des genossenschaftlichen Eigentums und der Kombination mit Privateigentum möglich ist, ein Mehrprodukt zu produzieren, das der Realisierung der von Karl Marx in der »Kritik des Gothaer Programms« charakterisierten Ziele³ dient. Ohne die durch verschiedene Ursachen bedingte ökonomische Rückständigkeit der Wirtschaft der Sowjetunion und die damit verbundene geringe Fähigkeit zur Wirtschaftsintegration, ohne Kalten Krieg, ohne Embargo etc. wäre dieser Beweis noch deutlicher ausgefallen. Wir können heute noch nicht voraussagen, in welcher Form sich neue Eigentumsverhältnisse herausbilden werden, die der sozialen Ausgestaltung der Gesellschaft dienen, ob vielleicht gar durch Einwirkungen mittels gesetzlicher Rahmenbedingungen auf das Monopoleigentum, durch Beteiligungen, durch Verstaatlichung, oder über genossen-

schaftliche Formen und durch vielgestaltige Mischformen. Es bleibt aber der Nachweis durch die politische Ökonomie des Sozialismus, daß das sozialistische Aneignungsgesetz die Möglichkeit beinhaltet, Ökonomie und soziale Ausprägung der Gesellschaft wirksam miteinander zu verbinden.⁴

Es war kein Zufall, daß auf der Konferenz über das Neue Ökonomische System (NÖS) im März 1965 in Leipzig ausführlich über die Bedingungen eines dynamischen Gleichgewichts als Erfordernis für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft diskutiert wurde. Darunter wurde verstanden, daß die materielle und finanzielle Akkumulation durch die Entwicklung der Reproduktionsbedingungen, insbesondere des Wachstums des Nationaleinkommens, die Größenordnung und Struktur besitzen muß, um den technischen Fortschritt, die rationelle Bestandswirtschaft, den moralischen Verschleiß und auf dieser Grundlage Vollbeschäftigung und die dem modernen Bedürfnisniveau entsprechende Versorgung gewährleisten zu können. Diese Bedingungen eines dynamischen Gleichgewichts zu erreichen, die für die Sicherung eines langfristig hohen Produktionszuwachses bestimmend sind, wurden damals als entscheidend für den Übergang zu effektiveren Methoden der Planung und Leitung angesehen. Mit dem Neuen Ökonomischen System sollte die Wirksamkeit des sozialistischen Eigentums erhöht werden. Dies gelang aber nur geringfügig, denn dieses System war lediglich kurze Zeit wirksam.

Zu den konstruktiven Hinterlassenschaften der politischen Ökonomie des Sozialismus, die Bedeutung für erstrebenswerte globale Entwicklungen im Interesse der Menschheit haben, zähle ich vor allem die mögliche Lösung des Ernährungsproblems, den allgemeinen Zugang zur Bildung und beruflichen Ausbildung, Vollbeschäftigung, Gesundheitsfürsorge, Fürsorge im Alter etc., d. h. die Verbindung von ökonomischer und sozialer Effektivität. Die politische Ökonomie des Sozialismus hat den Nachweis erbracht, daß soziale Faktoren für die effektive Durchsetzung ökonomischer Gesetze zu-

² Siehe Herbert Wolf: *Die sozialistische Planung und Leitung der Volkswirtschaft*. In: »Die Wirtschaft«, Berlin (1965)12. Beilage S. 5f. – Helmut Koziolk: *Technische Revolution, Effektivität der Volkswirtschaft, Vervollkommnung der Planung*. In: *Ebenda*. S. 42f.

³ Siehe Karl Marx: *Kritik des Gothaer Programms*. In: *MEW*. Bd. 19. S. 18f. ⁴ Siehe hierzu auch Helmut Koziolk: *Probleme der sozialistischen Lebensweise und Intensivierung*. In: *Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (1975)9G*; *Ökonomische und soziale Effektivität im Sozialismus*. In: *Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (1979)8G*.

nehmend an Gewicht gewinnen und daß die Ökonomie direkt der Verwirklichung sozialer Ziele dienen kann. Dies betrifft besonders die Herausbildung der erforderlichen Sozial-, Bildungs- und Beschäftigtenstruktur. Aus vielerlei Gründen ist es nicht gelungen, Wertorientierungen, Motivationen und Aktivitäten hervorzubringen, die zur Identifikation mit den sozial-ökonomischen Verhältnissen führten. Ausgehend vom Aneignungsgesetz im Sozialismus, demzufolge die Gesellschaft als Ganzes wie jedes ihrer Glieder nur in dem Maße Teile vom gesellschaftlichen Produktionsergebnis aneignen und verbrauchen kann, wie zu dessen Produktion und Reproduktion in der gesellschaftlich kombinierten Arbeit beigetragen wurde, ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit einer bestimmten Verteilung und Verwendung des Mehrprodukts: nämlich, daß bei gemeinschaftlichen Produzenten und Eigentümern an den Produktionsmitteln und Produkten ihrer Arbeit nur die Arbeit und die Arbeitsleistung Grundlage des Erwerbes sein können.

Im Kontext zwischen Ökonomischem und Sozialem wehrte sich Behrens vehement gegen falsche Rechengrundlagen zur Leistungsbewertung, und er wies in seinen theoretischen Arbeiten die Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der ökonomischen Effektivität und dem sozialen Fortschritt nach. Bei allen subjektiven Fehlern und voluntaristischen Handlungen kann nicht bestritten werden, daß die sozialistische Entwicklung den Nachweis erbracht hat, daß es möglich ist, Vollbeschäftigung zu sichern, allen die Bildungseinrichtungen zu öffnen, die Ernährungs- und Wohnungsprobleme auf der Grundlage ökonomischer Effektivität zu lösen. Es waren politökonomische Erkenntnisse über die Zusammenhänge von ökonomischer und sozialer Effektivität, von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Produktivkraftentwicklung, zwischen wissenschaftlich-technischem Fortschritt und intensiv erweiterter Reproduktion, von Gewinnorientierung, Eigenerwirtschaftung und Reproduktion der Wirtschaftseinheiten, von Leistungsprinzip und gesellschaftlicher Aneignung, zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung des Planungs- und Leitungsprozesses, die zur Entscheidung führten,

das NÖS auszuarbeiten. Im Zusammenhang mit dem NÖS lag die Betonung mit darauf, daß die Bedürfnisbefriedigung vor allem vom Wechselverhältnis zwischen materieller Produktion und nichtmaterieller Sphäre abhängig ist.

Schließlich gehört zu den bleibenden Hinterlassenschaften der politischen Ökonomie des Sozialismus auch der Nachweis planwirtschaftlicher Organisation der Wirtschaft. Die Beseitigung der privatkapitalistischen Aneignung erfordert gesetzmäßig die Planwirtschaft, um das Produkt in der günstigsten Struktur für die Bedürfnisbefriedigung zu erzeugen. Behrens war Anhänger der Planwirtschaft. Er sah in ihr die Möglichkeit, einen höheren Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit zu erzielen, als es die auf dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln beruhende Wirtschaft vermag. Dies gilt aber nur dann, wenn sie so organisiert ist, daß der Hauptstimulus der sozialistischen Wirtschaft, das materielle Interesse der Werktätigen, voll zur Wirkung gebracht wird. In diesem Hauptstimulus sah Behrens die unvergleichlich starke Triebfeder, die im Sozialismus an die Stelle der kapitalistischen Privatinitiative tritt. Seine Kritik an der damaligen Organisation der Planwirtschaft war darauf gerichtet, daß sie durch übermäßige Zentralisierung und Bürokratisierung (einschließlich der Leitung) eben gerade die Triebfeder des Sozialismus selbst untergräbt und die Demokratie einschränkt.

Sicher, unter den gegebenen historischen Bedingungen und den Erfahrungen der sozialistischen Kriegswirtschaft war die Planwirtschaft vorwiegend bürokratische Kommandowirtschaft; sie wies zahlreiche Mängel und Konstruktionsfehler auf, die Entscheidungsspielräume waren eng, was nicht zuletzt auch noch durch den Kalten Krieg bedingt war. Aber dennoch bleibt: Planwirtschaftliche Rahmenbedingungen können zu günstigeren Entscheidungen für die Bedürfnisbefriedigung der Menschen führen, können einen rationelleren Ressourceneinsatz ermöglichen. Die von den Verfassern des Club-of-Rome-Berichts »Faktor Vier« geäußerte Vermutung, daß die heutige Marktwirtschaft das bewirken könne⁵, ist genauso hinreichend durch die Praxis widerlegt, wie der Versuch, dies durch zentralistische Planwirtschaft zu

⁵ Siehe Ernst Ulrich von Weizsäcker [u. a.]: *Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch.* München 1997. S. 177.

erreichen. Schon Kondratjew hat konstatiert, daß eine direktive Planwirtschaft unmöglich den Umstieg auf ein neues technologisch-ökonomisches Paradigma bewältigen könne. Harry Maier führt als Beweis für Kondratjews These an, daß die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder auf keinem neuen Innovationsfeld eine nennenswerte Position erreichten, obwohl sich ihr Forschungspotential von 1960 bis 1989 vervierfacht hatte.⁶ Die Verfasser des »Faktor Vier«-Berichts geben eine Fülle von Anregungen, wie die Marktwirtschaft, gebändigt durch entsprechende Rahmenbedingungen, sinnvoll von Ressourcenverschwendung zur erheblichen Ressourceneinsparung gebracht werden könnte. Diese Anregungen könnten durchaus ein Zugang zu modernen planwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Methoden bei Beibehaltung der Vorzüge der Marktwirtschaft sein. So erklären sie, daß das Profitmotiv, das der Marktwirtschaft zugrunde liegt, so wirksam ist, daß es zum Beispiel auch für die Überwindung der ökologischen Krise genutzt werden müsse.⁷ Die Frage ist, ob das auch für soziale Zielsetzungen gelten kann, zum Beispiel für die Überwindung der Armut, die Sicherung von Arbeitsplätzen etc.?

Es gehört zu den historischen Verdiensten von Fritz Behrens, daß er stets einen Unterschied zwischen Planwirtschaft und bürokratischem Zentralismus gemacht hat. Wörtlich erklärte er: »Die rationelle Ausnutzung der ökonomischen Gesetze darf nicht durch eine übermäßige Zentralisierung eingeschränkt und behindert werden, d. h. durch die Ersetzung des demokratischen durch den »bürokratischen Zentralismus«. Das ist auch der Kern des Problems der Bürokratie in der Planwirtschaft.«⁸

Diese Bürokratisierung sah er sowohl als Hemmnis für die Steigerung der Arbeitsproduktivität als auch als Ursache für zunehmende Kontrolle und Überwachung sowie damit wachsendes Mißtrauen und zunehmende Unterdrückung der Eigenverantwortlichkeit an.

Der von Behrens verstandene demokratische Zentralismus öffnete konstruktiv den Weg für eine moderne politische Ökonomie des Sozialismus, die er untrennbar mit der materiellen Interessiertheit der Werk-

tätigen als ökonomischen Anspruch und mit der Erhöhung der ökonomischen Selbständigkeit der Betriebe verbunden sah. In modifizierter Form wurde seine These, daß die Planung der Wirtschaft nicht zentral durch eine oberste Wirtschaftsbehörde bis in alle Einzelheiten erfolgen darf, sondern daß die spezifischen wirtschaftlichen Prozesse und Maßnahmen in Selbstverwaltung und Eigenverantwortlichkeit aufgrund von Hauptkennziffern, die die Entwicklung festlegen, durchgeführt werden, zum Kern der Ausarbeitung des NÖS. Das betraf vor allem die Entwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung als Vermittlungsglied zwischen zentraler Leitung und Dezentralisierung. Die im Neuen Ökonomischen System vorgesehene Anwendung eines in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel beinhaltete die genaue Beachtung der Wertkategorien, der Marktgesetzmäßigkeiten und der Formen der materiellen Interessiertheit.

Ein wesentliches Problem der politischen Ökonomie des Sozialismus wird wohl u. a. auch künftig darin bestehen, die gesellschaftlichen Bedingungen für die Bewegung von Kosten, Preisen und Umsätzen so zu gestalten, daß die in der planmäßigen Entwicklung der Wirtschaft erbrachten Leistungen der produzierenden Einheiten im realisierten Gewinn einen Gradmesser finden, denn es geht um den höchsten Nutzen im Wirtschaftsprozess, der sich im Sozialismus nun mal – bei gegebenem notwendigen Produkt – im Mehrprodukt niederschlägt. Die Gewinnorientierung galt Behrens als verlässlicher Ausdruck des Beitrags zur Entwicklung des Mehrprodukts und als Schlüsselproblem für die Entwicklung eines dynamischen Gleichgewichts.

Bei aller Würdigung der Verdienste von Fritz Behrens für die moderne Gestaltung der Planwirtschaft müssen wir heute feststellen, daß wir weder kritisch genug an den installierten Typ der Planwirtschaft herangegangen sind, noch – übrigens auch nicht mit dem NÖS – genügend theoretische Vorstellungen bzw. praktische Konzepte für Veränderungen hatten. Die – jedenfalls mir bekannte – scharfsinnigste Kritik an unserem Typ Planwirtschaft hat wohl Hajo Riese geübt, indem er feststellt, daß eine Mengenplanung der Zentrale bei administrierten Preisen das eigentliche

⁶ Siehe hierzu Harry Maier: *Wellen des Fortschritts. Nikolai D. Kondratjew erforschte die langen Wellen der Konjunktur*. In: *Zeit der Ökonomen. »Zeit-Punkte«*. Hamburg (1993) 3. S. 88ff. ⁷ Siehe Ernst Ulrich von Weizsäcker [u. a.]: *Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch*. München 1997. S. 177f. ⁸ Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze*. S. 123.

Rückgrad der Planungsökonomie bildet.⁹ Als Folge dessen konstatierte er Ineffizienz und Mangelwirtschaft. Aus heutiger Sicht ist deutlich erkennbar, warum jeder Versuch, dem Geld Dominanz in der sozialistischen Wirtschaft einzuräumen, scheiterte bzw. warum die Mengenplanung Priorität über die Geldfunktion behielt, warum schließlich deshalb auch die Hebelwirkung der Wertkategorien sehr begrenzt, ja warum auch die Eigenständigkeit der Betriebe unvollkommen blieb. Auch erhebliche Mängel in der nicht genügenden Fähigkeit zur Innovation haben hier ihre Wurzel. Der Schlußfolgerung von Riese, daß der Verzicht auf die Mengenplanung durch die Zentrale zugleich ihre Beseitigung bedeutet hätte, jedenfalls in der traditionellen Gestalt¹⁰, kann man sicher zustimmen. Das ist aber auch von den politisch Verantwortlichen in den sozialistischen Ländern erkannt worden. Geld hatte in den bekannten Planwirtschaften also eine subsidäre Stellung gegenüber der Mengenplanung. Es war logischerweise Plangeld. Auch die Anhänger einer starken Rolle der Zentralbank im Sozialismus hätten das nicht verändern können, ohne die Aufhebung der Unantastbarkeit des zentralisierten Volkseigentums und ohne die Beseitigung der Rolle der Betriebe lediglich als Besitzer (Verwalter) von Volksvermögen. Eine echte marktsozialistische Konzeption hätte also veränderte Eigentumsverhältnisse erfordert.

Die zu beantwortende Frage lautet also, ob es möglich ist, eine Rahmenplanung zu gestalten, die es erlaubt, Effizienzorientierung mit hoher Autonomie der Betriebe und damit uneingeschränkter wirtschaftlicher Rechnungsführung zu verbinden, die es gestattet, daß Preise Knappheit und nicht primär Abweichung von den Kosten reflektieren, daß schließlich Ressour-

cen eingespart sowie Verschwendung einerseits und Mangelwirtschaft andererseits beseitigt werden.

Es geht also um eine Planwirtschaft, die nicht durch Mangelwirtschaft gekennzeichnet ist. Das bedingt aber, daß zwischen der Produktion und der Vermögensbildung der Betriebe unterschieden werden muß, damit eine handhabbare Grenze zwischen den Aufgaben der Zentrale und der Eigenständigkeit der Betriebe gezogen werden kann. Bei allem Positiven, was die Planwirtschaft bei uns zustande gebracht hat: Die Mengenplanung der Zentrale war an die Stelle des Effizienzpostulats getreten.¹¹ Die Frage, die allerdings offen bleibt, lautet: Kann eine Dominanz des Effizienzpostulats eine gesamtgesellschaftliche Planung ermöglichen? Dabei unterstelle ich immer eine Planwirtschaft, die ökonomische und soziale Effizienz als untrennbare Einheit betrachtet.

Auf der internationalen theoretischen Konferenz im März 1965 wurde dieses Problem ausführlich behandelt. Mich selbst plagt u. a. seit dem Ende der sozialistischen Entwicklung die Antwort auf die Frage, ob die Beseitigung des bürokratischen Zentralismus in der Wirtschaft durch die Gestaltung eines ökonomischen Systems und damit die Beseitigung der vorwiegenden Mengenplanung durch die Entwicklung einer sozialistischen Geldwirtschaft überhaupt möglich gewesen wäre. Wie auch immer die Antwort sein mag, die ehemals existente politische Ökonomie des Sozialismus hat solche Erkenntnisse hinterlassen, daß progressive Lösungsversuche für die weitere Gestaltung der menschlichen Gesellschaft mit Sicherheit darauf zurückgreifen werden. Dabei werden die wissenschaftlichen Arbeitsergebnisse von Behrens einen bleibenden Platz haben.

⁹ Siehe Hajo Riese: *Geld im Sozialismus. Zur theoretischen Fundierung von Konzeptionen des Sozialismus. Regensburg 1990. S. 30f.*

¹⁰ Siehe ebenda. S. 93. ¹¹ Siehe ebenda. S. 31.

HORST RICHTER

Fritz Behrens zu Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus

Fritz Behrens hat mit seinen Arbeiten auf dem weiten Feld der politischen Ökonomie viele Spuren hinterlassen. Er war auf dem Gebiet der Geschichte der politischen Ökonomie ebenso zu Hause wie bei der Interpretation des Marx'schen Hauptwerkes »Das Kapital«, der Anwendung der dialektischen Methode des Denkens, der kritischen Beurteilung der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre, vor allem aber auch bei der theoretischen Durchdringung der ökonomischen Probleme der DDR in den 50er und 60er Jahren. Beachtenswert ist sein Beitrag zur Ausarbeitung eines neuen Zweiges der politischen Ökonomie, der politischen Ökonomie des Sozialismus. Auf diesem Terrain hat er sich neben vielen anderen Themen, so der Theorie der produktiven und nichtproduktiven Arbeit im Sozialismus, der Ermittlung und Messung der Arbeitsproduktivität, der bewußten Ausnutzung ökonomischer Gesetze im Sozialismus u.a., im engen Zusammenhang mit der Theorie der Planwirtschaft vor allem mit Fragen der Warenproduktion und der Wirkung des Wertgesetzes im Sozialismus beschäftigt.

Seine Arbeiten über diese Thematik sind ein Beleg für die von dem Leningrader Ökonomen Trifonow – ein profunder Kenner der Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus – getroffene Feststellung, daß das Schicksal der politischen Ökonomie des Sozialismus aufs engste mit dem Schicksal der Warenproduktion im Sozialismus verbunden ist. Bekanntlich standen sowohl die theoretischen als auch die praktisch-wirtschaftspolitischen Fragen der Warenproduktion und des Wertgesetzes – wie Preise, Kosten, Gewinn, Geld, Kredit u.a. – bis zum Ende der DDR mit im Blickpunkt der politökonomischen Diskussion. Als ehemaliges Mitglied des Rates für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung an der Akademie der Wissen-

schaften erinnere ich mich daran, daß eine unserer letzten Tagungen der Thematik des Geldes im Sozialismus gewidmet war.

Die Debatte über Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus wird unter marxistischen Ökonomen sicherlich auch künftig weitergeführt werden. Denn nach wie vor ist offen, ob Sozialismus und Warenproduktion (Marktwirtschaft) miteinander vereinbar sind.¹

Überblickt man das Schaffen von Fritz Behrens, so ist auffällig, daß er sich vor allem in der zweiten Hälfte der 50er Jahre mit den theoretischen Fragen der Warenproduktion und des Wertgesetzes im Sozialismus leidenschaftlich beschäftigt hat. Kennzeichnend dafür sind sein umfangreicher Artikel »Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode«, verfaßt Mitte Juli 1956, aber erst im Frühjahr 1957 in einem Sonderheft der Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft« veröffentlicht sowie seine im Herbst 1958 abgeschlossene und erst im Jahre 1961 im Akademie-Verlag Berlin erschienene Arbeit »Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus«. In den nach seinem Tod veröffentlichten Nachlaßtexten nimmt er ebenfalls noch einmal ausführlich zu Fragen der Warenproduktion und des Wertgesetzes im Sozialismus Stellung.²

Die folgenden Ausführungen stützen sich in der Hauptsache auf die 1957 und 1961 veröffentlichten Arbeiten.

Die zuerst genannte Arbeit von Behrens löste gemeinsam mit dem von Arne Benary veröffentlichten Artikel »Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode«, veröffentlicht im selben Sonderheft der Zeitschrift

¹ So heißt es in einem posthum veröffentlichten Text: »Für den Marxismus ist die Aufhebung der Warenproduktion im Sozialismus, als einer Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus, so selbstverständlich wie das allmähliche Absterben des Staates.« (Fritz Behrens: *Bemerkungen zur »sozialistischen« Warenproduktion*. In: *Abschied von der sozialen Utopie*. Berlin 1992. S. 143.) Es ist übrigens bemerkenswert, daß in den posthum veröffentlichten Texten das Attribut sozialistisch in Paranthese steht, wenn von sozialistischer Warenproduktion die Rede ist. ² Siehe ebenda. S. 137–183.

»Wirtschaftswissenschaft«, eine heftige wissenschaftliche und ideologische Debatte aus, und beide Artikel wurden zum Anlaß genommen für eine groß angelegte Revisionismuskampagne auf dem Gebiet der politischen Ökonomie in der DDR.³

Diese Debatte wurde in der zweiten Hälfte der 50er Jahre auch an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten und Hochschulen geführt. Mir sind die Auseinandersetzungen, die an der Leipziger Karl-Marx-Universität stattfanden, noch in Erinnerung. So wurde Herbert Wolf, damals Direktor des Instituts für Politische Ökonomie, wegen seiner Auffassung über die unterschiedliche Regulierung von Grob- (durch den Plan) und Feinstrukturen (durch das Wertgesetz) der Volkswirtschaft des Revisionismus bezichtigt, als Hochschullehrer entlassen und in die – wie es damals hieß – sozialistische Praxis delegiert. Er fand sich als Ökonomischer Direktor im VEB Bodenbearbeitungsgeräte Leipzig wieder.

Es war der Wunsch der SED-Führung, daß viele Wirtschaftswissenschaftler die von namhaften Ökonomen vertretenen originellen Auffassungen ablehnen, sie als revisionistisch kennzeichnen und bekämpfen. So behauptete der damalige Mitarbeiter der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED und spätere Rektor der Gewerkschaftshochschule in seiner Erwiderung auf Behrens' Artikel »Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode«: »Es besteht kein Zweifel daran, daß die Mehrzahl unserer Wirtschaftswissenschaftler die in den Arbeiten von Behrens und Benary vertretenen revisionistischen Auffassungen ablehnen und bekämpfen werden.«⁴

Man muß zunächst danach fragen, waren es tatsächlich revisionistische Auffassungen – verwendet man den von Lenin gegen Bernstein, Kautsky, Plechanow, die sogenannten russischen Ökonomen u.a. gebrauchten Begriff des Revisionismus –, die Behrens über die Warenproduktion und das Wertgesetz im Sozialismus vertreten hat? Oder wurde seinerzeit vielmehr ein Revisionismusbegriff verwendet, der einen

anderen Inhalt hatte, sozusagen ein revidierter Revisionismusbegriff, der dazu dienen sollte – wie Helmut Steiner bemerkt –, eine aktuelle und gesellschaftspolitisch institutionalisierende ideologische Disziplinierungskampagne gegen Intellektuelle zu führen?⁵

Soweit ich die Arbeiten von Behrens kenne, lassen sie nirgends erkennen, daß er den Versuch unternommen hätte, Marxens ökonomische Auffassungen zu revidieren. Bezogen auf die sozialistische Wirtschaft war Behrens ein konsequenter Verfechter der von Marx und Engels vertretenen Position, daß die sozialistische Wirtschaft ihrem Typ nach eine Planwirtschaft sei. Für Behrens stand fest: Die sozialistische Wirtschaft kann nur dann funktionieren, wenn ihr ein Plan zugrunde liegt. Für Behrens stellte sich aber schon frühzeitig die Frage, *wie* dieser Plan zustande kommt und *wie* er aufgestellt wird. Nicht in der voluntaristischen, bürokratischen, nur von oben festgelegten Planung, sondern in den auf der bewußten Ausnutzung der ökonomischen Gesetze beruhenden, von den Produzentenkollektiven aufgestellten Plänen, die zu einem gemeinschaftlichen Plan zusammengefaßt werden, sah Behrens einen großen Vorzug und die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft. Für ihn war die sozialistische Planwirtschaft ihrem Wesen nach eine *demokratische* Wirtschaft.⁶ Seiner Meinung nach gehe es in dieser Planwirtschaft nicht darum, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in allen Einzelheiten zu lenken, sondern vielmehr darum, solche Bedingungen zu schaffen, die es möglich machen, die lokalen Interessen zu entfalten, die Aktivität der Massen zu mobilisieren, Initiative auszulösen, oder wie er es nannte »die Spontaneität der werktätigen Massen in die richtige Bahn zu lenken, um mit ihrer Hilfe – und allein durch sie – die sozialistischen Elemente der Volkswirtschaft zu entwickeln«⁷.

Aus dem Gesamtwerk von Behrens geht hervor, daß er kein Verfechter der Idee von einer sozialistischen Marktwirtschaft war. Wenn er sich auch für die Selbstverwaltung der Betriebe einsetzte, Dezentralisierung

³ Siehe Günter Krause: Die »Revisionismus-Debatte« in den Wirtschaftswissenschaften der DDR. FIT Discussion Papers. Europa-Universität Viadrina Frankfurt an der Oder (1996)2; Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg 1998. S. 121–135. ⁴ Karl Kampfert: Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 5(1957)Sonderheft 3. S. 19. ⁵ Siehe Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980). S. 26 im vorliegenden Band. ⁶ Siehe Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 5(1957)Sonderheft 3. S. 125. ⁷ Ebenda.

der Planung forderte und administrative durch ökonomische Lenkungsmethoden ersetzen wollte, so plädierte er nicht dafür, den Ablauf wirtschaftlicher Prozesse dem Markt zu überlassen. Behrens kannte die Nachteile und Folgen der Marktwirtschaft zu gut. Konkurrenz, das Streben nach Gewinn als oberstes Ziel der Produktion, Konkurse der Unternehmen, Arbeitslosigkeit u. a. Attribute der Marktwirtschaft waren für ihn mit einer sozialistischen Wirtschaftsführung unvereinbar. Er formulierte eindeutig: »Es geht dabei nicht um die Konstituierung einer – wie auch im einzelnen immer gearteten – sozialistischen *Marktwirtschaft*, sondern um die konsequente oder besser: vollständige Ausnutzung des Wertgesetzes in der sozialistischen *Planwirtschaft*.«⁸

Wie vielen anderen Ökonomen ging es Behrens nicht darum, die Planwirtschaft durch eine Marktwirtschaft zu ersetzen, sondern in der Planwirtschaft die Planung zu verbessern, sie so zu verändern, daß sie die Vorzüge des Sozialismus zur Geltung bringt und vor allem dazu beiträgt, das Aufwand-Nutzen-Verhältnis günstiger zu gestalten, d. h. die Effektivität der Produktion zu erhöhen. Unter diesem Gesichtspunkt sollte seiner Meinung nach auch das Wertgesetz beachtet und vollständiger ausgenutzt werden. Selbstverständlich war dies mit einer Reform der bestehenden Planwirtschaft, genauer der Planungsordnung, verbunden. Es ging dabei aber nicht nur um partielle Veränderungen. Es war vielmehr eine grundlegende Reformierung der Planungsordnung erforderlich. Dies schloß natürlich ein, einige theoretische Dogmen, die der Planwirtschaft zugrunde lagen, in Frage zu stellen und anzutasten. Behrens tat dies auch. Er schrieb: »Ich bin mir bewußt, durch meine Ausführungen einige Dogmen angetastet zu haben. Das wird man mir sicher ›verzeihen‹, wenn ich dadurch den Anstoß für eine Diskussion gegeben habe, die uns der Lösung einiger der von mir angedeuteten Probleme näher bringt.«⁹ Das »Verzeihen« blieb leider ein frommer Wunsch, vielmehr wurde ihm arg zugesetzt.

Behrens war alles andere als ein »Schreibtischökonom«. Er analysierte aufmerksam ökonomische Daten

der Betriebe und der Entwicklung der Volkswirtschaft. Er stellte frühzeitig Diskontinuitäten in der Produktion, mangelhafte Planerfüllung, Unstimmigkeiten zwischen Kosten- und Lohnentwicklung u. a. fest und erkannte als eine der wesentlichsten Ursachen für diese negativen Symptome die übermäßige Zentralisierung der Planung durch den Staat. In seinem Artikel »Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode« schrieb er: »Der Fehler besteht vielmehr darin, daß durch den Versuch der zentralen Lenkung der ökonomischen *Einzelheiten* die entscheidenden Kettenglieder nicht erfaßt werden können. Es handelt sich darum, daß auch die klügste zentrale Leitung der Wirtschaft nicht die Findigkeit, die Initiative und Schöpferkraft der werktätigen Massen ersetzen kann.«¹⁰

Die bereits Mitte der 50er Jahre erkannte übermäßige Zentralisierung der Planung war bekanntlich ein Dauerzustand. Er bestand bis zum Niedergang der Planwirtschaft. Die in den 80er Jahren begonnenen Wirtschaftsreformen in einer Reihe sozialistischer Länder verfolgten u. a. das Ziel, diese extreme Zentralisierung in der Lenkung der Wirtschaft abzubauen.

Wie bereits angemerkt, verband Fritz Behrens den Abbau der extremen Zentralisation der Lenkung der Wirtschaft u. a. mit der Ausnutzung der Gesetze der Warenproduktion, vor allem mit der Ausnutzung des Wertgesetzes. Für Behrens war das Wertgesetz ein objektives ökonomisches Gesetz, das wirkt, unabhängig davon, ob es bewußt ausgenutzt wird oder nicht.¹¹ Durch die bewußte Ausnutzung des Wertgesetzes sollten nach Behrens' Auffassung die von den zentralen Planungsorganen festgelegten Proportionen verwirklicht sowie Produktion und Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit entsprechend den Bedürfnissen mit reguliert werden. Das Wertgesetz habe vor allem Bedeutung für die Preisbildung. Es müßte bei der Festsetzung der Preise stärker berücksichtigt werden. Behrens hat sich dagegen ausgesprochen, daß *alle* Preise vom Staat festgelegt werden und zwar als unveränderliche Preise. Er trat für eine *elastische* Preisfestsetzung ein; unveränderliche Preise sollten durch innerhalb

⁸ Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus*. Berlin 1961. S. 82. ⁹ Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*. In: »*Wirtschaftswissenschaft*«. Berlin 5(1957) Sonderheft 3. S. 122. ¹⁰ *Ebenda*. S. 109. ¹¹ Siehe Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus*. Berlin 1961. S. 59 f.

gewisser, vom Staat festgelegter, Grenzen veränderliche Preise ersetzt werden. Angebot und Nachfrage seien bei der Preisbildung stärker zu berücksichtigen. Ausgehend von der Existenz und Wirkung des Wertgesetzes unterbreitete Behrens Vorschläge, die als selbstverständlich erscheinen und denen man eigentlich gar nicht widersprechen kann; trotzdem blieben über Jahre hinweg viele Preise, vor allem Preise für Erzeugnisse des Grundbedarfs, starr, und sie entfernten sich immer mehr vom Wert der Waren.

Obwohl Behrens die Forderung erhob, das Wertgesetz in der Planwirtschaft vollständiger auszunutzen, äußerte er sich, was die Wirkung des Wertgesetzes insgesamt angeht, besonders bezogen auf seine Regulierungsfunktion, äußerst zurückhaltend. Er lehnte es ab, das Wertgesetz als Regulator der sozialistischen Produktion anzuerkennen: »Um auf die Frage nach dem Regulator der sozialistischen Produktion eine klare und eindeutige Antwort zu geben: Regulator ist nicht das Wertgesetz, aber auch nicht ein anderes einzelnes ökonomisches Gesetz«¹².

Für Behrens hatte das Wertgesetz wie jedes andere ökonomische Gesetz lediglich eine »begrenzt regulierende Funktion«. Dabei reduzierte er diese »begrenzt regulierende Funktion« des Wertgesetzes auf die Warenzirkulation: »Wenn das Wertgesetz auch nicht mehr Regulator der sozialistischen Produktion ist, so wirkt es doch infolge einer – wenn auch begrenzten – regulierenden Rolle in der Warenzirkulation noch auf die Produktion ein«¹³. Wie man sieht, eine äußerst zurückhaltende Formulierung. Von einer Überbetonung des Wertgesetzes kann hier gar keine Rede sein. Selbst diese Formulierung nimmt Behrens später zurück. Trotzdem wurde die zunächst von Behrens vertretene Auffassung von der begrenzt regulierenden Rolle des Wertgesetzes in der Warenzirkulation zum Anlaß genommen, ihn des Revisionismus zu beschuldigen.

Es erhebt sich in diesem Zusammenhang die Frage, warum reagierten offizielle Stellen im Partei- und Staatsapparat so allergisch darauf, wenn über die Regulierungsfunktion des Wertgesetzes im Sozialismus gesprochen und geschrieben wurde? Behrens selbst

gibt darauf eine originelle Antwort, die offensichtlich auch zutreffend ist:

»Es ist daher nicht verwunderlich, daß manche sozialistische Ökonomen vor dem Wertgesetz geradezu Furcht empfinden, und es scheint, als ob es in ihren Augen nicht eine für den Sozialismus notwendige ökonomische Kategorie ist, sondern eine Maske, mit der sich der Klassenfeind tarnt, das Trojanische Pferd, das er in die sozialistische Wirtschaft einschmuggelt. Das brachte Fritz Selbmann zum Ausdruck, als er in der Diskussion auf der Theoretischen Konferenz über »Probleme der Übergangsperiode« im März 1955 sagte, daß er, »absolut dagegen« sei, »daß man ökonomische Gesetze, wie z.B. das Wertgesetz versucht, zu einem – zahmen Haustier zu machen...« und hinzufügte, er sei »absolut der Meinung, daß solche Individuen, wie das Wertgesetz, wenn ich einmal vor einem solchen kritischen Kreis das sagen darf, absolut keine zahmen Haustiere, sondern reißende Bestien sind, vor allem dann, wenn man sie reizt, d.h. gegen sie verstößt.«¹⁴ Das Wertgesetz wurde als »reißende Bestie« aufgefaßt. Diese »Bestie« mußte an der kurzen Leine gehalten werden.

Trotz aller späteren Beteuerung, das Wertgesetz entsprechend zu berücksichtigen, wurde es in der offiziellen Wirtschaftspolitik nach wie vor stigmatisiert. Überzentralisierung der Planung und Vernachlässigung der bewußten Ausnutzung des Wertgesetzes blieben charakteristische Merkmale der Planwirtschaft.

In der Arbeit »Ware, Wert und Wertgesetz« wird von Behrens ausführlich begründet, warum es im Sozialismus Warenproduktion gibt, wie das Wertgesetz wirkt und wie die Ware-Geld-Beziehungen auszunutzen sind. Was die Ursachen bzw. Existenzbedingungen der Warenproduktion im Sozialismus angeht, so distanziert sich Behrens von der These Stalins, wonach die Ursache für die Existenz der Warenproduktion die noch vorhandenen zwei Eigentumsformen (Volkseigentum und Genossenschaftseigentum) seien, und er erklärt sie – das war damals die vorherrschende Auffassung – aus dem Niveau der Vergesellschaftung der Produktion.

12 *Ebenda*. S. 62. **13** Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*. In: »Wirtschaftswissenschaft«, Berlin 5 (1957) Sonderheft 3. S. 137. **14** Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus*. Berlin 1961. S. 66.

In der Arbeit »Ware, Wert und Wertgesetz« relativiert oder korrigiert Behrens zugleich früher vertretene Auffassungen und Positionen. Schließlich wählte er den Untertitel dieser Arbeit »Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus«.

In einer Reihe von Fragen tritt er nicht nur einen Rückzug an, sondern er vertritt vielmehr Auffassungen, die er früher scharf kritisiert hat. Dabei handelt es sich nicht um nebensächliche Fragen, sondern um Grundprobleme der ökonomischen Theorie und Praxis im Sozialismus. Hier ein Beispiel: Es ist fast unverständlich, daß Behrens in dieser Arbeit die Position einnimmt, daß »Je höher der Grad der Konzentration der Produktion, desto stärker muß die zentrale Leitung der Betriebe durch den Staat ausgebildet und« – man höre und staune – »um so mehr müssen die Waren-Beziehungen durch unmittelbare Plan-Beziehungen zwischen den Betrieben ersetzt werden«¹⁵. Also Verstärkung der Zentrale und Abbau der Ware-Geld-Beziehungen.

Es fragt sich, resignierte damals schon der marxistische Ökonom Behrens? War er dessen überdrüssig, weiterhin einer Kritik ausgesetzt zu sein, die einer sachlichen und wissenschaftlich fundierten Grundlage entbehrte? Es fällt außerdem auf, daß sich Behrens in dieser Schrift fast ausschließlich auf sowjetische Ökonomen stützt, die seinerzeit in der Diskussion über Warenproduktion, Wertgesetz und die Ausnutzung der

Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus den Ton angaben. Offenbar war das für ihn eine Art Schild, der ihn vor weiteren unlauteren Angriffen schützen sollte.

Zum Schluß noch eine Randbemerkung: Ich glaube, es war im Jahr 1955; ich war damals im 7. oder 8. Semester Student an der Ökonomischen Fakultät der Lomonossow-Universität in Moskau. Mein wissenschaftlicher Betreuer war das Korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, A. I. Paschkow. Er kehrte von einem Aufenthalt aus der DDR zurück, bei dem er mehrere Begegnungen mit Behrens gehabt hatte. Paschkow war übrigens ebenfalls wie Behrens von Haus aus Statistiker. Äußerst angetan war er von Behrens' Arbeiten über die Arbeitsproduktivität und die Methoden ihrer Messung. Paschkow bat mich damals, einige Arbeiten von Behrens über diese Thematik ins Russische zu übersetzen. Bald jedoch kam eine Absage. Paschkow teilte mir mit, daß zuständige Verlage kein Interesse an einer Herausgabe dieser Arbeiten hätten. Offensichtlich – es war 1955, der XX. Parteitag der KPdSU hatte noch nicht stattgefunden – standen andere Kreise hinter einer solchen Entscheidung. Wie ungleich waren im wissenschaftlichen Diskurs die Gewichte verteilt. Während wir uns – auch Behrens – vor der Sowjetwissenschaft verneigten, wurde in der Sowjetunion zumindest in der ersten Hälfte der 50er Jahre von Erkenntnissen und Arbeiten, die von DDR-Ökonomen stammten, so gut wie keine Notiz genommen.

¹⁵ *Ebenda*. S. 73.

EVA MÜLLER

Fritz Behrens' Beiträge zur Entwicklung der Werttheorie in der DDR

1. DIE WERTTHEORIE IN DER GEGENWÄRTIGEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

Will man die Beiträge von Fritz Behrens zur Entwicklung der Werttheorie in der DDR richtig einschätzen; so muß man wissen, daß es in der gegenwärtigen Volkswirtschaftslehre so gut wie keine Werttheorie mehr gibt. Viele Lexika führen das Stichwort »Wert« gar nicht mehr, wie z.B. das »Lexikon der Volkswirtschaft« von Geigant, Sobotka und Westphal oder das »Lexikon der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen« von Brümmerhoff und Lützel¹, was nicht ausschließt, daß diese Lexika Werttheorien, wie die Arbeitswerttheorie oder die subjektive Werttheorie, beschreiben.² Eigene Definitionen, was die Autoren der Lexika unter »Wert« verstehen, fehlen jedoch oder sind sehr dürftig, wie zum Beispiel im »Gabler Wirtschaftslexikon«. Hier wird definiert: »Wert. I. Volkswirtschaftslehre: 1. *Allgemein*: Bedeutung, die Gütern im Hinblick auf ihre Fähigkeit, als Mittel zur Bedürfnisbefriedigung zu dienen, beigemessen wird. *Bestimmend* für den Wert der Güter ist a) der Nutzen, den sie durch die Bedarfsdeckung gewähren, und b) der Grad der Knappheit im Verhältnis zum Bedarf. Nach dem *Verwendungszweck* eines Gutes unterscheidet man zwischen Gebrauchswert und Tauschwert.« Der Gebrauchswert charakterisiert »den subjektiven Nutzen eines Gutes«³, der jedoch keine Rolle bei der Preisbildung spielt, der Tauschwert wird mit dem Preis identifiziert.

In diesen Lexika wird die Marxsche Arbeitswerttheorie ausführlich beschrieben. Wir sehen, Marx' Gedanken leben. Seine Werttheorie, auch seine Reproduktionstheorie, ebenso seine Theorie über die Entste-

hung, das Wesen und die Funktion des Geldes sind meines Erachtens unübertroffen.

In den Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre spielt die Werttheorie ebenfalls so gut wie keine Rolle. Das Stichwort »Wert« gibt es im Sachregister nicht.⁴ Bei Woll findet man beispielsweise folgende Formulierungen: »Bei Tauschvorgängen bilden sich Wertrelationen, die man Preise nennt« oder »Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist eine Wertrechnung, das heißt, Mengen werden mit Preisen bewertet, so daß man einen Geldausdruck erhält.«⁵ Mehr kann man zu Wert, Wertrelationen, Wertrechnung nicht lesen.

Das Fehlen einer Werttheorie in der gegenwärtigen Volkswirtschaftslehre führt dazu, daß man viele Erscheinungen der ökonomischen Wirklichkeit nicht mehr erklären kann. Die Wirklichkeit wird nur beschrieben, die Erklärungen, die man gibt, sind voller logischer Widersprüche, unbeholfen, nicht überzeugend.

Auf drei wichtige Phänomene der ökonomischen Wirklichkeit möchte ich kurz eingehen, die ohne eine Werttheorie nicht erklärbar sind und in der heutigen Volkswirtschaftslehre auch nicht logisch widerspruchsfrei erklärt werden.

Erstes Phänomen: Wodurch sind die Preise der Produkte bestimmt? Um welches quantitativ bestimmbare Zentrum schwanken sie? Ausgehend von der Seltenheitstheorie und der Nutzenstheorie ist die gegenwärtig übliche Antwort auf diese Frage: Die Preise schwanken um den Gleichgewichtspreis, der sich im Schnittpunkt zweier Kurven, der Angebots- und der Nachfragekurve befinden soll. Scheinbar sehr einleuchtend, weil bei einem solchen Preis das Angebot mit der Nachfrage übereinstimmen müßte.

¹ Siehe Friedrich Geigant [u. a.]: *Lexikon der Volkswirtschaft*. 5. Aufl. Landsberg am Lech 1983 (im folgenden *Lexikon der Volkswirtschaft*). S. 746. – Dieter Brümmerhoff/Heinrich Lützel: *Lexikon der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*. München, Wien 1994. S. 434. ² Siehe Friedrich Geigant [u. a.]: *Lexikon der Volkswirtschaft*. S. 746, 52ff. und S. 604f. ³ *Gabler Wirtschaftslexikon*. 13. Aufl. Wiesbaden 1992. Bd. Sp-Z. S. 3747. – Bd. F-K. S. 1246. – Bd. Sp-Z. S. 3241. (Hervorhebungen im Original.) ⁴ Siehe Artur Woll: *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*. 11. Aufl. München 1993. S. 649. – Horst Siebert: *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. 10. Aufl. Stuttgart, Berlin 1991. S. 355. – Jochen Schumann: *Grundzüge der mikroökonomischen Theorie*. 6. Aufl. Berlin [u. a.] 1992. S. 498. – Alfred Stobbe: *Volkswirtschaftslehre III. Makroökonomik*. 2. Aufl. Berlin [u. a.] 1987. S. 393. ⁵ Artur Woll: *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*. 11. Aufl. München 1993. S. 59 und 315.

Können sich aber die Angebots- und die Nachfragekurve überhaupt schneiden? Sie schneiden sich doch nur unter der Bedingung der »geräumten« Märkte, solchen Märkten, auf denen jede eintreffende Ware sofort gekauft wird. Märkte, auf denen es keine Bestände gibt. Sind aber solche leeren Märkte überhaupt noch Märkte? Betrachtet man das Angebot dagegen als einen Bestand, aus dem der Käufer wählen kann, wie das auf den Märkten üblich ist, die Nachfrage jedoch als einen Fluß – was sie in Wirklichkeit ist –, dann hat die Angebotskurve eine andere Maßeinheit (Menge zu einem Zeitpunkt) als die Nachfragekurve (Menge während einer Zeiteinheit), und beide Kurven können sich nie schneiden, was auch an Zahlenbeispielen leicht zu belegen wäre.

Die übliche Preistheorie beantwortet somit nicht die Frage nach dem Schwankungszentrum für die Preise. Die Marxsche Werttheorie beantwortet sie jedoch: Der Wert oder seine Modifikationen, wie es der Produktionspreis oder der Monopolpreis sind, bilden das Schwankungszentrum für die Preise, und die Wertgröße wird von der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit bestimmt, die für die Herstellung eines Produkts erforderlich ist. Der Preis ist nichts anderes als der Geldausdruck des Wertes, den die Produkte haben.

Zweites Phänomen, das ohne eine Werttheorie nicht erklärbar ist: Was ist das Geld? Worin besteht das Wesen des Geldes?

Die heute übliche Antwort lautet: »Geld ist, was Geldfunktionen ausübt.«⁶ Die auch bei Marx zu findenden Funktionen des Geldes sind: Tausch- und Zahlungsmittel, Wertaufbewahrungsmittel, Geld als Recheneinheit.⁷

Funktionen bestimmen aber nicht das Wesen einer Erscheinung, sondern leiten sich aus ihm ab. Mit welcher Akribie, höchster Sorgfalt und Genauigkeit, und wie ausführlich hat Marx das Wesen des Geldes charakterisiert. Ausgehend von der einfachen Wertform (A) über die totale oder entfaltete Wertform (B) und die allgemeine Wertform (C) gelangt Marx zur Geldform (D). Gold tritt allen Waren gegenüber als allgemeines

Äquivalent, die Preise sind die relativen, in der Geldware ausgedrückten Werte der Waren.

Marx behandelt die Wertform auf 23 Seiten, den Austauschprozeß und das Geld auf zehn Seiten und die Geldfunktionen auf 52 Seiten⁸ – 85 Seiten über die Entstehung, das Wesen und die Funktionen des Geldes. Issing, der Verfasser einer »Einführung in die Geldtheorie« kommt mit einer $\frac{3}{4}$ Seite aus, um das Wesen des Geldes und seine Funktionen zu charakterisieren.⁹

Drittes Phänomen, das ohne die Werttheorie von Marx nicht zu erklären ist: Warum müssen die »Vorleistungen« (Verbrauch von Material und Energie) und die Abschreibungen vom volkswirtschaftlichen Produktionswert abgezogen werden, wenn man die »Wertschöpfung« (Netto) und das »Volkseinkommen« ermitteln will?

Die schlichte Antwort, die üblicherweise bezogen auf die Vorleistungen gegeben wird, lautet: Weil diese doppelt gezählt wurden. Warum zählt man aber die Vorleistungen doppelt, wenn sie nur einmal vorhanden sind? Oder sind sie vielleicht doppelt vorhanden? Dann braucht man sie nicht zu subtrahieren!

Eine andere Antwort lautet: Die Vorleistungen müssen vom »Produktionswert« subtrahiert werden, weil ihre »Werte bei der Produktion untergegangen sind«¹⁰. Wieso sind aber diese untergegangenen Werte im »Produktionswert« wieder da?

Adam Smith konnte schon nicht das Phänomen »Verbrauch von Produktionsmitteln« erklären. Er versuchte, ihren Wert in Neuwert, in $c + v$, aufzulösen. Einer seiner Nachfolger, Nassau W. Senior, fand dann heraus, daß der Wert der Produktionsmittel in jedem Arbeitsprozeß neu produziert werden muß, es bleibt für die Erzeugung von Mehrwert nur noch die letzte Arbeitsstunde.¹¹

Die elegante Lösung, die Marx für dieses Problem fand, bestand in der Entdeckung des Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit und ihres doppelten Ergebnisses: Als abstrakte Arbeit erzeugt sie den Neuwert der Produkte, als konkrete Arbeit überträgt

⁶ Otmar Issing: *Einführung in die Geldtheorie*. 9. Aufl. München 1993. S. 3. ⁷ Siehe ebenda. S. 1f. ⁸ Siehe Karl Marx: *Das Kapital*. Erster Band. In: MEW. Bd. 23. S. 62–85, 99–108 und 109–160. ⁹ Siehe Otmar Issing: *Einführung in die Geldtheorie*. – Daß Issing auf über 200 Seiten die Einflußfaktoren auf die volkswirtschaftliche Geldmenge behandelt, ändert nichts daran, daß er zum Wesen des Geldes nicht mehr als hier angeführt sagt. ¹⁰ Friedrich Geigant [u. a.]: *Lexikon der Volkswirtschaft*. S. 747. ¹¹ Siehe Karl Marx: *Das Kapital*. Erster Band. In: MEW. Bd. 23. S. 237ff.

sie den Wert der verbrauchten Produktionsmittel auf die neu hergestellten Produkte.¹² Nicht zufällig bezeichnete Marx diese Entdeckung als den »Springpunkt [...]«, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht¹³, weil allein sie erlaubt, die Mehrwertproduktion zu erklären. Wenn der Neuwert ermittelt werden soll, muß vom Gesamtwert der produzierten Waren der Wert der verbrauchten Produktionsmittel subtrahiert werden, weil er nicht neu produziert, sondern nur übertragen wurde. Diese einfache Erklärung ist mit dem Untergang des Sozialismus aus der Wissenschaft verschwunden. Es bleibt das Unbeholfene: Jemand zählte doppelt, obwohl es wohl nur einmal vorhanden ist, danach subtrahiert er das doppelt Gezählte. Oder: Etwas ist »untergegangen«, aber dann überraschenderweise wieder aufgetaucht.

2. DIE WERTTHEORIE IN DER POLITISCHEN ÖKONOMIE DER DDR UND BEHRENS' BEITRAG DAZU

Bis zu ihrem Untergang wurde in der DDR eine Werttheorie gelehrt, in den Lexika wurde das Stichwort »Wert« ausgehend von der Marxschen Arbeitswerttheorie ausführlich definiert.¹⁴ Bereits Ende der 40er Jahre wurde die Arbeitswerttheorie zu einem festen Bestandteil der politischen Ökonomie in der DDR, was in bedeutendem Maße auf die Vorlesungen und Publikationen von Fritz Behrens zurückzuführen ist. Stets legte er überzeugend die Marxsche Werttheorie dar, immer ging er auf den Doppelcharakter der Arbeit und ihre doppelte Fähigkeit ein, den Wert der verbrauchten Produktionsmittel zu erhalten und zu übertragen und Neuwert zu produzieren.¹⁵

Behrens setzte sich auch frühzeitig mit der subjektiven Werttheorie, der Grenznutzenschule, auseinander.

Er schrieb: »Die subjektive Theorie von Gossen und seit Gossen [geht] nicht aus von den gegebenen gesellschaftlichen Bedürfnissen, den Bedürfnissen der in Gesellschaft lebenden, der vergesellschafteten Menschen, die durch die vorhandene gesellschaftliche Gesamtarbeit zu befriedigen sind [...], sondern von einem isolierten Individuum«, einem »abstrakten Menschen«¹⁶.

In den Publikationen, auch in den Vorlesungen, ging Behrens theoretisch an die behandelten Probleme heran. Er schätzte die Marxsche Theorie der politischen Ökonomie sehr hoch und war davon überzeugt, daß man ohne diese Theorie keinen Ansatz für die Lösung praktischer Aufgaben finden kann. Es ist daher kein Zufall, daß auch die Werttheorie von ihm immer wieder behandelt wird, um daraus Schlußfolgerungen für die Preispolitik oder auch für die Wirtschaftsform in der DDR und in einer künftigen Gesellschaft zu ziehen.

3. BEHRENS ZUR ROLLE DES WERTGESETZES IM SOZIALISMUS

Behrens hat sich sehr intensiv mit den Aufgaben beschäftigt, die in der DDR mit einer Wirtschaftsreform zu lösen wären.¹⁷ Auf den 35 kleingedruckten Seiten gibt es einen solchen Reichtum an Gedanken zur Planung der Volkswirtschaft, zur planmäßigen Ausnutzung der ökonomischen Gesetze, zur Planwirtschaft und Bürokratie, so daß diese Arbeit von Behrens unbestritten ein wesentlicher Beitrag zur Theorie der politischen Ökonomie ist, der auch in den späteren Jahren teilweise Eingang in das Lehrgebäude der politischen Ökonomie des Sozialismus fand.¹⁸

»Planen heißt« – schreibt Behrens –, »bewußtes Ausnutzen ökonomischer Gesetze [...] Planung besteht

¹² Siehe ebenda. S. 214. – Siehe auch Karl Marx: *Das Kapital. Zweiter Band. MEW. Bd. 24. S. 376f.* ¹³ Karl Marx: *Das Kapital. Erster Band. In: MEW. Bd. 23. S. 56.* ¹⁴ Siehe als Beispiele: *Ökonomisches Lexikon in drei Bänden. 3. Aufl. Berlin 1979. Bd. Q–Z. S. 617–633 (16 Seiten!).* – Horst Richter [u. a.]: *Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch. 15. Aufl. Berlin 1989. S. 56f., 60ff., 87ff., 179ff., 607ff. und 917.* ¹⁵ Siehe als Beispiel Fritz Behrens: *Arbeitsproduktivität, Wert und Selbstkosten. Eine Studie über den Zusammenhang zwischen Arbeitsproduktivität, Wert und Selbstkosten der Produktion. Berlin 1954. S. 13ff (Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen 14).* ¹⁶ Fritz Behrens: *Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der »wissenschaftlichen« Apologetik des Kapitalismus. Leipzig 1949. S. 50f. (Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft 1).* ¹⁷ Siehe Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 5(1957) Sonderheft 3. S. 105–140.* ¹⁸ Siehe Horst Richter [u. a.]: *Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch. 15. Aufl. Berlin 1989. S. 625ff. und 864ff.*

also nicht in der Aufhebung der Spontaneität, sondern darin, die spontanen Handlungen der werktätigen Massen [...] zu lenken«. Das wird von ihm am Beispiel der Preispolitik veranschaulicht. Das Wertgesetz sei zwar nicht mehr Regulator der Produktion, aber noch der Warenzirkulation. Der Wert bleibt die Grundlage der Preisbildung. Die Preise haben jedoch eine doppelte Funktion: »eine bedarfsgerechte Produktion zu vermitteln [...] und die Nachfrage den objektiven Erfordernissen der Produktion entsprechend zu beeinflussen«. »Der Wert wird durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt, die zur Produktion einer Ware erforderlich ist.«¹⁹ Diese gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist wiederum doppelt bestimmt: Sie muß den Arbeitsaufwand bei der Produktion widerspiegeln, und zugleich muß die produzierte Menge dem Bedarf entsprechen; sie muß also notwendig sein aus der Sicht der Produktion und aus der Sicht des Bedarfs.

Bei der Preisbildung muß das Wertgesetz berücksichtigt werden. »Der Staat kann durch die bewußte Ausnutzung des Wertgesetzes den Preis sowohl über als auch unter dem Wert festsetzen; er kann den Preis so festsetzen, daß er nicht den vollen Wert einer Ware realisiert, und dafür den Preis einer anderen Ware so ansetzen, daß er nicht nur den vollen Wert, sondern auch noch den im Preis der anderen Ware nicht enthaltenen Wertteil mit umfaßt.«

Diese Thesen wurden in der Folgezeit zur üblichen Lehrmeinung in der politischen Ökonomie des Sozialismus, und sie wurden auch der Preisbildungspraxis in der DDR zugrunde gelegt.

Anders die folgenden Thesen, die nur in einigen sozialistischen Ländern (Ungarn, Polen) akzeptiert wurden: »Um eine unter den jeweils gegebenen Verhältnissen größtmögliche Befriedigung der Bedürfnisse durch Abstimmung der Struktur der Produktion mit der Struktur der Nachfrage zu erzielen, muß die Preisfestsetzung also elastisch gestaltet werden, d.h. die unveränderlichen Preise müssen durch innerhalb gewisser Grenzen veränderliche Preise ersetzt werden.«²⁰ Es folgen konkrete Vorschläge für die Preise der Pro-

duktionsmittel und die der Konsumtionsmittel, auf die ich hier nicht eingehen möchte.

»Selbstverständlich kann nicht die Rede davon sein, den kapitalistischen Preismechanismus wieder einzuführen«, schreibt Behrens weiter. »Es geht nur darum, das Gesetz von Angebot und Nachfrage für die Bildung eines – ökonomisch richtigen – Preissystems auszunutzen. Nur durch innerhalb gewisser Grenzen veränderliche Preise kann die regulierende Rolle des Wertgesetzes in der Zirkulation und seine Einwirkung auf die Produktion von Konsumtionsmitteln, über diese hinaus aber auch auf die Produktion von Produktionsmitteln verwirklicht werden.«²¹

4. BEHRENS ZUM VERHÄLTNISS ZWISCHEN DER ENTWICKLUNGS- TENDENZ DES WERTES UND DER PREISE

Die Arbeitswerttheorie von Marx, auf die sich Fritz Behrens stets stützte, besagt, daß der Wert der Waren in dem Maße sinkt, wie die Arbeitsproduktivität steigt und die durchschnittliche Arbeitszeit, die für die Herstellung eines Produktes benötigt wird, zurückgeht. Im 19. noch mehr im 20. Jahrhundert wird jedoch die Tendenz beobachtet, daß die Preise der Produkte trotz ihrer sinkenden Werte steigen. Daraus wurde gefolgert, daß die Arbeitswerttheorie die realen Prozesse falsch widerspiegeln und deshalb abzulehnen sei.

Dieser Widerspruch zwischen der aus der Werttheorie folgenden und der wirklichen Preisentwicklung hat daher auch Behrens beschäftigt. Er stellte fest, »daß die Selbstkosten der Produktion je Produktionseinheit langsamer sinken als der Wert«. Als Ursache dafür erkannte er zwei »Umstände«, einmal sinken die Lohnkosten je Produkt langsamer als die neu vergegenständlichte Arbeit, das Wertprodukt, und zum anderen sinken auch die Preise für die Materialien u.a. langsamer als ihr Wert. Diese Zusammenhänge werden an mehreren Zahlenbeispielen demonstriert.²²

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität gestattet, so schrieb Behrens später, »das Realeinkommen der

¹⁹ Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 5(1957) Sonderheft 3. S. 136f. ²⁰ Ebenda. S. 138. ²¹ Ebenda. S. 139f. ²² Siehe Fritz Behrens: *Arbeitsproduktivität, Wert und Selbstkosten. Eine Studie über den Zusammenhang zwischen Arbeitsproduktivität, Wert und Selbstkosten der Produktion*. Berlin 1954. S. 17–33 (Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen 14).

Werkstätigen entweder durch Preissenkungen oder durch Lohnerhöhungen [...] zu erhöhen. Im ersten Fall [...] wird das Preisniveau sich ändern, im zweiten Fall [...] wird es unverändert bleiben; der Geldausdruck der Wertsumme wird in diesem Fall sich erhöhen und der Preismaßstab sich verändern.«²⁵

Behrens untersucht dann vier Fälle für die Entwicklung des durchschnittlichen Nominallohnes, wenn die Arbeitsproduktivität steigt, und zeigt, wie sich in diesen vier Fällen die Lohnkosten, die gesamten Selbstkosten und das Realeinkommen ändern. Er kommt zu dem Schluß, daß es am günstigsten sei, »wenn das Anwachsen der Löhne im Verhältnis zur Steigerung der Arbeitsproduktivität relativ geringer ist und die Preise langsamer als die Werte sinken«²⁴. Eine Teilerklärung für die abweichenden Entwicklungstendenzen der Werte und der Preise ist damit gegeben. Nur sinken die Preise im Durchschnitt nicht langsamer als die Werte, sondern sie steigen.

Die Divergenz zwischen der Entwicklungstendenz der Werte bei steigender Arbeitsproduktivität und der Entwicklungstendenz der Preise ist auf der Grundlage der Arbeitswerttheorie von Marx prinzipiell erklärbar, worauf hier nicht näher eingegangen werden kann. Die Inflation ist etwas anderes. Bei der Inflation wird die Kaufkraft des Geldes entwertet, es wird die Beziehung zwischen der Währungseinheit und der mit ihr kaufbaren Produktenmenge, in ihrer Eigenschaft als Gebrauchswerte, widergespiegelt. Eine Inflation oder inflationäre Tendenz liegen aber nur dann vor, wenn die Kaufkraft des Geldes fällt.

5. BEHRENS ZUM WERT UND ZUM GELD IN EINER KÜNFTIGEN NICHT- KAPITALISTISCHEN GESELLSCHAFT

Der Wert, das Wertgesetz und das Geld haben Behrens bis zuletzt beschäftigt. In seinem Buch »Abschied von der sozialen Utopie« gibt es einen längeren Abschnitt

»Bemerkungen zur ›sozialistischen‹ Warenproduktion«²⁵, in dem sich Behrens ausführlich mit der in der DDR bestandenen Gesellschaftsordnung auseinandersetzt. Er betrachtete sie als eine Nachahmung des sowjetischen Grundmodells, die keine Alternative zum Kapitalismus, sondern eine »Mutation zum Schlechteren«, »eine bürokratische Produktionsweise mit staatsmonopolistischem Oberbau« sei. »Das grundlegende Kriterium einer sozialistischen Produktionsweise ist [...] die Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft«, wozu »die Produzenten selbst über ihre Produktionsmittel verfügen« und »das Produkt ihrer Arbeit selbst aneignen und verteilen«. Das sei »Arbeitseigentum« im Unterschied zum »Ausbeutungseigentum«, wozu auch das »Staatseigentum«²⁶ gehört.

»Sozialistische Demokratie ist« – schreibt Behrens weiter – »unmittelbare Demokratie, eine möglichst direkte, soweit wie möglich auf Vertreter verzichtende Demokratie«, in der »die Gesellschaft sich ohne Staat selbst verwaltet«, eine »pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft«. »Pluralistisch ist [...] jede Gesellschaft, in der es divergierende Interessen zwischen den allgemeinen und gesamtgesellschaftlichen und individuellen und gruppenmäßigen Bedürfnissen gibt«. »Sich selbst verwaltend ist eine Gesellschaft, wenn an die Stelle des Staates als ein über die Gesellschaft sich erhebendes und von dieser getrenntes und entfremdetes Organ eine Verwaltung tritt, die mindestens folgenden Bedingungen entspricht: möglichst direkte Demokratie ohne Berufspolitiker, jederzeitige Abwählbarkeit der direkt gewählten Funktionäre.«²⁷ Die Grundlage einer sich selbstverwaltenden Gesellschaft sei die Selbstverwaltung der Produzenten.

So interessant diese Überlegungen über eine künftige sozialistische Gesellschaft sind, lassen sie einige wichtige Fragen offen, wie zum Beispiel: Ist eine »sich selbstverwaltende Gesellschaft«, die möglichst ohne Stellvertreter, ohne Abgeordnete, mit wenigen Organen, die aber keine Staatsorgane mehr sind, machbar? Ist eine solche Verwaltung rationell? Die repräsentative

²⁵ Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus*. Berlin 1961. S. 90. ²⁴ Ebenda. S. 115. – Siehe auch ebenda. S. 100–122. ²⁵ Siehe Fritz Behrens: *Bemerkungen zur »sozialistischen« Warenproduktion*. In: Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*. Hrsg. von Hannamaria Loschinski [u. a.]. Berlin 1992. S. 137ff. ²⁶ Fritz Behrens: *Lenins Theorie der sozialistischen Revolution und die Bürokratie*. In: Ebenda. S. 96. – Fritz Behrens: *Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Bürgerliche Kritik am sozialistischen Gedanken*. In: Ebenda. S. 135. ²⁷ Fritz Behrens: *Über eine sich selbst verwaltende Gesellschaft*. In: Ebenda. S. 107f.

tive Demokratie, eine mit Vertretern der Bürger arbeitende Demokratie, widerspiegelt die sich historisch herausgebildete Arbeitsteilung zwischen der Produktion und der Verwaltung. Soll diese Arbeitsteilung aufgehoben werden? Das Treffen von Entscheidungen ist in der Regel aufwendig, jede Neuwahl von Funktionären ist aufwendig. Je direkter eine Demokratie ist, je mehr Bürger beim Treffen einer Entscheidung mitwirken sollen, desto aufwendiger wird die Entscheidungsfindung. Ebenso aufwendig würde die Selbstverwaltung der Produzenten sein, die als eine Art Genossenschaft über ihre Produktionsmittel verfügen und das gesamte Mehrprodukt nach eigenem Ermessen verteilen müßten. Das Gesetz der Ökonomie der Zeit müßte auch für die Leitung und Verwaltung gelten.

Welche Rolle würde nach den Vorstellungen von Behrens die Warenproduktion, der Wert und das Geld im Sozialismus spielen, einem Sozialismus, der auf »genossenschaftlich-egalitären Strukturen«, auf der Selbstverwaltung der Produzenten, auf »Arbeitseigentum« beruht? Er schreibt: »Die Warenproduktion kann weiter bestehen, d.h., es wird noch den Wert der Arbeitsprodukte geben, aber er ist transparent geworden und erscheint als das, was er ist, vergegenständlichte menschliche Arbeit. Aufhebung der Warenproduktion bedeutet dann nur Aufhebung einer Produktionsweise, in der auch die Arbeitskraft eine Ware ist.«²⁸

In der künftigen Gesellschaft wird es noch Austausch geben, weder der Wert noch das Geld verschwinden: »Das Geld muß als Maß qualitativ verschiedener Arbeit des einzelnen und der verschiedenen Art der Arbeit erhalten werden«. Das Grundgesetz der Produktion ist nicht mehr das Wertgesetz, an seine Stelle treten das Gesetz der Ökonomie der Zeit und der Plan. Der »Plan schließt Wertkategorien daher nicht nur nicht aus, sondern kann ohne sie nicht entworfen, durchgeführt und kontrolliert werden.«²⁹

»Ein gesellschaftlicher Plan kann immer nur ein *zentraler Plan* sein, soll er gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse zum Ausdruck bringen [...] Soll er ein sozialistischer und nicht nur ein staatlicher Plan sein, so muß er als ein indirekt-zentraler Plan von unten nach oben aufgestellt, durchgeführt und kontrolliert werden. Seine Zentralisierung kann aus diesem Grunde nicht natural, sondern nur wertmäßig erfolgen.«³⁰

Das Geld wird in einer sozialistischen Planwirtschaft »nicht mehr als Ausdruck des Wertes ein verdinglichtes gesellschaftliches Verhältnis [sein] [...], sondern ein transparentes technisches Hilfsmittel der Wirtschaft.« Das Geld wird zur »Anweisung auf Teile des gesellschaftlichen Arbeitsproduktes« werden. Da die individuellen Arbeiten und ihre Produkte unmittelbar gesellschaftlich sein werden, wird es nach Behrens keinen Austausch, keinen Kauf und Verkauf mehr geben. Der »gesellschaftliche Charakter der individuellen Arbeiten und ihrer Produkte wird durch den Plan organisiert. Deshalb muß der Plan [...] regulierendes Grundgesetz bei gemeinschaftlicher Produktion«³¹ sein.

Behrens läßt die Frage unbeantwortet, ob die Arbeitsprodukte den Produzenten und Konsumenten als Produktionsmittel und als Konsumtionsmittel über den Plan zugeteilt werden, wenn es keinen Kauf und Verkauf mehr gibt, oder ob es nicht doch die Möglichkeit der Wahl aus einem reichen Angebot geben wird, wie beim Kauf über den Handel. An einer anderen Stelle läßt Behrens das Geld auch Zirkulationsmittel sein³², was aber nur bei Existenz von Kauf und Verkauf möglich ist.

Die Vorstellungen von Behrens von einer künftigen Gesellschaft, die sozialistisch sein soll, sind noch verschwommen. Das Buch »Abschied von der sozialen Utopie« ist von ihm nicht vollendet worden. Für die Überlegungen, die heute über eine künftige Gesellschaft angestellt werden, enthalten die aus dem Nachlaß darin veröffentlichten Texte jedoch viele wertvolle Anregungen.

28 Fritz Behrens: *Bemerkungen zur »sozialistischen« Warenproduktion*. In: *Ebenda*. S. 145. 29 *Ebenda*. S. 152 und 157. – Siehe auch *ebenda*. S. 151. 30 *Ebenda*. S. 157. 31 *Ebenda*. S. 163 und 159f. 32 *Siehe ebenda*. S. 164.

ANDREAS SCHÜLER

Fritz Behrens, die Zeitsummenmethode und das Problem der Aggregation von Gebrauchswerten*

Als Fritz Behrens 1946 zur Wahrnehmung eines Lehrstuhls für Statistik und Politische Ökonomie an die Universität Leipzig berufen wurde, war er wohl der einzige, der durch seine Biographie zu jenem Zeitpunkt für eine solche Aufgabe an einer ostdeutschen Universität in Frage kam.¹ Gerade diese seine Vorbildung und die Verbindung von (Marxscher) politischer Ökonomie und Statistik prägten auch die späteren wissenschaftlichen Arbeiten von Behrens. Anerkannt oder diffamiert hinterließen sie zweifellos prägende Spuren im ökonomischen Denken der DDR.² Als Theoretiker folgte Behrens dabei Marx mit seiner Konzentration auf die zentrale Kategorie der (produktiven) Arbeit, mit der Bearbeitung des Problemkreises Ware-Wert-Arbeitsproduktivität; als Statistiker entwickelte er folgerichtig die Zeitsummenmethode zur Messung der Arbeitsproduktivität.

Bekanntlich erweisen sich Meßverfahren als kritische Schnittstelle für zuverlässige wissenschaftliche Aussagen. In kaum einer Wissenschaftsdisziplin trifft das in so gravierendem Maße zu wie bei der Ökonomie. Jahr für Jahr errechnen mit unverdrossenem Ernst Statistiker in aller Welt volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, obwohl inzwischen die Spatzen von allen Dächern pfeifen, daß es nichts Irreführenderes gibt als die Rechengröße Sozialprodukt. So lohnt es sich, einen Blick zurückzuwenden, um möglicherweise etwas für die Vorausschau zu gewinnen.

In der Tat dürfte für die Entwicklung der Zeitsummenmethode das Zusammenfallen von drei – subjektiven wie objektiven – Umständen entscheidend gewesen sein. Von den subjektiven Voraussetzungen, die Behrens dafür mitbrachte, war schon die Rede. Zurückblickend erscheint mir das zugrunde liegende Problem sowohl aus historischen, als auch aus methodischen Gründen bedeutsam.

Was die historische Situation betrifft, mußte sich in den ersten Nachkriegsjahrzehnten mit den besonders in Ostdeutschland verheerenden Kriegsfolgen die Steigerung der Arbeitsproduktivität als Schlüsselproblem für die Überwindung der Not darstellen. Die Höhe der Arbeitsproduktivität, wie immer fiktiv kalkuliert, blieb – zu recht oder unrecht – bis zum bitteren Ende der DDR *die* Meßlatte in der Systemauseinandersetzung. Ihre zuverlässige Messung geriet mindestens offiziell zu einem Anliegen von zentraler Bedeutung.

Arbeitsproduktivität definiert sich als das Verhältnis einer bestimmten produzierten Gütermenge zu dem dafür erforderlichen Quantum an Arbeit, das – an sich schon problematisch genug – in der Arbeitszeit gemessen wird. In der Regel bedeutet das nicht eine spezifische individuelle Arbeitszeit, sondern einen Arbeitszeitaufwand, der in einem gegebenen Umfeld gesellschaftlich – also durchschnittlich – üblich und erforderlich ist.

Methodisch erweist sich dieses Verfahren als problematisch, sobald die produzierte Menge Q qualitativ unterschiedliche Güter zusammenfassen soll. Für Marx war bekanntlich die Dualität der Ware als Gebrauchswert und Wert, der warenproduzierenden Arbeit als konkrete, Gebrauchswerte schaffende sowie abstrakte, wertbildende Arbeit Angelpunkt seines ökonomischen Lehrgebäudes, wie sich das methodisch gut anhand seines Reproduktionsschemas veranschaulichen läßt:

$$\begin{array}{l} \text{I} \quad c_1 + v_1 + m_1 = \text{PM} \\ \text{II} \quad c_2 + v_2 + m_2 = \text{KM} \\ \hline C + V + M = \text{GP} \end{array}$$

* *Der Beitrag wurde vorab veröffentlicht in »Utopie kreativ«, Berlin (1997) 76. S. 68–72. 1 Siehe Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980) im vorliegenden Band S. 18f. 2 »Die Kategorie »Produktivität der Arbeit« – B. schuf die Grundlagen für die »Produktivitätsforschung in der DDR – nahm dabei einen zentralen Platz ein.« (Petra Opitz: Behrens, Friedrich (Fritz). In: Werner Krause/Karl-Heinz Graupner/Rolf Sieber (Hrsg.): Ökonomenlexikon. Berlin 1989. S. 35.)*

Dabei versteht sich c (konstantes Kapital) als Summe aus fixen Kapitalkosten plus Vorleistungen, v (variables Kapital) als Arbeitskosten und m (Mehrwert) als Unternehmensgewinn; das Gesamtprodukt (GP) wird in zwei Sektoren untergliedert, Sektor I produziert Produktionsmittel (PM), Sektor II Konsumtionsmittel (KM). In heutiger mathematischer Sprache, von der Marx nichts wissen konnte, handelt es sich um eine stark, eben auf zwei Zeilen reduzierte Matrix, wobei der Dualismus der Ware deutlich wird: Die Spalten bezeichnen Wertbestandteile, die Zeilen gliedern sich nach Typen von Gebrauchswerten, Güterklassen.

Marx selbst hat das Reproduktionsmodell potentiell auf vier Sektoren erweitert⁵; methodisch genial, bleibt seine »handwerkliche« Rechnerei mühsam und nicht immer nachvollziehbar. Vermutlich ist es kein Zufall, daß es mit Wassily Leontief ein ursprünglich sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler war, der mit seinen Input-Output-Matrizen diesen Grundgedanken zu Viel-Sektoren-Modellen ausweitete, die Natural- und Geldgrößen verknüpfen, indem unterschiedliche Produktionszweige ihre verschiedenartigen Erzeugnisse auf Preisbasis austauschen.

Geht man indessen den umgekehrten Weg mit dem Versuch, die Wirtschaft zu einem Ein-Sektoren-Modell aggregiert darzustellen, wie das in der erwähnten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung geschieht, gerät man in Kollision mit der Inkommensurabilität unterschiedlicher Gebrauchswerte bzw. ihrer Träger.

Für die kapitalistische Wirtschaftswissenschaft erwies sich das höchstens als Randproblem. Solange Wirtschaftlichkeit, Effizienz, Erfolg am Kapitalertrag, also sowieso in der abstrakten Gelddimension bewertet wird, gilt der Gebrauchswert nur als Träger von Wert. Dies sollte aber in einer sozialistischen Wirtschaft anders werden, in der produziert würde, um Bedürfnisse zu befriedigen. Die Wertrechnung sollte den dafür notwendigen Aufwand transparent machen und minimieren.

Um die Produktion unterschiedlicher und damit unvergleichbarer Güter zusammenzufassen, bedarf es einer allen gemeinsamen Rechengröße, die homogen ist und in sinnvoller Weise wirtschaftlich wesent-

liche Aufwände abbildet. Prinzipiell bieten sich somit als abstrakte Maßstäbe zur Aggregation unterschiedlicher Gebrauchswerte drei beliebig teilbare Meßgrößen an: Geld (Preise), Arbeitszeit, Energie.

Der Nachteil der Preise besteht in ihrer Irrationalität. Natürlich ist mir bewußt, wie sehr diese Aussage gegen alle Annahmen verstößt, die der reinen Marktlehre zugrunde liegen, die ja den Markt als einzig unbestechlichen Bewerter von Warenbeziehungen anerkennt. Das einigermaßen gründlich zu widerlegen, müßte den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Es mag folgende allgemeine Aussage genügen: Alles, was bezahlt wird, also jedes Erwerbs- und Vermögenseinkommen, erhöht nach dieser Fehlrechnung das Sozialprodukt um den bezahlten Betrag, ob zum Nutzen oder Schaden, während umgekehrt alles, was unbezahlt getan wurde, wie nützlich oder schädlich auch immer, nicht als wirtschaftlich bewertbare Leistung anerkannt wird.

Schon gar nicht bewertbar ist damit ein Verbrauch (oder die Schädigung) von Naturgaben, insoweit noch keine Arbeit zu ihrer Beschaffung geleistet wurde oder ein Eigentumsanspruch an ihnen geltend gemacht werden konnte. Die in der Umweltdebatte häufig geäußerte Forderung nach Internalisierung externer Kosten scheidet, wo Kosten weder anfallen noch kalkuliert werden können. Das gilt auch für den üblichen Kunstgriff, den Substitutionsaufwand an die Stelle der Reproduktionskosten zu setzen, wenn die Reproduktion einer Ressource an ihre natürliche Grenze stößt. Aber für den Verlust biologischer Arten mit ihren genetischen Informationen oder von Kulturen gibt es keinen Ersatz.

Es liegt im Wesen der Marxschen Wirtschaftstheorie, daß auch sie Naturgüter nicht bewerten kann. Marx war sich bei der Analyse der kapitalistischen Warenwirtschaft dessen voll bewußt. Er bezeichnet die Naturgaben wiederholt als Gratis-Produktivkräfte für die Unternehmer. Ebenso hat er auch auf die Naturschädlichkeit der kapitalistischen Produktion aufmerksam gemacht: »Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung, die sie in großen Zentren zusammenhäuft, häuft die kapitalistische Produktion einerseits die geschichtliche Bewegungskraft der Gesellschaft, stört sie andererseits

⁵ Siehe Karl Marx: *Das Kapital. Zweiter Band. In: MEW. Bd. 24. S. 401 ff. und 420 ff.*

den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d.h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmiteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit.«⁴

Die Rationalität der Preise in der DDR-Wirtschaft war übrigens kaum optimistischer einzuschätzen. Wollte man folglich Arbeitsproduktivitätsvergleiche anstellen, war das auf Preisbasis nur im Zeitvergleich gleichartiger Erzeugnisse zu unveränderten Preisen möglich. Ähnliche Einschränkungen galten für die Naturalmethode, die nur auf Vergleiche von homogenen und gleichartigen Massengütern – Zuckerraffinade, Rohstahl gleicher Qualität, Elektroenergie u.ä. – anwendbar war. Um diese Schranke ebenso zu überwinden wie die Effekte von Preisverzerrungen, entwickelte Behrens mit seinen Mitarbeitern die Zeitsummenmethode zur Messung der Arbeitsproduktivität, genauer gesagt: ihrer Veränderung über die Zeit.

Im Prinzip handelt es sich dabei um einen gewichteten Index des Arbeitszeitaufwands für die Erzeugung unterschiedlicher Gütergattungen, wie sich dieser bei jeder einzelnen im Zeitverlauf verändert. Der Kehrwert des Bruchs ergibt die Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität, wobei über das Zeitmaß eine realistische Aggregation erreicht wird.

Die Zeitsummenmethode entspricht in ihrer Exaktheit der Naturalmethode, schließt Auswirkungen von Preis- bzw. Sortimentsveränderungen aus und gestattet es, im Index unterschiedliche Erzeugnisse zusammenzufassen.

Ein 1981, also kurz nach dem Tod von Behrens publiziertes Hochschullehrbuch »Arbeitsökonomie« kam zu folgender Wertung: »Mit der Planung der Arbeitsproduktivität nach Faktoren wird die Bedeutung der *Zeitsummenmethode* wieder mehr betont, nachdem diese wohl ungerechtfertigt etwas in den Hintergrund getreten war.«⁵

Inzwischen sollte uns allmählich bewußt werden, daß die unentwegte Steigerung der Produktion bei fortschreitender Einsparung von Arbeit in eine sozia-

le wie ökologische Sackgasse führt. Das Kapital spart ausgerechnet an dem, was auf dem Arbeitsmarkt im Überfluß angeboten wird, und tut sich schwer, bei knappen Naturgütern zu sparen. Der Verwertungsdrang des Kapitals stößt an die physische Begrenztheit unserer Lebenssphäre. Auf dieser neuen Ebene stellt sich das von Behrens seinerzeit gelöste methodische Problem auf neue Art: Wie kommen wir zu einem volkswirtschaftlich meßbaren Ausdruck für eine Effizienzrevolution, die sozialen und ökologischen Anforderungen genügt?

Der Bericht des Club of Rome von 1991 schlägt die folgende Antwort vor: »Energie [...] ist die Triebkraft der Wirtschaft; Geld ist nur ihr Surrogat. [...] Im heutigen Stadium der Menschheitsentwicklung spricht vieles dafür, eine neue Wirtschaftswissenschaft zu entwickeln, die auf dem Energiefluß basiert.«⁶

Wie bereits bemerkt, besäße die Energie all jene Eigenschaften, die über alle spezifischen Gebrauchswerte hinweg Aggregation ermöglichte; als naturale Größe ist sie gegen subjektive Einflüsse immun. Wenn also aus ökonomischen und ökologischen Erwägungen nicht so vordringlich der Aufwand an Arbeitszeit zum Maßstab der Effizienzbewertung gemacht werden sollte, läge es nahe, den Energieverbrauch an ihre Stelle zu setzen.

Wenige dürften wissen, daß die Idee so neu nicht ist. G. A. Feldman, ein Elektroingenieur, der nach der Oktoberrevolution bis 1931 in zentralen Planungsorganen der UdSSR tätig war, publizierte u. a. 1928 zwei Beiträge »Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens«. Darin überlegt er: »Es scheint, daß uns die Ermittlung des Produktionsumfangs auf Basis des effektiven Energieaufwands in bestimmtem Grade von den Schwierigkeiten und Fehlern, die mit der Anwendung konstanter Preise verbunden sind, bewahren würde.«⁷

Ähnlichen Gedanken geht auch Herman Daly (1992) nach. Allerdings wenden sich beide, Feldman wie auch Daly, im Endeffekt von dieser Vorstellung ab. Feldman verweist darauf, daß auf diese Weise Ein-

⁴ Karl Marx: *Das Kapital. Erster Band. In: MEW. Bd. 23. S. 528.* ⁵ *Arbeitsökonomie. Lehrbuch. (Wissenschaftliche Leitung, Organisation und Druckvorbereitung: Horst Bley u. a.). Berlin 1982. S. 106.* ⁶ Alexander King/Bertrand Schneider: *The First Global Revolution. A Report by the Council of The Club of Rome. The world twenty years after »The Limits of Growth«.* London 1991. S. 118. ⁷ Grigori Alexandrowitsch Feldman: *Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens. Berlin 1969. S. 25.*

kommen und Verbrauch nicht in die Berechnungen einbezogen werden können. Daly argumentiert abschließend lapidar: »Den hydrologischen Kreislauf im Vergleich zu Diamanten nach der verkörperten Energie zu bewerten, ist um nichts besser als die Bezugnahme auf den Grenznutzen.«⁸

Vermutlich dürfte es nicht möglich sein, eine Universalformel zu finden, und eine solche Rolle kam auch der Zeitsummenmethode zur Messung der Arbeitsproduktivität nicht zu. Immerhin bleibt zu beachten, daß die Arbeitszeit angesichts einer Massenarbeitslosigkeit im Weltmaßstab nicht mehr als knappes Wirtschaftsgut anzusehen ist. Bei dem Energieverbrauch sind wir zwar nicht auf die Menge angewiesen, die in Diamanten hochkomprimiert gebunden ist; wir sind aber auf die Energiemenge angewiesen, die entweder dauerhaft (»nachhaltig«)

von der Sonne einstrahlt oder in der Vergangenheit in wirtschaftlich verwertbaren fossilen Energieträgern akkumuliert wurde. Insofern gewinnt gewiß die Energieproduktivität eine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung, selbst wenn sie sich nicht als wirtschaftliche Universalformel eignet.

Es reizte mich festzustellen, wie wir unter gänzlich anderen Rahmenbedingungen methodisch über analoge Fallstricke stolpern, wie jene, aus denen seinerzeit Behrens Auswege ersann. Uns bleibt die Herausforderung, mit gleicher Beharrlichkeit und Kreativität neue adäquate Lösungen zu suchen. Wenn wir inzwischen um einige Illusionen ärmer geworden und die anstehenden Probleme komplizierter geworden sind, wird es in der Wirtschaftswissenschaft wohl ohne einen radikalen Paradigmenwechsel nicht abgehen.

⁸ Herman E. Daly: *Steady-state economics. Second edition with new essays. London 1992. S. 25.*

GÜNTER KRAUSE

Fritz Behrens und die Geschichte der politischen Ökonomie

Ein großes Interesse an ökonomischer Theoriegeschichte, vornehmlich an Fragestellungen und Problemlagen der Geschichte der politischen Ökonomie, gehörte zum unverwechselbaren Wissenschaftlerprofil von Fritz Behrens. Helmut Steiner konstatiert daher völlig zu Recht, daß die Geschichte der politischen Ökonomie »neben der Arbeitsproduktivität die zweite Säule seines lebenslanglich betriebenen wissenschaftlichen Arbeitsgegenstandes«¹ war. Und das von ihm in dankenswerter Weise öffentlich gemachte persönliche Bekenntnis von Behrens aus dem Jahre 1980 dokumentiert diesen Tatbestand eindrucksvoll: »Ich habe mich nie nur als Statistiker gefühlt, obwohl ich keinen politischen Ökonomen ernst nehmen kann, der nicht auch als Statistiker arbeitet. Aber das gilt auch für die Geschichte der politischen Ökonomie. Es ist erschreckend, wie niedrig das Niveau vieler sozialistischer Ökonomen in ihren Kenntnissen der Geschichte ihrer Wissenschaft ist.«²

Die Beschäftigung mit dem Thema »Fritz Behrens und die Geschichte der politischen Ökonomie« fördert eine Reihe von Erkenntnissen zutage. Diese tragen *erstens* zu einer genaueren Charakteristik des geistig-ideologischen Habitus eines sozialistischen Intellektuellen im Nachkriegsdeutschland bzw. zur Ausleuchtung des wissenschaftlichen Wirkens eines reputierlichen ostdeutschen Pioniers marxistischer Wirtschaftslehre bei. *Zweitens* sind sie gerade auch dem besseren Verständnis der spezifischen Verfaßtheit der ökonomischen Theoriegeschichte und -kritik, der Prägung der Geschichte der politischen Ökonomie als Teildisziplin marxistischer Wirtschaftswissenschaft in der DDR dienlich.³ *Drittens* belegen sie, daß die Verwendung wissenschaftsfremder Konzepte wie etwa der ideologieträchtigen »Klassenkampf«, »Lager«- oder »Freund-Feind«-Denkmuster selbst einem öko-

nomisch so umfassend gebildeten Geist wie Fritz Behrens bestimmte Fesseln im Erkenntnisprozeß anlegten. Wissenschaftlich problematische, infolge vordergründig politisch motivierter Ableitungen kaum haltbare theorienhistorische und -kritische Wertungen waren dann zum Teil die Folge.

1. BEHRENS' BEITRAG ZUR HERAUSBILDUNG EINER GESCHICHTE DER POLITISCHEN ÖKONOMIE IN DER DDR

Unbestritten hatten Wirtschaftswissenschaftler wie etwa Jürgen Kuczynski, Gerhard Bondi, Rudolf Agricola, Kurt Braunreuther, Rudhard Stollberg, Günter Fabiunke oder Herbert Meißner beträchtlichen Anteil daran, daß es an den akademischen Institutionen der SBZ bzw. der DDR zur Einrichtung und Entwicklung einer mit der ökonomischen Theoriegeschichte befaßten Lehr- und Wissenschaftsdisziplin kam. Doch als eigentlicher »Gründungsvater« dieser zunächst noch als »Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen« firmierenden, später dann als »Geschichte der politischen Ökonomie« agierenden und mit ausschließlich marxistischem Impetus versehenen Disziplin trat nach 1945 in Ostdeutschland vor allem Fritz Behrens hervor. Für eine solche Wertung spricht nicht allein die Tatsache, daß Behrens an der Leipziger Universität bereits frühzeitig, d.h. im Sommersemester 1946, eine Vorlesungsreihe zur Geschichte der politischen Ökonomie anbot. Vielmehr waren es gerade auch Behrens' theorienhistorische und -kritische Themen und Problemaufrisse, die besonders in der zweiten Hälfte der 40er sowie in den 50er Jahren seine wissenschaftlichen Aktivitäten und Publikationen prägten. Sie erwiesen sich zudem auf längere Sicht als richtungs-

¹ Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980). Im vorliegenden Band S. 28. ² Ebenda. ³ Siehe dazu auch Günter Krause: Reflexionen über eine Wissenschaftsdisziplin in der DDR. Das Beispiel der Geschichte der Politischen Ökonomie. In: Camilla Warnke/Gerhard Huber (Hrsg.): Zur Kritik der deutsch-deutschen Ökonomie. Konzeptionen, Positionen und Methoden wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in Ost und West. Marburg 1996. S. 147–187.

gebende Orientierungspunkte für die Forschungsarbeit innerhalb dieser Disziplin. Schon seine im Wintersemester 1947/1948 gehaltene Leipziger Antrittsvorlesung als ordentlicher Professor für politische Ökonomie⁴ veranlaßte ihn zu theoriegeschichtlichen Reflexionen und Kommentaren in Sachen Hermann Heinrich Gossen, Eugen Schmalenbach, Karl Marx, Emil Lederer, Heinrich von Stackelberg oder Joseph A. Schumpeter. Die von Behrens in den nächsten Jahren publizierten Arbeiten »Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der »wissenschaftlichen Apologetik« des Kapitalismus« (1949), »Die Entwicklung der politischen Ökonomie in der UdSSR« (1949), »Marx' Kritik an Malthus und der Neo-Malthusianismus« (1952), »Hegels ökonomische Auffassungen und Anschauungen. Zur Entwicklung der politischen Ökonomie beim jungen Marx« (1952) sowie sein »Grundriß einer Geschichte der politischen Ökonomie« (1956) galten in der DDR speziell für Theorienhistoriker als ein »Muß«. Sie rechneten hier alsbald zur Standardliteratur marxistischer Dogmengeschichtsschreibung und -kritik. Seine frühen Polemiken wider Vertreter tradierter deutscher Volks- und Betriebswirtschaftlehre wie Alfred Weber⁵, Joachim Tiburtius und Paul Jostock⁶ sowie Eugen Schmalenbach und Konrad Mellerowicz⁷ besaßen fraglos eine normative Wirkung. Die seitens der marxistischen Ökonomie in Ostdeutschland gegenüber konkurrierenden wirtschaftswissenschaftlichen Denktraditionen praktizierte prinzipielle Abgrenzung, gewissermaßen ihre »Entlarvung« wurde damit nicht unwesentlich fundiert.

Der einbändige »Grundriß« von 1956⁸ diente Behrens schließlich als Fundament für die im Jahre 1962 begonnene, auf fünf Bände angelegte Ausgabe des »Grundrisses der Geschichte der politischen Ökonomie«⁹. Inzwischen von Leipzig nach Berlin an das Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften gewech-

selt (1954), widmete er sich in diesem umfangreichen Werk vor allem der Aufgabe, zentrale Perioden der Entwicklung des ökonomischen Denkens auf dem jeweiligen Hintergrund der materiellen Produktion der Gesellschaft sowie ihrer sozialen und politischen Verfaßtheit darzustellen. Behandelte der erste Band »Die politische Ökonomie bis zur bürgerlichen Klassik«, so stand im 1976 erschienenen zweiten Band »Die Marx'sche politische Ökonomie« im Zentrum der Untersuchung. Im Jahre 1979 wurde der dritte Band publiziert. Er hatte »Die bürgerliche Ökonomie bis zur allgemeinen Krise des Kapitalismus« zum Gegenstand. In dem 1981 posthum veröffentlichten vierten Band thematisierte Behrens »Die bürgerliche Ökonomie in der allgemeinen Krise des Kapitalismus«. Und wie der Klappentext des ersten Bandes anzeigte, sollte im vorgesehenen fünften Band »Die politische Ökonomie des Sozialismus« aus theoriegeschichtlicher Sicht dargestellt werden. Doch mehrere Umstände ließen es nicht zur Veröffentlichung dieses Bandes kommen. Vor allem Behrens' radikal-kritische, von den Ideen eines demokratischen Sozialismus inspirierte Systemanalyse der Wirtschaft und Gesellschaft des bürokratischen Staatssozialismus, das Suchen nach theoretischen und praktischen Alternativen zum herrschenden Typus von Offiziallehre und Planökonomie sowie das aus persönlichen Erfahrungen gespeiste Wissen um die Unmöglichkeit der Thematisierung dieser Problematik in der Öffentlichkeit der DDR¹⁰ zwangen ihn, von der Veröffentlichung des fünften Bandes Abstand zu nehmen. In verschiedenen, zunächst »für die Schublade« geschriebenen Beiträgen setzte er sich allerdings scharf mit Theorie und Praxis des Realsozialismus auseinander. Eine Reihe von ihnen findet sich in dem 1992 auf Initiative einer Tochter von Behrens' herausgegebenen Band »Abschied von der sozialen Utopie«¹¹. Es ist müßig zu sagen, daß Behrens in diesen Aufsätzen

4 Siehe Fritz Behrens: *Die Theorie der Produktionspreise, betriebswirtschaftliche Kostentheorie und Gleichgewichtstheorie der Preise*. Leipzig 1949. 5 Siehe Fritz Behrens: *Dogmatik, Orthodoxie und wissenschaftlicher Sozialismus. Eine Antwort an Alfred Weber*. In: »Einheit«. Berlin 2(1947)9. S. 873–881. 6 Siehe Fritz Behrens: »Solidarismus«. Einige Bemerkungen zur »Soziallehre« und »Sozialreform« nach christlicher Auffassung. In: »Einheit«. Berlin 3(1948)1. S. 34–43. 7 Siehe Fritz Behrens: *Ist die Betriebswirtschaftslehre eine Wissenschaft?* In: »Deutsche Finanzwirtschaft«. Berlin 4(1950)2. S. 57–64. 8 Siehe Fritz Behrens: *Grundriß einer Geschichte der politischen Ökonomie*. Berlin 1956. 9 Siehe Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie*. Bd. 1–4. Berlin 1962–1981. 10 Siehe dazu Günter Krause: *Die »Revisionismus-Debatte« in den Wirtschaftswissenschaften der DDR*. In: *FIT Discussion Papers*. Frankfurt an der Oder (1996)2; *Wirtschaftstheorie in der DDR*. Marburg 1998. S. 115–138. 11 Siehe Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*. Hrsg. von Hannamaria Loschinski [u. a.]. Berlin 1992 (im folgenden: *Abschied*).

mehrfach relevante theoriegeschichtliche Themen und Fragestellungen aufgriff.¹²

Und die Geschichte der politischen Ökonomie sollte dann gerade auch in der für Behrens so leidvollen Zeit ab 1967/1968¹⁵ ein wichtiges Feld wissenschaftlichen Arbeitens werden, denn bis zu seinem Tode im Jahre 1980 war er im erheblichen Maße mit dem Schreiben bzw. Überarbeiten der einzelnen Bände des »Grundrisses« befaßt. Mit diesem Opus bescherte Behrens in der DDR beheimateten Wissenschaftsdisziplin »Geschichte der politischen Ökonomie« nicht nur ein wichtiges, auch internationale Resonanz findendes dogmenhistorisches Standardwerk. Nachhaltig dokumentierte er damit vor allem seinen bedeutenden Status in der Zunft der DDR-Theoriehistoriker.

Dieses Urteil wird auch nicht durch die Tatsache eingeschränkt, daß im »Grundriß«, so zum Beispiel im vierten Band, schon Lücken und allzu oberflächlich-banale Wertungen auszumachen sind. In gewisser Weise sind dies Folgen eines politisch und gesundheitlich erzwungenen Emeritus-Daseins, widerspiegelt sich darin der Status eines wissenschaftlich weitgehend isolierten Einzelkämpfers. Daß sich Behrens dieser Problematik bewußt war, belegt seine aus dem Jahre 1980 datierte Feststellung: »Was meinen Grundriß der Geschichte betrifft, so bin ich selbst sehr unzufrieden damit, weil mir aus hier nicht darzulegenden Gründen besonders neuere Literatur fehlte und fehlt.«¹⁴.

2. DIE BREITE DES THEORIEGESCHICHTLICHEN WERKES VON BEHRENS

Zu den Merkmalen, die das der ökonomischen Ideengeschichte gewidmete Schaffen von Behrens kennzeichnen, gehört fraglos eine bemerkenswerte Breite in der thematisch-inhaltlichen Anlage. So finden sich bei ihm komplex ausgerichtete Gesamtdarstellungen zur Geschichte der politischen Ökonomie¹⁵ ebenso wie Abhandlungen zu bestimmten Abschnitten der Genesis der ökonomischen Theorie¹⁶. Behrens beschäftigte sich mit methodologischen Fragen einer marxistischen Geschichte der politischen Ökonomie¹⁷, und er wandte sich desweiteren Denkern zu, die für die allgemeine Entwicklung der Wirtschaftslehre bedeutsam waren. Als Beleg hierfür stehen beispielsweise seine Arbeiten über Hermann Heinrich Gossen¹⁸, Georg Wilhelm Friedrich Hegel¹⁹ oder Karl Marx²⁰.

Für Behrens war besonders charakteristisch, daß er wissenschaftlich herausfordernde theoretische Probleme bevorzugt mit dogmengeschichtlichen und -kritischen Exkursen verband. Sehr anschaulich belegt dies sein Buch »Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie«²¹ – seine an der Leipziger Universität verteidigte Habilitationsschrift. Hier wurde nicht allein der Versuch unternommen, ein kompliziertes Thema der Nationalökonomie erstmals *umfassend* aus der Optik eines marxistischen deutschen Ökonomen zu

12 Siehe Fritz Behrens: *Zur Geschichte des sozialistischen Gedankens und der politischen Ökonomie*. In: *Abschied*. S. 11ff. **13** Siehe hierzu im vorliegenden Band Helmut Steiner: *Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980)*. S. 27. **14** Zitiert ebenda. S. 28. **15** Siehe beispielsweise Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie*. Bd. 1–4. Berlin 1962–1981. **16** Siehe beispielsweise Fritz Behrens: *Die Entwicklung der politischen Ökonomie in der UdSSR*. Leipzig 1949. **17** Siehe beispielsweise Fritz Behrens: *Zur Methode der politischen Ökonomie*. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Ökonomie. Berlin 1952. **18** Siehe Fritz Behrens: *Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der »wissenschaftlichen Apologetik« des Kapitalismus*. Leipzig 1949. **19** Siehe Fritz Behrens: *Hegels ökonomische Auffassungen und Anschauungen*. Zur Entwicklung der politischen Ökonomie beim jungen Marx. In: »Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig« (1952/1953)9–10. S. 411–420. **20** Siehe Fritz Behrens: *Marx' Kritik an Malthus und der Neo-Malthusianismus*. In: »Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig« (1952/1953)6. S. 281–300. **21** Siehe Fritz Behrens: *Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie*. Eine theoretische und statistische Studie über die produktive Arbeit. Berlin 1948.

entwickeln. Behrens verknüpfte seine politökonomischen Überlegungen zugleich mit ausführlichen theoriegeschichtlichen Darstellungen zur statistischen Ermittlung des Volkseinkommens, insbesondere der Diskussion von Paul Jostocks 1941 veröffentlichter Schrift »Die Berechnung des Volkseinkommens und ihr Erkenntniswert«, zum Produktivitätsbegriff sowie zur Meßbarkeit der Arbeitsproduktivität. Hierbei vermittelte er einen tiefen Einblick in die auf der berühmten Wiener Tagung des Vereins für Socialpolitik (1909) vertretenen Auffassungen. Bei dieser Veranstaltung hatten Problem und Begriff der Produktivität im Mittelpunkt des Interesses und der Debatte gestanden. Behrens unterzog in diesem Kontext die Anschauungen u. a. von Eugen von Philippovich, Max Weber, Werner Sombart, Karl Diehl, Heinrich von Stackelberg, Hans Peter, Mihail Manoilescu und Stefan Varga einer kritischen Betrachtung.

Die zu registrierende Breite des dogmengeschichtlichen Werkes von Behrens stand nicht allein für eine anzuerkennende wissenschaftliche Produktivität. Sie reflektierte vielmehr das spezifische Problembewußtsein, den Denkhorizont und die Sichtweise dieses Gelehrten. Und Credo dieser Sichtweise, und insofern Kern seines Verständnisses von wissenschaftlicher ökonomischer Theoriegeschichte, war eben, daß Theorie, Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie eine untrennbare Einheit darstellen.

Im Band 1 seines »Grundrisses« argumentierte Behrens unter Bezug auf Karl Marx: »Das Studium der Geschichte der politischen Ökonomie ist somit Studium der politischen Ökonomie selbst. Die konkrete Gestalt der ökonomischen Erscheinungen und die logische Form, in die das Bewußtsein sie kleidet, sind nicht voneinander zu trennen [...] Das materialistische Prinzip der Einheit von Logik und Geschichte gilt nicht nur für die systematische, sondern auch für die historische Darstellung einer Theorie.«²² Und in Präzisierung dieses Standpunktes fuhr er fort: »Um in den historischen Erscheinungen, in denen die politische Ökonomie geschichtlich auftritt, ihre Entwicklung zu erkennen, muß man sich an dem Leitfaden der Entwicklung der materiellen Produktion der menschlichen Gesellschaft orientieren.«²⁵ Damit band Behrens

die Entwicklung der politökonomischen Theorie unmittelbar an Struktur und Genesis der gesellschaftlichen Produktion in einer bestimmten geschichtlichen Periode. Dieser materialistische Erklärungsansatz verkörperte durchaus ein produktives Prinzip zur Interpretation des Fortschritts in der (polit)ökonomischen Ideenwelt bzw. in der Ausprägung des systematisch strukturierten Kategorien- und Theoriensystems. Allerdings war dieser Ansatz nicht gegen einen bestimmten Determinismus und Reduktionismus gefeit. Dieser äußerte sich vor allem darin, ökonomische Ideen und Theorien ausschließlich auf existente ökonomische Verhältnisse, gegebene objektive Zwänge der Produktion oder Interessenlagen in Klassenkonstellationen zurückzuführen. Die Erklärung des Formierungsprozesses der Wirtschaftstheorie insgesamt, der verschiedenen Paradigmen sowie des Denkens der einzelnen Ökonomen litt daher angesichts eines stark ideologisch-axiomatisch geprägten Denkens doch unter einem Mangel an Offenheit und Alternativität.

3. SCHWERPUNKTE IM THEORIE- GESCHICHTLICHEN SCHAFFEN VON BEHRENS

Welches waren im theoriegeschichtlichen und -kritischen Schaffen von Behrens nun die inhaltlichen Schwerpunkte? Im Grunde kristallisierten sich drei Komplexe heraus, die als bevorzugte Objekte seiner diesbezüglichen Untersuchungen gelten.

Erstens befaßte er sich ausführlich mit der deutschen Nationalökonomie. Sein besonderes Interesse galt dabei vor allem Prozessen, Debatten, Theoretikern und Werken aus dem Zeitraum von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis hin zu den 40er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts. Den Hintergrund für die Beschäftigung mit der tradierten Volks-, aber auch Betriebswirtschaftslehre lieferte zum einen die eigene frühe wissenschaftliche Sozialisation. Das heißt, Behrens' Studium der Volkswirtschaftslehre und Statistik, seine Forschungs- und Referendartätigkeit in Institutionen wie dem Statistischen Reichsamte in Berlin oder dem Statistischen Zentralamt in Prag sowie die

²² Fritz Behrens: *Die politische Ökonomie bis zur bürgerlichen Klassik. Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. 1.* Berlin 1962. S. 13. ²⁵ *Ebenda.*

Veröffentlichungen in den »Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik«, im »Allgemeinen Statistischen Archiv« und in der »Statistischen Rundschau« zentrierten schon das Forschungsinteresse in entsprechender Weise. Zum anderen sollte die in den 50er Jahren erfolgende thematische Ausrichtung des Akademie-Instituts für Wirtschaftswissenschaften u. a. auf in »Westdeutschland herrschende wirtschaftswissenschaftliche Auffassungen«²⁴ bestimmte Konsequenzen zeitigen. Als Belege für Behrens' Beschäftigung mit der deutschen Nationalökonomie stehen u. a. sein Buch über Hermann Heinrich Gossen²⁵, die Schrift über »Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie«²⁶ oder Veröffentlichungen wie »Die Überlegenheit der Planwirtschaft über die »freie« Marktwirtschaft«²⁷ und »Die Theorie der Produktionspreise, betriebswirtschaftliche Kostentheorie und Gleichgewichtstheorie der Preise«²⁸. Dabei geriet Behrens mit seinem Buch über Gossen ins Fadenkreuz der ideologischen Hardliner der SED. Obwohl er Gossen wie die nichtmarxistische Wirtschaftstheorie insgesamt zum Teil mit harschen und aburteilenden, eine sorgfältige Analyse umgehenden Verdikten belegte, genügten seine bescheidenen Versuche der sachlich-wissenschaftlichen Annäherung an nichtmarxistische Ökonomen sowie die Problematisierung des Marxschen Verständnisses von Apologetik²⁹ für den Vorwurf des »Objektivismus«³⁰. Beispielsweise geriet Alfred Lemnitz selbst die Verwendung des Attributs *wissenschaftlich* (bei »wissenschaftliche Apologetik«) zu weit, denn die

»Apologetik« der bürgerlichen Ökonomie könne niemals Wissenschaftlichkeit beanspruchen.³¹ Im übrigen zog sich Behrens mit seiner Schrift über Gossen gerade auch deshalb massiven parteioffiziellen Unwillen zu, weil er hierin das ökonomische Werk Nikolai Bucharins in gewisser Weise enttabuisierte, mit positiver Diktion dessen Arbeit »Die politische Ökonomie des Rentners« aufnahm. Helmut Steiner verweist zu Recht darauf, daß dies schließlich »zum Einzug der ersten Fassung des gedruckten Buches« führte und ohne »jeglichen Hinweis auf Veränderungen oder eine neue Ausgabe [...] eine veränderte Fassung«³² erschien, in der dann der »Verräter« Bucharin keine Erwähnung mehr fand.

Zweitens beschäftigte sich Behrens recht intensiv mit der ökonomischen Lehre von Karl Marx, Friedrich Engels und Rosa Luxemburg. Bereits lange vor dem der Marxschen politischen Ökonomie gewidmeten zweiten Band seines »Grundrisses«³³ interessierten ihn Herausbildung und Genesis, Inhalt und Methode sowie Struktur und Rezeption der marxistischen Wirtschaftstheorie³⁴ sowie die Kritik von Marx an der bürgerlichen politischen Ökonomie³⁵.

Besondere Aufmerksamkeit widmete er dabei immer wieder dem Formierungsprozeß der politischen Ökonomie von Marx, speziell seinem Verhältnis zu Hegels ökonomischen Anschauungen. In dem Anfang der 50er Jahre veröffentlichten Aufsatz »Hegels ökonomische Auffassungen und Anschauungen. Zur Entwicklung der politischen Ökonomie beim jungen Marx«³⁶

24 Bericht über die Arbeit des Instituts für Wirtschaftswissenschaften im Jahre 1955 und im I. Quartal 1956. In: *Probleme der politischen Ökonomie*. Berlin 1957. S. 1. **25** Siehe Fritz Behrens: *Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der »wissenschaftlichen Apologetik« des Kapitalismus*. Leipzig 1949. **26** Siehe Fritz Behrens: *Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie. Eine theoretische und statistische Studie über die produktive Arbeit*. Berlin 1948. **27** Siehe Fritz Behrens: *Die Überlegenheit der Planwirtschaft über die »freie« Marktwirtschaft*. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 3(1955) Sonderheft. S. 37–54. **28** Siehe Fritz Behrens: *Die Theorie der Produktionspreise, betriebswirtschaftliche Kostentheorie und Gleichgewichtstheorie der Preise*. Leipzig 1949. **29** Siehe Fritz Behrens: *Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der »wissenschaftlichen Apologetik« des Kapitalismus*. Leipzig 1949. S. 99. **30** Siehe beispielsweise Alfred Lemnitz: »Wissenschaftliche Apologetik«. In: »Einheit«. Berlin 4(1949)5. S. 478. **31** Siehe ebenda. **32** Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980) im vorliegenden Band S. 17. **33** Siehe Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie*. Bd. 2: *Die Marxsche politische Ökonomie*. Berlin 1976. **34** Siehe beispielsweise Fritz Behrens: *Zur Methode der politischen Ökonomie. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Ökonomie*. Berlin 1952. **35** Siehe beispielsweise Fritz Behrens: *Marx' Kritik an Malthus und der Neo-Malthusianismus*. In: »Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig« (1952/1953)6. S. 281–300. **36** Siehe Fritz Behrens: *Hegels ökonomische Auffassungen und Anschauungen. Zur Entwicklung der politischen Ökonomie beim jungen Marx*. In: »Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig« (1952/1953)9–10. S. 411–420. – Dieser Aufsatz erschien dann unter dem Titel »Zur Entwicklung der politischen Ökonomie beim jungen Marx« fast wörtlich auch in der Zeitschrift »Aufbau« 9(1953)5. S. 444–456.

– er sollte sich als gewichtige Wortmeldung in der theoretischen Debatte um den Platz des Hegelschen Erbes innerhalb des Marxismus erweisen – versuchte er vor allem die Frage zu beantworten, »wie der junge Marx sich mit den Fragen der politischen Ökonomie beschäftigte, warum er es tat und wann der Prozeß der kritischen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ökonomie begann«³⁷. In diesem Kontext kam der scharfen, gerade auch politisch eingefärbten Polemik mit Rugard Otto Gropp spezielle Bedeutung zu. Der Leipziger Philosoph, hervorgetreten als gestrenger Dogmatiker und ideologischer Tugendwächter des Offizialmarxismus der SED, hatte in zwei Aufsätzen³⁸ neben Auguste Cornu, Ernst Bloch und Georg Lukács auch Behrens ob seiner Sicht auf Hegel bzw. das Hegel–Marx-Verhältnis attackiert. Er unterstellte ihm, in wichtigen Fragen der politökonomischen Theorie Marx durch Hegel ersetzen zu wollen.³⁹ Behrens wies diese Konstruktion mit Nachdruck zurück und bekräftigte in der Replik sein Anliegen: »Aber wovon ging Marx aus? Was fand er bei Hegel vor? Das interessierte mich!«⁴⁰ Dieses Interesse dokumentierte er auch im »Grundriß«, findet sich doch hier ebenfalls ein Abschnitt »Zur Entwicklung der politischen Ökonomie bei Marx – Marx und Hegel«.⁴¹ Und auf Hegel kam Behrens auch später wieder zurück. In einem der zu DDR-Zeiten nicht zur Veröffentlichung bestimmten Aufsätze untersuchte er unter dem Titel »Das Erbe Hegels – ein Verhängnis?«⁴² das Theorieprogramm von Hegel sowie die Beziehung zwischen der Hegelschen Lehre und dem Denken von Marx. Explizit betonend, daß »viele [...] von Hegel in den Marxismus eingeflossen [ist]«⁴³, gab er auf die von ihm aufgeworfene Frage »Hegel, was war er? Revolutionär oder Reaktionär?« eine unmißverständliche Antwort: »Er war beides zugleich, wie das Denken wohl nur in einer Klassengesellschaft sein kann.«⁴⁴

Aufmerksamkeit verdient, daß die von Behrens in seinen letzten Lebensjahren zum Marxschen Theorie-

projekt niedergeschriebenen Reflexionen kategorisch darin enthaltene Schranken und Brüche benennen. Sein mit Blick auf die Lehre von den Produktionsweisen und der Gesellschaftsabfolge formulierter Gedanke »in den Grundlagen stimmt bereits Entscheidendes nicht!«⁴⁵, muß als ein relevanter methodologischer Ausgangspunkt für eine seriöse, produktive marxistische Kritik des in Theorie und Praxis gescheiterten Sozialismus stehen. Mir scheint die Aktualität dieses Gedankens für gegenwärtige Debatten über eine kritische Rekonstruktion des Marxschen Forschungsprogramms zwingend evident.⁴⁶ Behrens' Sicht hebt sich damit positiv von teilweise unter marxistischen Intellektuellen verbreiteten Sichtweisen ab. Tief erschüttert von den historischen Umbrüchen und Niederlagen und verunsichert durch die scheinbar eherne Dominanz eines neoliberalen Zeitgeistes, neigen sie nicht selten dazu, mit einer Art Festungsmentalität Marx und sein wissenschaftliches Programm zu »verteidigen«. Dabei wird vorrangig auf einen »Mißbrauch« seiner Lehre, auf die »Abkehr« vom »originären« Marx innerhalb des Staatssozialismus rekurriert. Im Kern werden damit, ob gewollt oder nicht, die Konstrukte des Marxschen Forschungsprogramms einer kritischen Hinterfragung entzogen. Anthony Brewer hat völlig recht, wenn er kürzlich im Rahmen eines spannenden Diskurses über Marx' Wirtschaftstheorie und deren Platz in der Geschichte des ökonomischen Denkens feststellte: »The criteria by which Marx' work should be judged are the same as those that would be used to assess any other economist. First, his contribution to economics must be judged by the novelty and usefulness of what he had to say about economics, defined as it normally is, [...] Second, his theories must be judged by their capacity to explain observable phenomena [...] Third, he must be judged by his causal explanations of observable phenomena.«⁴⁷

Drittens erregten über einen langen Zeitraum die

37 Ebenda. S. 411. 38 Siehe Rugard Otto Gropp: *Die marxistische dialektische Methode und ihr Gegensatz zur idealistischen Dialektik Hegels (I) und (II)*. In: »Deutsche Zeitschrift für Philosophie«. Berlin 2(1954) S. 69–112 und 344–383. 39 Siehe ebenda. S. 98. 40 Fritz Behrens: *Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels*. In: »Deutsche Zeitschrift für Philosophie« 2(1954)4. S. 898. 41 Siehe Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie*. Bd. 2. Berlin 1976. S. 86ff. 42 Siehe Fritz Behrens: *Das Erbe Hegels – ein Verhängnis?* In: *Abschied*. S. 210ff. 43 Ebenda. S. 218. 44 Ebenda. S. 216. 45 Fritz Behrens: *Wo steckt der Fehler?* In: *Abschied*. S. 233. 46 Siehe beispielsweise die verschiedenen Beiträge zum Thema »Marxismus – Bilanz und Perspektive«. In: »Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung«. Frankfurt am Main 8(1997)30. S. 21–116. 47 Anthony Brewer: *A Minor Post-Ricardian? Marx as an Economist*. In: »History of Political Economy« 27(1995)1. S. 111–145.

Entwicklung der ökonomischen Sozialismustheorie sowie die nichtmarxistische Kritik an Theorie und Praxis der Planökonomie die spezielle Aufmerksamkeit von Behrens. Das bereits in den 30er Jahren sichtbar gewordene persönliche Engagement für Ideen und Visionen eines Sozialismus, das dann nach 1945 im Osten Deutschlands bzw. in der DDR seine Orientierung am Versuch der Errichtung eines sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems erhielt, sollte bei Behrens prägend in Fragen der ökonomischen Sozialismustheorie wirken. Unzweifelhaft gab seine innere Verbundenheit mit sozialen Utopien von egalitärem und zutiefst demokratischem Zuschnitt auch dem wissenschaftlichen Interesse Gegenstand bzw. Ausrichtung mit vor. Und das Gewicht dieser Verbundenheit, kombiniert mit einer zeitweilig blinden Hörigkeit und Disziplin gegenüber der SED und ihrem Offizial-Marxismus-Leninismus, erzeugte im erheblichen Maße auch all die Widersprüche, die die wissenschaftlichen Biographien von sozialistischen Intellektuellen seines Profils kennzeichnen. So finden sich einerseits gerade Ende der 40er bzw. Anfang der 50er Jahre Veröffentlichungen zu Genesis und Repräsentanten der ökonomischen Sozialismustheorie, die von einem innerakademischen Normen folgenden wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs weit entfernt waren.⁴⁸ Und Stalins Wortmeldungen zu ökonomischen Fragen wurde in akademisch kaum zu rechtfertigender Weise der Rang von »Weiterentwicklung und Höherentwicklung der politischen Ökonomie«⁴⁹ zuerkannt. Doch andererseits entwickelte Behrens – gemeinsam mit Arne Benary – in den Jahren 1956/1957 seine wissenschaftlich produktiven Beiträge zur Reformierung der bürokratischen Planökonomie des DDR-Staatssozialismus.⁵⁰ Und er lieferte in den 60er Jahren innerhalb der Periode des »Neuen Ökonomischen Systems« re-

spektable Anregungen zum Umbau der Wirtschaftsordnung in Richtung höherer Effizienz, präsentierte kritische Analysen zu Theorie und Praxis realsozialistischer Ökonomie, unterbreitete Vorschläge zur Dezentralisierung und Demokratisierung der verkruusteten Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft.⁵¹

Behrens' innere Verbundenheit mit dem Sozialismus-Projekt im allgemeinen und der DDR im besonderen, die auch durch zahlreich erlittene Kränkungen und Repressionen seitens der SED-Machthaber nicht zerstört werden konnte, erklärt im übrigen, warum er sich nach seiner im Jahre 1968 politisch und gesundheitlich erzwungenen Emeritierung einer intensiven Analyse der Ökonomie des Staatssozialismus widmete. Diese schloß eine Beschäftigung mit seinen geistigen, politischen und sozialen Quellen und Traditionen bzw. seinen strukturellen Blockaden und Defiziten ebenso ein wie kritisches Nachdenken über die »Geschichte des sozialistischen Gedankens«⁵², die Diskrepanzen zwischen Staatssozialismus und Sozialismusideen bei Marx, Engels und Luxemburg, den Stellenwert sozialer Utopien sowie über die verschiedenen Bürokratietheorien. Die entscheidende, ihn förmlich umtreibende Frage war dabei: »Wo steckt der Fehler?«⁵³ für die Konstruktion dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das er begrifflich als »staatsmonopolistischen Sozialismus« charakterisierte. Kurz: Der Begründung und Formierung sowie dem Scheitern des Sozialismus versuchte er über entsprechende theoriegeschichtliche Arbeiten auf die Spur zu kommen.

Relativ ausführlich befaßte sich Behrens zudem mit der nichtmarxistischen Kritik am Wirtschaftsmodell des Staatssozialismus sowie mit jenen Sozialismus-Konzepten, die in Konkurrenz mit dem auf Marx basierenden Ansatz standen. Bereits in der zweiten

⁴⁸ Siehe beispielsweise Fritz Behrens: *Die Entwicklung der politischen Ökonomie in der UdSSR*. Leipzig 1949; *Stalin als politischer Ökonom*. In: »Deutsche Finanzwirtschaft«, Berlin (1949)15. S. 498–505; *Stalins Werk: »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR« und seine Bedeutung für die politische Ökonomie*. In: »Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig« (1952/1953)4. S. 161–180. ⁴⁹ Fritz Behrens: *Stalin als politischer Ökonom*. In: »Deutsche Finanzwirtschaft«, Berlin (1949)15. S. 498. ⁵⁰ Siehe beispielsweise Fritz Behrens/Arne Benary: *Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik der Übergangsperiode*. Berlin 1956. ⁵¹ Siehe beispielsweise Fritz Behrens: *Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus*. In: Walter Euchner/Alfred Schmidt (Hrsg.): *Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital«*. Frankfurt am Main, Wien 1968. S. 288–299. ⁵² Siehe Fritz Behrens: *Zur Geschichte des sozialistischen Gedankens und der politischen Ökonomie*. In: *Abschied*. S. 11ff. ⁵³ Fritz Behrens: *Wo steckt der Fehler?* In: *Abschied*. S. 227. ⁵⁴ Siehe Fritz Behrens: »Freier« Sozialismus oder sozialistische Freiheit. Eine Kritik des kleinbürgerlichen Sozialismus aus Heidelberg. In: »Einheit«. Berlin 2(1947)4. S. 389–398; *Dogmatik, Orthodoxie und wissenschaftlicher Sozialismus. Eine Antwort an Alfred Weber*. In: »Einheit«. Berlin 2(1947)9.

Hälfte der 40er Jahre veröffentlichte er aus aktuellen Anlässen mehrere polemische Wortmeldungen.⁵⁴

Hierbei setzte er sich u. a. mit Vorstellungen Alfred Webers und Alexander Mitscherlichs von einem »freien Sozialismus« auseinander, die diese im Kontext mit den realen ökonomischen und politischen Verhältnissen des sowjetischen Staatssozialismus entwickelt hatten. Auf dem Hintergrund einer sich nach 1945 sukzessive verstärkenden Systemkonfrontation reagierte er als kommunistisch eingestellter Wissenschaftler auf ihre kritischen Einlassungen zu stalinistischen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft zeithistorisch und politisch adäquat: »Unvoreingenommenes Ausgehen vom Rohstoff der Wirklichkeit muß zur Anerkennung des wirklichen Sozialismus als des Systems der Freiheit für *alle* Werktätigen führen. Und das ist einzig und allein heute in der ganzen Welt der Sozialismus in der UdSSR. Nur dogmatische Befangenheit in den begrifflichen Systemen bürgerlichen Denkens [...] können heute noch zu solchem wirklichkeitsfremden und daher utopischen und reaktionären System des Sozialismus führen, wie das »Freien Sozialismus«, zu solchen willkürlichen Konstruktionen gegenüber der geschichtlichen Wirklichkeit.«⁵⁵ Doch auch in späteren Jahren, als Behrens selbst nachdrücklich auf kritische Distanz zum Staatssozialismus ging, zeigte er sich in Fragen der Beurteilung nichtmarxistischer Sozialismusedwürfe als sehr prinzipiell.⁵⁶ Dies schloß ein, daß sein Urteil über die »bürgerliche Sozialismuskritik« im Grunde ein für allemal feststand. Stets greife man »auf die alten Ladenhüter einer Sozialismuskritik zurück, auf Ladenhüter, die natürlich durch ihre Wiederholung nicht richtiger werden«⁵⁷. Kurzum: Erkennbare Differenzierungen, veränderte Fragestellungen sowie partiell zwingende wissenschaftliche Plausibilität in dieser Kritik blieben ihm verborgen. Behrens' vielfältig geprägte weltanschauliche Überzeugungen, die gleichermaßen Bekenntnis zum Marx'schen Theorieprojekt sowie Distanz zum Leninismus, Identifikation mit den Emanzipationspotentialen einer historisch gewachsenen Sozialismusbewegung sowie

drastische Kritik des Staatssozialismus einschlossen, geboten es letztlich nicht, sich diskursiv en detail auf Gehalt und Berechtigung nichtmarxistischer ökonomischer Sozialismuskritik ernsthaft einzulassen.

4. DIE NORMATIVE PRÄGUNG DES THEORIEGESCHICHTLICHEN KONZEPTS VON BEHRENS

Die für das theoriegeschichtliche und -kritische Werk von Behrens stehenden Schriften sind insbesondere das Produkt seiner nach 1945 zu datierenden wissenschaftlichen Schaffensperiode. Der konzeptionelle Ansatz dieses Werkes erfuhr seine entscheidende Prägung durch die von den Klassikern des Marxismus gelieferte und später in der DDR-Offizialökonomie unreflektiert reproduzierte Interpretation von ökonomischer Theoriegeschichte und -entwicklung. Hierbei sollte vor allem Marx' Bestimmung von wissenschaftlicher und vulgärer Ökonomie überragenden normativen Charakter erlangen.⁵⁸ Behrens' Diktion der Beschäftigung mit der Geschichte der politischen Ökonomie widerspiegelt dieses Faktum.

Da für Behrens Sozialismus und Marxismus als »Sinn« sozialer wie (gesellschafts-)wissenschaftlicher Entwicklung galten und sein ökonomisches Denken zudem wesentlich durch das Raster und die Kategorien des Klassenkampfes auf politisch-ideologischem Gebiet determiniert war, lagen damit die Eckpunkte für seinen theoriegeschichtlichen und -kritischen Bewertungsrahmen vor. Vor diesem Hintergrund nahm Behrens maßgeblich seine Analyse und Einordnung von Perioden und Wendepunkten der Theorieentwicklung, von ökonomischen Lehren und ihren Vertretern vor. Letztere wurden dabei nach einer allzu groben, schablonenhaft und klassenreduktionistisch verfaßten »Lager«-Theorie in »bürgerliche« und »sozialistische« Ökonomen gruppiert.

Da in Ostdeutschland bzw. der DDR dann recht bald das imperative Ordnungsprinzip galt, daß die wirt-

S. 873–881; »Solidarismus«. *Einige Bemerkungen zur »Soziallehre« und »Sozialreform« nach christlicher Auffassung.* In: »Einheit«. Berlin 3(1948)1. S. 34–43. **55** Fritz Behrens: *Dogmatik, Orthodoxie und wissenschaftlicher Sozialismus. Eine Antwort an Alfred Weber.* S. 874. **56** Siehe beispielsweise Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie.* Bd. 2. Berlin 1976. S. 241ff.; *Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Bürgerliche Kritik am sozialistischen Gedanken.* In: *Abschied.* S. 114ff. **57** Ebenda. S. 133. **58** Siehe Karl Marx: *Das Kapital. Erster Band.* In: *MEW.* Bd. 23. S. 95 (Fußnote 32).

schaftlichen Aufgaben »nicht mehr mit Hilfe der alten monopolkapitalistischen Volks- und Betriebswirtschaftslehre, Handelslehre, Statistik, Buchhaltung usw. gelöst werden«⁵⁹ können, waren insbesondere Verhältnis und Umgang zu bzw. mit nichtmarxistischen wirtschaftswissenschaftlichen Theorieprogrammen klar definiert. Behrens wie auch die anderen DDR-Ökonomen und Theoriehistoriker begriffen und behandelten sie im Kern als »unwissenschaftlich«, denunzierten sie als »Vulgärökonomie« und »Apologetik«. Charakterisierte er in seiner im Wintersemester 1947/1948 gehaltenen Leipziger Antrittsvorlesung die Marxsche politische Ökonomie gewissermaßen selbstprivilegierend als »die höchstmögliche Selbsterkenntnis der kapitalistischen Produktionsweise«, die im übrigen »gemäß der Dialektik der Geschichte nur vom Standpunkt der Gegenklasse der Bourgeoisie, der Arbeiterklasse, gegeben werden konnte«⁶⁰, so zeige die »Entwicklung der bürgerlichen politischen Ökonomie nach Marx« nur »eine allmähliche Zersetzung und Verflachung des in der Klassik erreichten Niveaus« sowie einen »atheoretischen Historismus«⁶¹. In seiner unter dem Titel »Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie« veröffentlichten Habilitationsschrift bemerkte Behrens mit Blick auf die bürgerliche politische Ökonomie: »Das Interesse an der Aufrechterhaltung der reaktionär gewordenen Produktionsverhältnisse überwiegt alle höheren Interessen an Objektivität und Wahrheit.«⁶² In einem Modus von Alleinvertretungsanspruch auf Erkenntnis in der ökonomischen Wissenschaft formulierte er weiter: »Objektivität und Wahrheit werden jetzt von *der* Klasse vertreten, deren Interessen identisch sind mit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die damit allein den gesellschaftlichen Fortschritt vertritt«⁶³ – eben die Arbeiterklasse. Im Buch über Gossen⁶⁴, in den Aufsätzen »Ist die Betriebswirtschaftsleh-

re eine Wissenschaft?«⁶⁵ und »Über das sogenannte Ertragsgesetz in der bürgerlichen Ökonomie«⁶⁶ sowie in den Bänden 3 und 4 des »Grundrisses« findet sich diese Diktion wieder. Wohl bemerkte Behrens in der »Einleitung« zum Band 4: »Verstand und Verständigkeit den bürgerlichen Ökonomen abzusprechen, wäre überheblich«⁶⁷. Doch diese Einsicht bewahrte ihn nicht davor, in wirklich pauschalisierender Art und Weise ein wohl doch problematisches Grundsatzurteil über die nichtmarxistische Wirtschaftswissenschaft zu fällen: »Das Ende der bürgerlichen Ökonomie als Wissenschaft kam früher als das Ende der Ökonomie, der sie dient.«⁶⁸ Schließlich würde sich die bürgerliche Ökonomie mit dem Aufkommen der ökonomischen Lehre von Marx als »qualitativ neue politische Ökonomie« seither »in einer Art von Depression, der kein neuer Aufschwung mehr folgte«⁶⁹, befinden.

Kategorisch bekannte sich Behrens zu dem von Marx vertretenen theoriegeschichtlichen Konzept, das nach der Periode der Klassik eine »prinzipielle Spaltung der politischen Ökonomie in die wissenschaftliche Ökonomie einerseits und in die apologetische Ökonomie andererseits« unterstellte. Danach würde eben die Arbeiterklasse »das wissenschaftliche Erbe« der Klassik antreten – in Gestalt der Marxschen politischen Ökonomie. Hingegen hätte die bürgerliche Ökonomie der Nachklassik »nur die apologetische Grundkonzeption«, die »unwissenschaftlichen Elemente«⁷⁰ der Klassik geerbt. Zweifelsfrei nahm Behrens hier unmittelbaren Bezug auf Marx' »Nachwort zur zweiten Auflage« des ersten Bandes des »Kapital«⁷¹. Im Rahmen seiner kritischen Reflexion über die bürgerliche politische Ökonomie war Marx zu der Einschätzung gelangt, daß die Klassik als »bürgerliche Wissenschaft der Ökonomie« mit David Ricardo als ihrem letzten großen Repräsentanten »bei ihrer unüberschreitbaren Schranke angelangt«⁷² sei. Als Kulminationspunkt der

59 Gerhard Nultsch: *Das wirtschaftswissenschaftliche und ingenieurökonomische Studium in der Deutschen Demokratischen Republik*. Berlin 1956. S. 5. 60 Fritz Behrens: *Die Theorie der Produktionspreise, betriebswirtschaftliche Kostentheorie und Gleichgewichtstheorie der Preise*. Leipzig 1949. S. 8. 61 Ebenda. 62 Fritz Behrens: *Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie. Eine theoretische und statistische Studie über die produktive Arbeit*. Berlin 1948. S. 15/16. 63 Ebenda. S. 16. 64 Siehe Fritz Behrens: *Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der »wissenschaftlichen Apologetik« des Kapitalismus*. Leipzig 1949. 65 Siehe Fritz Behrens: *Ist die Betriebswirtschaftslehre eine Wissenschaft?* In: »Deutsche Finanzwirtschaft«. Berlin 4(1950)2. S. 57–64. 66 Siehe Fritz Behrens: *Über das sogenannte Ertragsgesetz in der bürgerlichen Ökonomie*. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 2(1954)6. S. 674–693. 67 Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie*. Bd. 4. Berlin 1981. S. 11. 68 Ebenda. S. 7. 69 Ebenda. 70 Fritz Behrens: *Grundriß der politischen Ökonomie*. Bd. 3. Berlin 1979. S. 19. 71 Siehe Karl Marx: *Das Kapital*. Erster Band. In: MEW. Bd. 23. S. 18–28. 72 Ebenda. S. 20.

wissenschaftlichen Phase der Ökonomie des Bürgertums galt Marx das Jahr 1830 mit der Julirevolution in Frankreich. Nach seinem Urteil trat mit diesem Datum die bürgerliche politische Ökonomie in ihre »ein für allemal entscheidende Krise ein«⁷³. Nun hätte die Bourgeoisie »in Frankreich und England politische Macht erobert. Von da an gewann der Klassenkampf, praktisch und theoretisch, mehr und mehr ausgesprochene und drohende Formen. Er läutete die Totenglocke der wissenschaftlichen bürgerlichen Ökonomie. Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, ob dies oder jenes Theorem wahr sei, sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, ob polizeiwidrig oder nicht. An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte Klopfcheiterei, an die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik.«⁷⁴ Kurz: Im Maße des Auftretens eines politisch selbständigen Proletariats als neue historisch progressive Kraft verkam die einst wissenschaftliche Ökonomie des Bürgertums zur »Vulgärökonomie«. Und fortan sei eben die Arbeiterklasse legitimer Träger der wissenschaftlichen Ökonomie.

Worin bestand das Normative von Marx' »Kritik der politischen Ökonomie«, dem sich Behrens in seiner theoriegeschichtlichen und -kritischen Arbeit so verpflichtet fühlte? Zwei Aspekte treten besonders hervor. Erstens erwies sich Marx' Projekt der Kritik der ökonomischen Theorie des Bürgertums nicht nur als eine Kritik einzelner Doktrinen und Lehren. Es war vielmehr grundlegender Art, zielte auf die wissenschaftlichen Fundamente, auf denen diese Gedankenprodukte ruhten. Mit anderen Worten: Das *System* der bürgerlichen politischen Ökonomie, die Nationalökonomie als *Wissenschaft selbst* stand zur Debatte – und insofern handelte es sich um eine Grundsatzkritik, um eine Kritik der Logik und aller Kategorien der bürgerlichen Ökonomie. Zweitens war Marx' »Kritik der politischen Ökonomie« als Metakritik entworfen. Ihr Fundament bestand in einer mehr oder minder stringent entwickelten normativen Anthropologie, einer bestimmten Vorstellung vom menschlichen Wesen. Ausgehend von diesem Maß ließ sich die Realität der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft nur als eine

von diesem wahren menschlichen Wesen entfremdete Veranstaltung begreifen. Indem nun die bürgerliche Ökonomie diese Entfremdung affirmierte, das entfremdete, auf Haben und Plus-Machen orientierte Wesen des kapitalistischen Warenproduzenten und seiner Agenten für das menschliche Wesen schlechthin nahm, geißelte Marx diese theoretische Ökonomie selbst als eine entfremdete Wissenschaft.⁷⁵ Als Schlußfolgerung galt: Realität wie ökonomische Denkformen, Wirklichkeit und ökonomische Wissenschaft sind gleichermaßen dem Verdikt »entfremdet« unterstellt. Marx' Lesart und wissenschaftshistorische Einordnung der politischen Ökonomie des Bürgertums, speziell in ihrer als »vulgär« benannten Form, hob im Kern stark auf »falsches Bewußtsein« bzw. Ideologiekritik ab. Damit blieb jedoch die Frage weitgehend unbeantwortet, ob und wie die untersuchten ökonomischen Doktrinen und Theorien wissenschaftlich relevanten Problemlagen auf der Spur waren, ob und welche Beiträge zum Theoriefortschritt geleistet wurden sowie ob und in welcher Weise die kognitiven Potentiale der Nationalökonomie verstärkt wurden. Dieses bereits in Marx' normativer Fassung von »bürgerlicher Ökonomie« angelegte Problem, zudem mit dem Postulat verbunden, daß im weiteren allein die »proletarische« politische Ökonomie Ausdruck des Progresses in der ökonomischen Wissenschaft sei, wurde weder von Behrens noch anderen DDR-Theoriehistorikern thematisiert. In geradezu gläubig-bornierter Art war man auf Marx' Konzept von ökonomischer Theoriegeschichte fixiert. Damit war letztlich der Weg frei für eine mehr als problematische Selbstprivilegierung der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse als »wahre« Wissenschaft sowie für eine den akademischen Normen widersprechende Brandmarkung der nichtmarxistischen Ökonomie als keine »wirkliche« Wissenschaft.

In diesen Kontext gehörte auch, daß bei Behrens zum alles beherrschenden Kriterium der Bewertung von Dogmen und Lehren vorzugsweise die jeweilige Nähe bzw. Ferne zu Auffassungen der marxistischen Wirtschaftstheorie geriet. So würdigte er beispielsweise Heinrich von Stackelbergs Untersuchungen über Monopolisierungsprozesse mit den Worten: »Heinrich

73 *Ebenda*. 74 *Ebenda*. S. 21. 75 *Siehe Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW. Bd. 25. S. 825.*

von Stackelberg nähert sich also – »spontaner Materialist« – auf seinem Forschungsgebiet – in seinem Ergebnis gefährlich den Ergebnissen der marxistischen politischen Ökonomie«⁷⁶. Das Verhältnis zu Marx, seiner Lehre, zu den Implikationen der sich auf Marx berufenden politischen Ökonomie fungierte als das Maß theoriegeschichtlicher Einordnung.

Für Behrens' Generation marxistischer Wirtschaftswissenschaftler stellte Marx' politische Ökonomie auch eine nicht zu überschreitende Grenze in der Rezeption anderer Forschungsprogramme dar. Sozialisiert innerhalb der sozialistischen Bewegung, im ökonomischen Denken paradigmatisch an Marx, Engels, Lenin und zeitweilig Stalin orientiert und zugleich in Leipzig durch die »Schule« tradierter deutscher Nationalökonomie gehend, konnte bei Behrens – insbesondere nach den Erfahrungen mit Kapitalismus und Faschismus – nur eine tiefe Aversion gegenüber der »bürgerlichen Ökonomie als Apologetik des Monopolkapitals« genährt werden. Die lebensweltliche Prägung sollte also gegenüber den ökonomischen Denktraditionen, die in scharfer Konkurrenz zur marxistischen Wirtschaftslehre standen, nur ein mehr oder weniger destruktiv angelegtes Rezeptionsmuster entstehen lassen.

Bei aller Schärfe seines marxistisch gebildeten Verstandes vermochte es Behrens nicht, jene Komponenten in Marx' Diktion von Theoriegeschichte zu erfassen und zu überwinden, die bestimmte geistig-wissenschaftliche Blockaden in der dogmenhistorischen Arbeit bewirkten. Obwohl sich Behrens ausdrücklich zu dem Prinzip bekannte, daß die »wissenschaftliche Klärung der Begriffe [...] sich nicht von außerwissenschaftlichen Zwecken leiten lassen«⁷⁷ darf, kam er einem wichtigen Problem *nicht* auf die Spur. Und zwar der Frage, ob die von Marx oder auch Lenin im Kräftefeld großer sozialer und politischer Auseinandersetzungen erarbeiteten Prinzipien der Beurteilung von ökonomischen Ideen, die dabei formulierten Wertungen zu Doktrinen, Theorien und Ökonomen auch in jedem Fall den Maßstäben bzw. Ansprüchen begründeter *wissenschaftlicher* Wertung, d.h. eindeutigen *innerakademischen* Kriterien gerecht werden.

Die Diskurse der Klassiker des Marxismus über ökonomische Lehren und ihre Vertreter waren vor allem geprägt von der alles überragenden Dichotomie Bourgeoisie – Proletariat, trugen speziell den Stempel des unversöhnlichen (Klassen-)Kampfes zwischen diesen beiden sozialen Antipoden. Primär waren diese Diskurse dem emanzipatorischen Ansatz zur Befreiung des Proletariats verpflichtet. Er beinhaltete ebenfalls eine Befreiung aus der geistigen Abhängigkeit der Bourgeoisie, also auch aus der offenen oder verdeckten Hörigkeit gegenüber dem Gedankengut ihrer ökonomischen Theoretiker. Ist dieser Ansatz ohne Frage sehr respektabel und zwingend nachvollziehbar, so bleibt doch ein gravierendes Problem ungeklärt: Stellen nicht Emanzipationsinteresse und -ideologie sowie kritische Wissenschaft, die natürlich eigenen Regeln oder Normen folgt, ein kaum aufzulösendes Spannungsverhältnis dar?

Die Verwendung des durch die Klassiker des Marxismus entwickelten Ansatzes zur Analyse von ökonomischer Theoriegeschichte und -kritik hatte für die DDR-Wirtschaftstheorie eine Blockierung konzeptueller Ressourcen der internationalen Wirtschaftswissenschaft zur Folge. Dies zeigte sich gerade auch an Behrens' Projekt der Geschichte der politischen Ökonomie. Indem konkurrierende nichtmarxistische Forschungsprogramme im Grunde per se als »vulgär-ökonomisch« betrachtet und außerhalb der »wirklichen« Wissenschaft stehend definiert wurden, von ihnen bestenfalls einzelne Teile (»rationelle Elemente«) als akzeptabel galten, war es schwer möglich, das in der plural verfaßten scientific community existente Ideen- und Methodenpotential für das ökonomische Denken in der DDR zu mobilisieren. Als wertvolle Erfahrung aus dem theoriegeschichtlichen und -kritischen Schaffen des engagierten Sozialisten und Marxisten Fritz Behrens ergibt sich somit, daß eine – allein am Marxschen »Maß« der Theorienbewertung ausgerichtete Logik, – vorzugsweise auf »Entlarvung« nichtmarxistischer Ökonomie setzende Methode – den Aufstieg marxistischer Wirtschaftslehre als »Sinn« theoriegeschichtlicher Entwicklung

⁷⁶ Fritz Behrens: *Die Theorie der Produktionspreise, betriebswirtschaftliche Kostentheorie und Gleichgewichtstheorie der Preise*. Leipzig 1949. S. 17. ⁷⁷ Fritz Behrens: *Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie. Eine theoretische und statistische Studie über die produktive Arbeit im Kapitalismus*. Berlin 1948. S. 70.

ausgebende Denkweise für die Wissenschaft fatale Folgen zeitigt. Nicht allein, daß Monopolansprüche auf Wahrheit zu Schranken der Erkenntnis werden und selbstverliehene »Sinnegebung« einen so nicht vorhandenen Determinismus in die Geschichte der ökonomischen Wissenschaft bringt. In kognitiver Sicht

kommt es zu einer argen Beschränkung des Forschungs- und Erkenntnisanspruchs und aus wissenschaftstheoretischer Optik zu einer Verabschiedung von produktiven Diskursen mit konkurrierenden Theorieangeboten in der internationalen Wirtschaftswissenschaft.

FRITZ BEHRENS' VISIONEN
VON EINER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT

KLAUS STEINITZ

Probleme einer gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft

In den Arbeiten von Fritz Behrens nehmen Fragen der Regulierung der sozialistischen Wirtschaft, der gesellschaftlichen Regulierung oder Planung auf der einen und der Regulierung über den Markt auf der anderen Seite, einen zentralen Platz ein. Ausgehend von einer kritischen Analyse vor allem der Effizienz- und Demokratiedefizite staatssozialistischer Wirtschaften, interessierten ihn die Bedingungen und Möglichkeiten der Verbindung von Plan und Markt im Sozialismus.

In »Abschied von der sozialen Utopie« entwickelt Behrens eine Reihe von Thesen, deren Aktualität auch in den heutigen Diskussionen um alternative Reformprojekte und eine sozialistische Perspektive offenkundig ist. Hier sollen nur einige, den weiteren Diskurs anregende oder provozierenden Stellen zitiert werden: »Unsere Erfahrungen machen es unwahrscheinlich, daß eine herrschaftsfreie Gesellschaft möglich ist, wohl aber eine solche der demokratischen Herrschaft einer pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft. In einer solchen Gesellschaft [...] wird es, zumal wenn sie eine multinationale Föderation ist, eine Warenproduktion geben, in der die Wertformen, in erster Linie das Geld, für eine auf gemeinschaftlichem Eigentum beruhende gemeinschaftliche – nicht mehr staatliche – Planung ausgenutzt werden«¹. »Die bewußte Durchsetzung der ökonomischen Gesetze in den Wirtschaften des real existierenden Sozialismus war, bei Lichte besehen, immer nur der Versuch, politisch motivierte Pläne mit administrativen Mitteln durchzusetzen.«²

»Für eine sozialistische Wirtschaft, die auf dem gesellschaftlichen, nicht nur auf staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln beruht, ist die wichtigste Frage die Entwicklung einer sozialistischen Demokratie, nicht nur im Überbau, sondern auch in der Basis, einer Demokratie, die die Errungenschaften

einer bürgerlichen Demokratie nicht nur erhält, sondern erweitert und vertieft, die nicht nur formale, sondern auch inhaltliche Demokratie ist.«³

»Wesentlich ist [...] wer *wen* beherrscht, ob Wertgesetz und Markt einem gesamtgesellschaftlichen Plan oder der Plan dem Wertgesetz dienen.«⁴

»Ein zentraler Plan, der gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse zum Ausdruck bringen soll, kann nur durch das Wirken von Wertkategorien effektiv sein. Soll er ein sozialistischer und nicht nur ein staatlicher Plan sein, so muß er als ein indirekt-zentraler Plan von unten nach oben aufgestellt, durchgeführt und kontrolliert werden. Seine Zentralisierung kann aus diesem Grunde nicht natural, sondern nur wertmäßig erfolgen.«⁵

»Der gemeinschaftliche Plan hat nichts mehr mit einer Warenproduktion zu tun, in der die Arbeitskraft selbst noch Warencharakter hat. Sein Kriterium ist nicht – wie das eines staatlichen Planes auch im real existierenden Sozialismus – der Wachstumseffekt, sondern ein Wohlstandseffekt.«⁶

Diese Auffassungen sollen hier nicht weiter interpretiert oder kritisch befragt, sondern als Impuls genutzt werden, um einige Probleme gesellschaftlicher Regulierung im Zusammenhang mit den gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Entwicklungsprozessen im linken Diskurs zu erörtern.

Nach der »Rücktransformation« des Staatssozialismus der ost- und mitteleuropäischen Länder in den Kapitalismus sowie unter den Bedingungen der Krise des Fordismus, der Veränderungen in der Reproduktion des Kapitals, des Akkumulations- und Regulationsregimes der Nachkriegsperiode in den kapitalistischen Metropolen, geht es m.E. gegenwärtig um eine doppelte Fragestellung: *Erstens* um Erfordernisse und Inhalt, um Bedingungen und Möglichkeiten sowie um Widersprüche und Konflikte

¹ Fritz Behrens: *Über eine sich selbst verwaltende Gesellschaft*. In: Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*. Hrsg. von Hannamaria Loschinski [u. a.] Berlin 1992 (im folgenden: *Abschied*). S. 103. ² Fritz Behrens: *Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Bürgerliche Kritik am sozialistischen Gedanken*. In: *Abschied*. S. 120. ³ *Ebenda*. S. 132. ⁴ Fritz Behrens: *Bemerkungen zur »sozialistischen« Warenproduktion*. In: *Abschied*. S. 137. ⁵ *Ebenda*. S. 157. ⁶ *Ebenda*. S. 161.

einer gesellschaftlichen Regulierung in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. *Zweitens* um Vorstellungen oder eher um Umriss einer Vision für die gesellschaftliche Regulierung einer Wirtschaft, in der die Dominanz des kapitalistischen Eigentums und damit des Profits gebrochen ist, in der die Wirtschaftsentwicklung emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Zielen dient und in der die zwischenstaatlichen und weltwirtschaftlichen Beziehungen auf Gleichberechtigung und Solidarität beruhen.

Bei dieser zweiten Frage stehen Grundprobleme der Funktionsweise einer sozialistischen Gesellschaft im Vordergrund, in der die strukturellen Defizite und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus überwunden sind. Hierfür ist es unerlässlich, Klarheit auch über die wesentlichen ökonomischen Ursachen für das Scheitern des Realsozialismus zu gewinnen. Hierzu gehören Fehler und Deformationen in der Regulierung der gesellschaftlichen Wirtschaft, vor allem das Leugnen und die faktische Beseitigung einer bestimmten Selbstregulierung der Wirtschaft auf der Grundlage des Marktes und seiner Mechanismen. Die Negation der Marktregulierung, ihr Ersetzen durch eine administrative Plansteuerung führte zu politischem Voluntarismus und Staatsmonopol. »Komplexe Gesellschaften können sich nicht reproduzieren, wenn sie nicht die Logik der Selbststeuerung einer über die Märkte regulierten Wirtschaft intakt lassen.«⁷ Andererseits wurde die gesellschaftliche Regulierung weitgehend auf eine zentral-staatliche Steuerung reduziert. Aus beiden strukturellen Regulierungsdefiziten folgen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung negative Wirkungen: Bürokratisierung, Primat von oben vorgegebener politischer Ziele und weitgehende Negierung demokratischer Einflußmöglichkeiten auf wirtschaftliche Entscheidungsprozesse, Demotivierung der wirtschaftlichen Akteure infolge der Mißachtung ihrer ökonomischen Interessen und der Triebkräfte ihres Handelns, Innovationsschwäche sowie Disproportionalität wirtschaftlicher Strukturen und Kreisläufe.⁸

Hieraus ergibt sich für eine sozialistische Gesellschaft die Herausforderung, eine solche Verbindung von gesellschaftlicher Regulierung (Planung) und Markt herzustellen, die Demokratie, vor allem auch Wirtschaftsdemokratie, gewährleistet, zu einer hohen Effizienz gesamt- und betriebswirtschaftlicher Reproduktion beiträgt, ökonomische Rationalität mit emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Erfordernissen verbindet und damit auf eine soziale und ökologische Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft gerichtet ist.⁹

Im folgenden soll die Problematik einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft nicht weiter erörtert werden, sondern die Regulierung im gegenwärtigen Kapitalismus betrachtet werden. Zwischen beiden Fragestellungen gibt es jedoch keine absolute Trennung. Untersuchungen zur gesellschaftlichen Regulierung in der heutigen kapitalistischen Welt können Ideen und Vorstellungen für die mögliche Regulierung der Wirtschaft in einer sozialistischen Gesellschaft befördern, sowohl der theoretischen Grundlagen für sozialistische Visionen als auch im Hinblick auf praktische Erfahrungen über Potenzen und Chancen, aber ebenso über Schwierigkeiten und Widersprüche einer solchen gesellschaftlichen Regulierung.

Die Forderung nach einer gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft berührt zwei verschiedene Abstraktions- und Zeitebenen. Einerseits müssen die *veränderten Bedingungen und Tendenzen, die neuen Herausforderungen, die konkreten Widersprüche und Konflikte* kapitalistischer Reproduktion und Wirtschaftsentwicklung *heute* unter dem Aspekt gesellschaftlich konkreter, durchsetzbarer Regulierungserfordernisse und -möglichkeiten analysiert und bewertet werden. Andererseits geht es um die *grundsätzliche Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der gesellschaftlichen Regulierung* einer Wirtschaft, die auf dem kapitalistischen Eigentum beruht und deren Entwicklung sich nach den Bewegungsgesetzen der Kapitalverwertung vollzieht.

⁷ Jürgen Habermas: *Nachholende Revolution oder linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute?* In: *Die nachholende Revolution*. Frankfurt am Main 1990. S. 197. ⁸ Siehe Wilfried Ettl/Jürgen Jünger/Dieter Walter: *Über die Historizität des Ökonomischen oder Wie sozial muß Marktwirtschaft sein?* In: »Initial«. Berlin (1990)4. S. 407. ⁹ Siehe Dieter Walter: *Plan und Realität. Zum Dilemma gesamtwirtschaftlicher Planung und Steuerung* S. 11ff. (Unveröffentlichtes Manuskript).

Eine kapitalistische Wirtschaft mit den Interessengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit und zwischen den verschiedenen Eigentümern, die sich im erbitterten Konkurrenzkampf um Profit- und Marktanteile befinden, mit ihren unzähligen agierenden Wirtschaftssubjekten sowie den unüberschaubaren regionalen, volkswirtschaftlichen und internationalen Verflechtungen kann ohne wirtschaftliche »Ordnungsregeln«, auf deren Grundlage sich die Kapitalverwertung vollzieht, ohne staatliche Einflußnahme oder Intervention, nicht existieren. Die Frage ist daher *nicht*, ob eine gesellschaftliche/staatliche Regulierung notwendig und möglich ist, *sondern vielmehr nach Inhalt, Wirkungsrichtungen und Umfang* dieser Regulierung. Das Grundproblem besteht darin, ob und inwieweit es möglich ist, neben den dominierenden Profitinteressen der Kapitaleigentümer auch Interessen anderer Klassen und sozialer Gruppen, gesamtgesellschaftliche Interessen sowie Interessen zukünftiger Generationen zum Gegenstand solcher Regulierung zu machen. Die bisherige Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft liefert genügend Beispiele dafür, daß dies nicht nur grundsätzlich möglich ist, sondern auch tatsächlich erreicht wurde: z. B. gesetzliche Regelungen zur Dauer des Normalarbeitstages bzw. der Arbeitswoche im Verlaufe von mehr als 150 Jahren, Bismarcksche Sozialgesetzgebung im vorigen Jahrhundert, sozialstaatliche Regelungen in den 50er und 60er Jahren dieses Jahrhunderts.

Aus der Analyse dieser Prozesse ergeben sich einige Schlußfolgerungen: *Erstens* hängen Ausmaß und Relevanz solcher staatlicher Regulierungen, die gegen kurzfristige Profitinteressen durchgesetzt werden müssen, von den politischen Kräfteverhältnissen, insbesondere der Organisiertheit und Stärke von Gegenmächten gegen die dominierende Kapitalmacht ab. Die für die Arbeit und das Leben der meisten Menschen entscheidenden Festlegungen des Tarifvertragsgesetzes zur Bestimmung der Löhne und Gehälter, der Arbeitszeit und zur Gestaltung weiterer wichtiger Arbeitsbedingungen auf der Grundlage der Tarifautonomie sind ebenso das Ergebnis harter sozialer Auseinandersetzungen, von Klassenkämpfen, wie die Verankerung des Sozialstaatsprinzips im Grundgesetz und seine rechtliche Ausgestaltung durch eine Vielzahl gesetzlicher Regelungen. Dabei

üben internationale Bedingungen, wie die Entwicklung bis Ende der 80er Jahre und danach (Systemwettbewerb, Niederlage und Untergang des Staatssozialismus in Europa) gezeigt hat, eine stark förderliche oder hemmende Wirkung auf die sozialen Errungenschaften bzw. auf ihre Zurücknahme aus.

Zweitens sind die veränderten ökonomischen und sozialen Bedingungen seit Mitte der 70er Jahre (Krise des Fordismus) und die tiefgreifenden Verschiebungen im Kräfteverhältnis zu Gunsten neokonservativer Parteien und neoliberaler Wirtschaftspolitik damit gekoppelt, daß sich die Angriffe des Kapitals auf alle gesetzlichen Regelungen, die im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegen und die einem ungezügelt Profitstreben entgegenstehen, verschärfen. Die Deregulierungspolitik der Unternehmer und der Regierungskoalition ist auf eine sozial reaktionäre Gegenreform gerichtet, in deren Zentrum die Aushöhlung der Grundpfeiler Tarifvertrag und Sozialstaatsprinzip stehen. Das ist natürlich nicht zufällig. Hiermit sollen Veränderungen in den für das Verhältnis Kapital und Arbeit entscheidenden beiden Bereichen erreicht werden. Mit der Deregulierung auf tarifpolitischem Gebiet sollen solche Veränderungen durchgesetzt werden, die es ermöglichen, die Profitrate bzw. die Kapital- und Umsatzrendite noch stärker zu erhöhen. Dazu sollen einerseits die Löhne gedrückt und der Anteil der primären Arbeitseinkommen am Volkseinkommen weiter verringert werden (von 1980 bis 1995 ist er in Westdeutschland von 76 auf 69 Prozent gesunken) und andererseits die Arbeitsbedingungen flexibilisiert, d. h. noch umfassender den Interessen der Unternehmensprofite untergeordnet werden. Der Hauptstoß richtet sich gegen die Flächentarifverträge, die durch Öffnungsklauseln und Betriebsvereinbarungen in ihrer Wirksamkeit geschwächt und schließlich liquidiert werden sollen. Mit der sozialstaatlichen Deregulierung, der Senkung der Lohnersatzleistungen und der Sozialhilfe, der Verringerung der Renten, der Verteuerung medizinischer Leistungen u. a. wird der Druck auf die primären Einkommen der abhängig Beschäftigten durch weitere Umverteilungsvorgänge bei den Sekundäreinkommen, den sozialen Transfer-einkommen, ergänzt. Hierin wird auch deutlich, daß sich einmal erkämpfte soziale Leistungen nicht von

allein reproduzieren. Sie sind vielmehr ständig bedroht und müssen gegen die Kapitalmacht verteidigt werden. Veränderte Bedingungen in der Kapitalverwertung werden von den Unternehmern schonungslos und aggressiv genutzt, um direkt und durch Druck auf die Regierung bisherige Errungenschaften zurückzudrängen, auszuhöhlen und zu liquidieren.

Das bisher Erreichte zu bewahren, ist nicht unwesentlich davon abhängig, inwieweit es gelingt, nicht bei dessen Verteidigung stehen zu bleiben, sondern alternative Konzepte auszuarbeiten, die die veränderten Bedingungen aufgreifen und berücksichtigen. Der Unterschied zwischen neoliberalen und linken Konzepten besteht nicht darin, daß die einen Tarifrecht und sozialstaatliche Regelungen »reformieren« und die anderen alle bestehenden Regelungen bewahren wollen, sondern darin, in welchen Richtungen und in wessen Interesse Veränderungen vorgeschlagen werden. Solche alternativen Konzepte müssen bis zur Finanzierung geführt werden, d. h. auch Vorstellungen für eine Umverteilung durch eine andere Steuer- und Haushaltspolitik einschließen.

Drittens werden Ausmaß und Inhalt sozialer Regulierung weitgehend davon bestimmt, inwieweit es gelingt, die sozialen Auseinandersetzungen mit den Kämpfen auf anderen Gebieten zu verbinden, mit Kämpfen um mehr Demokratie und Solidarität, um Emanzipation und Gleichstellung, um eine ökologische Wende hin zu einer nachhaltigen, umweltfreundlichen Wirtschafts- und Lebensweise. Fortschritte bei der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sind auch dafür relevant, daß die Regulierung nicht auf staatliche Eingriffe reduziert wird, sondern zunehmend auch unter Nutzung zivilgesellschaftlicher Strukturen erfolgt und damit sowohl eine breitere soziale Basis als auch eine größere Stabilität und Widerstandsfähigkeit gegen neoliberale Angriffe erhält.

Viertens verlangt eine alternative Wirtschaftsentwicklung, die auf soziale und ökologische Ziele gerichtet ist, nicht nur einen anderen Inhalt der Wirtschaftspolitik, sondern setzt eine größere Intensität und Wirksamkeit gesellschaftlicher Regulierung voraus. Ohne eine höhere Regulierungsqualität sind Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftskurs und zum Sozialabbau nicht machbar. Die Weiterentwick-

lung der gesellschaftlichen Regulierung ist somit selbst unverzichtbarer Bestandteil jedes wirklichen Reformprojekts.

In den aktuellen politischen Auseinandersetzungen stehen die sozialstaatliche Deregulierung und der damit verbundene »Abbruch des Sozialstaates« (Memorandum '97) im Zentrum. Gegenüber diesem Bereich der Umverteilung und der Transfereinkommen haben die Probleme der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und die Rückwirkung der primären Arbeitseinkommen auf die Transfereinkommen nicht immer die ihnen gebührende Beachtung gefunden. Letzten Endes sind es jedoch die Erosionsprozesse in dieser »Primärsphäre« – die massenweise Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Rückgang der Erwerbstätigen, die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse, die Verschiebung der Verteilungsproportionen des Volkseinkommens zuungunsten der Arbeitseinkommen, der zunehmende Anteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren Löhne unterhalb des Existenzminimums liegen –, die zur Verschärfung sozialer Konflikte und zu Entsolidarisierung führen sowie gleichzeitig die Finanzierungsprobleme sozialstaatlicher Leistungen zuspitzen. Von 1991 bis 1995 ist die Anzahl der Erwerbstätigen in Deutschland um mehr als 1,6 Millionen zurückgegangen, darunter in den alten Bundesländern um 700 000. Im letzten Jahr hat sich diese Tendenz mit einem Rückgang von rund 400 000 fortgesetzt. Eine Konsequenz hieraus: Die infolge steigender Arbeitslosigkeit höheren Transferleistungen werden von immer weniger Menschen getragen. Die Ausdehnung prekärer Arbeitsverhältnisse und eines Niedriglohnbereichs, in dem nicht das Existenzminimum gesichert ist, erhöht noch darüber hinaus die Anforderungen an Transferleistungen, insbesondere an Sozialhilfe und Wohngeld.

Im Kern geht es bei der Regulierung der Wirtschaft im Interesse der Menschen darum, die Dominanz des Profitprinzips zurückzudrängen und schließlich zu überwinden. Dies wiederum ist sehr eng mit Änderungen in den konkreten Eigentumsstrukturen und in der Art und Weise der ökonomischen Realisierung des kapitalistischen Eigentums verflochten. Die im linken Diskurs häufig anzutreffende Gegenüberstellung von Veränderungen in den Eigentumsformen auf der einen und in der *Verfügung* der Eigentümer

über ihr Eigentum auf der anderen Seite, und der Streit darüber, welche Veränderungen für gesellschaftliche Reformen wichtiger sind, ist m.E. unproduktiv. Es geht um beides, oder besser, um die Verbindung beider Richtungen der Veränderung konkreter Eigentumsstrukturen und -verhältnisse, um durch eine stärkere und andere Art der gesellschaftlichen Regulierung den heutigen und zukünftigen Herausforderungen besser zu entsprechen und vorhandene Blockaden der gesellschaftlichen Entwicklung aufzubrechen.¹⁰

Bei den Forderungen zur Veränderung der Eigentumsformen sollen hier zwei Fragestellungen hervorgehoben werden. Zum einen: Wodurch kann die ökonomische Basis für staatliche oder öffentliche Eingriffe im Interesse des Gemeinwohls und der Zukunftsfähigkeit am besten gesichert werden? Durch welche Eigentumsformen werden die günstigsten Voraussetzungen für die Reproduktion des gesellschaftlichen Gemeinwesens, seiner materiellen Bedingungen und Ressourcen, geschaffen? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang das öffentliche Eigentum im Bereich der technischen und sozial-kulturellen Infrastruktur und an den meisten Umweltgütern sowie genossenschaftliches Eigentum besonders in der Landwirtschaft und in der Wohnungswirtschaft?

Zum anderen: Wie kann den Deregulierungs- und Destabilisierungstendenzen entgegengewirkt werden, die mit der Verselbständigung der Finanzmärkte und der sprunghaften Eskalation der Finanz- und Bodenspekulationen verbunden sind? Welche Bedeutung kommt der Überführung von Großbanken in die öffentliche Hand und der Erweiterung des öffentlichen Eigentums, vor allem des kommunalen Eigentums, an Grund und Boden zu?

Bei den Forderungen zur Veränderung der Verfügung über das Eigentum steht im Vordergrund, die auf dem Grundgesetz beruhende Sozial- und Umweltverpflichtung des Eigentums (»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« – Art. 14, Abs. 2) durchzusetzen, d.h. zu erweitern, gegen Angriffe zu verteidigen und in der konkreten Ausgestaltung den sich verän-

dernden konkreten Bedingungen anzupassen. In »Abschied von der sozialen Utopie« charakterisiert Behrens diese Zusammenhänge. »Eigentum an den Produktionsmitteln ist inhaltlich stets *Verfügungsmacht* über sie und verwirklicht sich: 1. in den *Entscheidungsbefugnissen* über Umfang und Art der Produktion, in der Artikulierung der Zielvorstellungen und der Organisation der Maßnahmen für ihre Durchsetzung; 2. in dem *Aneignungsrecht* des Mehrprodukts, das die unmittelbaren Produzenten produzieren und in seiner Verteilung und Verwendung.«¹¹

Beide Richtungen spielen eine ausschlaggebende Rolle für eine gesellschaftliche Regulierung im Interesse der Menschen. *Einerseits* ergeben sich hieraus solche Konsequenzen, wie die Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung von Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen wirtschaftlicher Aktivitäten, vom Betrieb über Kommune, Land und Bund bis zu Europa und der Weltwirtschaft, nach Ergänzung staatlicher Strukturen und Institutionen durch zivilgesellschaftliche, nach umfassenden sozialen und ökologischen Regeln des Wirtschaftens, die über verbindliche Festlegungen im Ordnungsrecht und eine ökonomische »Einbettung« in die Unternehmenswirtschaft (Internalisierung sozialer und ökologischer Kosten) wirksam werden müssen. Die massiven Forderungen der Unternehmerverbände nach einer Verringerung der Sozialabgaben der Unternehmen sind im Kern gegen die Sozialpflicht des Eigentums gerichtet. Sie werden gerade zu einer Zeit gestellt, in der infolge der Nachkriegsrekorde in der Massenarbeitslosigkeit die sozialen Kosten angestiegen sind und noch weiter zunehmen werden. *Andererseits* müssen hieraus Konsequenzen abgeleitet werden für einen bedeutenden Anteil der öffentlichen Hand am Mehrprodukt der Unternehmen und an den davon abgeleiteten Profiten und Vermögenseinkommen, der über Steuern und Abgaben in den Haushalten konzentriert und im Interesse sozialer Sicherheit und Solidarität sowie öffentlicher, gesamtgesellschaftlicher Aufgaben verteilt und verwendet werden muß. Wie sehr die neoliberale Theorie und Politik in Kontrast zu den realen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in der Bundesrepublik

¹⁰ Siehe hierzu auch *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar*. Berlin 1997. S. 122–134.

¹¹ Fritz Behrens: *Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Bürgerliche Kritik am sozialistischen Gedanken*. In: *Abschied*. S. 135.

gerät, zeigt sich in dem von der Regierung vorgelegten Konzept für eine Steuerreform. Gerade dann, wenn an die öffentlichen Ausgaben zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit mit Hilfe einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und öffentlicher Investitionsprogramme sowie infolge zunehmender Armut besonders hohe Anforderungen gestellt werden, sollen die steuerlichen Belastungen der Profite und Vermögenseinkommen noch weiter gesenkt werden (u. a. durch Senkung der Spitzensteuersätze, Wegfall der Vermögenssteuer). Die Steuerbelastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist im Durchschnitt von 21 Prozent 1980 auf 10 Prozent 1995 gesunken. Die durchschnittliche Besteuerung der Unternehmensgewinne der Kapitalgesellschaften ist von 33,6 Prozent 1980 auf 18,3 Prozent 1995 zurückgegangen.¹² In der gleichen Zeit sind im Gegensatz hierzu die steuerlichen Belastungen der Arbeitseinkommen ständig gestiegen, von 15,8 Prozent 1980 auf 20,4 Prozent 1995, die gesamten Abzüge, einschließlich Sozialabgaben, von 28,7 auf 36,5 Prozent.¹⁵

Wo die Grenzen für eine Einschränkung sozialer und ökologischer Verfügungsrechte der Kapitaleigentümer liegen, kann m. E. nicht genau bestimmt werden. Die Grenzen sind fließend und ändern sich in Abhängigkeit von den konkreten Bedingungen der Kapitalreproduktion im nationalen und internationalen Maßstab. So viel kann jedoch zweifelsfrei festgestellt werden: Sie sind bei weitem noch nicht erreicht. Dies scheint im Widerspruch zur gegenwärtigen Realität und den offensichtlichen Veränderungstendenzen zu stehen, die durch eine neoliberale Gegenreform zur Beseitigung sozialer und ökologischer Begrenzungen der Verfügungsrechte der Kapitaleigentümer im Interesse einer ungebrochenen Profitorientierung charakterisiert sind:

- Privatisierung und Deregulierung auf fast allen Gebieten,
- Abbau sozialer Leistungen und demokratischer Rechte in der Wirtschaft,
- fast ausschließliche Orientierung der neuen Etappe der Europäischen Union (EU)

auf die finanziellen Konvergenzkriterien, insbesondere die Geldwert- und Preisstabilität, bei Ignorieren sozialer und ökologischer Erfordernisse,

- Reduzierung des Anteils des Mehrwerts, der für öffentliche Aufgaben verfügbar ist.

Leistungslose Profit-, Zins- und Spekulationseinkommen wachsen nicht nur weit schneller als die Arbeitseinkommen, ihr Beitrag zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben geht im Ergebnis der neoliberalen Umverteilungspolitik auch stetig zurück. Die einseitige Verteilung des auf Produktivitätsgewinnen beruhenden Mehrproduktszuwachses zu Gunsten der Kapital- und Vermögenseigentümer verhindert die Lösung dringlicher sozialer und ökologischer Aufgaben, gefährdet den Bildungs- und Wissenschaftsvorlauf und untergräbt die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

Damit bin ich auch bei einem grundlegenden Widerspruch der 90er Jahre, der *zunehmenden Kluft zwischen wachsender Regulierungsnotwendigkeit und schwindender bzw. fehlgeleiteter Regulierungsrealität*. Die gesellschaftliche Regulierung in der Wirtschaft und auf den meisten Lebensgebieten wird abgebaut, während die neuen Herausforderungen, die größeren Widersprüche und Konflikte in der Entwicklung der kapitalistischen Staaten eigentlich zwingend eine wirksamere gesellschaftliche Regulierung verlangen. Die Deregulierungspolitik als Folge der Dominanz des Neoliberalismus hat in den letzten Jahren auch dessen objektive Grundlagen gestärkt, indem wesentliche Bedingungen für eine staatliche Einflusnahme durch die Privatisierung bisher öffentlichen Eigentums vernichtet und die finanziellen Voraussetzungen für wirtschaftliche Aktivitäten der Kommunen ausgehöhlt wurden.

Beginnend in den USA und Großbritannien, »setzte sich in den kapitalistischen Metropolen eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik durch, die radikal mit der bis dahin betriebenen sozialstaatlichen Regulierung und aktiven Konjunktursteuerung brach.«¹⁴ Das Zurückdrängen einer gesellschaftlichen Regu-

¹² Siehe Carl Schäfer: *Mit falschen Verteilungsgötzen zu echten Standortproblemen. Zur Entwicklung der Verteilung in 1995 und den Vorjahren*. In: »WSI Mitteilungen« 49(1995)10. S. 598f. ¹³ Siehe ebenda. S. 601. ¹⁴ Joachim Bischoff: *Ende des Rheinischen Modells. Über die Erschöpfung der Evolutionspotentiale des Fordismus*. In: »Sozialismus«. Hamburg 24(1997)4. S. 40ff.

lierung zeigt sich heute insbesondere in der Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, in der Aushöhlung des Sozialstaats und in der Entfesselung der Finanzmärkte. Diese Tendenzen werden in der Literatur als »Entbettung« (disembedding) der Ökonomie¹⁵ aus der Gesellschaft oder auch als Entpolitisierung der Ökonomie bezeichnet. Es geht dabei eigentlich nicht um eine generelle »Entpolitisierung« der Ökonomie, sondern um eine spezifische Art solcher Entpolitisierung im Sinne einer Zurückdrängung sozialer und ökologischer Kriterien für die ökonomische Entwicklung und einer entsprechenden gesellschaftlichen Verantwortung, und um eine verstärkte Politisierung im Sinne der strikten Unterordnung der Ökonomie unter die Interessen der Kapitaleigentümer mit dem Ziel höchster kurzfristiger Kapitalrenditen, wie sie besonders in dem Bestreben zum Ausdruck kommt, alle Regelungen zu beseitigen, die der Ideologie und Praxis des »shareholder value« entgegenstehen. Der Kürzung von Sozialleistungen stehen auf der anderen Seite Milliardeninterventionen zur Unterstützung von Konzernen im internationalen Innovationswettbewerb sowie zur Rettung von Banken und Großunternehmen, die in Schwierigkeiten geraten sind, gegenüber.

Die seit etwa Mitte der 70er Jahre dominierende Deregulierungstendenz ist Resultat vieler untereinander verflochtener Prozesse:

– Der Krise des Fordismus, zu der auch die Krise der fordistischen Regulierungs- und Akkumulationsweise gehört, die auf Massenproduktion und -konsumtion sowie einem hohen Tempo des Wirtschaftswachstums beruht. Dies hat dazu beigetragen, daß die auf Keynes fußende Nachfrageökonomie und antizyklische Konjunkturpolitik mit öffentlichen Investitionsprogrammen und anderen staatlichen Interventionen durch den angebotsorientierten Neoliberalismus als Mainstream-Ökonomie abgelöst wurde. Deren wichtigste Dogmen sind die umfassende Privatisierung aller Lebensbereiche und die möglichst vollständige Deregulierung, der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, damit die Marktkräfte möglichst umfassend

und ungestört wirken können. Ein Unterschied zwischen der Keynesianischen und der neoliberalen Periode besteht auch darin, daß der Keynesianismus die Wirtschaftstheorie und -politik nie so uneingeschränkt beherrscht hat, wie heute der Neoliberalismus;

- der zunehmenden Dominanz transnationaler Konzerne in der Wirtschaft, der Verselbständigung und weiteren Deregulierung der Finanzmärkte in Verbindung mit Globalisierungstendenzen und der Vertiefung von Integrationsprozessen regionaler Wirtschaftsblöcke. Hiermit einher geht die Schwächung nationaler Regulierungspotentiale, ohne daß diese durch Vereinbarungen und Institutionen einer wirksamen internationalen Regulierung ersetzt bzw. ergänzt werden;
- der seit den 80er Jahren nicht nur ungebrochenen, sondern sich weiter festigenden neokonservativen Hegemonie in der Gesellschaft;
- der Schwäche der Linken und ihrer alternativen Konzepte, die es bisher weder vermocht haben, der sozialen und ökologischen Deregulierung durch Gegenkräfte zu begegnen, noch von den Bevölkerungsmehrheiten oder zumindest größeren Teilen der Bevölkerung akzeptierte Auswege aus den gegenwärtigen Problemen und Konflikten aufzuzeigen und die sogenannten Sachzwänge der Globalisierung und des Standortwettbewerbs überzeugend zu widerlegen;
- des Scheiterns des Staatssozialismus mit seiner zentralistischen, ineffizienten Planwirtschaft, die den Gedanken einer gesellschaftlichen Planung diskreditiert hat.

Diese für die Deregulierung entscheidenden Prozesse resultieren somit aus dem Zusammentreffen objektiver Veränderungen im Reproduktions- und Verwertungsprozeß des Kapitals – Krise des Fordismus, Globalisierungstendenzen, Verselbständigung der Finanzsphäre – und Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis – Stärkung der neokonservativen Hegemonie und der Dominanz der neoliberalen

¹⁵ Siehe u. a.: Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Münster 1996.

Wirtschaftstheorie und -politik. Daraus wird deutlich, daß es für die Linke nicht genügt, sich dafür einzusetzen, durch eine Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse die Deregulierung rückgängig zu machen und die gesellschaftliche Regulierung zu stärken. Es geht nicht um eine Re-Regulierung, die sich auf das Wiederbeleben Keynesianischer Konjunktursteuerung und entsprechender Konjunkturprogramme, auf die Erhaltung des Sozialstaates beschränkt, sondern um eine in wesentlichen Zügen andere gesellschaftliche Regulierung, die die eingetretenen Veränderungen in den nationalen und internationalen ökonomischen Entwicklungsbedingungen, dabei vor allem auch in der Kapitalverwertung, berücksichtigt.

Die Tendenz des Abbaus gesellschaftlicher Regulierung der Wirtschaft ist um so gefährlicher, weil sich zur gleichen Zeit soziale, ökologische und ökonomisch-strukturelle Veränderungen vollziehen, die jede für sich die Notwendigkeit gesellschaftlicher Interventionen erhöhen, ja die Frage nach einer neuen Qualität gesellschaftlicher Regulierung als Lebensfrage der Menschheit, als Bedingung für ihre Zukunftsfähigkeit stellen. Die Überwindung der Krise des Fordismus ist ohne eine neue, den heutigen Problemen adäquate nationale und internationale Regulierungsweise nicht möglich.¹⁶

Es sind m.E. vor allem folgende neue Tendenzen und Zusammenhänge, die mit der Krise des Fordismus verbunden sind, die eine andere Art der Regulierung als in den 60er und 70er Jahren verlangen: *Erstens* die neue, gefährliche Dimension der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit, die heute dauerhaft größer ist als früher zu den Tiefpunkten im Krisenzyklus. Im Durchschnitt der Länder der EU ist die Arbeitslosenquote von 4,0 Prozent in den 70er auf 8,9 Prozent in den 80er Jahren und auf 11,2 Prozent 1996 gestiegen. Neue Wege und Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie die Modifizierung sozialstaatlicher Regelungen sind unverzichtbar geworden. *Zweitens* die Verschärfung der Umweltkrise. Bei einer Fortsetzung des bisherigen Typs der Wirtschaftsentwicklung ist die weitere Existenz der menschlichen Gesellschaft bedroht. *Drit-*

tens die eskalierenden öffentlichen Schulden mit Zinsbelastungen, die den Handlungsspielraum der Staaten auf allen Ebenen, insbesondere in den Kommunen, stark einschränken und in deren Folge die Möglichkeiten für eine Defizitfinanzierung von Konjunkturprogrammen im Vergleich zu früher weitaus problematischer sind. *Viertens* die abnehmenden ökonomischen Wachstumsraten und die insgesamt – vor allem aus ökologischen Gründen – geringeren Möglichkeiten zur Lösung ökonomischer und sozialer Probleme mit Hilfe des Wachstums. *Fünftens* die Prozesse der Globalisierung und der Regionalisierung im Rahmen großer Wirtschaftsblöcke sowie der Verselbständigung der Finanzsphäre, die zu einer Verschiebung der Gewichte zwischen nationalen und internationalen Regulierungsmöglichkeiten und -institutionen führen.

Die weiter eskalierende Massenarbeitslosigkeit, mit 4,7 Millionen im Februar 1997 in der Bundesrepublik offiziell registrierten Erwerbslosen und einem realen Defizit an Arbeitsplätzen von über 7 Millionen (offizielle und verdeckte Arbeitslosigkeit), steigenden Anteilen der Langzeit- und Dauerarbeitslosen, zunehmenden Problemen für Jugendliche, einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu finden, Hinausdrängen von Frauen aus der Erwerbstätigkeit, bedroht den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und die Demokratie, untergräbt die sozialen Sicherungssysteme und ist der Hauptfaktor für die sprunghaft ansteigenden öffentlichen Schulden. Die finanziellen Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die Massenarbeitslosigkeit betragen 1996 rund 160 Mrd. DM.

Eine Gesellschaft wird nur dann zukunftsfähig sein, wenn sie jeder/jedem die Möglichkeit gibt, eine sinnvolle, den Lebensunterhalt sichernde Arbeit auszuüben. Höheres Wirtschaftswachstum kann keinen Ausweg aus der Krise der gegenwärtigen Erwerbsarbeit schaffen, ebenso nicht die von den Neoliberalen geforderte Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Ohne neue, sozial und institutionell innovative Lösungen, die mit qualitativ höheren Anforderungen an die gesellschaftliche Regulierung verbunden sind, wird es keinen Weg aus dieser

¹⁶ Siehe Joachim Hirsch: *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin, Amsterdam. S. 90.

krisehaften Entwicklung der heutigen Erwerbsarbeit geben.

Vollbeschäftigung auf neue Art zu sichern, bedeutet tiefgreifende Veränderungen im gesellschaftlichen Arbeitssystem: *Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit*, die gleichzeitig auch Voraussetzungen für eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit und der unbezahlten Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern schafft; *Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors* zur Schaffung perspektivischer Lösungen, um gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeiten im sozial-kulturellen und Umweltbereich zu verrichten, die gegenwärtig unerledigt bleiben, weil sie nicht profitabel sind; *Wirtschafts-, Struktur- und Technologiepolitik*, die dazu beiträgt, die notwendigen Strukturprozesse in Richtung eines höheren Gewichts von Dienstleistungen, ökologischem Umbau und Nachhaltigkeit, Regionalisierung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch Innovationen und rechtzeitige Strukturanpassungen, sozial akzeptabel durchzuführen; eine *Geld-, Haushalts- und Finanzpolitik*, die von der Verabsolutierung der Geldwertstabilität und dem Dogma der Entlastung der Unternehmensgewinne befreit wird und auf die Lösung beschäftigungspolitischer und damit zusammenhängender ökonomisch-struktureller, sozialer und ökologischer Erfordernisse gerichtet wird. Diese Wege sind nur bei aktiver gesellschaftlicher Regulierung durch staatliche, zivilgesellschaftliche sowie internationale Institutionen realisierbar.

Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor widerspiegelt besonders deutlich die veränderten Bedingungen für die Regulierung auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik. Die bisherigen Instrumente und Regulierungsformen der Arbeitsmarktpolitik, für die u.a. eine rigide zeitliche Begrenzung, Brückenfunktion zum »regulären« ersten Arbeitsmarkt und fehlende Kopplung zu einer bedürfnisorientierten, perspektivischen Strukturpolitik charakteristisch sind, können nicht einfach fortgesetzt und erweitert werden. Die neuen Bedingungen und Probleme der strukturellen Massenarbeitslosigkeit ver-

langen nach qualitativ neuen Regulierungsformen, denen auch ein anderes politisches Verständnis für die Verantwortung der Gesellschaft für die Lösung der sozialen Probleme zugrunde liegt. Es geht um eine zukunftsfähige Bewegungsform für den Widerspruch zwischen massenhaft vorhandenem, aber nicht realisiertem Bedarf nach gesellschaftlich nützlichen Arbeiten in sozial-kulturellen, Umwelt- und Infrastrukturbereichen auf der einen und der erzwungenen Nichterwerbstätigkeit auf der anderen Seite, der auf Basis der privatwirtschaftlich organisierten Erwerbstätigkeit und des traditionellen öffentlichen Dienstes nicht lösbar ist. Eine dieser neuen Regulierungsformen zur Herstellung der Vollbeschäftigung auf neue Art und in veränderter Qualität kann ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor sein, der nach dem Prinzip der Gemeinnützigkeit organisiert ist sowie Räume für Selbstorganisation und Vielfalt in den Realisierungsformen eröffnet.

Die *Gefährdung der Umwelt* hat ein Ausmaß erreicht, das eine grundlegende Umorientierung der Wirtschafts- und Konsumtionsweise zur Erhaltung der Naturressourcen verlangt, soll nicht die Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft verloren gehen. »Bevor die ökologische Krise sichtbar wurde, war eine linke Politik nur denkbar mit einer sozialen Ökonomie. Nunmehr ist sie nur denkbar mit einer sozial-ökologischen Ökonomie – und dies unter den Bedingungen demokratischer Selbstkorrekturmöglichkeiten und nicht monopolisierter Wirtschaftsverhältnisse.«¹⁷ Die Qualität und quantitative Dimension notwendiger Einschnitte in der Wirtschaftsentwicklung und in der gesamten Lebensweise, von der Reduzierung des absoluten Verbrauchs an nicht erneuerbaren Energieträgern und Rohstoffen in den Industrieländern in den nächsten 50 Jahren auf etwa ein Fünftel, der notwendigen grundlegenden Umwandlung der gesamten Energie- und Verkehrssysteme, der Herausbildung von Kreislaufwirtschaften, bis zu neuen Leitbildern für die zukünftige Wohlfahrt und Lebensqualität, sind nur denkbar, wenn sie aktiv durch eine gesellschaftliche Regulierung unterstützt und mitgestaltet werden. Dabei kommt der Internalisierung von Umweltko-

¹⁷ Hermann Scheer: *Zurück zur Politik*. München 1995. S. 189.

sten, u.a. durch Ökosteuern, und damit der bewußten Nutzung von Marktbeziehungen eine wichtige Rolle zu. In diesem Sinne ist der Übergang zu einer »Neuen Ökologischen Ökonomie«¹⁸ oder umfassender zur sozialökologischen Ökonomie eine zwingende Aufgabe für die nächste Zukunft.

Die *Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen* tritt heute u. a. in zwei einander ergänzenden und miteinander verflochtenen Tendenzen auf, der Globalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten und der Regionalisierung der Wirtschaft vor allem im Rahmen regionaler Wirtschaftsblöcke (EU, NAFTA, u. a.). Hiermit sind für unsere Fragestellung relevante Prozesse verbunden:

- Die Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes; Verdrängungswettbewerb um Marktanteile und Bemühungen zur Erhöhung der Attraktivität von Wirtschaftsstandorten für das internationale Kapital werden zu prägenden Charakteristika dieses Konkurrenzkampfes.
- Die zunehmende Polarisierung der Weltwirtschaft in alte Industrieländer und einige neu industrialisierte Länder auf der einen und in die Mehrheit der Länder der »Dritten Welt« mit sinkenden oder stagnierenden Anteilen an Produktion, Einkommen, Investitionen, am Außenhandel und Ressourcenverbrauch sowie steigenden Anteilen an der Bevölkerung.
- Die größeren Gefahren einer Destabilisierung der Wirtschaft sowie Untergrabung nationaler wirtschaftspolitischer Eingriffsmöglichkeiten durch die internationalen Finanzmärkte, die sich zunehmend von der Realökonomie lösen, und von Finanzspekulationen, die nicht vorhersehbare krisenhafte Kettenreaktionen auslösen können. Die Umsätze des internationalen Devisenhandels erreichen innerhalb von vier bis fünf Tagen eine Größenordnung, die der des Welthandels eines Jahres entspricht.
- Die stärkere Verlagerung der Konkurrenz und der Bemühungen zur Verbesserung der Standortbedingungen der Unternehmen auf Kostensenkung vor

allem durch Druck auf Lohnkosten und Sozialleistungen sowie auf Senkung der Unternehmenssteuern, wodurch Lohn-, Sozial- und Steuerdumping zwischen den Staaten zunehmen.

Die Globalisierungstendenzen und die übernationale Regionalisierung in Form der Wirtschaftsblöcke stellen die Linke vor neue, komplizierte und widersprüchliche Herausforderungen. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit weist international im Vergleich zu den innerstaatlichen Verhältnissen eine noch stärkere Dominanz der Kapitalseite auf. Dem zunehmend international organisierten Kapital – transnationale Konzerne und vom Kapital dominierte Institutionen von Weltbank, IWF, WTO bis zu G 7 – steht keine wirksame, geschlossene Gegenmacht der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegenüber. Unkontrollierte Globalisierungstendenzen werden durch die schon bisher sehr weitgehende Deregulierung und Liberalisierung der internationalen Geld-, Finanz- und Handelsbeziehungen, die, wie zum Beispiel das jüngste WTO-Abkommen zeigt, noch weiter fortschreiten, gefördert. Ein Gegengewicht dazu ist nicht zu sehen.

Die europäische Integration, wie überhaupt die Herausbildung regionaler Wirtschaftsblöcke, ist eine objektive Tendenz, die von den Linken grundsätzlich unterstützt werden müßte. Sie vollzieht sich jedoch ausgehend vom Maastrichter Vertrag und den Konvergenzkriterien in einer Art und Weise, die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Verbesserung sozialer und ökologischer Standards diametral entgegengesetzt ist. Die Einführung der Europäischen Währungsunion nach den Maastrichter Konvergenzkriterien und dem unlängst beschlossenen Stabilitätspakt würde für einen längeren Zeitraum die neoliberale Deregulierungspolitik fest verankern und die Handlungsräume für eine nationale Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik drastisch beschneiden.

Alle diese Prozesse stellen erhöhte spezifische Anforderungen an die gesellschaftliche Regulierung, vor allem an einen besonders »defizitären« Regulierungsbereich, die zwischenstaatliche Regulierung bzw. Regulierung durch internationale Organisatio-

¹⁸ Siehe *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Berlin 1997. S. 145.*

nen. Bei der weiteren Entwicklung der EU besteht insbesondere Regulierungsbedarf auf folgenden Gebieten: Einführung sozialer und ökologischer Mindeststandards, zwischenstaatlich koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Regelungen für eine echte demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten in internationalen Konzernen, Harmonisierung von Steuern, speziell Unternehmenssteuern und Besteuerung von Einkommen aus Geldanlagen, Eindämmung von Währungsspekulationen, Gestaltung der Beziehungen zu den ost- und mitteleuropäischen Staaten, Erhöhung der Entwicklungshilfe für die Länder der »Dritten Welt« und ihre wirksame Gestaltung im Interesse der dort Lebenden.

Die Dringlichkeit der gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft, ihre Bedeutung für ein linkes sozialistisches Reformkonzept sowie die hohen Anforderungen an eine neue Qualität der Regulierung resultieren zusammengefaßt vor allem aus folgenden Faktoren:

Erstens muß sie ein Gegengewicht und eine Alternative zur gegenwärtig bestimmenden Tendenz bilden, die gesellschaftliche Regulierung zu Lasten der Interessen der abhängig Beschäftigten, der Ausgegrenzten und sozial Schwachen sowie kommender Generationen zurückzunehmen.

Zweitens: Die internationale Gemeinschaft und alle Staaten stehen heute vor größeren und qualitativ neuen Herausforderungen. Die gesellschaftliche Regulierung muß dazu beitragen, in wichtigen Lebensbereichen der Gesellschaft, insbesondere in den Sphären Arbeit und Umwelt, tiefgreifende qualitative Veränderungen, regelrechte Umbrüche, vorzubereiten und durchzusetzen. Zugleich muß beachtet werden, daß bisherige Regulierungsformen infolge veränderter Bedingungen nicht mehr ausreichen oder mehr oder weniger obsolet geworden sind. Dies betrifft eigentlich alle Bereiche, von der Erwerbsarbeit und sozialen Sicherheit, der Umweltproblematik, bis zu den internationalen Finanzbeziehungen und den Nord-Süd-Beziehungen. Qualitative Veränderungen in den Regulierungsformen, -instrumenten und vor

allem in den Inhalten der Regulierung stehen fast überall auf der Tagesordnung. Dabei geht es natürlich um jeweils ganz spezifische Fragen, zum Beispiel bei der Weiterentwicklung der Flächentarifverträge, der Reformierung des Sozialstaates oder bei der Regulierung der Finanzmärkte.

Drittens: Die Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Regulierungssphären sind enger geworden. Deren Berücksichtigung ist für den Erfolg jeglicher Regulierung ausschlaggebend. Konzepte, die auf den ökologischen Umbau gerichtet sind, haben nur dann eine Chance, wenn sie von vornherein die sozialen Auswirkungen berücksichtigen, soziale Ausgleichsmaßnahmen enthalten und mit dem Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit verbunden werden. Dies gilt ebenso für Konzepte zur Finanzierung der Renten und einer sozial gerechten Gesundheitspolitik. Ohne Korrektur der unsozialen und zukunftsfeindlichen Umverteilung zu Gunsten der Kapitaleigentümer und der Reichen sowie ohne Regulierung der Finanzmärkte wird es auch nicht gelingen, einen perspektivischen öffentlichen gemeinwirtschaftlichen Sektor aufzubauen. Regulierungsvorstellungen müssen von vornherein die engere Verflechtung zwischen den verschiedenen Politikfeldern ins Kalkül ziehen.

Viertens muß eine stärkere gesellschaftliche Regulierung mit der Demokratisierung von Entscheidungsprozessen und der Erweiterung der Möglichkeiten von sozialen, ökologischen und emanzipatorischen Bewegungen verbunden werden, auf die inhaltlichen Ziele sowie die Art und Weise der Regulierung Einfluß zu nehmen.

Fünftens: Nationale und internationale Regulierung wirken stärker als in der Vergangenheit aufeinander ein und sind auch voneinander abhängig. Ihre Beziehungen sind weniger substitutiv als komplementär. Defizite in der internationalen Regulierung wirken sich meist auch hemmend auf nationale Regulierungsmöglichkeiten aus, wie auch umgekehrt wirksame internationale Regulierungsmaßnahmen den Rahmen für eine nationale Regulierung verbessern können.

UWE-JENS HEUER

Ist demokratischer Sozialismus möglich?

1. WISSENSCHAFT UND POLITIK

Wir ehren heute einen Wissenschaftler der ersten Generation der Deutschen Demokratischen Republik. 1932 war er bereits in die Kommunistische Partei Deutschlands eingetreten. Er war – 1909 geboren – 1945 ein erfahrener Wissenschaftler, erfahren auch in politischen Auseinandersetzungen.

Ein marxistischer Wissenschaftler kann in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen niemals unbeteiligt sein. Wissenschaft ist stets mit strategischen Fragen verbunden. Auch für einen marxistischen Wissenschaftler gilt es, nach Wahrheit zu streben. Aber ihm geht es um Wahrheiten, die nützlich sind, nützlich für den Fortschritt der Menschheit. Dieses Streben der Wissenschaftler nach nützlichen Wahrheiten ist immer wieder mit politischen Absichten der Parteiführung in Konflikt gekommen. Die sich aus dem staatlichen Eigentum an den Produktionsmitteln ergebende Zentralisierung der Macht erforderte ein hohes Maß an Wissenschaftlichkeit der Politik. Dieselbe Zentralisierung brachte zugleich den Wunsch und die Möglichkeit nach Manipulierung von Wissenschaft mit sich. Politische Erfordernisse, aber auch Streben nach Macht und Machterhaltung, nach kollektiver Macht, aber auch nach individueller Macht, brachten immer wieder Konflikte zwischen Partei, Parteiführung einerseits und marxistischen Wissenschaftlern andererseits mit sich. Diese Konflikte durchzogen die gesamte Geschichte der DDR.

Die vielleicht bedeutungsvollste Auseinandersetzung vollzog sich nach dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, dem Parteitag der Abrechnung mit Stalin. Es ging dabei im Kern um das Thema *Sozialismus und Demokratie*. Im Gegensatz zu mir und sicherlich den meisten anderen jungen marxistischen Wissenschaftlern war Behrens wohl nicht überrascht über die Härte dieser Auseinandersetzung, ist er bewußt in die damaligen Konflikte hineingegan-

gen. Er leitete die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät in Leipzig, war Vorsitzender der Betriebsgruppe der SED, 1954 wurde er in Berlin Stellvertreter des Direktors des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften, erhielt den Nationalpreis, 1955 endlich wurde er stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, 1956 Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften.

Er vereinte bereits zu diesem Zeitpunkt ein großes Maß an wissenschaftlicher und politischer Erfahrung und hatte jetzt aus seiner Funktion als Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik tiefe Einsichten in die Volkswirtschaft der DDR gewonnen. Er war auch mit der nach Stalins Tod langsam aufbrechenden internationalen Diskussion vertraut. Kürzlich hat mir ein Genosse berichtet, daß er in den Jahren 1953/1954 als junger Student gemeinsam mit Fritz Behrens und anderen an einer Abendschule der Partei teilnahm. Fritz Behrens zeigte sich damals außerordentlich interessiert an der Entwicklung in Jugoslawien – im Gegensatz übrigens zu Heinz Such, der dieser Entwicklung sehr kritisch gegenüberstand.

Auf Konferenzen kündigte sich die beginnende Auseinandersetzung schon an. Das galt für eine Konferenz zur Übergangsperiode vom Kapitalismus und Sozialismus in der DDR im März 1955 und eine weitere Konferenz über »Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland« im Januar 1956. Auf dieser Konferenz zitierte Behrens – sinngemäß, wenn auch wörtlich nicht ganz exakt – Marx aus den »Theorien über den Mehrwert«: »Bei dem Meister entwickelt sich das Neue und Bedeutende mitten im Dünger der Widersprüche; [...] er arbeitet das Gesetz gewaltsam aus widersprechenden Erscheinungen heraus. Die Widersprüche selbst, die zugrunde liegen, zeugen von dem Reichtum der lebendigen Unterlage, aus der sich die Theorie herauswindet.«¹

¹ Fritz Behrens: [Diskussionsbeitrag im Plenum]. In: *Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland. Protokoll der Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 26.–29. Januar 1956. Berlin 1956. S. 47 (Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften 5).*

2. DER GROSSE KONFLIKT

Diesen »Dünger der Widersprüche« bildeten für ihn in erster Linie die Erfahrungen, die er aus der volkswirtschaftlichen Entwicklung der DDR, den Widersprüchen der Planerfüllung ableitete. Der XX. Parteitag der KPdSU führte in allen sozialistischen Ländern, natürlich auch in der DDR, zu umfangreichen, sich zuspitzenden Diskussionen. Behrens faßte die Ergebnisse seiner Überlegungen gemeinsam mit seinem früheren Leipziger Assistenten Arne Benary (geboren im Jahre 1929) im Juli 1956 in einer Broschüre zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode zusammen. Am 12. Dezember 1956 untersagte das Sekretariat des ZK der SED die Auslieferung dieser Veröffentlichung. Der Text wurde dann in Gestalt zweier Aufsätze von Behrens und Benary in einem Sonderheft der Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft« veröffentlicht, allerdings umfassend eingrahmt von Widerlegungsartikeln.²

Fritz Behrens' Aufsatz war überschrieben: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode. Er setzte sich sehr ausführlich mit den Problemen der diskontinuierlichen Produktion und des Kaufkraftüberhangs auseinander. Dabei polemisierte er gegen die These Stalins vom gesetzmäßigen Vorseilen der Kaufkraft gegenüber dem Angebot. Behrens betonte gegenüber einer solchen Wirtschaftspolitik die Notwendigkeit, den objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze anzuerkennen.

Diese Diskussion wurde bereits seit einiger Zeit in den sozialistischen Ländern geführt und hat bis zum Ende der DDR nicht aufgehört. Behrens schrieb: »Man kann ökonomische Gesetze nicht durch juristische Gesetze, Anordnungen und Direktiven ersetzen.« Es sei unmöglich, »eine Zentralverwaltungswirtschaft auf sozialistischer Grundlage zu errichten«³. Die zentrale Weisung könnte und müßte eine Rolle in der ersten Etappe der Übergangsperiode spielen, dann aber müßten vor allem die Gesetze der Warenproduktion ausge-

nutzt werden. Der Kampf der beiden Systeme, des Kapitalismus und des Sozialismus, würde durch ökonomische Mittel entschieden. Seine Kernthese ist dann, daß nach der Etappe der Revolution eine Etappe einsetze, in der die staatliche Administration in der Wirtschaft allmählich abgebaut werde. In der dritten Etappe schließlich, der Etappe des Sozialismus, beginne der Prozeß des Absterbens des Staates. Der Hauptstimulus der sozialistischen Wirtschaft ist für ihn grundsätzlich das als ökonomischer Impuls wirkende materielle Interesse der Werktätigen. Gerade dadurch sei die sozialistische Wirtschaft demokratisch: »Die sozialistische Planwirtschaft ist eine *ihrem Wesen nach demokratische* Wirtschaft.«⁴

Die schärfste Formulierung schließlich, und sie wurde dann auch zum Hauptgegenstand der Kritik von Walter Ulbricht auf dem 30. Plenum des ZK der SED, lautete: »Die Auffassung, daß der Staat alles könne, und daß jede, auch die privateste Angelegenheit staatlich geleitet und kontrolliert werden müsse, ist nicht sozialistisch, sondern »preußisch«, d.h. junkerlich-monopolistisch.«⁵ Bürokratie sei immer Einschränkung der Demokratie. »Diesem Prozeß des Absterbens des Staates, der zugleich der Prozeß der Entwicklung einer umfassenden sozialistischen Demokratie ist, entspricht die Dezentralisierung der politischen Aufgaben und die Ersetzung der zentralen Weisungen in der Wirtschaft durch ökonomische Politik.« Sozialismus bedeute, »daß die Selbstverwaltung der werktätigen Massen im staatlichen Leben in der Selbstverwaltung in der Wirtschaft ihre Ergänzung finden muß. Sozialismus verlangt Selbstverwaltung der Wirtschaft durch die Werktätigen, weil die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ihre Ergänzung durch die Vergesellschaftung der Verwaltung erfordert.«⁶ Alles das, so wird er nicht müde zu betonen, sei Voraussetzung für den Erfolg im friedlichen Wettbewerb der Systeme. Gerade diese Zielstellung hatte ja auf dem XX. KPdSU-Parteitag eine wesentliche Rolle gespielt.

² Siehe Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*. In: »Wirtschaftswissenschaft«, Berlin 5 (1957) Sonderheft 3 »Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode«, S. 105–140. – Arne Benary: *Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode*. In: *Ebenda*. S. 62–94. ³ *Ebenda*. S. 118ff. und 109. ⁴ *Ebenda*. S. 109, 115, 117 und 124f. ⁵ *Ebenda*. S. 125. – Siehe dazu Walter Ulbricht: *Grundfragen der Politik der SED*. 30. Tagung des ZK der SED. 30.1. bis 1.2. 1957. Berlin 1957. S. 50. ⁶ Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*. S. 126, 130 und 125f.

Es ist ganz offensichtlich, daß Behrens eine grundsätzliche, an die Wurzeln gehende Änderung des Sozialismus forderte. Er bestritt keineswegs die Notwendigkeit einer starken Zentralisierung in der früheren Periode, sowohl im Kampf gegen die eigenen Ausbeuter, wie auch im Kampf gegen das nach wie vor bestehende kapitalistische System außerhalb des Landes. Jetzt aber war umfassende Demokratie nicht nur möglich, sondern unabdingbar notwendig. Dabei ist das konkrete Feld der Auseinandersetzung für ihn die Leitung der Wirtschaft, die konkrete Gegenthese ist die Notwendigkeit einer an die materiellen Interessen anknüpfenden ökonomischen Leitung. Sozialistisches Eigentum ist und bleibt für ihn unabdingbar, fordert jetzt aber wahrhafte Demokratie.

In einer Nebenbemerkung seines Plädoyers für materielle Interessiertheit wendet er sich gegen die metaphysische Trennung von Spontaneität und Bewußtheit. Sie sei nichts anderes als eine Verneinung der Rolle der Massen. »Spontaneität ist Unmittelbarkeit, das Aufnehmen der gesellschaftlichen Erscheinungen und das Reagieren darauf ohne gedankliche Vermittlung.«⁷ Arne Benary hat in seinem Beitrag gerade diese Problematik ausgebaut und damit eine Jahrzehnte dauernde dogmatische Polemik herausgefordert. »Die schöpferische Aktivität und Initiative der Werktätigen [...] schließt – wie jede Massenbewegung – das Element der Spontaneität ein.« Das Wertgesetz werde spontan verwirklicht. Planmäßige Wirtschaftsführung heiße folglich nicht Unterdrückung der Spontaneität, ihre illusorische Leugnung, sondern bewußte Lenkung der Spontaneität. Das materielle Interesse bestimme das spontane ökonomische Handeln. So seien eben die Arbeiter heute an weichen Normen interessiert. Eben deshalb sei ökonomische Leitung notwendig, eine Leitung, die über ökonomische Hebel wirke, wie den Preis, den Kredit, den Zins, den Lohn, den Gewinn und Steuern. Die zweite Etappe, die Etappe der ökonomischen Leitung, fordere, »daß wir auch in der theoretischen Ökonomie des Sozialismus die Ideologie der Konfliktlosigkeit überwinden«⁸.

Eigentlich ist das alles banal. Wer könnte denn leugnen, daß bestimmte ökonomische Stimuli ein bestimmtes Verhalten unmittelbar, ohne Ideologie her-

vorrufen? Alle wußten es, aber dennoch wurde jahrzehntelang von Philosophen und Staatswissenschaftlern eine solche Spontaneität geleugnet oder jedenfalls verteufelt.

In diesen Thesen waren zwei Dinge miteinander verknüpft: zum einen ein relativ weit ausgearbeitetes anderes Modell der Wirtschaftsleitung und zum anderen in Umrissen die Fragestellung nach dem demokratischen Sozialismus, nach dem Absterben des Staates, nach dem Akzeptieren der Spontaneität. Gerade in der Verbindung dieser beiden Fragestellungen lag die Sprengkraft des Ansatzes. Ich denke, daß Behrens die Sprengkraft dieses Ansatzes auch bewußt war. Aber damals war die Diskussion der Parteiintelligenz über die Schlußfolgerungen aus dem XX. Parteitag der KPdSU noch in vollem Gange.

An diesem Punkt erfolgte auch die Antwort Ulbrichts in seiner schon zitierten Rede auf dem 30. Plenum des ZK der SED am 30. Januar 1957. Er nahm zu zwei Fragen Stellung, einmal zur bewußten Lenkung der Spontaneität und zum zweiten zur Polemik von Behrens gegen die Allmacht des Staates. Er stellte den Zusammenhang, und das war natürlich gefährlich, mit der Rede des jugoslawischen Politikers Edvard Kardelj vom 8. Oktober 1954 in Oslo her. Ulbricht sprach über ideologische Schwankungen im Zusammenhang mit der Frage vom Absterben des Staates. Man dürfe über den Kampf gegen den Dogmatismus den Kampf gegen den Revisionismus nicht vergessen. Die Konsequenz solcher Maßnahmen – und damit war der Bannspruch ausgesprochen – sei die Preisgabe der Arbeiter- und Bauernmacht, ihre Liquidierung. Ähnliche »revisionistische« Anschauungen hätte es auch an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Babelsberg gegeben. Die Losung »Laßt alle Blumen blühen« sei zu unterstützen, aber Revisionismus sei ein Unkraut. Ulbricht stellte, und das war noch gefährlicher, die Thesen von Behrens und Benary in den Zusammenhang mit der Verschärfung des internationalen Klassenkampfes.

Mit den philosophischen Anschauungen sollten Philosophen streiten. Hermann Scheler beeilte sich dann auch, in dem schon erwähnten Sonderheft der Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft« die These zu entwik-

⁷ *Ebenda*. S. 128f. ⁸ *Arne Benary: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode*. S. 71, 73, 76, 79, 84 und 93.

keln, daß man zwischen vermeintlichen und wirklichen objektiven Interessen unterscheiden müsse. Kein Arbeiter stimme mit seinen eigenen materiellen Interessen überein, wenn er mehr fordert als möglich ist und seiner Leistung entspricht.⁹ Weitere Angriffe waren gegen den Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften Gunther Kohlmeier, der abgelöst wurde, gegen Jürgen Kuczynski und andere gerichtet. Behrens verlor seine Stellung in der Zentralverwaltung für Statistik und wurde zusammen mit Benary für lange Zeit zur Symbolfigur des »Revisionismus«.

5. HOFFNUNG

Behrens mußte Selbstkritik üben. In seiner Arbeit »Ware, Wert und Wertgesetz« zog er im Jahre 1961 in gewisser Weise ein vorläufiges Resümee. Dabei bezog er sich einerseits auf die Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehungen in den sozialistischen Gesellschaftsordnungen. Andererseits nahm er die These vom Absterben des Staates in der Übergangsperiode zurück, sie habe objektiv die Aufweichungspolitik des Gegners unterstützt. In den Mittelpunkt stellte er die Objektivität der Ware-Geld-Form. In der Diskussion hatte eine wesentliche Rolle gespielt, ob der Staat oder aber das Wertgesetz Regulator der Ökonomie sei. Behrens fand jetzt die Formulierung, der Staat sei der Regulator, indem er alle ökonomischen Gesetze ausnutzt.¹⁰ Behrens blieb dabei, daß die Objektivität des Wertgesetzes eine zentrale Frage der politischen Ökonomie des Sozialismus sei, schwieg aber zur Frage der Demokratie.

Wenig später, im Jahre 1963, wurde in der DDR der Übergang zu einem neuen ökonomischen System der Planung und Leitung verkündet. Dieses neue ökonomische System nahm unzweifelhaft wesentliche Punkte der Argumentation von Behrens auf. Der sowjetische Ökonom E. G. Liberman hatte 1962 die

These vertreten: »Was für die Gesellschaft nutzbringend ist, muß auch jedem Betrieb nützlich sein«¹¹. Die Definition des neuen ökonomischen Systems als organische Verbindung wissenschaftlicher Führungstätigkeit und einer auf die Perspektive orientierten zentralen staatlichen Planung mit der umfassenden Anwendung der materiellen Interessiertheit in Gestalt des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel macht den Bezug sehr deutlich. Es wurde von einer gewissen Selbstregelung auf der Grundlage des Planes gesprochen, von der Ersetzung administrativer Methoden durch ein ökonomisches System der Planung und Leitung.¹²

Am 16. September 1965 hielt Fritz Behrens in der Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften einen Vortrag über »Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft«. Er bezog sich dabei auf das neue ökonomische System der DDR und auf entsprechende Entwicklungen in anderen Ländern: »Das neue Modell ist die Herausbildung des typischen Modells der sozialistischen Wirtschaft, nachdem die ungünstigen historischen Bedingungen bei der Entstehung des Sozialismus ihre Wirkung allmählich verlieren.« Behrens räumt wiederum die Notwendigkeit eines administrativen Systems für die Vergangenheit ein, aber eben nur für die Vergangenheit: »Soweit die sozialistische Produktionsweise in der Vergangenheit Merkmale hatte, die in das Modell einer Zentralverwaltungswirtschaft aufgenommen werden konnten, hatte das historische Ursachen, war das nicht system-immanent, sondern historisch bedingt.«¹⁵

Er verglich dieses System mit einer Kriegswirtschaft. Jetzt aber würden zentrale Entscheidungen vorwiegend mit Hilfe ökonomischer Methoden durchgesetzt. Zur Geschichte der Auseinandersetzungen gibt es nur zwei zurückhaltende Bemerkungen. Die

⁹ Siehe Walter Ulbricht: *Grundfragen der Politik der SED. 30. Tagung des ZK der SED. 30.1. bis 1.2.1957. Berlin 1957. S. 48ff.* – Herman Scheler: *Über das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 5(1957)Sonderheft 3 »Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode«. S. 42.* ¹⁰ Siehe Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus. Berlin 1961. S. 5 und 62.* ¹¹ E. G. Liberman: *Plan, Gewinn, Prämie. Einige Gedanken zur Verbesserung der Leitung und materiellen Interessiertheit in sozialistischen Industriebetrieben. In: »Die Wirtschaft«. Berlin 17(1962)39. S. 15.* ¹² Siehe Uwe-Jens Heuer: *Demokratie und Recht im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Berlin 1965. S. 8ff.* ¹³ Fritz Behrens: *Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft. Berlin 1966. S. 4 und 7 (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin).*

diesem Modell zugrunde liegenden Vorstellungen seien keineswegs alle neu, sie seien zum Teil bereits in der UdSSR in den 20er Jahren entwickelt worden. Die jetzt bereits erkennbare neue Qualität in der Wirtschaftspolitik sei nicht durch autonome Forschung erzielt, sondern durch die Realität erzwungen worden. Behrens erklärte – und hier wird auch Resignation deutlich –, »daß die fehlende autonome Forschung nicht auf einen Mangel an schöpferischen Potenzen, sondern darauf zurückzuführen ist, daß die sozialistische Ideologie in der Vergangenheit vor allem in den Dienst der Sicherung des Aufbaus gegen Angriffe von außen gestellt wurde«¹⁴. Es ginge jetzt darum, die ökonomischen Hebel mit Gefühl und Bewußtsein zu verbinden.

In seinem Vortrag »Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus« auf einem Kolloquium in Frankfurt am Main im September 1967 ging Behrens etwas weiter. Warum kam die politische Ökonomie des Sozialismus noch nicht über Empirismus und im Höchsthalle Historismus hinaus?, fragte er. Lag es an fehlenden Problemen, lag es an fehlendem Vermögen? Nein, erklärte er, es wurde jede echte wissenschaftliche Diskussion überhaupt unterbunden. Es sei nur um staatliche Befehle und deren Kommentierung und Propagierung gegangen. Jetzt aber könne man von säkularen Wirtschaftsreformen sprechen. Das neue ökonomische System sei das eigentliche ökonomische System des Sozialismus, die Stufe des Physiokratismus sei überschritten, man nähere sich jetzt der Klassik. Es habe auch keinen Sinn, mit der Geschichte über die Formen zu rechten, unter denen der Sozialismus ins Leben trat. »Aber schließlich fand der XX. Parteitag in Moskau und nicht in London, Paris oder Washington oder gar in Berlin statt.«¹⁵ Hier wird doch wieder Optimismus und Hoffnung deutlich, zugleich die Kritik an der Vergangenheit stärker.

4. DAS SCHEITERN

Die grundsätzliche Wendung zum neuen ökonomischen System erfolgte, weil entscheidende Teile der Parteiführung, weil Ulbricht wegen des ökonomischen Wettbewerbs mit dem Kapitalismus den Übergang zur ökonomischen Leitung wollten und durchzusetzen entschlossen waren. Ulbricht hatte im Interesse des Machterhalts Behrens als Revisionisten verdammt. Jetzt hatte derselbe Ulbricht, wiederum um die Macht zu erhalten, eine radikale Wendung vollzogen. Ulbricht war nicht der Dogmatiker, als der er vielen erschienen war. Er hatte – jetzt erst? – die Notwendigkeit erkannt, im ökonomischen Wettbewerb zu neuen Methoden überzugehen. Er sah die Existenz der DDR auf die Dauer für unhaltbar an, wenn es nicht gelang, den ökonomischen Gleichstand mit der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Machtdenken ist eine notwendige Eigenschaft der Politiker, wobei Macht gesellschaftlicher Kräfte und individuelle Macht oft in ihrem Bewußtsein kaum noch zu trennen sind. Allerdings erfolgte die Korrektur, ohne daß eine eindeutige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vollzogen wurde, ohne daß Selbstkritik geübt, ohne daß unberechtigte Beschuldigungen zurückgenommen wurden. Selbstkritik war in der DDR nicht Sache der Politiker, sondern nur Sache der Wissenschaftler.

Das eigentliche Problem bestand in den damals befürchteten politischen, also demokratischen, Konsequenzen. Die materielle Interessiertheit der Arbeiter am Betrieb mußte zu Widersprüchen zwischen dem Betrieb und der Zentrale führen, ebenso zu Widersprüchen zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung. Es wurden Konsequenzen diskutiert, wie höhere Gehälter für die Leiter, wie die Frage des »sozialistischen« Konkurses. Für die Lösung dieser Probleme existierte kein Mechanismus. Sollten die Betriebe tatsächlich

¹⁴ *Ebenda*. S. 9, 3 und 17f. ¹⁵ Fritz Behrens: *Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus*. In: *Kritik der politischen Ökonomie heute – 100 Jahre »Kapital«*, Referate und Diskussionen vom Frankfurter Colloquium im September 1997. Hrsg. von Walter Euchner und Alfred Schmidt. Frankfurt am Main, Wien 1968. S. 288–299.

ökonomisch selbständig werden, so mußten sie eigene Rechte haben, Rechte, denen Pflichten der Zentrale entsprachen. Man mußte bereit sein, Ansprüche in der Vertikale zu begründen, es mußten Instanzen bestehen, die in stärkerem Umfange als bisher Konflikte zwischen Betriebsangehörigen und der Betriebsleitung behandelten, die Rolle der Gewerkschaften rückte in ein neues Licht. Die Beschränkung auf die Ökonomie war nicht möglich, es mußte auch über das Gesamtsystem nachgedacht werden. Dieser Zusammenhang, von Behrens und Benary schon 1956 skizziert, rückte jetzt in das Bewußtsein, es entwickelte sich wachsender Widerstand, sowohl auf der mittleren Funktionärssebene wie in der Führung selbst. Der Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages in die ČSSR 1968 brachte das praktische Ende der Reformen. Mit dem Machtantritt Erich Honeckers begann – so kann und muß man das rückwirkend sehen – die Periode der Stagnation auch in der DDR.

Das Wagnis einer radikalen Demokratisierung wurde nicht eingegangen. Es war klar geworden, daß sozialistische Marktwirtschaft auf die Dauer ohne Demokratisierung nicht möglich ist. Jedenfalls gilt das für industriell und kulturell höher entwickelte Länder. Viele Ökonomen waren für ökonomische Leitung gewesen, hatten sich für sozialistisches Management eingesetzt. Im Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung, in dem ich damals arbeitete, nahm das Studium von Managementmethoden immer größeren Umfang an. Für die Fragen der Demokratie hatten sie sich weniger interessiert, sie zogen sich zurück. Andere begannen jetzt immer entschiedener über den Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus nachzudenken. Paradigmatisch sei hier das Buch von Georg Lukács »Sozialismus und Demokratisierung« genannt, das 1968 verfaßt wurde.

Behrens zog sich zurück. Krankheit, Herzinfarkte beschränkten seine Wirkungsmöglichkeiten. Er wurde, seinem desolaten Gesundheitszustand geschuldet, aber auch als Ergebnis seiner politischen und moralischen Enttäuschung, im Jahre 1968 emeritiert. In seinem letzten Lebensjahrzehnt vollendete er vier Bände eines »Grundrisses der Geschichte der politischen Ökonomie«.

Am wichtigsten waren aber wohl für ihn Arbeiten zum Problem Sozialismus und Demokratie. Er hat diese Arbeiten nicht vollendet, das Manuskript wurde versteckt. Wesentliche Teile wurden 1992 unter dem völlig irreführenden Titel »Abschied von der sozialen Utopie« veröffentlicht. Die Arbeiten stellen kein geschlossenes Ganzes dar, es gibt eine Reihe von Wiederholungen. Es fehlen auch Literaturbelege für die im einzelnen vertretenen Positionen. Behrens hält an seinen sozialistischen Grundpositionen fest, hat aber früher als viele von uns, auch als ich, die Reformunfähigkeit des Sozialismus vorausgesehen, es ist auch viel Bitterkeit zu spüren.

5. FAZIT

Die Kernfrage ist für ihn jetzt wieder: Sozialismus und Demokratie. Ich sehe vor allem folgende Positionen:

Als Ausgangspunkt korrigiert er *erstens* seine Auffassung des Jahres 1961: »Ich gehe heute davon aus, daß die Problematik einer ›sozialistischen‹ Warenproduktion keine wesentliche Problematik ist, [...] Wesentlich ist die Frage, *wer* über die Macht verfügt, über die ökonomischen Entscheidungsbefugnisse und über das Recht zur Aneignung und Verteilung von Wertprodukt und Mehrprodukt«¹⁶. Dabei bleibt Behrens bei seiner antikapitalistischen Sicht: »Der sozialistische Gedanke kritisiert die Wirklichkeit als unvernünftig und will sie vernünftig machen.«¹⁷

Zweitens: Die Kritik am »realen Sozialismus« wird grundsätzlicher und schärfer. Unter Marxisten gäbe es heute drei Varianten der Charakterisierung der Gesellschaft des real existierenden Sozialismus, speziell seiner sowjetrussischen Form: »Die *erste* Einschätzung charakterisiert sie als eine neue Despotie. Die *zweite* begreift sie als eine, zwar deformierte, aber zu reformierende Arbeiter- und Bauernmacht und die *dritte* als Staatskapitalismus. Es scheint jedoch, daß man den real existierenden Sozialismus als Variante eines modernen Staatsmonopolismus begreifen muß, als eine ›linke‹ Variante, wenn man will!« Er bezeichnete ihn als »selbständige Gesellschaftsformation« und bezog sich dabei auf eine entsprechende Feststellung

¹⁶ Fritz Behrens: *Bemerkungen zur »sozialistischen« Warenproduktion*. In: *Abschied von der sozialen Utopie*. Berlin 1992 (im folgenden: *Abschied*). S. 137. ¹⁷ Fritz Behrens: *Ist die historische Notwendigkeit notwendig?* In: *Abschied*. S. 191.

Ulbrichts vom September 1967. Behrens spricht von einer »Ökonomisierung des Überbaus und eine[r] Politisierung der Basis bei Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Antagonismen einer Klassengesellschaft«. Die Spaltung von Basis und Überbau sei nicht überwunden, es herrsche nicht eine Klasse, sondern eine strategische Elite. An anderer Stelle wird von Klasse gesprochen. Behrens befürchtet einen endgültigen Sieg dieses Systems: »Warum können Seitenwege der historischen Entwicklung, Auswege, wie der Staatsmonopolismus, nicht endgültige Richtungen der Entwicklung sein?«¹⁸

Drittens zweifelt Behrens an historischen Gesetzen, er zweifelt an der Notwendigkeit des Fortschritts. Theodor Adorno zögere vor dem letzten Schritt, der historischen Zufälligkeit den Vorrang gegenüber einer historischen Notwendigkeit einzuräumen. Für den Marxismus sei die Geschichte eine – wenn auch materialistische – Theodizee, »in der an die Stelle des Reiches Gottes als Endziel der Kommunismus trat«¹⁹. Er setzt sich ein für einen dialektischen Determinismus, der auch dem Zufall und dem Irrtum in der Geschichte ihren Raum läßt, einen revolutionären Determinismus, der Niederlagen auch Niederlagen und Restauration auch Restauration nennt und für den der Endzweck des Geschichtsprozesses auch eine, die Menschheit auslöschende, Katastrophe sein kann. Hegelei sei Glaube an die Notwendigkeit eines Weltprozesses, der die Notwendigkeit des Geschichtsprozesses mit einschließt.²⁰

Manches ist hier doch wohl zu absolut. Kohlmeys kritisiert in seiner Rezension eine überzogene Spontaneitätstheorie bei Behrens. Die Produktionsweise sei monopolistisch gewesen, aber sie habe natürlich auch sozialistische Elemente enthalten. Man dürfe auch Lenin nicht auf Stalin reduzieren.²¹ Der fast geräuschlose Zusammenbruch des Sozialismus in Europa widerlegt die Überlegungen von Behrens zur Unüberwindbarkeit dieses Systems, allerdings ist über dessen Ursachen noch längst nicht das letzte Wort gespro-

chen. Vor allem in der Sowjetunion ist die moralische Selbsterstörung der herrschenden Schicht heute evident. Mit der Reformunfähigkeit des Systems in Europa hat Behrens zweifelsohne Recht behalten. Über das Schicksal Kubas und weit bedeutsamer auch Chinas ist noch nichts Abschließendes zu sagen.

Viertens: Welche Alternative sah Behrens? Entscheidend ist für ihn jetzt der Gleichklang des Absterbens von Staat und Warenproduktion: »Aufhebung der Warenproduktion und Absterben des Staates sind kongruente Prozesse und keine agitatorischen Parolen, und wer sie als utopische Träumereien abtut, tut auch den Sozialismus als solchen ab.«²² Es gelte allerdings, über Formen seiner Verwirklichung nachzudenken. Ein nichtdemokratischer Sozialismus sei kein Sozialismus.

Wie also sieht der Sozialismus dann aus? »*Erstens* muß auf der Grundlage des Gemeineigentums frei assoziierter Produzenten eine sich selbst verwaltende pluralistische Gesellschaft existieren, die die wie auch immer verschleierte zentralisierte Staatsmacht ersetzt durch Organe einer sozialistischen Demokratie, und *zweitens* darf eine solche pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft nicht national, ja nicht einmal territorial beschränkt sein, sondern muß universalen Charakter haben.«²³ Den Wert werde es weiterhin geben, aber er werde transparent und erscheine als das, was er sei: vergegenständlichte menschliche Arbeit. An anderer Stelle wird von einer, die ganze Erde umfassenden, Föderation freier Kommunen gesprochen. Es geht um »Selbstzentrismus der Massen, Nationen, der Länder oder und der Stämme«²⁴. Der konkrete Weg liege auf der Hand, es sei die Schaffung der sozialistischen Demokratie, »Produzentenselbstverwaltung als Basis echter Räte-demokratie«. Die notwendigen gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsbefugnisse sollten nicht einem staatlich organisierten Gesamtkapital, »sondern zentralen, möglichst direkt gewählten demokratischen Gremien«²⁵ übertragen werden.

18 Fritz Behrens: *Der real existierende Sozialismus*. In: »Utopie konkret«. Berlin (1990)2. S. 89. – Siehe auch Fritz Behrens: *Abschied*. S. 34f., S. 239 und S. 61. 19 Fritz Behrens: *Ist die historische Notwendigkeit notwendig?* In: *Ebenda*. S. 204f. und 207. 20 Siehe Fritz Behrens: *Das Erbe Hegels – ein Verhängnis?* In: *Ebenda*. S. 226. 21 Siehe Gunther Kohlmeys: *Sozialismus – Utopie als Arbeitsaufgabe*. In: »Utopie kreativ«. (1992)21/22. S. 90. 22 Fritz Behrens: *Bemerkungen zur »sozialistischen« Warenproduktion*. In: *Abschied*. S. 171. 23 Fritz Behrens: *Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?* In: *Ebenda*. S. 135. 24 Fritz Behrens: *Kann ein Marxist heute noch Marxist sein?* In: *Ebenda*. S. 249. 25 Fritz Behrens: *Marx und Engels – die letzten Utopisten?* In: *Ebenda*. S. 55.

Behrens ist sich dabei *fünftens* eines Problems immer wieder bewußt, nämlich des Fortbestehens von Knappheit an Gütern. Der Glaube an eine herrschaftsfreie Gesellschaft, das wird immer wieder gesagt, ist eine Illusion. Fritz Behrens zitiert zustimmend Immanuel Kants Überlegungen über die Notwendigkeit und Unmöglichkeit eines gerechten Herrn: »Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden.« Dies ganz Gerade, so schreibt Behrens dann, »ist die klassenlose Gesellschaft, die Anarchie«²⁶.

Ein Marxist dürfe heute kein Jakobiner sein, dies könne er nur als Terrorist oder Agent eines Geheimdienstes sein. Er dürfe auch kein Leninist sein. Er müsse aber Utopist bleiben. Man könne nur noch Marxist sein, wenn man auch Utopist ist.²⁷

Sechstens war Behrens über die Zukunft dieses Sozialismus verzweifelt. Er sah keinen Ausweg mehr. Er stellte ihm eine, die ganze Welt umfassende Utopie entgegen. Wir, die wir noch viel länger Hoffnungen mit dieser Gesellschaftsordnung verbanden, stehen heute vor ihren Trümmern. Wir müssen aus den Widersprüchen der heutigen Welt heraus unseren weiteren Weg bestimmen. Die Widersprüche sind die Hoffnungen.

Ich meine nicht, daß wir heute realistisch der ganzen heutigen Welt eine völlig neuartige ganze Welt im Geiste gegenüberstellen können. Hatte es schon der bisherige Sozialismus auf einem Drittel der Erdoberfläche nicht vermocht, dem Kapitalismus ein erfolgreiches Gegenbild entgegenzustellen, wie sollte dies heute für die ganze Welt geschehen.

Jürgen Elsässer hat in einer Auseinandersetzung mit Sahra Wagenknecht erklärt: »Der Kommunismus ist das Minimalprogramm ökonomischer Besserung, im Rahmen des Kapitalismus ist nur noch Neoliberalismus möglich.«²⁸ Besteht Herrschaft weiter, und dies gestand auch Behrens zu, so gibt es auch ihre Probleme. Ich meine nicht, daß es möglich ist, Sozialismus und Staat völlig zu trennen. Ich sehe für alle absehbare Zukunft kein Zeichen dafür, daß der Staat abstirbt, für eine Möglichkeit des Kommunismus. Um so gebieteri-

scher müssen wir allerdings die Frage nach Demokratie stellen, heute im Kapitalismus, morgen oder viel später im Sozialismus. Ich meine auch, daß der Begriff des Sozialismus nicht von der Beseitigung des kapitalistischen Eigentums gelöst werden kann, wie dies kürzlich Christine Ostrowski und Ronald Weckesser getan haben.²⁹

Zur Überlegung von Elsässer hat Ernst Bloch schon früher das Seine gesagt: »Der Traum von der herrschaftslosen Gesellschaft, ist, wenn taktisch aufgefaßt, das sicherste Mittel, ihn nicht zu verwirklichen.«³⁰ Die abstrakte Utopie einer schönen Welt kann nicht nur zum Terrorismus führen, wie dies Ernst Bloch meinte, sie kann auch Begleitmusik der puren Anpassung sein. Man kann sie vorantragen so wie die Kirche das Christentum und die SPD auf längere Zeit das Ideal des Sozialismus. Man kann gleichzeitig Papiere über nachhaltige Entwicklung in der ganzen Welt vorlegen und den dringenden Wunsch nach sofortiger Regierungsbeteiligung mit Ministersitzen erheben.

Die Zielstellung eines heute und wohl für längere Zeit nicht realisierbaren demokratischen Sozialismus muß, soll sie nicht bloß leer und apologetisch sein, trotzdem praktische Bedeutung haben. Sie muß zur klaren und deutlichen Bestimmung der heutigen Prozesse führen, zur Einsicht in die heutigen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zur Einsicht in die gegenwärtige Entwicklung dessen, was sich unter Mythologisierung der Globalisierung vollzieht. Sie erfordert eine Widerstandsstrategie gegen die gegenwärtige Offensive des Kapitals, verbunden mit Reformalternativen, deren Voraussetzungen eindeutig benannt werden müssen.

Es müssen stets, und das sind tatsächlich Schlußfolgerungen aus dem Schicksal des Sozialismus, und dabei ist an Behrens unbedingt anzuknüpfen, beide Fragen gestellt werden: Wie schränken wir die Herrschaft des Kapitals ein, wie schränken wir den Staatsabsolutismus ein? Widerlegt ist – und das ist eine bittere Lehre – der Glaube, daß die Ersetzung der Herrschaft des Kapitals durch die Allmacht des Staates alle

²⁶ Fritz Behrens: *Kann ein Marxist heute noch Marxist sein?* In: *Abschied*. S. 244. ²⁷ Siehe ebenda. S. 243. ²⁸ Sahra Wagenknecht/Jürgen Elsässer: *Vorwärts und vergessen? Ein Streit um Marx, Lenin, Ulbricht und die verzweifelte Aktualität des Kommunismus*. Hamburg 1996. S. 142 (Konkret Texte 10). ²⁹ Siehe Christine Ostrowski/Ronald Weckesser: *Für einen eigenen Weg statt »links von der SPD«*. Brief aus Sachsen. In: »Neues Deutschland« vom 8. Mai 1996. S. 5. ³⁰ Ernst Bloch: *Freiheit und Ordnung. Abriß der Sozialutopien*. In: *Das Prinzip Hoffnung*. Bd. 2. Frankfurt am Main 1973. S. 670.

Übel der Gesellschaft beseitigt. Aber das darf uns den Blick auf die Übel des Kapitals, das immer unverhohlenen zur Allmacht greift, nicht verstellen. Auch das meinte Behrens. Wir dürfen uns also auch die heutige Gesellschaft nicht schönreden, um in ihr ankommen zu dürfen. Wir müssen uns den kritischen Blick auf den

Kapitalismus bewahren und sollten uns freuen, daß hier in Ostdeutschland vieles an antikapitalistischem Bewußtsein wieder ersteht. Es bleibt bei dem Wort von Bloch: »Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie, das ist die Formel einer Wechselwirkung, die über die Zukunft entscheidet.«³¹

³¹ Ernst Bloch: *Naturrecht und menschliche Würde*. Frankfurt am Main 1961. S. 232.

ERNST WURL

Die politische Utopie bei Fritz Behrens*

Der Zugriff auf die utopische Dimension des Marxismus in »Abschied von der sozialen Utopie« bot Fritz Behrens den bestimmenden theoretischen Ansatz für die Kritik des Staatssozialismus als eines Nichtsozialismus, als einer neben der kapitalistischen zweiten Variante des Staatsmonopolismus. Er verband dies mit einer Kritik an geschichtstheoretischen »ambivalenten« Basisthesen von Karl Marx und Friedrich Engels und dem Bemühen um eine erneuerte Hinwendung zum Marxismus. Sie setzte für ihn freilich voraus, mit dem Leninismus zu brechen und den Stalinismus als »imperialistische Ideologie« und Rückfall noch hinter die Barbarei zu ächten. Von da aus formulierte er Leitgedanken eines alternativen Gesellschaftsmodells und eines Sozialismus, der demokratisch oder eben keiner wäre.¹

In die korrigierende Rekonstruktion des originären Marxismus, wissenschaftlich wie politisch in abweichender Exegese der »Klassiker des Marxismus-Leninismus« und konträr zu dem in der DDR und anderen staatssozialistischen Ländern gültigen Kanon, griff er mit Mut und in wissenschaftlicher Redlichkeit auf die sozialistische Utopie zurück, weil sie ein Kontrastmodell zum »realen Sozialismus« präsentierte und ihre marxistische Revitalisierung den Blick über diesen hinaus auf die Kernwerte der sozialistischen Idee lenken konnte. Wie bekannt, galt die Utopie in der Orthodoxie der SED – ebenso in der politischen Führung der DKP² – als durch den Mar-

xismus historisch erledigt für den Sozialismus und obsolet bourgeois vergeben; allenfalls mochte sie noch ein nützliches Instrument im »antiimperialistischen Kampf« nichtmarxistischer Kräfte sein oder in ihren klassischen Gestalten dem individuellen literarischen Ergötzen dienen. Behrens hingegen sprach in unbekümmerter »Ketzerei« dem Marxismus das Merkmal »Utopie« schlicht zu, ja warf die Frage auf, ob man ihm denn überhaupt das Attribut einer »konkreten«, nicht einmal nur einer »abstrakten« zuerkennen könne, sondern schlicht von »Illusion« sprechen müsse. Ein schärferer Kontrast zur amtlichen Sichtweise war zu jener Zeit kaum vorstellbar. Aus diesem Problemfeld sollen, in verengter und teils verkürzender Sicht, zwei Aspekte problematisiert werden, die Umfeld, Implikationen und Nutzen seiner Haltung zum Utopieproblem umreißen, wie er sie als ein Fazit seines Denkens hinterlassen hat: Quellen und Begriff der Utopieauffassung Behrens' sowie seine demgemäße Interpretation der Anschauungen von Karl Marx und Friedrich Engels mit einigen Ableitungen daraus.

Als Behrens in den 70er Jahren in seinen »geheimen« Aufzeichnungen das Thema Utopie und Marxismus gründlich überdachte, hatte er sich bereits im zweiten Band seines »Grundrisses der Geschichte der Politischen Ökonomie« fast zeitgleich »öffentlich« relativ eingehend mit dem Utopieproblem befaßt.³ Schon in diesem Werk fiel auf, daß er sich bei der

* Dieser Beitrag wurde vorab veröffentlicht in »Utopie kreativ«. Berlin (März 1997) 77. S. 18–28. **1** Siehe Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*. Hrsg. von Hannamaria Loschinski u. a. Berlin 1992 (im folgenden: *Abschied*). – Dieser Band gilt für die folgenden Ausführungen als maßgebende Quelle, da es sich um die letzten Überlegungen des Autors handelt. Allerdings besteht er aus einer Reihe von Aufsätzen, die miteinander zwar verflochten sind und verbindenden Grundgedanken folgen, aber nicht abschließend noch aufeinander abgestimmt werden konnten. Da sie vermutlich im Laufe etwa eines Jahrzehnts entstanden, weisen sie Wiederholungen sowie widersprüchliche Aussagen auf. Im letzteren Falle halte ich mich an die »konsequentesten«, die zudem auch die späteren zu sein scheinen. **2** Siehe die »Gesprächsrunden« beim Parteivorstand der DKP 1984. In: »Marxistische Blätter«. Frankfurt am Main 23(1985)1. S. 85ff. **3** Siehe Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie*. Bd. 2: *Die Marx'sche politische Ökonomie*. Berlin 1976. – Er selbst notierte in einem fiktiven Selbstinterview im Frühjahr 1980 als »Angelpunkt meines Grundrisses [...] im Band II die Abschnitte 2.4 und 3.7« (zitiert nach Helmut Steiner: *Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980)* im vorliegenden Band S. 29) – ausdrücklich also diejenigen, die sich auf die Grundgedanken der Marx'schen Sozialismusauffassung bezogen, und diese ist für ihn auch das Zentrum seiner Utopieanalyse.

Skizzierung seines Utopiebegriffes auf den verfeimten Ernst Bloch berief, die mit den utopischen Sozialisten gemeinsamen Grundziele – wie herrschaftsfreie Gesellschaft – und die Spanne des Sozialismus zwischen Anarchokommunismus und »staatlichem Sozialismus« als »Ertrag utopischer Vorwegnahme« aus dem 19. Jahrhundert ins Feld führte: Elemente, die dem zeitüblichen Bild in der DDR nicht kongruent waren. Insgesamt überwog allerdings für eine Publikation jener Zeit begrifflicherweise noch die Einpassung in die vorgegebenen Sichtweisen. Fritz Behrens war mit wichtigen, in einem engeren Zusammenhang mit der strikt sozialistischen Utopie stehenden Quellen, namentlich den utopischen Sozialisten, wohlvertraut, doch die Utopieforschung seiner Zeit zog er nicht zu Rate. Das mag man in diesem Falle, wo es um die Geschichte der politischen Ökonomie ging, auch nicht anfordern, zumal es ihm in der Öffentlichkeit unnütze Komplikationen einbringen konnte, denn er hätte sich weit hervorwagen müssen, wollte er sie nicht ausschließlich als Objekt der »Auseinandersetzung« abtun und so seinem eigenen Anliegen untreu werden. Doch in seinen internen Aufzeichnungen, wo solche Reservate sich erübrigten, wies er sich ebenfalls nicht als expliziter Kenner der Utopieforschung aus, und er schrieb selbstredend nicht zu ihrem Zwecke – er überdachte das Problem der sozialistischen Utopie begrifflicherweise instrumental, sein Blick richtete sich darauf, sein Gegenkonzept zum als sozialistisch deklarierten Gesellschaftsmodell theoretisch zu fundieren. Doch da er darauf verzichtete, den Stand der Utopieforschung in den 70er Jahren einzuarbeiten, entgingen ihm natürlich beträchtliche Möglichkeiten einer Anreicherung und Vergewisserung seiner Erwägungen namentlich aus der sozialwissenschaftlichen Disziplin heraus. Denn viele Aspekte, denen Fritz Behrens sich zuwandte, waren dort diskutiert worden: der vielschichtige Begriff der Utopie, ihr Platz wie ihre soziale und politische Rolle, ihre Typologie, die

Beziehung zwischen Utopie und Marxismus und Sozialismus usw. usf.

Im engeren Sinne stützt sich Fritz Behrens aus der zeitgenössischen Literatur zur Utopieforschung nur auf drei Autoren: Ernst Bloch, Leszek Kolakowski und Robert Spaemann – also auf zwei Kritiker des »Realsozialismus« als Zeugen und einen nichtmarxistischen Sozialphilosophen, der als Kritiker der Utopie einen Namen hat.⁴ Was sich auf den ersten Blick als Defizit darstellt, offenbart auf einen zweiten, daß Fritz Behrens von einem unorthodoxen, kritisch-marxistischen, nicht von einem marxistisch-leninistischen Theorieboden ausging. Interpretationen und (Ab-)Wertungen der Utopie im Sinne des letzteren erwähnte er nicht einmal, und so entzog er sich der Tortur, das Geknäuel im marxistisch-leninistischen Lager um die Utopie zu entwirren. Sicher war dies für ihn auch deshalb praktikabel, um nicht schwierigen generellen Theoriefragen in der Utopieforschung nachgehen zu müssen, wodurch er von seinem Anliegen abgelenkt worden wäre. Die Berufung auf seinen Freund, den in der DDR exkommunizierten Ernst Bloch, lag insofern nahe, als dieser versucht hatte, die Utopie für den Marxismus zu retten und letzteren für die Kreativität utopischen Nachsinnens wieder aufzusprengen. Der Philosoph bot seine Interpretation des Marxismus-Leninismus bekanntlich als »konkrete Utopie« an, die eben den durch Karl Marx »konkret berichtigten« Zukunftsentwurf und den »wirklich begriffenen Fahrplan einer fälligen Tendenz« darstelle. Die »konkrete« Utopie bedeutete für Bloch nicht mehr und nicht weniger als das Projekt eines gesetzmäßigen Geschichtsverlaufs. Jede Form der aus der Not einer Gegenwart geborenen Sehnsucht nach einer gerechteren Welt, der »Marsch der menschlichen Sehnsucht« mit freiem Raum für Phantastik, gilt als Utopie – der Tagtraum, Mythen, Märchen, Visionen, Leitbilder und Gesellschaftsentwürfe. Der Raum der Utopie, schrieb Ernst Bloch, »besteht sozusagen leer und läßt Platz für Göttervorstellungen.«⁵ Behrens griff den Blochschen Utopie-

⁴ *Spuren des Einflusses Karl August Wittfogels, wie von Helmut Steiner in anderem Zusammenhang angemerkt, treten ebenfalls in der Bearbeitung des Utopiethemas bei Behrens auf, ohne daß er sich in diesem Kontext direkt darauf bezieht. (Siehe Helmut Steiner: Behrens. Lebensbilanz eines sozialistischen Wissenschaftlers. Zum erstmaligen Erscheinen seiner Kritik des Staatssozialismus. In: »Deutschland Archiv«. Köln 25(1992)11. S. 1167.)* ⁵ Ernst Bloch: *Das Prinzip Hoffnung*. Bd. 2. Frankfurt am Main 1990. S. 558. – Ernst Bloch: *Abschied von der Utopie? Vorträge*. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Hanna Gekle. Frankfurt

begriff auf, eignete sich dessen – umstrittene – Weite an, verlieh ihm aber letztlich einen anderen Sinn.

Der Anschluß an Leszek Kolakowskis Utopiebegriff ergab sich folgerichtig, weil auch dieser dem Denken Blochs nahe stand, doch ebenfalls, weil er die soziale Komponente des Utopischen favorisierte. Utopie galt Kolakowski als das »mystifizierte Bewußtsein der tatsächlichen geschichtlichen Tendenz«, das einer sozialen Bewegung entspricht, die auf radikale Veränderungen der menschlichen Gesellschaft« hinzielt und ihr »den Sinn einer Realisierung eines Ideals verleiht, das in der reinen Sphäre des Geistes entsteht und nicht aus der gegenwärtigen geschichtlichen Erfahrung«⁶.

Besonders interessant ist der Bezug auf Robert Spaemann, der gerade erst mit einer entschiedenen Kritik an der Sozialutopie und an einem unbremsten Fortschrittsglauben hervorgetreten war. Behrens erwähnt ihn nur am Rande, zum einen zustimmend zu den möglicherweise despotischen Konsequenzen aus der Konstituierung eines »gemeinsamen Interesses« in einer utopischen Gesellschaft, weil dies die Beseitigung des Antagonismus in der Gesellschaft voraussetze. Aus diesen Argumenten gegen die emanzipatorische Idee in der Utopie leitet er wichtige Impulse für die Skizzierung der eigenen kritischen Sicht auf utopische Elemente im Marxismus – wie Überflußgesellschaft und Herrschaftsfreiheit – ab. Zum anderen kritisierte er ihn, weil er ihm nicht entschieden genug Marxens vorrangig gesellschaftliche Determination des Menschen attackierte.⁷ Robert Spaemann zu erwähnen diene somit nicht einmal der expliziten Abgrenzung zu erklärten Nichtmarxisten.

Der aus solchen Quellen gespeiste Hintergrund des Behrensschen Utopiebegriffes präsentiert sich vorerst mit der Bejahung des Marxismus als Utopie in einer Fusion von Weite und Enge, von Allgemein-

Utopischem – Idealen, Werten, Sehnsüchten, Zukunftsträumen – und utopischem Gesellschaftsmodell. Aus den genannten Wurzeln lassen sich für Behrens' Blickweise auf das Utopische fünf allgemeine Ansatzpunkte ableiten:

Zum einen bekennt er sich zur Permanenz des Utopismus im Menschen – Marx und Engels wären eben nicht die »letzten« Utopisten gewesen. Fritz Behrens benutzt »Utopie« zunächst vorwiegend universell, nicht näher ausdifferenziert, als allgemeines anthropologisches Phänomen, und insoweit hebt er sich von jedem Zweifler an ihrer fundamentalen Daseinsberechtigung ab. In solcher Bestimmung folgt er den Worten Leszek Kolakowskis – die auch in der Denklinie Ernst Blochs stehen: Utopie sei alles »das, was jetzt unmöglich ist, [und] nur dann überhaupt möglich werden kann, wenn es zu einer Zeit verkündet wird, da es noch als unmöglich gilt«⁸. Ein gesellschaftsstrategischer Ansatz für gegenwartsüberwindende kritische Projektionen ohne Anspruch auf unverzügliche Praktikabilität deutet sich damit an, eher sperrangelweit als eng begrenzt. Doch die Bedingung des zitierten Leszek Kolakowski, Grundlage für die Formulierung einer Utopie sei die Kenntnis der historischen Tendenz, ist zugleich doppelt fragwürdig: in einer schier unbegreiflichen Reduktion des »wahren« Begriffs der Utopie, die ihn mit einem Geschichts determinismus verschmelzen will, und in seiner Unvereinbarkeit mit der Geschichte der Utopie. Kannte Platon die »Tendenz«? Und wurde historisch nicht allzu oft das nie »Verkündete« wahr? Ihm wird Behrens letztlich mit seiner Geschichtsauffassung widersprechen.

Zum zweiten deklariert Behrens die Utopie als »Ideologie politisch unterdrückter und ökonomisch ausgebeuteter Klassen«⁹. Unbestreitbar ist dies eine Funktion im Utopischen, aber in dem genannten weit gefaßten Sinne und im Geiste Blochs, der die Utopie

am Main 1980. S. 61. – Die sorgfältigste Untersuchung in der DDR zu Ernst Bloch legte zuletzt Marion Kunze vor. – Siehe Der Utopismus der Blochschen Philosophie. Beitrag zur Auseinandersetzung unter besonderer Berücksichtigung der Wirkung Ernst Blochs auf das radikal-demokratische Alternativdenken in der BRD. Phil. Diss. Berlin 1987. 6 Leszek Kolakowski: Der Mensch ohne Alternative. Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein. München 1961 [und andere Aufl.]. S. 145. 7 Siehe dazu Fritz Behrens: Abschied. S. 31 und S. 236. – Robert Spaemann: Zur Kritik der politischen Utopie. Zehn Kapitel politischer Philosophie. Stuttgart 1977. S. VII–XI. 8 Fritz Behrens: Marx und Engels – die letzten Utopisten? In: Abschied. S. 39. 9 Man meint, in den folgenden Worten Ernst Bloch zu hören: »Sie ist ein Traum, ein Wachtraum, der mögliche, wenn auch nicht notwendige gesellschaftliche Zustände vorwegnimmt.« (Zur Geschichte des sozialistischen Gedankens und der politischen Ökonomie. In: Abschied. S. 15.)

in allen Feldern menschlicher Daseinsweise wahrnehmbar, ist sie nicht nur dies, sondern ebenso individuelles und abseits eines Klassenkampfes schwebendes (wenngleich soziales) Phänomen. Ein Terminus wie Klassenideologie wird aus der Begrenzung heraus in seiner Doppelgesichtigkeit als spontan entstehendes Bewußtsein sozialer Gruppen von ihren Bedürfnissen und Zielen und als Außenerzeugnis der »Spezialisten«, der »Ideologen«, möglich. Von solcher »Möglichkeit« zu sprechen folgt bei Behrens daraus, daß er Utopie auch als Erinnerung an Gewesenes ansieht und so zu Recht die Romantik als eine Quelle utopischen Fühlens im 19. Jahrhundert anführen und auf den potentiell reaktionären Charakter von Utopien verweisen kann. Die Verknüpfung mit der Ideologie ergibt freilich nur dann einen Sinn, wenn man Utopie ausschließlich als »sozial« bzw. »politisch« bewertet, alle anderen, seien es künstlerische, architektonische oder technische ausschließt – so also wird der Begriff an dieser Stelle wieder eng und verleitet Fritz Behrens zur Widersprüchlichkeit in seinen Aussagen.

Die Konsequenz aus diesem Ansatz schließt sich drittens logisch an: die Zentrierung der Utopiegeschichte auf die sozialistische Utopie. Behrens läßt sie mit Platon beginnen und bezieht sich insbesondere auf das 19. Jahrhundert. In dieser Sicht wird die Utopie von Grund auf an die Idee eines Idealstaates mit Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit gebunden und werden diese Werte für Sozialismus beansprucht.¹⁰ Für Behrens avanciert das Ideal der individuellen Freiheit zum Nonplusultra eines humanistischen Gesellschaftsmodells, es ist ihm ein absoluter Wert.

Schließlich ist viertens die von Behrens gewählte Systematik der Utopien nach politischem Typus be-

merkwürdig. Er unterscheidet »staatssozialistische« (Typ Platon), »demokratische sozialistische« (Thomas Morus) und »obrigkeitlich bürokratische« (Campanella) Utopien. Hier findet sich vielleicht der Anflug einer »neuen Sichtweise auf die klassischen Utopieentwürfe«¹¹, obschon ein Blick auf die Literatur nicht erlaubt, ihr Originalität zuzusprechen. Bedeutsam bleibt diese Differenzierung dennoch, insbesondere ermöglicht sie Fritz Behrens, nicht nur einer Glorifizierung der Utopie in toto, sondern vorzugsweise der pauschalen Totalitarismusverdächtigung der Utopie durch konservative Vereinfacher in der Utopieforschung entgegenzuwirken.¹² Die beiden letztgenannten Typen der Utopie gelten Fritz Behrens als die »Quelle kommunistischer Vorstellungen und Gedanken«, in denen die Möglichkeit sowohl eines despotischen wie eines demokratischen Sozialismus angelegt sei.¹⁵

Es ist zum letzten diese von ihm prononcierte Polarität von Despotismus und Anarchie, die seine Sicht auf die beschworene sozialistische Utopie prägt, in der er das bestimmende Spannungsfeld und im besonderen die potentielle Praxis nunmehr ansiedelt. Hier schlummern für ihn die Möglichkeiten wie Gefahren, all die Ungewißheiten des Ausgangs des utopischen Unternehmens, die komplizierteste Materie der möglichen sozialistischen Gesellschaft. Ihre jeweilige Ausprägung sieht er als eine Bewegung »zwischen zwei Extremen, wie sie Immanuel Kant bereits [...] formulierte [...] um die »zwei Angeln« von »Freiheit und Gesetz«¹⁴. Alle diese Aspekte verbindet Behrens mit einer eher strukturell-formalen praxisbezogenen Differenzierung im Utopiebegriff, die sich für seine Gesamtsicht allerdings als folgenreich herausstellt: Er hebt voneinander die »konkrete« und die »abstrakte« Utopie ab – von Ernst Bloch entlehnt –

10 Siehe seine Darstellung ebenda. S. 18–23. – An dieser Stelle stützt er sich auf seinen »Grundriß« (siehe Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie*. Bd. 2: *Die Marxsche Politische Ökonomie*. Berlin 1976. S. 19ff.). **11** So Helmut Steiner: *Fritz Behrens. Lebensbilanz eines sozialistischen Wissenschaftlers. Zum erstmaligen Erscheinen seiner Kritik des Staatssozialismus*. In: »Deutschland Archiv«. Köln 25(1992)11. S. 1167. **12** Im Gefolge Joachim Fests (*Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters*. Berlin 1991) steht dafür heute insbesondere Helmut Jenkis: *Sozialutopien – barbarische Glücksverheißungen? Zur Geistesgeschichte der Idee von der vollkommenen Gesellschaft*. Berlin 1992. – Namentlich Richard Saage hat sich wiederholt gegen Versuche ausgesprochen, die Geschichte der Utopien ausschließlich als die geschlossener Systeme, von Vorbildern totalitärer Herrschaft zu mißdeuten und die demokratischen oder herrschaftsfreien Utopien zu ignorieren. – Siehe exemplarisch dessen instruktive Analyse in Richard Saage: *Utopieforschung – Eine Bilanz*. Darmstadt 1997 (es handelt sich um die erweiterte Fassung einer Aufsatzreihe »Zum Stand der sozialwissenschaftlichen Utopieforschung in der Bundesrepublik« in der Zeitschrift »Neue Politische Literatur« in den Jahren 1993–1995). **13** Siehe dazu Fritz Behrens: *Abschied*. S. 18ff. **14** Ebenda. S. 14.

und beide von der »Illusion«. Doch scheint fragwürdig, die Illusion als Wunschdenken von der Utopie in dem weiten Sinne, wie sie Behrens handhabt, abzusondern, denn ein gravierendes Kriterium ist nicht zu erkennen – vom alltagsprachlichen Gebrauch ganz abgesehen. Mit seinem Verständnis von abstrakter Utopie – nach Bloch das gedankliche Überschreiten des Horizonts des real Möglichen, also ein wirklichkeitsfremder Traum ohne Voraussetzungen, überlappt sich »Illusion« jedenfalls. Mit der »konkreten Utopie« greift er andererseits den von Ernst Bloch formulierten Begriff in einem Verständnis auf, das dem seines Schöpfers nicht völlig identisch ist: Er löst ihn von der Blochschen Bindung an die erkannte Gesetzmäßigkeit des Geschichtsverlaufs. Von einer solchen Geschichtsauffassung trennt sich Behrens letztlich, trotz mancher vager anderen Wendungen wie »es gibt kein historisches Gesetz, das den Ablauf der Geschichte bestimmt, und was sie bestimmte, waren Zufälligkeiten und Irrtümer«¹⁵, verwirft eine solche Auffassung Marxens; auch der Sozialismus stelle nur eine Möglichkeit, nicht eine historische Notwendigkeit als Nachfolger des Kapitalismus dar. Behrens sieht die konkrete Utopie in den historisch gegebenen Voraussetzungen und einer daraus ableitbaren Möglichkeit, ein bestimmtes, den Kapitalismus ersetzendes Gesellschaftsmodell zu etablieren – ohne die Gewißheit auf Erfolg. So stellt er sie als Leitidee in einem bestimmten Handlungsrahmen vor – und auch dies war nicht zwingend die Blochsche Intention, denn dieser sah seine konkrete Utopie eben nicht als das heute Machbare, sondern als das auf dem Boden der erkannten Tendenz phantasievoll zu erfindende, in der Ferne liegende neue Totum an.¹⁶

Der seit Ernst Blochs »Geist der Utopie« (1919/1923) und Karl Mannheims »Ideologie und Utopie« (1927/

1928) neu genährte Streit um den Utopiebegriff lebt in solchen Mißstimmigkeiten fort und schürt auch in diesem Falle immer aufs neue Komplikationen im Umgang mit der Kategorie. Zwischen utopischem Bewußtsein als einer Intention und daraus eventuell entspringenden Modellen einer anderen Gesellschaft, die denkbar, schon weniger zum gegebenen Zeitpunkt vorstellbar, gar nicht aber in der Gegenwart realisierbar sind, bestehen eben theoretisch und politisch-praktisch erhebliche Unterschiede, und nicht minder darin, ob man »konkrete Utopie« als das heute Machbare oder gegenwärtig nicht Ausführbare ansieht. Kurzum: Mit dem Begriff der »konkreten Utopie« waren unvermeidlich Inkonsistenzen in der Sichtweise unseres Autors gesetzt.

Behrens ortet den Marxismus in der Kontinuität der sozialistischen Utopie, die für ihn ja die Geschichte des utopischen Denkens schlechthin ist, als deren wahren Erben. Die Vision Marxens und Engels' von der Assoziation freier Menschen bestimmt er als Ausgangspunkt, aber ebenso erkennt er darin, daß sie so auch alle Probleme der Utopie übernommen hätten. Und so wirft er auch die ihn am stärksten bewegende Frage auf, ob sie denn überhaupt »noch Utopie – konkrete, nicht nur abstrakte Utopie« sei, wenn darin Herrschaftsfreiheit ohne Herrschaft als Ziel erstrebt werde.¹⁷

Worin also sieht Fritz Behrens den Utopismus bei Karl Marx und Friedrich Engels?

Er nimmt ihn in Zügen wahr, die in der gängigen Literatur in dieser oder jener Variante seit dem Ende des vergangenen Jahrhunderts anzutreffen sind, sei es in der Wertung als wissenschaftlich verbrämte Utopie oder in Kategorien wie säkularisierte Religion, Heils- und Erlösungslehre, Messianismus oder Chiliasmus.¹⁸ In der rationalen, dem Marxismus

¹⁵ Fritz Behrens: *Kann ein Marxist heute noch Marxist sein?* In: *Abschied*. S. 243. – Nur an einer Stelle, als er die bekannte Passage aus dem »Kommunistischen Manifest« über die Einsicht in den Gang der Geschichte zitiert und dies auf den Marxismus bezieht, könnte man ein Bekenntnis zur Gesetzmäßigkeit herauslesen, ansonsten dominiert die Sicht von Zufälligkeit und Möglichkeit des Geschichtsverlaufs. Siehe zu seiner Sicht u. a. in: *Abschied*. S. 214, dagegen aber S. 192ff., 225 und 257. ¹⁶ Charakteristisch für die nicht völlig konsistente Sichtweise ist die Zusammenfassung im letzten Aufsatz: »Marxismus ist, wie Bloch [...] schrieb, nicht eine Utopie, sondern es ist das Novum einer gewissenhaft »konkreten Utopie«. Konkrete Utopie aber ist eine Möglichkeit, weil die Bedingungen vorhanden sind, sie zu verwirklichen. Fehlen diese, dann ist die Utopie eine abstrakte.« (Ebenda. S. 243, 257, ferner S. 107.) – Siehe Ernst Bloch: *Abschied von der Utopie?* Vorträge. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Hanna Gekle. Frankfurt am Main 1980. S. 110–112). ¹⁷ Siehe Fritz Behrens: *Abschied*. S. 11 und 39f. ¹⁸ Ich verweise unter den seriösen Darstellungen neben der Melvin Laskys exemplarisch auf Richard Kilminster: *Zur Utopiediskussion aus soziologischer Sicht*. In: Wilhelm Voßkamp (Hrsg.): *Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien*. Bd. 1. Frankfurt am Main 1985. S. 77ff. – Siehe auch

verbundenen Analyse Behrens' sind solche pejorativ gewollten Aspekte jedoch zunächst positiv besetzt. Für ihn ist der Marxismus »weltliche Theodizee und Eschatologie«, »Essenz europäischer Tradition griechischer Mythologie, christlicher Theologie und idealistischer Philosophie«¹⁹. Die primären utopischen Intentionen von Karl Marx und Friedrich Engels erkennt er, gedrängt zusammengefaßt, in drei Leitmotiven eines dauerhaften Menschheitsdiskurses aus diesen Wurzeln:

- übergreifend in der Vision der klassenlosen Gesellschaft, in der Verheißung, daß »eine perfekte Gesellschaft möglich ist, in der jeder aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervordachsender Antagonismus überwunden werden kann«;
- in der Zentrierung auf das Ideal der realen menschlichen Emanzipation jenseits der banalen Wendung von Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit, indem die Entfremdung des Menschen überwunden und seine völlige Identität mit der für ihn transparent gewordenen Gesellschaft hergestellt, das Wesen des Menschen konstituiert wird;
- im »herrschaftslosen Anarchokommunismus« von Marx und Engels als »Endziel der revolutionären Bewegung«, als »Quintessenz des sozialistischen Gedankens, wie er im Marxismus weiterlebt«, der Erwartung einer Gesellschaft, »die keiner Gesetze als eines Zwangs- und Kontrollsystems« bedürfe. Beschwörend fügt er hinzu: »Marx und Engels waren keine Staatssozialisten. Ihr Endziel deckte sich mit dem Anarchismus.« Insbesondere diese Revitalisierung des »anarchistischen Diskurses« setzte Behrens in einen offenen Gegensatz zur seinerzeit gängigen Staatstheorie des Marxismus-Leninismus und zur Herrschaftsrealität staatssozialistischer Gesellschaften.

Doch aus der Einbettung der Auffassungen von Marx und Engels in den breiten Strom der Tradition, namentlich aus dem säkularisierten Anschluß an die

Hegelsche Theodizee, leitet Behrens seine Kritik an der Vision der herrschaftsfreien Gesellschaft bei Marx und Engels her. Der Glaube an den stufenweise sich vollziehenden notwendigen historischen Prozeß erzeuge die Zuversicht einer zukünftigen perfekten Gesellschaft der Konfliktlosigkeit. Behrens erwartet realistisch keine Konfliktfreiheit: Marx begehe den Fehler, den Menschen nur als ein gesellschaftlich determiniertes Wesen anzusehen, aber er sei ebenso ein biologisches. Und wie solle denn, fragt er, der von Friedrich Engels beschworene »Gesamtwillen und Gesamtplan« ohne Herrschaft auskommen? Bei Marx werde ja schließlich aus Herrschaft und Unterordnung die sachliche Verwaltung der Produktionsmittel – die doch durch Menschen mit Amt ausgeübt werden müsse. Behrens hält es für unmöglich, das Reich der Notwendigkeit, der Knappheit und Arbeit, ohne Herrschaft »relativieren« zu wollen – Herrschaftslosigkeit sei nicht Utopie, sondern Illusion, die Überfluggesellschaft schließt er ohnehin als blanke Illusion aus.²⁰

Es müssen wohl weniger die großen Ideen europäischer Geistesgeschichte, die im Marxismus fortwirkten, gewesen sein, die Behrens zu dem Ausruf bewegten, Karl Marx und Friedrich Engels wären Utopisten »von Rang« gewesen. Denn seine Kritik richtet sich gegen utopische Intentionen, die in der Tat als reale Möglichkeiten nicht beweisbar sind – was nach meiner Ansicht allerdings ein »normales«, konstitutives Element des Utopismus ist. Behrens liegt am Gestaltbaren, an einer Gesellschaft, die den Staatssozialismus überwindet. Hier vollzieht sich innerhalb der Behrensschen Argumentation der Übergang von der Utopie als Intention, der ungeformten Sehnsucht nach einer besseren Welt, zu einem utopischen Gesellschaftsmodell, für dessen Verwirklichung die Voraussetzungen existierten (man muß freilich hinzufügen, daß auch dies ein Denkresultat ist, dessen Richtigkeit sich erst nachträglich bestätigen kann). Er sieht dieses – und wiederum »zunächst« – bei Karl Marx und Friedrich Engels für gegeben, denn: Sie hätten »eine konkrete Vorstellung

Ildéons Vanderheyden: Ist der »wissenschaftliche Sozialismus« eine Utopie? In: »Franziskanische Studien«. Werl 67(1985)1–2. S. 145–165. 19 Siehe dazu und zum folgenden Fritz Behrens: Abschied. S. 27f., 30f., 40, 43ff. und 53. 20 Siehe zu diesen Einwänden ebenda. S. 40, 103, 234 und 255 passim.

vom Sozialismus« gehabt, auch wenn sie diese nicht detailliert ausführten, sondern (nur) »einige Prinzipien«²¹ formulierten.

Behrens weiß natürlich, daß beide es als Evolutionisten stets abgelehnt haben, »Rezepte für die Garküche der Zukunft«, konkrete Formen künftiger Gesellschaftsorganisation, zu entwerfen.²² Wie problematisch das Erbe von »Prinzipien« ist, bekamen die Bolschewiki dann zu spüren. W. I. Lenin strich die Einstellung der Begründer des Marxismus in diesem Punkte zwar wiederholt gegen jeden Utopismus heraus, beklagte genau diese Erbschaft aber dann, als die Bolschewiki die Macht erobert hatten. Er hielt die Sozialismusvorstellung von Marx und Engels, im Unterschied zu Behrens an dieser Stelle, ganz und gar nicht für »konkret«, sondern meinte, sie hätten eben nur die »große Linie« des historischen Prozesses, nicht aber Tempo und konkrete Wege der Umgestaltung hinterlassen.²³ Doch Behrens liegt nichts an unmittelbar praktischen Lösungen, wie sie die Bolschewiki schnellstens finden mußten, sondern eben doch nur an »utopischen« Ausgangspunkten neuer sozialistischer Gesellschaftsmodellierung und -strategie im groben. Er findet sie bei Marx und Engels in den Schlüsselwörtern »Wiederherstellung einer ursprünglichen Einheit zwischen Produzenten und ihren Produktionsbedingungen«, Produzentenselbstverwaltung, reale Vergesellschaftung der Produktionsmittel in genossenschaftlicher Form, überwölbt von der Kommune mit Räteverfassung und direkter Demokratie bis hin zu einer globalen »Föderation freier Kommunen«. Mit Bezug auf seine Kritik an Karl Marx' »Illusionen« meinte er, daß von den sozialistischen Intentionen dies als allein möglicher Kompromiß zwischen Freiheit und Gleichheit übrig bleibe.²⁴ Den historischen Platz einer solchen »pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft« relativierte Fritz Behrens: Sie sei noch keine sozialistische Gesellschaft, denn individuelle Freiheit werde be-

schränkt und Gleichheit abgestuft sein, aber – Leszek Kolakowski zitierend – sie würde zu einer lebensfähigen und den Menschen ein Leben ermöglichenden Form sozialistischer Organisation werden. Von diesen Ansätzen her stellte Fritz Behrens letztlich »Grundzüge« eines Programms des Übergangs zu einem Sozialismus vor, der auf Demokratie in allen ihren Aspekten beruhe.²⁵

»Unbekümmert« ist es, wie eingangs gesagt, den Marxismus als »konkrete Utopie« einzuordnen und noch dazu zu deklarieren, man könne nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein²⁶, vorrangig unter drei Gesichtspunkten:

Zum ersten schließt sich Fritz Behrens – ohne Bezug auf sie – der in wesentlichen Aspekten identischen Sichtweise der internationalen Utopieforschung und teils in der sozialistischen Bewegung seit dem Jahrhundertbeginn an, ohne die Argumentation der Engelsschen Schrift von 1880/1882 nachzuvollziehen. Das ist schon deshalb überraschend, als er sich die »konkrete« Utopie Ernst Blochs aneignet²⁷, die Friedrich Engels' Konzept von der Kenntnis der Gesetzmäßigkeit der Geschichte als Grundlage folgt. Zum anderen ignoriert er faktisch Karl Marx' und Friedrich Engels' Selbstverständnis als Anti-Utopisten, nur am Rande und ohne argumentativen Belang scheint es auf.²⁸ Entschlüsselnd für Fritz Behrens' Verfahren: Unser Autor beruft sich auf den Entwurf der Schrift, in der Karl Marx die Übereinstimmung mit den Endzielen der utopischen Sozialisten akzentuiert, doch daß diese Sätze in der historisch gültigen Endfassung fehlen, wird weder erklärt noch erwähnt. Zudem distanziert sich hier Marx ausdrücklich von der Ansicht, die Arbeiterklasse habe »Ideale« zu verwirklichen, und setzt an deren Stelle durchaus sinnreich die Freisetzung der bereits vorhandenen Elemente in der Gesellschaft. Erst in einem ganz anderen Zusammenhang erwähnt Fritz Behrens beiläufig, doch mit sofortiger Entgegense-

21 *Ebenda*. S. 27. **22** *So Friedrich Engels im Interview mit dem Korrespondenten der Zeitung »Le Figaro« am 8. Mai 1893. In: MEW. Bd. 22. S. 542.* **23** *Siehe W. I. Lenin: Rede auf dem 1. Kongreß der Volkswirtschaftsräte, 26. Mai 1918. In: Werke. Bd. 27. S. 406. – Siehe auch Fritz Behrens: Abschied. S. 27.* **24** *Siehe Fritz Behrens: Abschied. S. 15, 249, 54f. und 29.* **25** *Siehe Fritz Behrens: Kann ein Marxist heute noch Marxist sein? In: Abschied. S. 248 und 251f.* **26** *Siehe ebenda. S. 243.* **27** *Siehe Fritz Behrens: Abschied. S. 17, 20 und 27.* **28** *Siehe dazu und zum folgenden Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation. In: MEW. Bd. 17. S. 313ff., besonders S. 343. – Karl Marx: Entwürfe zum »Bürgerkrieg in Frankreich«. In: Ebenda. S. 491ff.*

zung und ohne nähere Erörterung, daß Karl Marx jede Utopie ablehnte. Den Unterschied zu den utopischen Sozialisten allein in den Mitteln zu sehen, läßt zudem den geschichtstheoretischen Boden Friedrich Engels' außer acht.²⁹ Auch daß sich Lenin der Marxschen Auffassung anschloß, Utopien seien ein »reaktionäres Phantasiespiel über künftige Gesellschaften«, und deklarierte, »daß die Marxisten [...] allen Utopien feindlich gegenüberstehen«³⁰. Und schließlich diskutiert er das Verhältnis von Wissenschaft und Utopie in ihrem Schaffen nicht, obschon er beides miteinander verknüpft. So bleibt eine Lücke im eigenen Gedankengang, die um so spürbarer ist, als eine weitverbreitete nichtmarxistische These immerhin lautet: Das gesamte wissenschaftliche Werk Marxens hätte allein dem Zweck gedient, früh vorgefaßte politische Ziele nachträglich, »seriös verkleidet«, zu begründen, so daß es nichts anderes als post festum fabrizierte, theoretisch verbrämte Ideologie darstelle.³¹

Solche Einseitigkeiten und Leerstellen in der Bearbeitung des Problems deuten auf Brüche in Behrens' Utopiekonzept hin. Er nimmt sie in Kauf, um die utopischen Züge im Marxismus direkten Weges als Grundlage eines erneuerten sozialistischen Sozialismusmodells prononciert vorzubringen, und – überhöht sie gar zu »Utopisten [...] von Rang«³² oder spricht im übertragenen Sinne von Marx als dem »letzten Utopisten«, »wie Engels der erste Reformist war«³³. Später heißt es jedoch erheblich einschränkend, daß die »Marxsche Vision einer neuen Gesellschaft *keine* konkrete Utopie, wenn überhaupt Utopie, nur eine abstrakte und mit hoher Wahrscheinlichkeit nur eine Illusion war!«³⁴ Die Inkonsistenzen der eigenen Begrifflichkeit haben Behrens zu guter Letzt eingefangen!

Marx und Engels bewahrte ihre ökonomische und historische Theorie davor, »Utopisten von Rang« zu sein – und so entsprach es auch ihrem Wissenschafts- und Politikverständnis, das einen Geschichtsfatalismus und spekulative politische Strategie verbot – die wissenschaftliche Analyse der kapitalistischen Gesellschaft stand im Zentrum ihres Denkens. Die Prägung als Wissenschaftler hielt sie jedoch von utopischen Elementen in ihrem Denken nicht frei. In dem Maße, wie sie die Grenzen empirisch und theoretisch sicherer wissenschaftlicher Erkenntnis generalisierend überschritten und diese in einen unüberschaubaren Erwartungshorizont prolongierten, bildeten sich darin utopische Elemente heraus. Diese Intentionen waren jedoch weder durchgehend originär, noch in den Konkretionen den »klassischen« Utopien gleichwertig – sie blieben ungestaltete, relativ grob umrissene Leitgedanken. Das schließt die rare Wendung von der »Diktatur des Proletariates« nicht weniger ein als die etwas konkreteren Folgerungen aus der Pariser Kommune.

Behrens übersteigert also in seinem Urteil, wenn er nicht gar verwirrt. Ohnehin läßt sich fragen, ob er nicht besser in seine Klassifizierung des Utopiebegriffes Kategorien wie Futurologie und Prognose einbezogen hätte, da sie präzisere Möglichkeiten der Abgrenzung bieten würden.³⁵ Er selbst beschränkte sich darauf, aus dem originären Marxismus Elemente einer Sozialismusvariante herauszufiltern, die eine Alternative zu irreführenden theoretischen Ansätzen und politisch wie ideologisch verheerenden praktischen Fehlversuchen des von ihm erlebten staatssozialistischen Weges ergeben konnten. Utopisch blieben seine eigenen Überlegungen über die Konstitution einer Gesellschaft der Selbstverwaltung ebenfalls, insofern, als sie leitmotivisch formuliert waren

29 Siehe Fritz Behrens: *Abschied*. S. 17, 100 und 108. **30** Karl Marx an Friedrich Adolf Sorge, 19. Oktober 1877. In: MEW. Bd. 34. S. 303. – W. I. Lenin: *Zwei Utopien* [1912]. In: *Werke*. Bd. 18. S. 347 und 151. **31** Für das Utopieproblem kann ein solcher Anwurf gewiß nicht gelten. Die Grundhaltung von Marx geht aus Äußerungen vom Februar 1848 ganz klar hervor: *Der deutsche Kommunismus gründe sich auf die geschichtliche Entwicklung und sei daher der entschiedenste Gegner des Utopismus*. – Siehe Karl Marx: *Der »Débat social« vom 6. Februar über die Association démocratique*. In: MEW. Bd. 4. S. 512. – Siehe zu solchen Anwürfen etwa Robert C. Tucker: *Karl Marx. Die Entwicklung seines Denkens von der Philosophie zum Mythos*. [1965] 2. überarb. Aufl. München 1973. S. 200. – Bertram Wolfe: *Marx und die Marxisten. 100 Jahre Theorie und Praxis einer Doktrin*. [1965] 6. Teil: *Probleme Utopias*. Frankfurt am Main, Berlin 1968. S. 282. **32** Fritz Behrens: *Marx und Engels – die letzten Utopisten? In: Abschied*. S. 40. **33** Ebenda. S. 44. **34** *Wo steckt der Fehler? In: Abschied*. S. 230. **35** Siehe u. a. die Diskussion des Problems bei Georg Picht: *Prognose, Utopie, Planung*, 2. Aufl. Stuttgart 1967.

und ihre Realisierbarkeit bestenfalls hypothetisch genannt werden könnte. Eine unmittelbare Operationalisierung der Utopie, eine handlungsorientierende Rolle in der politischen Praxis, nimmt er, zu Recht, faktisch nicht vor, wohl aber denkt er an eine Ziel-funktion seiner ins Positive gewendeten Kritik am Staatssozialismus. Wenn er von »konkreter Utopie« als »Arbeitsaufgabe« spricht, meint er im Sinne Ernst Blochs³⁶ die stufenweise Verwirklichung der von ihm formulierten Leitgedanken als historischen Prozeß, dessen Ergebnisse im einzelnen offen bleiben, nicht deren direkte unentwegte »prinzipielle« Praktizierung. Als Tagespraxis hatte Bloch die konkrete Utopie eben nicht verstanden. Eine »Nah-Antizipation«, das heute Machbare, wäre keine »echte«, Zukunft, schreibt Bloch, weil es die Utopie »krauchend-evolutionistisch« mache. Die wahre sei die Fern-Antizipation, das »utopische Totum«, das »Himmelreich auf Erden«. Daß Behrens mit der Kategorie »konkrete Utopie« arbeitet, ist begreiflich und »verzeihlich«, in heutiger Erfahrung ist sie jedoch problematischer denn je: wegen der genannten unreflektierten Bindung an den »Fahrplan der Geschichte« und ihres seit langem von Ernst Bloch in wichtigen Aspekten abweichenden Gebrauchs im linken Spektrum, nämlich überwiegend als alternatives, durchaus machbares Projekt, wenn man es nur wolle.³⁷ Trotz seiner Kritik an der Geschichtstheorie Karl Marx' und Friedrich Engels' erkennt er darin die »Ambivalenz«, daß sie unbeschadet der »Gesetzmäßigkeit« dem subjektiven Handeln mit all seinen Zufallsergebnissen außerordentliche Tragweite beimaßen. In dieser Hinsicht deckte sich sein Verständnis der Geschichte als offener Resultante eines »unendlichen Kräfteparallelogramms«³⁸ alles in allem mit dem von Marx und Engels.³⁹ Beide akzeptierten Hegels Wort, daß in der Weltgeschichte aus dem Handeln der Menschen stets etwas anderes hervorgeht »als sie bezwecken

und erreichen, als sie unmittelbar wissen und wollen; [... etwas,] das nicht in ihrem Bewußtsein und nicht in ihrer Absicht lag«⁴⁰. Dies vorausgesetzt, wird die Produktion von als solche deklarierten Gesellschaftsutopien in ihrer Deutung als realisierbare Projekte nicht nur begriffswidrig, sondern unübersehbar zum leichtfertigen Lotteriespiel – sei es im Kleinen als begrenzte lokale Vorhaben, wie im Großen als »strategische« Ziele.

So modisch unter Linken der pauschale Utopiebegriff grassiert: Der »Rhodos« gesellschaftsverändernden Denkens befindet sich wahrhaftig nicht dort, wo aus abstrakten Prinzipien ein Sozialismusbild oder Gesellschaftsentwürfe konstruiert werden – man mag das selbstaufklärerisch ad infinitum betreiben. Ihm begegnen wir vielmehr an der Nahtstelle zu politischer Strategie und handelnder Politik – dort, wo die unvermittelte Übersetzung utopischer Intention oder gar eines erdachten Gesellschaftsmodells unverzüglich mit den »unpassenden« Realitäten in Disharmonie geriete und die von Rosa Luxemburg und Karl Kautsky prophezeite, gewissermaßen zwangsläufig entartende politische Praxis in Despotie enden könnte. Dies könnte die wohl schlagendste, wenn gleich nicht notwendig erst zu erleidende, »Erfahrung« aus dem Scheitern des europäischen Sozialismus in unserem Jahrhundert sein. Es mutet daher geschichtsfremd und theoretisch verdreht an, aus den »Erfahrungen« der untergegangenen DDR heraus ein neues »Gesellschaftsmodell« als »neue Utopie« einzuklagen, die das »positive Erbe des früheren Sozialismus«, dessen Scheitern und »die Anforderungen des heutigen Tages«⁴¹ verschmelzen soll. Denn so glatt diese Komposition sich liest: Hält man sich vor Augen, wie subjektiv die Interpretation eines jeden dieser Faktoren und wie ungewiß schon mittelfristige sozialwissenschaftliche Prognosen sind, meldet sich der Verdacht, hier könnten »utopische Sozia-

36 Siehe Fritz Behrens: *Abschied*. S. 39f., 107, 196ff. und 227f. **37** Siehe Ernst Bloch: *Abschied von der Utopie? Vorträge*. Hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Hanna Gekle. Frankfurt am Main 1980. S. 110–112. – Siehe dazu auch die anregende Diskussion der Vorstellungen Fritz Behrens' durch Gunther Kohlmeier: *Sozialismus – Utopie als Arbeitsaufgabe. Nachdenken über einen Nachlaßband von Fritz Behrens*. In: »Utopie kreativ«. Berlin (1992)21/22. S. 88–94. **38** Siehe den bekannten Brief von Friedrich Engels an Joseph Bloch, 21. September 1890. In: MEW. Bd. 37. S. 462ff. **39** Zur Geschichtsauffassung Fritz Behrens' siehe Anmerkung 15. **40** Georg Wilhelm Friedrich Hegel: *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*. In: *Werke*. Bd. 12. Frankfurt am Main 1992. S. 42f. **41** Michael Benjamin: *Ostdeutsche Identität und ihre sozialen Grundlagen. Gedanken über linke Politik*. Berlin 1996. S. 22 (*Marxistisches Forum* 6).

listen« neuer Spielart am Werke sein, die sich im Bewußtsein wähnen, »die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus«⁴² zu haben. Für sie träfe nämlich zu, was den utopischen Sozialisten vorgeworfen wurde: daß sie sich »Systeme ausdenken und nach einer regenerierenden Wissenschaft suchen«⁴³.

»Demokratischer Sozialismus« kann heute als Zielvorstellung über einen Katalog von Idealen, Werten und allgemeinen Leitsätzen schwerlich hinausgehen, und deren direkte Operationalisierung ließe ihn ein Schicksal erleiden, wie einem anderen widerfahren: als eine der jeweiligen Realität übergezwungene Korsage in einem Desaster zu enden. Was in seinem Geiste angestrebt und unternommen werden soll, kann nur situativ entschieden werden, ursächlich allein in dem Maße, wie die Menschen es wollen, für die man ihn gedacht haben will – sie sind ebenfalls der Bezugspunkt der sich an Rosa Luxemburg anlehnenen Konzeption Behrens⁴⁴, da er ge-

nau den Mißwuchs einer Sozialismusauffassung erkannte, die sich aus einem despotischen Macht-konzept ableitete.

Zweifelsfrei kann man Behrens zustimmen, daß die Utopie »ein notwendiger Bestandteil der revolutionären Linken«⁴⁵ ist. Utopien, Visionen und Gesellschaftsmodelle motivieren und stimulieren, sie können Leuchtfener in einem unermeßbaren Panorama sein.⁴⁶ In dem »Kräfteparallelogramm« des realen historischen Prozesses, geschweige denn der Politik, bleiben sie dem Denken entsprungene Unwirklichkeiten, in deren Gefangenschaft sich niemand ohne Schaden und Makel an der eigenen Sache begeben kann. Dies scheint mir eine Mahnung, die Behrens' kreativer Impetus in der Rückbesinnung auf utopische Elemente eines demokratischen Sozialismus bei Marx und Engels hinterläßt: Sein Schaffen steht für ein theoretisches und politisches Neudenken ohne Ewigkeits- und Traditionsdogmen linker Provenienz.

42 Karl Marx/Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: MEW. Bd. 4. S. 474. **43** Karl Marx: *Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons »Philosophie des Elends«*. In: MEW. Bd. 4. S. 143. **44** Siehe Fritz Behrens: *Marx und Engels – die letzten Utopisten? In: Abschied*. S. 56f. und S. 60. **45** Fritz Behrens: *Kann ein Marxist heute noch Marxist sein? In: Abschied*. S. 253. **46** Treffend beschreibt dies Harry Nick: »Sozialistische Politik ist für mich ohne Visionen nicht denkbar. Und sie haben durchaus praktische Bedeutung. Sie geben Kraft und sind eine der moralischen Stützen, Leitlinien für den Verhaltenskodex. Das muß m. E. nicht bedeuten, daß man den Fahrplan kennen muß, der zur praktischen Verwirklichung dieser Visionen führt. Der Satz von Ernst Bloch: »Eine Vision ohne Fahrplan taugt nichts«, gilt für mich nicht mehr. Ich habe eine kommunistische Vision, die so vage ist wie die Marxsche.« (Harry Nick: *Sozialistisches Ziel und praktische Politik*. Berlin 1996. S. 5 (Marxistisches Forum 10).)

ANHANG

FRITZ BEHRENS

Erste Fassung der Rede zum Colloquium »Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital« in Frankfurt am Main im September 1967*

Vor hundert Jahren schrieb Marx im »Vorwort« zum ersten Band seines »Kapital«, auf dem Gebiete der politischen Ökonomie begegne die »freie wissenschaftliche Forschung nicht nur demselben Feinde, wie auf allen anderen Gebieten. Die eigentümliche Natur des Stoffes, den sie behandelt, ruft wider sie die heftigsten, kleinlichsten und gehässigsten Leidenschaften der menschlichen Brust, die Furien des Privatinteresses, auf den Kampfplatz«¹. Seit 50 Jahren wird der sozialistische Gedanke verwirklicht, und in den Ländern, in denen der Sozialismus verwirklicht wird, können die Furien des Privatinteresses die freie wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiete der politischen Ökonomie folglich nicht mehr behindern. Wie aber kommt es, daß »der Kritik der politischen Ökonomie« noch kein Werk über die sozialistische Ökonomie an die Seite gestellt werden kann, das – wenn es auch nicht das Niveau des »Kapital« erreicht – doch wenigstens den Werken der klassischen bürgerlichen Ökonomen an die Seite zu stellen ist, deren Gedanken Marx in dem bekannten dreifachen Sinne »aufhob«? Warum kam die politische Ökonomie des Sozialismus – wenn man von den frühen 20er Jahren absieht – über Empirismus und im Höchstfall Historismus nicht hinaus? Fehlten die schöpferischen Potenzen oder stellte die gesellschaftliche Wirklichkeit keine Probleme, die zu theoretischen Analysen anreizten?

Will man einen Vergleich mit der Geschichte der politischen Ökonomie des Kapitalismus wagen, kann man sagen, daß die Theorie der sozialistischen Ökonomie heute etwa an der Schwelle des Übergangs vom Merkantilismus und Kameralismus zum Physiokratismus steht und daß es bis zur »Klassik« – geschweige denn zur »Kritik« noch ein weiter Weg ist.

Ernst Bloch erwähnte in seiner »Tübinger Einleitung in die Philosophie« die dem Marxismus bestens bekannte Erscheinung, daß die »Produktivkräfte wie auch die Produktionsverhältnisse einen Fortschritt zeigen« können, »dem der Überbau gegebenenfalls nicht nur nicht nachkommt, sondern dem er zuweilen sogar mit besonderem Kulturverlust entgegengesetzt ist«². Aber – das ist die Frage – ist ein solcher »Kulturverlust«, ist das Fehlen einer Theorie der sozialistischen Ökonomie, die das Erbe der Schöpfer der »Kritik der politischen Ökonomie« würdig fortsetzt, nur mit einem Mangel an schöpferischer Potenz bei den Ökonomen in den sozialistischen Ländern zu erklären? Lag es überhaupt in ihrer Kraft, in ihrem Vermögen, einen solchen »Kulturverlust« zu vermeiden, konnten sie eine »politische Ökonomie des Sozialismus« schaffen, die eine sozialistische Basis, sozialistische Produktionsverhältnisse in Begriffe faßt?

Damit bin ich mitten im Thema!

Bedenken wir, was Marx im Vorwort zur »Kritik der politischen Ökonomie« schrieb: »Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.«³

Wenn aber aus dem Widerspruch zwischen den Produktivkräften mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen ein Widerspruch wurde zwischen erst zu schaffenden Produktionsverhältnissen und noch nicht vorhandenen Produktivkräften, dann haben wir die historischen Bedingungen, die aus dem Marxismus eine Ideologie – im Sinne des jungen Marx – machten, eine

* Diese Rede schenkte Fritz Behrens 1978 seiner Enkeltochter Dörte zum 18. Geburtstag. **1** Karl Marx: Vorwort zur ersten Auflage [des ersten Bandes des »Kapital«]. In: MEW. Bd. 23. S. 16. **2** Ernst Bloch: Tübinger Einleitung in die Philosophie I. Bd. 1. Frankfurt am Main 1961. S. 164. **3** Karl Marx: Vorwort [Zur Kritik der politischen Ökonomie.] In: MEW. Bd. 13. S. 9.

Dogmensammlung, und die politische Ökonomie des Sozialismus zu einer Apologetik des bürokratischen Zentralismus degradierten.

Wenn die materiellen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus fehlten, durch die Gunst der politischen Konstellation eine sozialistische Partei aber die Macht ergreift, dann kann ungenügende ökonomische Reife bis zu einem gewissen Grade durch die politische Gewalt des Staates als »ökonomische Potenz« kompensiert werden. Dazu bedarf es keiner politischen Ökonomie des Sozialismus und schon gar nicht einer »Kritik der politischen Ökonomie«. Dafür genügen staatliche Befehle und Weisungen und ihre Kommentierung und Propagierung.

Nicht subjektive oder objektive Schranken der Erkenntnis waren es, die bisher nur Ansätze für eine politische Ökonomie des Sozialismus möglich machten und die dazu führten, daß die Kritik den Boden für eine echte Theorie noch nicht freigemacht hat.

Anstelle der »Furien des Privatinteresses« traten andere Kräfte auf den Kampfplatz, die den politischen Ökonomen das Leben nicht nur – wie das von Marx – schwer machten, sondern eine »freie wissenschaftliche Forschung« überhaupt verwehrten. Sie waren stärker als die »Furien des Privatinteresses«, denn es waren historische Kräfte.

Die russische Revolution begann als bürgerliche Revolution gegen den Zarismus in einem ökonomisch und kulturell rückständigen Land, und als sie zum Sieg der sozialistischen Kräfte führte, hofften diese, daß ihr Sieg nur der Beginn der sozialistischen Revolution in Europa sein werde. Als diese Hoffnung trog, begann der »Aufbau des Sozialismus in einem Lande«.

Lenin war sich der großen Schwierigkeiten durchaus bewußt, die sich hieraus ergaben. In seinem »Referat über Krieg und Frieden« am 7. März 1918 sprach er von den zwei ungeheuer schwierigen Aufgaben, die nach dem Sieg der Oktoberrevolution zu lösen seien. Die erste Aufgabe, sagte er, sei die der inneren Organisation, vor der jede sozialistische Revolution steht. Diese Aufgabe sei aber gerade deshalb so schwierig, weil die Sowjetmacht »abgesehen von den entwickeltsten Formen des Kapitalismus, die im Grunde genommen nur einige wenige Spitzen der Industrie erfaßt und die Landwirtschaft erst ganz wenig berührt haben«, keine »fertigen Verhältnisse« vorfand. Hätte der Kapitalismus die gesamte Industrie und auch die Landwirtschaft er-

faßt, so hätte die sozialistische Revolution also auch fertige Verhältnisse vorgefunden, so nur kann der Schluß aus Lenins Ausführungen lauten. Nicht aus einem prinzipiellen Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Revolution ergab sich diese Schwierigkeit der Oktoberrevolution, wie Stalin später behauptete, sondern aus der Rückständigkeit des Landes, es war kein prinzipieller, sondern ein historischer Unterschied.

Die zweite »gigantische Schwierigkeit«, sagte Lenin, sei aber das Ausbleiben der Revolution in den Ländern Westeuropas. »Hier haben wir die größte Schwierigkeit der russischen Revolution, ihr größtes historisches Problem: die Notwendigkeit, die internationalen Aufgaben zu lösen, die Notwendigkeit, die internationale Revolution auszulösen, den Übergang zu vollziehen von unserer Revolution als einer eng nationalen zur Weltrevolution.«⁴

Die Rückständigkeit des Landes und das Ausbleiben der Weltrevolution, das Steckenbleiben im Rahmen einer »eng nationalen Revolution« in einem ökonomisch und kulturell rückständigen Land, das waren die historischen Besonderheiten der ersten sozialistischen Revolution. Stalin machte daraus die Besonderheit jeder sozialistischen Revolution, und aus der Theorie der »permanenten Revolution« von Marx und Engels wurde die Theorie vom »Aufbau des Sozialismus in einem Lande«. Nichts mehr blieb von den materiellen Existenzbedingungen einer neuen Gesellschaft, die im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet werden. Sie wurden unter Stalin in dem gigantischen Prozeß einer »sozialistischen ursprünglichen Akkumulation« treibhausmäßig entwickelt. Der Sozialismus, der aus ökonomischer Rückständigkeit entstandene Sozialismus war ein Fortschritt, weil er das schuf, was er im Schoße der alten Gesellschaft nicht vorfand: seine materiellen Existenzbedingungen und das entsprechende kulturelle Niveau der Werktätigen. Wir können den wirklichen Sozialismus, den Sozialismus der Gegenwart von Albanien und China bis zur Sowjetunion, Tschechoslowakischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik nur verstehen, wenn wir seine Vergangenheit zur Kenntnis nehmen, aber wir können aus der Gegenwart leider noch nicht auf die Zukunft schließen. Der Grund hierfür ist einleuchtend:

⁴ *W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 76 und 78.*

Erst wenn – wie Marx sagen würde – der Sozialismus seinem »Begriff entspricht«, wenn er eine nicht nur von jeder ökonomischen Ausbeutung, sondern auch von jeder politischen – nationalen, sozialen und geistigen – Unterdrückung freie gesellschaftliche Ordnung geworden ist – erst dann werden auch alle aus der Vergangenheit übernommenen Tabus beseitigt werden können. Bis dieses Ziel erreicht ist, repräsentieren die sozialistischen Staaten eine permanente Bewegung zur Verwirklichung dieses Zustandes. Es hat keinen Sinn, dies zu übersehen, denn das ist die Ursache dafür, daß zu den »Mißständen«, die »unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (sind), wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist« – wie es Marx in seiner Gothaer Programm-Kritik ausdrückte –, Mißstände kommen, die weder mit dem Sozialismus selbst, noch mit seiner Verwirklichung etwas zu tun haben, sondern aus seiner »Frühgeburt« zu erklären sind, aus einer historischen »Vorwegnahme«, weil die Kette des Imperialismus an ihrer schwächsten, aber leider für den Sozialismus noch nicht reifsten Stelle brach.

Denn nicht nur, daß die Verwirklichung des Sozialismus in ökonomisch rückständigen oder zurückgeworfenen Ländern begann – dazu kommt, daß dies fast ausnahmslos auch solche Länder waren, in denen die bürgerliche Demokratie nur schwach entwickelt oder wieder zerstört war. Die Lehre Stalins von den Produktionsverhältnissen als »Motor« der Produktivkräfte drückt nicht das objektive Erfordernis aus, daß die Produktionsverhältnisse dem Stand der Produktivkräfte, sondern das subjektive Erfordernis, daß die Produktivkräfte erst dem Charakter der Produktionsverhältnisse angepaßt werden mußten. Das war der Boden, auf dem der mit dem Namen Stalins verknüpfte bürokratische Zentralismus mit seinen administrativen Zwangsmethoden wuchs, der nicht nur den Gedanken der Planung, sondern der sozialistischen Wirtschaft überhaupt diskreditierte. Es wurden nicht nur die für eine wissenschaftliche Diskussion notwendigen Informationen über ökonomische Vorgänge und Daten über das Maß hinaus verhindert, das durch die feindliche Umwelt geboten ist, es wurde jede wissenschaftliche Diskussion überhaupt unterbunden. Tabu war die Frage der Warenproduktion und der Funktion des Wertgesetzes im Sozialismus, sofern die Meinun-

gen von Stalins Auffassungen abwichen, tabu waren auch alle neuen Erkenntnisse aus der Ökonomie moderner Industrieländer vom Grundbegriff in der Kosten- und Preistheorie über die Theorie der strategischen Spiele bis zur Unternehmensforschung. Denn die bürgerliche Ökonomie konnte – so lehrte der Dogmatismus – im Gegensatz zu Marx' Auffassung – keinen »rationalen Kern haben«, sondern ist nur reine Apologetik.

Sicher sind diese – wie manche andere Auffassungen inzwischen revidiert, aber die Unsicherheit in den Köpfen der Ökonomen, die Furcht, der »Nichtparteilichkeit« beschuldigt zu werden, ist noch nicht überwunden.

Wenn man also die Frage nach den Ursachen stellt, warum es nach einer Pause von mehr als 30 Jahren erst einige »Ansätze« zu einer »Kritik der politischen Ökonomie« gibt, kann man sie nur beantworten, wenn man von den historischen Bedingungen ausgeht, unter denen der Sozialismus ins Leben trat, unter denen er sich entwickelte und auch heute noch entwickelt. Wenn der Sozialismus heute auch längst keine »belagerte Festung« mehr ist, so ist doch die Ideologie einer belagerten Festung noch nicht überwunden. Nicht Mangel an schöpferischer Potenzen sind es, die nur Ansätze für die kritische Verarbeitung neuer Fakten und ihrer theoretischen Verarbeitung erkennbar machen, aber das Bewegungsgesetz der neuen Gesellschaftsordnung noch nicht enthüllten, wie Marx das Bewegungsgesetz der alten Gesellschaftsordnung enthüllte. Die historischen Bedingungen waren und sind die Ursache dafür, daß die politische Ökonomie des Sozialismus bis in die Gegenwart hinein – mit oder ohne Zustimmung ihrer Träger – ausschließlich in den Dienst der Sicherung des sozialistischen Aufbaus gestellt wurde, Merkantilismus und Kameralismus blieb. Natürlich muß die Theorie stets mit der Praxis verbunden sein, aber wenn kein Raum für freie wissenschaftliche Forschung bleibt, wie Marx sie verstand, kann es keine echte theoretische Arbeit geben, so daß es scheint, als ob der Sozialismus, nachdem er von Marx und Engels aus einer Utopie zur Wissenschaft geworden war, wieder zu einer Ideologie im Sinne des jungen Marx wurde. Um mit zwei Zitaten anzudeuten, welchen Bogen die Entwicklung des sozialistischen Gedankens bei seiner Verwirklichung schlug: In der »Deutschen Ideologie« schrieb der junge Marx: »Über-

haupt kann eine kommunistische Bewegung nie vom Lande, sondern immer nur von den Städten ausgehen.«⁵ Und am 20. Jahrestag der Niederlage Japans 1965 schrieb Lin Biao »Die ländlichen Gebiete, und nur diese, stellen die weiten Räume zur Verfügung, in denen die Revolutionäre ungehindert manövrieren können [...] Wenn wir, im Weltmaßstab gesehen, Nordamerika und Westeuropa als Städte der Welt bezeichnen können, so kann man Asien, Afrika und Lateinamerika die ländlichen Gebiete der Welt nennen [...] In einem gewissen Sinn besteht die gegenwärtige Weltrevolution auch in einer Lage, bei der die Städte durch die ländlichen Gebiete eingekreist sind.«⁶

Aber der junge Marx schrieb nicht nur, daß der Kommunismus von den Städten ausgehen könne, er schrieb auch in der »Deutschen Ideologie« die Sätze, der Kommunismus setze »eine große Steigerung der Produktivkraft, einen hohen Grad ihrer Entwicklung« voraus. Das sei eine »absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte«. Der Kommunismus sei »empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker »auf einmal« und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt«⁷.

In der Tat: welch ein Bogen in der Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft und von der Wissenschaft zur Ideologie – zur Ideologie eines Überbaus ökonomisch rückständiger oder zurückgeworfener Länder! Aber dazwischen lag die Tat, und es war der von Stalin liquidierte Mitkämpfer Lenins, Karl Radek, der das Buch schrieb »Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat«.

Die von mir zitierte »Ideologie einer belagerten Festung« zeigt ein besonderes Beharrungsvermögen, weil die nichtsozialistischen Partner einer friedlichen Koexistenz – und das gilt nicht nur für die USA, das gilt auch für Deutschland – nicht gerade dazu beitragen, dem Dogmatismus seine Argumente zu nehmen. Und doch können wir trotz allem feststellen, daß die »Anstrengungen des Begriffs« den Kulturverlust auch auf dem Gebiet der sozialistischen Ökonomie aufzuholen

am Werk sind. Es versteht sich, daß ich damit nicht die – auch notwendige – Rezeption moderner Forschungsmethoden meine, den Nachholebedarf in der Mathematisierung der politischen Ökonomie und auf dem Gebiet solcher Disziplinen, die noch vor wenigen Jahren verpönt wurden, wie Soziologie und Kybernetik, sondern die Arbeit an den Problemen, die die Ökonomie eines hochentwickelten Industrielandes ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln stellt.

Ich sage Ihnen gewiß nichts Neues, wenn ich darauf hinweise, daß die Klassiker des Marxismus, nicht nur Marx und Engels, sondern auch Lenin, aber auch Kautsky, Trotzki und Rosa Luxemburg und andere Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus, davon ausgingen, daß nur der gegen die Schranken der kapitalistischen Produktionsverhältnisse rebellierende Reichtum der vom Kapitalismus geschaffenen Produktivkräfte den Sozialismus ermöglicht, daß er nur eine Folge der Fülle und nicht des Mangels sein kann. Die »ursprüngliche Akkumulation des Kapitals« sollte einen sich immer mehr erweiternden Reproduktionsprozeß in Gang setzen, der schließlich durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals die materiellen Bedingungen für die sozialistische Gesellschaftsordnung schafft und ohne ursprüngliche Akkumulation durch die »Expropriation der Expropriateure« entstehen sollte.

Doch die Geschichte hat es anders gewollt. Die »Expropriation der Expropriateure« reichte nicht aus, um den Sozialismus zu verwirklichen, weil der vom Kapitalismus geschaffene Reichtum nicht vorhanden oder wieder zerstört worden war, und auch an der Schwelle des Sozialismus stand die Kluft zwischen Investitionen und Akkumulation, die durch eine »ursprüngliche Akkumulation« geschlossen werden mußte.

Der bürokratische Zentralismus mit seinen administrativen Zwangsmethoden, das war nur der Nährboden des Dogmatismus, der das wissenschaftliche Leben völlig zu ersticken drohte, denn der Dogmatiker ist der Theoretiker der Bürokratie.

Es gehört nicht zum Thema, über die »heiligen Kühe« des Dogmatismus zu sprechen, die schon geschlachtet sind, oder die noch geschlachtet werden müssen. Die Ansätze zur Überwindung vieler Tabus

⁵ Karl Marx/Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*. In: MEW. Bd. 3. S. 338. ⁶ Lin Biao: *Es lebe der Sieg im Volkskrieg*. Peking 1968. S. 33. ⁷ Karl Marx/Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*. In: MEW. Bd. 3. S. 34 und 35.

sind – ich sagte das schon – vorhanden – weniger in der Literatur als in der Praxis der Wirtschaftsreformen in den sozialistischen Ländern. Über die Ursachen hierfür habe ich mich an anderer Stelle geäußert.

An die Stelle der staatlichen Befehle und Weisungen treten in immer stärkerem Maße ökonomische Methoden zur Leitung der Wirtschaft, und die Existenz eines Marktes in der sozialistischen Wirtschaft neben dem Plan ist heute praktisch unbestritten. Aber diese durch das Leben erzwungenen Veränderungen sind noch nicht theoretisch verarbeitet oder gar zu einem theoretischen System verallgemeinert worden. Im Gegenteil: man kann sogar feststellen, daß mit Hilfe der Rezeption mathematischer ökonomischer Methoden eine Schule entstand, die den bürokratischen Zentralismus eher wieder aufrüstet. Für diese Schule ist z.B. der sowjetische Ökonom W. W. Nowoschilow repräsentativ, der meint, daß alle Fragen zentral entschieden und dann auch administrativ verwirklicht werden könnten, wenn die Rechentechnik weit genug entwickelt wäre. Es bestünde dann keine Notwendigkeit mehr für einen »Selbstregulator« der Wirtschaft, weil der »Planregulator« ausreicht. Aber die Ursache der Wirtschaftsreformen liegt eben nicht in der unentwickelten Rechentechnik, sondern in der Existenz einer Warenproduktion, in der Tatsache also, daß mit dem sozialistischen Aufbau keine »Naturalisierung« der ökonomischen Prozesse stattfindet, wie es Stalin lehrte, sondern daß im Gegenteil die Warenproduktion sich ausdehnt und vertieft. Die von Nowoschilow repräsentierte Schule der sozialistischen Ökonomie betrachtet dagegen die »gegenwärtige Wirtschaftsreform« nur als eine wichtige »Etappe bei der schrittweisen Umwandlung des Planes aus einer Direktive in ein ökonomisches Gesetz«, setzt also – zu Ende gedacht – an Stelle des empirischen Voluntarismus des abgewirtschafteten bürokratischen Zentralismus einen durch moderne Methoden auffrisierten Voluntarismus.⁸

Solche Auffassungen existieren natürlich auch in anderen sozialistischen Ländern und auch in der Deutschen Demokratischen Republik, und es ist kein Wunder, daß die Anhänger der alten Methoden plötz-

lich ihre Liebe für Mathematik und Kybernetik entdeckten, die sie vor gar nicht allzulanger Zeit noch verketzerten. Doch haben sich kürzlich prominente sowjetische Wissenschaftler, darunter der Kybernetiker Berg, gegen den Standpunkt dieser »zentralen Elektroniker« – wie er es nennt – gewandt, die davon ausgehen, daß »die gesamte Volkswirtschaft wie ein einziges riesiges Kombinat durch den Druck auf den Knopf eines Computers gesteuert werden könnte und sollte«.

Mit Recht stellt Berg – und mit ihm Belkin und Birman – fest, daß die Schwelle, die uns vom Aufbau sich selbständig regelnder Steuersysteme trennt, bereits überschritten sei. »Derartige Systeme befinden sich in der Projektierung und ihre Verwirklichung ist greifbar nahe gerückt. Eben deshalb kann nicht laut genug vor solchen Illusionen gewarnt werden. Derartige Vorstellungen – dies muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden – sind lebensfremd und stehen im Widerspruch zu den jüngsten Beschlüssen der KPdSU und der Sowjetregierung über die Vervollkommnung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.«⁹

In der Tat: Damit wäre das Zerrbild der sozialistischen Wirtschaft als einer Zentralverwaltungswirtschaft, das bisher nur in der Phantasie einiger bürgerlicher Ökonomen bestand, Wirklichkeit geworden.

Es erübrigt sich wohl zu betonen, daß meine Auffassung sich vollständig mit der der Kritiker Nowoschilows deckt.

Es würde zu weit führen, wollte ich auch nur den Umriss einer politischen Ökonomie des Sozialismus skizzieren, wie sie heute bereits erkennbar ist. Aber auf eine – zentrale – Frage muß ich doch eingehen: die Frage der Form des gesellschaftlichen Eigentums. Natürlich bleibt die Frage des Eigentums die wichtigste Frage in der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, weil sie über die ökonomische Struktur der Gesellschaft entscheidet und damit auch über die »Souveränitäts- und Herrschaftsverhältnisse« Auskunft gibt, wie Marx es im »Kapital« formuliert. In der Regel wird heute zwischen zwei Formen des gesellschaftlichen Eigentums unterschieden: zwischen

⁸ Siehe W. W. Nowoschilow: *Gesetzmäßigkeiten bei der Entwicklung des Leitungssystems in der sozialistischen Wirtschaft*. In: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*. Berlin (1966) 5. S. 461–480 [speziell S. 469]; *Probleme der Preisbildung und die Wirtschaftsreform*. In: *Ebenda* (1966) 11. S. 1133–1146. ⁹ A. Berg/W. Belkin/J. Birman: *Elektronik ohne Wunder*. In: »*Presse der Sowjetunion*«. Berlin (1967) 32. S. 8ff.

dem Staatseigentum und dem Gruppeneigentum, wobei das Gruppeneigentum als eine niedere Form des gesellschaftlichen Eigentums angesehen wird. Jedoch ist das Gruppeneigentum aus einem wichtigen Grund eine Form des gesellschaftlichen Eigentums, die dem Staatseigentum überlegen ist, wenn man es nicht – wie üblich – mit dem genossenschaftlichen Eigentum identifiziert, denn die Gesellschaft kann das Verfügungsrecht über die ihr gehörenden Produktionsmittel auch auf Gruppen delegieren, auf Produzentenkollektive, die der Gesellschaft gehörende Produktionsmittel in ihrem Auftrag selbst verwalten und auch ihr Wertprodukt selbst aneignen, es im Rahmen gesellschaftlicher Normative verteilen. Das Kriterium für die Unterscheidung beider gesellschaftlicher Eigentumsformen liegt in der Aneignung und Verteilung des von den unmittelbaren Produzenten geschaffenen Wertprodukts: Durch den Staat bei Staatseigentum, durch die Gruppe bei delegiertem Gruppeneigentum.

Die Auffassung, daß das Gruppeneigentum eine niedere Form des gesellschaftlichen Eigentums ist, übersieht den Abbau der staatlichen Leitung der Wirtschaft mit administrativen Methoden. Unter dem Aspekt der Entstaatlichung der Wirtschaft – wie es der Trend der Entwicklung in allen sozialistischen Industrieländern ist – ist das Gruppeneigentum eine höhere Form des gesellschaftlichen Eigentums als das staatliche Eigentum. Man versperrt sich den Weg zur Erkenntnis der Problematik der Wirtschaft moderner entwickelter sozialistischer Industrieländer, wenn man das Gruppeneigentum mit dem genossenschaftlichen Eigentum gleichsetzt. Es ist seinem Wesen nach die Realisierung des gesellschaftlichen Eigentums, wenn die »Regierung über die Menschen durch die Verwaltung über Sachen« ersetzt werden soll, wie es der Sinn des Sozialismus ist.

Der Sozialismus entspricht erst dann seinem Begriff, er ist erst dann vollendet, wenn die Beseitigung der Entfremdung des Arbeiters von seinem Produkt nicht nur von zeitgenössischen Philosophen proklamiert, sondern auch vollzogen wird, wenn die Produzenten ihre Produktionsmittel selbst verwalten und wenn ein bürokratischer Apparat, der notwendig ist, auf das Notwendigste beschränkt bleibt und die Mitbestimmung der Werktätigen, ihre Mitwirkung an der Leitung und Planung der Wirtschaft nicht mehr behindert, wenn die notwendige Differenzierung der Einkommen mit

einer notwendigen Nivellierung sozialer Leistungen verbunden wird und wenn die volle Entfaltung einer sozialistischen Demokratie weder durch innenpolitische noch außenpolitische Momente behindert wird.

Was die konkrete Form einer solchen Selbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten betrifft, so kann ich nur bemerken, daß es nicht meine Absicht ist, die Varianten der nationalen Modelle einzuschätzen. Mir scheint aber, daß sie zwischen zwei Extremen liegt: Zwischen den Reformen in der Sowjetunion und in der Deutschen Demokratischen Republik, wo der Spielraum der Betriebe in einem Planmechanismus verbreitert wird, der mit einigen Änderungen weiterexistiert, und der Reform in Jugoslawien, wo nicht nur ökonomisch alle Konsequenzen aus der Existenz einer sozialistischen Warenproduktion gezogen werden. Dazwischen liegen die Reformen in der Tschechoslowakei und Ungarn, aber auch für sie sind die Formen der Mitbestimmung von Räten, Ausschüssen und Komitees bei prinzipiell staatlichem Eigentum noch typisch, und der Schritt zur Selbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten auf der Grundlage delegierten Gruppeneigentums als Grundlage einer sozialistischen Demokratie wurde noch nicht vollzogen. Wie weit unterschiedliche Formen von nationalen Traditionen oder anderen Umständen bestimmt werden, ist ohne detaillierte Untersuchungen nicht zu sagen. Aber es ist bestimmt keine Übertreibung, wenn ich behaupte, daß bürokratische Methoden in einem Land mit preußischer Tradition – von zaristischer gar nicht zu reden – schwerer abzubauen sind als in anderen Ländern, die aus ihren Kämpfen unter der Habsburger Monarchie mindest über gewisse nationaldemokratische Traditionen verfügen.

Einer der wichtigsten Ansatzpunkte für eine kritische sozialistische Ökonomie scheint mir nach allem die Auseinandersetzung mit der These Stalins vom prinzipiellen Unterschied zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Revolution zu sein. Die These, daß in der sozialistischen Revolution der Überbau sich erst eine Basis schafft, ist nur der ideologische Reflex einer Praxis, die sich in rückständigen Ländern durch administrativen Zwang verwirklicht. Sicher ist es möglich – das war nicht nur die Auffassung von Lenin, sondern auch von Marx und Engels –, daß unter besonderen historischen Bedingungen ein Land Entwicklungsstufen überspringen oder wenigstens

schneller durchlaufen kann als unter normalen historischen Bedingungen. Aber das ist nur die eine Seite! Die andere Seite ist der mögliche friedliche Übergang zum Sozialismus in reifen kapitalistischen Ländern, in denen die Arbeiterklasse »Strukturreformen« im Sinne Togliattis im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie erkämpft.

Ich komme zum Schluß!

Eine politische Ökonomie des Sozialismus ist nicht möglich, wenn man die historischen Bedingungen der Entstehung des Sozialismus verabsolutiert und die daraus entstandenen Formen der Wirtschaft als endgültige Form einer sozialistischen Wirtschaft überhaupt hinstellt. Sie muß vielmehr davon ausgehen, daß eine theoretische Verallgemeinerung historischer Zufälligkeiten nicht nur nicht den prinzipiellen Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer

Wirtschaft herausarbeitet, die Rücknahme der Entfremdung des Menschen, die nur unter sozialistischen Produktionsbedingungen möglich werden kann, sie uns auch zu Fehlentscheidungen in Ländern führen kann, die auf dem Weg sind, ihre ökonomische und politische Rückständigkeit zu überwinden.

Es sei mir gestattet, zum Abschluß meines Referates noch einmal aus dem »Vorwort« zum ersten Band des »Kapital« zu zitieren. Der letzte Endzweck seines Werkes, schrieb Marx, sei, »das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen«, und er fügte hinzu, sie könne »naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.«¹⁰ Heute – nach 100 Jahren – können wir sagen: abkürzen – ja, mildern – ich wage nicht mit »nein« zu antworten.

10 Karl Marx: Vorwort zur ersten Auflage [des ersten Bandes des »Kapital«]. In: MEW. Bd. 23. S. 15f.

FRITZ BEHRENS

Rede zur Ehrenpromotion an der Karl-Marx-Universität Leipzig im Oktober 1979

Magnifizenz,
meine Damen und Herren,
liebe Freunde und Genossen!

Es ist eine Ehre für mich, einige Gedanken vortragen zu dürfen, die mich – denke ich zurück – im Keime bereits als Student hier in Leipzig beschäftigt haben, es ist für mich aber mehr noch ein freudiges Ereignis, weil meine Leipziger Zeit nach 1945 zu den besten Jahren meiner wissenschaftlichen Tätigkeit gehört. Gewiß, wem sage ich das heute – waren diese Jahre – materiell gesehen – schwer, aber wann wieder war sowohl Begeisterung und Hingabe von Professoren und Studenten an den Gedanken des Sozialismus so groß und tief, wie damals, und die menschlichen Beziehungen zwischen Studenten und Professoren so echt und eng. Bevor ich zum Thema komme, muß ich dazu eine persönliche Vorbemerkung machen.

Ich hatte, bevor ich mein Studium der Volkswirtschaftslehre in Leipzig begann, bereits als junger Arbeiter und aktiver Jungsozialist versucht, das »Kapital« von Marx zu studieren oder – um der Wahrheit die Ehre zu geben – es zu lesen, und war auch bereits zum dritten Band vorgedrungen. Als Student im ersten Semester konnte ich dann an einem Seminar von Professor Kessler teilnehmen, der mir als einzigem Studenten des Seminars, der sich zum Marxismus bekannte, als Referat das Thema »Die Marx-Kritik von Eugen von Böhm-Bawerk« gab.

Das zwang mich zur Auseinandersetzung nicht nur mit der herrschenden Richtung der bürgerlichen Ökonomie, sondern auch mit der bürgerlichen Marx-Kritik! Böhm-Bawerk war ein hervorragender Vertreter der subjektivistischen Werttheorie, der sogenannten Grenznutzentheorie. Bei der Lektüre seiner Kritik der Marxschen Arbeitswerttheorie stieß ich auf die seit damals bis in die Gegenwart wiederholte Behauptung, Marx habe beim Entwurf des drit-

ten Bandes seines »Kapital« vergessen, was er im ersten geschrieben hatte. Es bestehe zwischen dem ersten und dritten Band des »Kapital« ein unaufhebbarer Widerspruch.

Böhm-Bawerk schrieb, der dritte Band des »Kapital« verleugne den ersten. »Die Theorie der Durchschnittsprofitrate und der Produktionspreise verträgt sich nicht mit der Werttheorie. Das ist der Eindruck, von dem ich glaube, daß ihn jeder logisch Denkende empfangen muß.« Und er schließt: »Darüber habe ich keine Zweifel. Das Marxsche System hat eine Vergangenheit und eine Gegenwart, aber keine dauernde Zukunft.«¹

Maurice Dobb, englischer Ökonom und Marxist, schrieb hierzu im Jahre 1973, es stimme durchaus, Marx habe niemals befriedigend dargelegt, wie die Produktionspreise in Beziehung zum Wert stehen oder daraus abgeleitet seien. Allerdings meinte Dobb etwas später, Böhm-Bawerks »glänzende Polemik« sei zu oberflächlich, »um die Substanz des Problems«, das er »wohl unzureichend verstanden«² habe, zu erfassen – ein Urteil, dem ich mich anschließe –, leider gilt es nicht nur für Böhm-Bawerk!

Diese Kritik ist ohne jede wissenschaftliche Substanz und beruht auf einer nicht einmal oberflächlichen Kenntnis des Marxschen »Kapital«, seiner Entstehungsgeschichte und Methode, sondern auf einfacher Unkenntnis, denn – leicht nachweisbar – Marx entwarf die Grundgedanken des dritten Bandes zugleich und sogar vor der Niederschrift des ersten Bandes. Das erklärt sich aus seiner Auseinandersetzung mit den Klassikern der bürgerlichen Ökonomie, insbesondere über dem tendenziellen Fall der Profitrate. Um so erstaunlicher ist es, daß nicht nur Maurice Dobb diese Kritik akzeptierte, sondern auch die dem Marxismus freundlich gegenüberstehende Joan Robinson. Sie schreibt in ihren 1962 erschienenen »Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft«: »Loyale Marxisten nehmen

¹ Eugen von Böhm-Bawerk: *Zum Abschluß des Marxschen Systems*. In: *Aspekte der Marxschen Theorie I. Zur methodischen Bedeutung des 3. Bandes des »Kapital«*. Hrsg. von Friedrich Eberle. Frankfurt am Main 1973. S. 127f. ² Maurice Dobb: *Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith. Eine national-ökonomische Dogmengeschichte*. Frankfurt am Main 1977. S. 178.

den Gedanken sehr übel, daß zwischen den beiden Versionen in Band 1 und Band 3 irgend ein Widerspruch bestehe«, und soweit es Marx selbst betreffe, sei es fairer, »dies als Modifikation und nicht als Widerspruch zu bezeichnen«. Niemand könne fairerweise der Widersprüche in einem unvollendeten Werk angeklagt werden. »Als der 3. Band schließlich erschien, enthielt er überhaupt keine Lösung, sondern nur, eingekleidet in Geschwätz, den Gemeinplatz, daß die Preise die Produktionskosten inklusive normale Profite auf das beteiligte Kapital decken.«³

Wenn das Joan Robinson – Wissenschaftlerin mit internationaler Reputation – schrieb, so ist das nur die Spitze eines Eisberges an Unverständnis und Mißverständnis, aber auch an Willkürlichkeit und Böswilligkeit. Natürlich, der Grund hierfür liegt auf der Hand! Wenn es eine Wissenschaft gibt, die Klassencharakter hat und Klasseninteressen vertritt, dann ist es die politische Ökonomie. Jeder bürgerliche Ökonom ist überfordert, verlangt man von ihm, er solle die marxistische Ökonomie als politische Ökonomie der Arbeiterklasse begreifen – daran hindert ihn sein durch Klassencharakter begrenztes Bewußtsein, auch bei gutem Willen und hoher Intelligenz. Die Methode der politischen Ökonomie, wie sie ihren Ausdruck im »Kapital« fand, unterscheidet sich prinzipiell von der Methode der bürgerlichen Ökonomie, welcher Spielart auch immer, und ist nicht zu ersetzen, wie es auch manche linke Ökonomen wollen, durch einseitige Induktion oder Deduktion, nicht durch die Bildung von Ideal- oder Realtypen, Wirtschaftsstufen oder ökonomische Modelle. Sie ist Einheit von Logik und Geschichte, wie Marx selbst sie in der Einleitung zu seinen »Grundrissen der politischen Ökonomie« skizzierte. Immer noch gilt, was Lenin vor mehr als sechs Jahrzehnten in seine »Philosophischen Hefte« notierte: »Wenn Marx auch keine ›Logik‹ hinterlassen hat, so hat er doch die ›Logik‹ des ›Kapitals‹ hinterlassen«⁴. Marx ging es darum, den Kapitalismus auf seinen Begriff zu bringen, zu zeigen, daß man – und wie man – in den Formen seiner Erscheinung sein Wesen erkennt.

Die Arbeitswerttheorie von Marx hat zwei Aspekte: einen qualitativen und einen quantitativen. Marx ging in seiner Analyse der kapitalistischen Produktion von den Kategorien aus, die ihr Wesen kennzeichnen, um dann zu ihren Erscheinungsformen überzugehen. Marx zeigt, wie sich der Wert vermittelt eines Konkurrenzmechanismus doppelter Art in den Produktionspreis verwandelt. Das ist der Inhalt des sogenannten Transformationsproblems!

Der quantitative Aspekt dieses Problems reduziert sich auf den Nachweis, daß die Summe der Werte gleich der Summe der Produktionspreise ist und daß der Gesamtmehrwert den Fonds bildet, der entsprechend der Kapitalgröße unter der Kapitalistenklasse als Profit aufgeteilt wird. Diese Gleichheit wird dadurch gewährleistet, daß der Marktproduktionspreis durch den Produktionspreis jener Waren reguliert wird, die unter den Bedingungen mittlerer organischer Zusammensetzung des Kapitals produziert werden, so daß sich Abweichungen der Werte von den Produktionspreisen in Zweigen mit höherer oder niedrigerer Zusammensetzung des Kapitals gegenseitig ausgleichen.

Es geht in der politischen Ökonomie also nicht um die Bestimmung irgend eines konkreten, historischen, individuellen Marktpreises – das ist die Aufgabe historischer oder betriebswirtschaftlicher Untersuchungen, die von einer jeweilig gegebenen Konstellation von Angebot und Nachfrage, von Kostenstrukturen und ihren Bestimmungsmomenten ausgehen –, es geht um das Problem, das Schwankungszentrum der Marktpreise zu bestimmen. Und dieses Problem wurde durch die Marxsche Werttheorie gelöst.

Das so hoch gespielte Transformationsproblem besteht darin, daß der individuelle Wert der Waren über ihren Markwert und den individuellen Produktionspreis in einen allgemeinen Produktionspreis, den Marktproduktionspreis, umgewandelt oder – wenn man will – transformiert wird.

Hier setzt eine andere Kritik ein, die sich von der auf Böhm-Bawerk zurückgehenden unterscheidet. Sie geht auf den russischen Statistiker und Mathematiker Ladislaus Bortkiewicz zurück.⁵

³ Joan Robinson: *Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft. Eine Auseinandersetzung mit ihren Grundlagen und Ideologien*. München 1965. S. 50. ⁴ W. I. Lenin: *Philosophische Hefte*. In: *Werke*. Bd. 38. S. 316. ⁵ Sieh Ladislaus von Bortkiewicz: *Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System*. In: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*. Tübingen. Bd. 23(1906)1. S. 1–50; 25(1907)1. S. 10–51 und 25(1907)2. S. 445–488.

Bortkiewicz, der auch zu den Begründern einer mathematischen Schule der theoretischen Ökonomie gerechnet wird, ging von der nicht zu bestreitenden Tatsache aus, daß nicht nur die den kapitalistischen Produktionsprozeß verlassenden, sondern auch die in ihn als Produktionsmittel eingehenden Waren bereits eine Durchschnittsprofitrate enthalten müssen. Dies habe Marx bei seiner Untersuchung und Darstellung der Transformation von Werten in Produktionspreise übersehen bzw. nicht beachtet, meint Bortkiewicz.

Diese Kritik spielt auch heute unter sich zum Marxismus bekennenden Ökonomen und ihm nahestehenden eine Rolle. So wurde sie vor allem von dem in England lebenden und lehrenden Piero Sraffa und Claudio Napoleoni, einem italienischen Ökonomen, aufgegriffen.

Worum handelt es sich konkret?

Der Prozeß der Umwandlung der Werte in Produktionspreise, des Mehrwerts in Profit und der Mehrwertrate in die Profitrate umfaßt im Marxschen »Kapital« nur die Produkte, die die Produktion verlassen, nicht jedoch die, die als Kapital in die Produktion eingegangen sind. Von den in dem Prozeß der Transformation vorhandenen Waren wurde nur ein Teil einbezogen. Der Teil, der die Produktionsmittel des konstanten fixen und zirkulierenden und die Lebensmittel des variablen Kapitals bildet, bleibt unberücksichtigt. Eine Ware wird auf zwei verschiedene Weisen einbezogen: als Preis, wenn sie aus dem Produktionsprozeß hervorgeht, als Wert, wenn sie in einen Produktionsprozeß eintritt. Es sei hiermit »allerdings eine Modifikation [...] bezüglich der Bestimmung des Kostpreises der Waren«⁶ eingetreten, schreibt Marx.

Marx war sich dieser Problematik bewußt, und er wies auch ausdrücklich auf sie hin. Engels zitiert diesen Text deshalb in »Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des »Kapital««. Auch, so lautet der Schluß von Marx, wenn die Elemente des in die produktive Konsumtion eingehenden – konstanten und variablen – Kapitals als Werte und nicht als Preise eingehen, ändert diese »Modifikation« nichts am Wesen des Um-

wandlungsprozesses des produktiven Mehrwerts in den – (um-)verteilten Profit!

Außerdem – das sei ergänzt – wußte Marx natürlich auch, daß eine allgemeine oder durchschnittliche Profitrate sich bereits historisch herausgebildet hatte, bevor die Industrialisierung des Kapitals abgeschlossen war. Engels zitiert auch diese Stelle in »Ergänzung und Nachtrag«: Der Austausch der Waren zu ihren Werten oder annähernd zu ihren Werten benötige »eine *viel niedrigere Stufe* als der Austausch zu Produktionspreisen«, es sei also »durchaus sachgemäß, die Werte der Waren nicht nur *theoretisch*, sondern auch *historisch* als das prius der Produktionspreise zu betrachten«. Im Anschluß hieran skizziert Engels dann die historische Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate und damit »im großen die Verwandlung der Werte in Produktionspreise«⁷.

Es ist nicht so, wie Napoleoni schreibt, Sraffa⁸ habe das von Marx nicht gelöste Transformationsproblem erst gelöst. Die logische Abfolge Wert, Profitrate, Preis seien unzulässig, weil die Profitrate nicht eher bestimmt werden kann, als bis die Preise bestimmt sind. Aber auch die umgekehrte Abfolge sei unzulässig. »Es ist weder möglich«, schreibt Napoleoni, »die Profitrate den Preisen vorzusetzen, noch die Preise als Voraussetzung der Profitrate anzunehmen.«⁹ Napoleoni will eine Methode entwickeln, mit der Preise und Profitrate gleichzeitig bestimmt werden können. Er rechnet das von Marx im dritten Band verwendete Beispiel neu durch, indem er statt von Werten von Arbeitsquanten ausgeht und kommt dabei zu dem erschütternden Resultat, daß sich mit seinem Verfahren eine Profitrate von 26,5 Prozent ergibt, während sich nach dem Verfahren von Marx nur 25 Prozent ergeben! Die von Napoleoni angewandte Methode habe – so argumentiert er – nicht den Fehler des Verfahrens, das von Marx angewandt wurde, weil jetzt alle Waren in den Umwandlungsprozeß einbezogen sind. Sein Verfahren sei praktisch mit dem von Sraffa entwickelten identisch. Die Ergebnisse hätten bestätigt, daß es möglich sei, Preise und Profitrate unabhängig von einer Wert-

⁶ Karl Marx: *Das Kapital. Dritter Band. In: MEW. Bd. 25. S. 174.* ⁷ Friedrich Engels: *Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des »Kapital«.* In: MEW. Bd. 25. S. 905 und 916. ⁸ Piero Sraffa: *Warenproduktion mittels Waren. Einleitung zu einer Kritik der ökonomischen Theorie. Berlin 1968.* ⁹ Claudio Napoleoni: *Ricardo und Marx. Studien über soziale Bedeutung und formale Probleme wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung. Hrsg. und eingel. von Cristina Pennavaja. Frankfurt am Main 1974. S. 193.*

theorie zu bestimmen. Allerdings – Napoleoni gibt es zu: das Problem der Transformation auf diese Weise aufgefaßt, bedeutet, daß es nicht mehr um eine Transformation von Werten in Preise geht, sondern um eine Methode zur Bestimmung von Preisen, die unabhängig sind von Werten.

Sraffa – und alle, die ihm folgen – haben die Arbeitswerttheorie weder weiterentwickelt noch ergänzt. Das von Sraffa aufgestellte Modell ist für eine Untersuchung des Prozesses der kapitalistischen Produktion und Reproduktion ungeeignet. Es knüpft an die schon von Ricardo aufgestellte Hypothese an, das Problem der Heterogenität der Waren sei dadurch zu lösen, daß die Werte der Produktionsmittel in der Landwirtschaft in Form von Getreide bestimmt werden. Mit einer »Standardware« will Sraffa Preise und Profite ohne Umweg über die Werte, d.h. in Naturalform, berechnen. Damit will Sraffa ein Problem lösen, mit dem Ricardo nicht fertig wurde, das aber dann nicht mehr das Problem von Marx war!

Ich fasse zusammen:

Aufgabe der politischen Ökonomie ist nicht zu analysieren, wie ein beliebiger individueller Produktions- oder Marktpreis zustande kommt, sondern die Analyse *des* Produktionspreises und *des* Marktpreises. Der Marktpreis hat ein Schwankungszentrum, das nicht unmittelbar, sondern nur durch zahlreiche Vermittlungen begriffen werden kann. Während es bei Sraffa nur um eine Art nachträgliche »Reduktion« bereits bestimmter Preise auf Arbeitsinputs in einem mathematischen Modell geht, erklärte Marx die Transformation bzw. Umwandlung der Werte in Preise als einen komplizierten ökonomischen Prozeß. Dabei ist es unwesentlich, ob die Schlußfolgerung: Summe der Preise = Summe der Werte und Summe der Profite = Summe der Mehrwerte rechnerisch nachvollziehbar ist, weil das weder die These tangiert, daß der Wert – ob individueller oder Marktwert – immer Bruchteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit ist, noch die These, daß der Profit – als Durchschnittsprofit oder Surplusprofit –

Mehrwert ist. Jede andere als die Marxsche Lösung der Umwandlung des individuellen Wertes in einen Marktproduktionspreis über den Mehrwert und den individuellen Produktionspreis, die Umwandlung der individuellen Mehrwertrate in eine allgemeine Profitrate über eine besondere Profitrate und daher die Erklärung der Möglichkeit der Entstehung von Surplusprofiten oder »Verlusten« bleibt zuletzt eine technologische und kann keine ökonomische sein. Alle derartigen Versuche – angefangen bei Bortkiewicz bis Sraffa – führen hinter Marx zurück.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zum Schluß.

Ich bin davon überzeugt – hier schließe ich mich Maurice Dobb an –, die Diskussion über dieses Thema sei »im allgemeinen [...] allerdings einigermaßen dunkel geblieben« und habe »unter den Marxanhängern und Marxinterpreten wenig Interesse (oder auch nur Beachtung) gefunden«¹⁰. Nur über den Grund hierfür bin ich völlig anderer Ansicht als Dobb. Ich denke, daß man auch die sogenannte Transformation von Werten und Produktionspreisen nur verstehen kann, wenn man die Logik des Marxschen »Kapital« verstanden hat, und hierzu meinte Lenin in seinen bereits zitierten »Philosophischen Heften«, man könne das »Kapital« von Marx nicht vollkommen begreifen, »ohne die *ganze* Logik von Hegel durchstudiert und begriffen zu haben«¹¹.

Ich bin sicher, daß weder Böhm-Bawerk noch Bortkiewicz die Hegelsche Logik gelesen, geschweige denn durchstudiert haben und nehme an, daß dies auch Sraffa, Robinson und Dobb nicht taten, um nur sie stellvertretend zu nennen, aber ich bin zuversichtlich, daß unsere Politökonomen, mindest soweit sie sich mit der Geschichte der Wissenschaft beschäftigen, den Hinweis Lenins befolgen, so daß für sie der bittere Satz Lenins nicht mehr gilt, den er im Anschluß an die zitierte Stelle schrieb: »Folglich hat nach einem halben Jahrhundert nicht ein Marxist Marx begriffen!!«¹²

10 Maurice Dobb: *Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith. Eine national-ökonomische Dogmengeschichte. Frankfurt am Main 1977. S. 181.* **11** W. I. Lenin: *Philosophische Hefte. In: Werke. Bd. 38. S. 170.* **12** Ebenda.

Verzeichnis der wissenschaftlichen Arbeiten und Veröffentlichungen von Fritz [Friedrich] Behrens

Diese Aufstellung basiert auf einer Liste, die von Fritz Behrens angefertigt und 1977 Gerhard Müller zugeschickt wurde. Die Herausgeber ergänzten und korrigierten sie teilweise; außerdem wurden Umstellungen entsprechend der Reihenfolge des Erscheinens und der Art der Veröffentlichung vorgenommen.

I. ARTIKEL IN ZEITSCHRIFTEN UND ZEITUNGEN SOWIE BEITRÄGE ZU SAMMELBÄNDEN

1. Die amtlichen Lohnerhebungen. In: »Allgemeines Statistisches Archiv«. Jena 28(1938)1. S. 61–71.
2. Die Produktivität und ihre Messung. In: »Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik«. Jena 148(1938)4. S. 416 bis 429.
3. Die Mittelwerte in der Lohnstatistik. In: »Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik«. Jena 149(1939)6. S. 672 bis 681.
4. Zum Problem der Repräsentation in der Lohnstatistik. In: »Allgemeines Statistisches Archiv«. Jena 29(1939/1940)1. S. 65–72.
5. Zusammenhang zwischen betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Statistik. In: »Allgemeines Statistisches Archiv«. Jena 30(1941/1942)2. S. 246–263.
6. Die statistische Masse. In: »Statistische Rundschau«. Prag XXII(1941)5/6. S. 223–230.
7. Die Theorie des Lohnvergleichs. In: »Statistische Rundschau«. Prag XXIII(1942)1. S. 11–25.
8. Preisindexziffer oder Indexziffer der Lebenshaltungskosten? In: »Allgemeines Statistisches Archiv«. Jena 31(1942/1943)1. S. 1–6.
9. Sinn und Unterschied der Indexformeln Laspeyres und Paasche's. In: »Statistische Rundschau«. Prag XXIII(1942)3. S. 109–120.
10. Der Preisvergleich in der Statistik. Eine methodologische Betrachtung. In: »Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik«. Jena 153(1943)2/3. S. 65–96.
11. Neue Wege der Lohnstatistik. In: »Allgemeines Statistisches Archiv«. Jena 31(1942/1943)2. S. 114–138.
12. Unpolitische Wirtschaftswissenschaft? In: »Einheit«. Berlin 2(1947)2. S. 220f.
13. Volkseinkommen und Mehrwert im Nazireich. Kritische Bemerkungen zu wirtschaftswissenschaftlichen Problemen. In: »Einheit«. Berlin 2(1947)3. S. 236–248.
14. »Freier« Sozialismus oder sozialistische Freiheit? Eine Kritik des kleinbürgerlichen Sozialismus aus Heidelberg. In: »Einheit«. Berlin 2(1947)4. S. 389–398.
15. Die Mittelschichten in der kapitalistischen Gesellschaft. Erster und zweiter Teil. In: »Einheit«. Berlin 2(1947)5. S. 454–467; und 6. S. 571–578.
16. Jenseits des Kapitalismus? In: »Einheit«. Berlin 2(1947)8. S. 740–750.
17. Die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse. In: »Einheit«. Berlin 2(1947)8. S. 784f.
18. Dogmatik, Orthodoxie und wissenschaftlicher Sozialismus. Eine Antwort an Alfred Weber. In: »Einheit«. Berlin 2(1947)9. S. 873–881.
19. »Solidarismus«. Einige Bemerkungen zur »Soziallehre« und »Sozialreform« nach christlicher Auffassung. In: »Einheit«. Berlin 3(1948)1. S. 34–43.
20. Wirtschaftsplanung und Planwirtschaft. Einige Bemerkungen zur Diskussion. In: »Einheit«. Berlin 3(1948)3. S. 229–236.
21. Einige Grundprobleme des betrieblichen Rechnungswesens in der Wirtschaftsplanung. In: »Deutsche Finanzwirtschaft«. Berlin 3(1949)6. S. 218–224.
22. Stalin als politischer Ökonom. In: »Deutsche Finanzwirtschaft«. Berlin 3(1949)15. S. 498–505.
23. Die Wirtschaftskrisen. Bemerkungen zu einem Buch Fred Oelbners. In: »Neue Welt«. Berlin 4(1949)12. S. 134–138.
24. Was ist Netto- und Bruttoproduktionswert? In: »Neues Deutschland« vom 29. Juli 1949. S. 4.
25. Wie hoch ist die Arbeitsproduktivität? In: »Die Arbeit«. Berlin 3(1949)8. S. 344f.
26. Bemerkungen zur Theorie des Volkseinkommens und der Akkumulation. In: »Finanzarchiv«. Tübingen 12(1950)1. S. 49–60.
27. Die sogenannte »Paradoxie des Kapitalprofits« bei J. M. Keynes oder die vollendete Apologie des Kapitalismus. In: »Deutsche Finanzwirtschaft«. Berlin 4(1950)1. S. 17–20 und 29–31.
28. Ist die Betriebswirtschaftslehre eine Wissenschaft? In: »Deutsche Finanzwirtschaft«. Berlin 4(1950)2. S. 57–64.
29. Arbeitsproduktivität und Selbstkosten. Zu den Thesen des Forschungsinstituts für den wissenschaftlichen Sozialismus über »Arbeitsproduktivität und Leistungslohn«. In: »Die Arbeit«. Berlin 4(1950)6. S. 261–265.
30. Grundgedanken zur Betriebslehre und zum Rechnungswesen der volkseigenen Industrie. In: »Die Arbeit«. Berlin 4(1950). Teil I: 7. S. 309–314. Teil II: 8. S. 381–384. Teil III: 9. S. 423–426. Teil IV: 10. S. 486–489.

31. Aktivistenpläne und Wissenschaft. In: »Die Wirtschaft«, Berlin 5(1950)50. S. 9.
32. Brigadeweise Abrechnung der eingesparten Selbstkosten. In: »Der Volksbetrieb«, Berlin 4(1951)1. S. 11 f.
33. Wie die Arbeitsproduktivität gesteigert werden kann. In: »Tägliche Rundschau«, Berlin vom 26. Januar 1952. S. 7.
34. Einige Bemerkungen zur Brigadenabrechnung. In: »Der Volksbetrieb«, Berlin 5(1952)3. S. 75 f.
35. Der Wettbewerb als Hauptmethode zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. In: »Die Arbeit«, Berlin 6(1952)5. S. 247–256, und 8, S. 520–529.
36. Die Messung der Arbeitsproduktivität. Ein Diskussionsbeitrag. In: »Die Arbeit«, Berlin 6(1952)9. S. 627–639.
37. Das Stalin'sche Programm für den Übergang zum Kommunismus. In: »Die Wirtschaft«, Berlin 7(1952)51/52. S. 15.
38. Stalins Werk »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR« und seine Bedeutung für die politische Ökonomie. In: »Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig«. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe Nr. 2 (1952/1953)4. S. 161–180.
39. Stalins Werk »Ökonomische Probleme des Sozialismus«. Schlußwort. In: »Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig«. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe Nr. 2 (1952/1953)4. S. 225–228.
40. Der Einfluß von Sortimentsänderungen auf die Kennziffer der Arbeitsproduktivität. In: »Statistische Praxis«, Berlin 8(1953)3. S. 41–45.
41. Marx' Kritik an Malthus und der Neo-Malthusianismus. In: »Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig«. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe Nr. 3 (1952/1953)6. S. 281–300.
42. Hegels ökonomische Auffassungen und Anschauungen. Zur Entwicklung der politischen Ökonomie beim jungen Marx. In: »Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig«. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe Nr. 4/5 (1952/1953)9/10. S. 411–420.
43. Die Entwicklung der politischen Ökonomie beim jungen Marx. In: »Aufbau«, Berlin 9(1953)5. S. 444–456. [Fast wörtlich wie 41.]
44. Die klassische englische politische Ökonomie – eine der Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus. In: SED-Presseinst. Berlin vom Juni 1953. S. 11.
45. Die Messung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft. In: »Die deutsche Landwirtschaft«, Berlin 4(1953)9. S. 461–466.
46. Zu einigen aktuellen Problemen der Messung der Arbeitsproduktivität. In: »Wirtschaftswissenschaft«, Berlin 1(1953)1. S. 44–54.
47. Arbeitsproduktivität und Selbstkostensenkung. In: »Die Wirtschaft«, Berlin 9(1954)5. S. 6.
48. Die Misere des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums in Westdeutschland. In: »Wirtschaftswissenschaft«, Berlin 2(1954)1. S. 119–122.
49. Rezension zu: N. S. Maslowa: Die Arbeitsproduktivität in der Industrie der UdSSR. In: »Wirtschaftswissenschaft«, Berlin 2(1954)2. S. 231–235.
50. Der Kampf um die Milliarde. Der Zusammenhang zwischen der Hebung des Lebensstandards und der Erhöhung der Produktion sowie der Verbesserung ihrer Qualität. In: »Wirtschaftswissenschaft«, Berlin 2(1954)4. S. 385–400.
51. Lohnentwicklung und Arbeitsproduktivität. In: »Die Wirtschaft«, Berlin 9(1954)30. S. 5.
52. Die Bedeutung der Steigerung der Arbeitsproduktivität für den Feldzug für strenge Sparsamkeit. Referat und Schlußwort. Theoretische Konferenz der Karl-Marx-Universität. Leipzig April 1953. Berlin 1954. S. 5–27 und 173–179.
53. Das Reineinkommen – die Zensur des Betriebes. In: »Die Wirtschaft«, Berlin 9(1954)51. S. 7.
54. Über das sogenannte Ertragsgesetz in der bürgerlichen Ökonomie. In: »Wirtschaftswissenschaft«, Berlin 2(1954)6. S. 674–693.
55. Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. [Behrens hatte notiert: Über schöpferische und »schöpferische« Kritik.] In: »Deutsche Zeitschrift für Philosophie«, Berlin 2(1954)4. S. 896–905.
56. J. M. Keynes – ein Ideologe des Monopolkapitals. In: »Neues Deutschland« vom 20. Januar 1955. S. 5.
57. Bemerkungen zum Verhältnis von Arbeitsproduktivität, Nationaleinkommen und Lohnentwicklung. In: »Wirtschaftswissenschaft«, Berlin 3(1955)1. S. 80–104.
58. Warum muß die Arbeitsproduktivität schneller steigen als der Lohn? In: »Einheit«, Berlin 10(1955)5. S. 440–447.
59. Zum Erscheinen des vierten Bandes der Werke von W. I. Lenin. In: »Einheit«, Berlin 10(1955)6. S. 561–567.
60. Um eine »Geschichte der politischen Ökonomie! Einige Bemerkungen zu einer Arbeit Jürgen Kuczynskis. In: »Wirtschaftswissenschaft«, Berlin 3(1955)3. S. 381–397.
61. Arbeitsproduktivität, Löhne und Preise. In: »Neues Deutschland« vom 1. März 1955. S. 4.
62. Probleme der Übergangsperiode in der DDR – zur theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. In: »Tägliche Rundschau«, Berlin vom 6. März 1955. S. 7.
63. [Diskussionsbeitrag im Plenum: Arbeitsproduktivitätssteigerung – Durchschnittslohn – Selbstkostensenkung] In: Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Protokoll der theoretischen Konferenz des Instituts für Wirt-

- schaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 11. bis 15. März 1955. Berlin 1955. S. 44–50 (Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften 4).
64. Die Arbeitsproduktivität bestimmt den Reallohn. In: »Die Wirtschaft«. Berlin 10(1955)12. S. 7.
65. Die Überlegenheit der Planwirtschaft über die »freie« Marktwirtschaft. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 3(1955) Sonderheft Westdeutschland. S. 37–54.
66. Kampf um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der DDR. In: »Für dauerhaften Frieden und Volksdemokratie«. Bukarest (1955) 51.
67. Dto. Nachdruck In: »Statistische Praxis«. Berlin 11(1956)1. S. 5f.
68. Die Statistik auf die Lösung der im zweiten Fünfjahrplan gestellten Aufgaben vorbereiten! In: »Statistische Praxis«. Berlin 10(1955)12. S. 177–179.
69. [Diskussionsbeitrag im Plenum.] In: Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland. Protokoll der Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 26.–29. Januar 1956. Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften Nr. 5. Berlin 1956. S. 46–54.
70. Einige Grundfragen der Arbeitsproduktivität im Lichte der Erfahrungen des 1. Fünfjahrplanes der DDR. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 4(1956)2. S. 188–202.
71. Vorwort zum Statistischen Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955. Hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Berlin 1956. S. V.
72. Vorwort [und Herausgeberschaft] Arbeitsproduktivität. Bulletin des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften zu Berlin. H. 1. Berlin 1956. S. 1–5.
73. Kühne Perspektiven – Ausdruck unserer Kraft. In: »Die Wirtschaft«. Berlin 11(1956)15. S. 9.
74. Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensität – Bemerkungen zu ökonomischen und politischen Problemen der Übergangsperiode. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 4(1956)3. S. 384–401.
75. Unser Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Vierzigstundenwoche. In: »Die Wirtschaft«. Berlin 11(1956)28. S. 5.
76. Diskussion über Westdeutschland. Zuschrift zu den Aufsätzen von Prof. Dr. Alfred Lemnitz und Prof. Robert Naumann. In: »Neues Deutschland« vom 8. Juli 1956. S. 4.
77. Bruttoproduktion und Kooperation. Das Problem. In: Probleme der politischen Ökonomie. Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Bd. 1. Berlin 1957. S. 199 bis 217.
78. Die Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der DDR. In: 10 Jahre in Volkshand. Berlin 1956. S. 68 bis 78.
79. Fragen der Ökonomie und Technik. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 4(1956) Sonderheft Ökonomie und Technik. S. 1–5.
80. Die Bedeutung der Statistik für die Ausnutzung ökonomischer Gesetze. In: »Statistische Praxis«. Berlin 11(1956)10. S. 141–144.
81. Probleme der Entwicklung der Arbeitsproduktivität im 1. Fünfjahrplan der DDR. In: »Wissenschaftliche Annalen zur Verbreitung neuer Forschungsergebnisse«. Berlin 5(1956) Beiheft. S. 2–22.
82. Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 5(1957) Sonderheft 3 (Zur ökonomischen Theorie und Praxis in der Übergangsperiode). S. 105–140.
83. Die amtliche Statistik in der DDR. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Bd. V. Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1957. S. 65–70.
84. Bemerkungen zur Profitrate im monopolistischen Kapitalismus. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 5(1957)2. S. 250–257.
85. Die Planung und Leitung der Volkswirtschaft – eine Stellungnahme. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 6(1958)1. S. 31–38.
86. Meine Konzeption war revisionistisch. In: Diskussion auf der 3. Hochschulkonferenz der SED. In: »Neues Deutschland« vom 4. März 1958. S. 5.
87. Der Faktor »Zeit« in der Ökonomie im Lichte des XXI. Parteitages. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 7(1959)3. S. 356–369.
88. Der Zusammenhang zwischen Arbeitsproduktivität und Lohnentwicklung. In: »Statistische Praxis«. Berlin 14(1959)5. S. 88–90.
89. Der Charakter der produktiven Arbeit im Sozialismus. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 7(1959)4. S. 506–521.
90. Der Doppelcharakter der Arbeit und die Steigerung der Arbeitsproduktivität. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 7(1959)8. S. 1182–1197.
91. Der Doppelcharakter der Arbeit, die Arbeitsproduktivität und die Selbstkosten. In: »Ipargazdaság« [»Industrieökonomik«]. Budapest (1959) 8. S. 13 ff.
92. Erklärung des Genossen Prof. Dr. Fritz Behrens. In: »Neuer Weg«. Berlin 15(1960)9. S. 650 f.
93. Zur Bedeutung der Arbeitsintensität in der sozialistischen Wirtschaft. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 8(1960)5. S. 718–726.
94. Zum Begriff der produktiven Arbeit. Beitrag zur UNO-Konferenz im August 1961. Cadenabbia 1961.

95. Zur Messung der Arbeitsproduktivität und ihrer Faktoren nach der Zeitsummenmethode – Beitrag zur UNO-Konferenz im August 1961. Cadenabbia 1961.
96. Die friedliche Koexistenz von Kapitalismus und Sozialismus und der ökonomische Wettbewerb beider Systeme. In: »Die Wirtschaft«. Berlin 16(1961)3. S. 8.
97. Die »Brille« des Handelsblattes. In »Neues Deutschland« vom 25. Februar 1961. S. 4.
98. Die Summenmethode zur Planung, Abrechnung und Analyse der Arbeitsproduktivität und der Kosten. In: »Sozialistische Planwirtschaft«. Berlin 2(1961)1. S. 7ff.
99. Wie ist der Wert meßbar? In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 9(1961)3. S. 420–429.
100. Probleme der Messung des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Arbeit. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 9(1961)8. S. 1165–1180.
101. Arbeitsproduktivität und Lohnentwicklung. In: »Arbeitsökonomik und Arbeitsschutz«. Berlin 5(1961)4. S. 321–334.
102. Die Bedeutung des durchschnittlichen Nettoproduktes für die Planung des Verhältnisses von Lohnentwicklung und Entwicklung der Arbeitsproduktivität. In: »Arbeitsökonomik und Arbeitsschutz«. Berlin 5(1961)4. S. 371–375.
103. Zur Analyse der Faktoren der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten. In: Probleme der politischen Ökonomie. Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Bd. 4. Berlin 1961. S. 13–56.
104. Produktive Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft. In: »Einheit«. Berlin 16(1961)11/12. S. 1684–1696.
105. Zur Einschätzung der Funktion der gegenwärtigen bürgerlichen Ökonomie und zur Kritik der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre. In: Protokoll der internationalen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zum Thema: Neue Erscheinungen in der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie. Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften. Bd. 12. 2. Halbbd. Berlin 1961. S. 676–681.
106. Organisation, Disziplin, Arbeitsproduktivität. In: »Tribüne«. Berlin vom 12. Januar 1962. S. 6.
107. Die Zeitsummenmethode zur Messung der Arbeitsproduktivität. In: »Economica«. Warschau (1962)1. S. 662ff.
108. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die Steigerung der Arbeitsproduktivität. In: Probleme der politischen Ökonomie. Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Bd. 5. Berlin 1962. S. 123–155.
109. Gewährleistung einer Steigerung der Arbeitsproduktivität – Einschätzung zur Warschauer Konferenz. Warschau 1962. (3 Seiten).
110. Die Messung und Planung der Arbeitsproduktivität nach der Zeitsummenmethode und die Probleme ihrer Weiterentwicklung. Diskussionsbeitrag zur Warschauer Konferenz. Warschau 1962. (30 Seiten).
111. Durchschnittslohn und Arbeitsproduktivität. Diskussionsbeitrag zur Konferenz der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Rostocker Universität vom 26.–28. Februar 1962. Rostock 1962. (9 Seiten).
112. Gesamter Arbeitsaufwand und Wert. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 10(1962)6. S. 880–888.
113. Der Auftrag des VEB »8. Mai«. In: »Neues Deutschland« vom 6. Juni 1962. S. 4.
114. Die Planung nach der Zeitsummenmethode (mit Albert Franke). In: »Sozialistische Planwirtschaft«. Berlin (1962)6. S. 3ff.
115. Verflechtungsbilanz und Messung und Planung der Arbeitsproduktivität. In: »Sozialistische Planwirtschaft«. Berlin (1962)7. S. 12ff.
116. Gründlich denken, wirtschaftlich rechnen, technisch verbessern, ehrlich arbeiten. In: »Spektrum«. Berlin 8(1962)2. S. 47ff.
117. Qualität im Blickpunkt. In: »Neues Deutschland« vom 27. September 1962. S. 5.
118. Der Einfluß der Qualität und der bedarfsgerechten Struktur der Produktion auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. In: »Arbeitsökonomik und Arbeitsschutz«. Berlin 6(1962)4. S. 312–324; und 5. S. 438–446.
119. Das Wesen der Zeitsummenmethode. In: Urania. Berlin (1962)11. S. 488ff.
120. Faktorenanalyse und Zeitsummenmethode. In: »Einheit«. Berlin 17(1962)12. S. 32–45.
121. Wirtschaftliche Rechnungsführung, Rentabilität und Arbeitsproduktivität. In: »Einheit«. Berlin 17(1962)12. S. 65–67.
122. Planung – Rentabilität – Initiative. In: »Sonntag«. Berlin (1962)47. S. 14f.
123. Über Erfahrungen mit der Zeitsummenmethode in der DDR. In: »Pracy«. Warschau 1963.
124. Die deutschen Kameralisten. In: Ekonomitscheskaja mysl germanii [Ökonomisches Leben Deutschlands]. Sammelband Moskau 1963. S. 1–16.
125. Die Besonderheiten der deutschen bürgerlichen politischen Ökonomie. In: Ekonomitscheskaja mysl germanii [Ökonomisches Leben Deutschlands] Sammelband. Moskau 1963. S. 17–42.
126. Zur Anwendung mathematischer Methoden in der ökonomischen Analyse. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 11(1963)3. S. 419–425.

127. Rezension zu: A. Tomm/S. Schubert: Kennziffern der Arbeitskräfte, der Arbeitsproduktivität und des Lohnes. Betriebliche Auswertungsmethoden. In: »Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft«. Berlin 84(1963)7/8. Sp. 642.
128. Instrument exakter Planung – Anwendung und Nutzen der Zeitsummenmethode (mit Albert Franke). In: »Neues Deutschland« vom 4. Mai 1963. S. 3.
129. Einige Bemerkungen zum Artikel von Jürgen Kuczynski »Produktivität der Arbeit, Nutzeffekt der Investitionen, Selbstkosten – Statistische Probleme«. In: »Statistische Praxis«. Berlin 18(1963)6. S. 159f.
130. Arbeitsproduktivität und Lohn. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 11(1963)5. S. 732–735.
131. Rezension zu: Ökonomie der Arbeit in der DDR. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 11(1963)6. S. 965–965.
132. Einige Bemerkungen zur Faktorenanalyse. In: »Arbeitsökonomik und Arbeitsschutz«. Berlin 7(1963)3. S. 295 bis 302.
133. Durchschnittslohn und Arbeitsproduktivität. In: »Arbeitsökonomik und Arbeitsschutz«. Berlin 7(1963)5. S. 308–312.
134. Messung des gesamten Arbeitsaufwandes als Weiterentwicklung der Zeitsummenmethode. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 11(1963)7. S. 1107–1122.
135. Die Zeitsummenformel im System der Indexformeln. In: Festschrift für Oskar Lange. Warschau 1963.
136. Der Durchschnittslohn bei optimal und maximal erweiterter Reproduktion. In: Festschrift für Michal Kalecki. Warschau 1963.
137. Statt Streit um Worte – praktische Arbeit! In: »Die Wirtschaft«. Berlin 19(1964)2. S. 13.
138. Theorie und Praxis der Messung des Nutzeffekts der Arbeit (mit Gerhard Richter). In: »Einheit«. Berlin 19(1964)2. S. 48–63.
139. Um einen hohen Nutzeffekt unserer volkswirtschaftlichen Arbeit. In: »Wirtschaft« (1964) [? – im Jahrgang 1964 nicht auffindbar].
140. Vorwort zur Übersetzung von: Die Zeitsummenmethode (4. Auflage. Berlin 1963) ins Polnische. Warschau 1964.
141. Das Neue System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der DDR. Mit Karl-Heinz Jonuscheit. In: »Marxistische Blätter«. Frankfurt am Main 2(1964)5. S. 23–28.
142. Der Lohn in der sozialistischen Produktion – Untersuchungen zur Lohntheorie und zum Verhältnis zwischen Konsumtion und Akkumulation. In: Probleme der politischen Ökonomie. Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Bd. 7. Berlin 1964. S. 23–96.
143. Zur Systematisierung der Begriffe »produktive Arbeit« und »Arbeitsproduktivität«. In: »Arbeitsökonomik und Arbeitsschutz«. Berlin 8(1964)4. S. 289–296.
144. The Concept of Labor Productivity – Measuring Labor Productivity and its Factors by the Time-Sum method. In: Publication of the Wertheim Commitee. New York, San Francisco, Toronto, London 1964. S. 71–81 und S. 82–92.
145. Einige Bemerkungen über Arbeitsproduktivität und neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. In: »Arbeitsökonomik und Arbeitsschutz«. Berlin 9(1965)1. S. 11–25.
146. Vorwort [und Herausgeberschaft] zu: Faktorenanalyse der Arbeitsproduktivität und Kybernetik. Berlin 1965. S. 5–10.
147. Guiding and Planning in the GDR. In: »New Zealand Monthley Review«. Christchurch 1965.
148. Der Plan schließt den Markt nicht aus. In: »Weltwoche«. Zürich vom 14. Januar 1966. S. 21.
149. The New Economic System in Democratic Germany. In: Democratic German Report. Berlin (1966)8/9, 10 und 11.
150. Brauchen wir eine sozialistische Theorie vom »natürlichen Zins«? In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 14(1966)10. S. 1649–1656.
151. Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Köln 17(1966)9. S. 531–539.
152. Arbeitsproduktivität und Wertkategorien. Zum Abschluß einer Diskussion? In: »Arbeitsökonomik und Arbeitsschutz«. Berlin 11(1967)1. S. 82–87.
153. Mao und die Wege des Sozialismus. In: »Zeitdienst«. Zürich (1967)28/29. S. 163f. [Unter Pseudonym K.O.]
154. Demokratie und Wirtschaftsreform. In: »Zeitdienst«. Zürich (1967)34. S. 195. [Unter Pseudonym K.O.]
155. Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus. In: »Gewerkschaftliche Monatshefte«. Köln 18(1967)12. S. 715ff. [Vorabdruck von Titel 156.]
156. Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus. In: Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital«. Referate und Diskussionen vom Frankfurter Colloquium im September 1967. Hrsg. von Walter Euchner und Alfred Schmidt. Frankfurt [am Main]/Wien 1968. S. 288–299.
157. Rezension: Zur Weltübersicht über die Geschichte der Lage der Arbeiter. Band 37 der »Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus« von Jürgen Kuczynski. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, Teil IV. Berlin 1968. S. 275–278.
158. »Das Elend der Nationalökonomie«. In: »Weltbühne«. Berlin Nr. 50 vom 16. Dezember 1969. S. 1598f.

159. Im Westen nichts Neues. In: »Weltbühne«. Berlin Nr. 41 vom 13. Oktober 1970. S. 1286f.
160. Rezension zu Gerhard Heban: Der Ursprung des Menschen. 2. Aufl. Stuttgart. In: »Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft«. Berlin 91(1970)8/9. S. 811f.
161. Wissenschaft und technische Revolution im Kommunismus – Bemerkungen zu einem Artikel von Jürgen Kuczynski. In: »Wirtschaftswissenschaft«. Berlin 21(1973)7. S. 1056–1059.
162. Über den Zusammenhang zwischen Arbeitsproduktivität und Wirtschaftlichkeit. Bemerkungen zu Jürgen Kuczynski. Zum Problem der Messung der Arbeitsproduktivität auf Grund von Berechnungen für die Landwirtschaft in den USA. In: Jahrbuch für Wirtschaftsge-schichte 1973, Teil I. Berlin 1973. S. 179–183.
163. Warum permanente Währungskrisen? In: »Weltbühne«. Berlin Nr. 22 vom 1. Juni 1971. S. 693f.
164. Ökonomische Probleme des Sozialismus. In: Probleme des wissenschaftlichen Sozialismus. Frankfurt am Main 1972. S. 97–149. (Raubdruck).
165. Das Franz-Mehring-Institut. In: »Weltbühne«. Berlin Nr. 42 vom 16. Oktober 1973. S. 1334–1336.
7. Die Theorie der Produktionspreise, betriebswirtschaftliche Kostentheorie und Gleichgewichtstheorie der Preise. Antrittsvorlesung. Leipzig 1949. 20 S. (Leipziger Vorträge der Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler 5).
8. Der Bildungswert der Wirtschaftswissenschaften. Ein Vortrag. Sonderdruck »Pädagogik«. Leipzig 1949. 12 S.
9. Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der »wissenschaftlichen« Apoletik des Kapitalismus. Leipzig 1949. 115 S. (Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft 1).
10. Dto. japanische Übersetzung. Tokyo 1955.
11. Die Arbeitsproduktivität. Leipzig 1952. 176 S.
12. Zur Methode der politischen Ökonomie. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Ökonomie. Berlin 1952. 71 S.
15. Dto. japanische Übersetzung. Tokyo 1956.
14. Die Messung der Arbeitsproduktivität. Ihre Bedeutung für die Mobilisierung aller Reserven zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Berlin 1953. 91 S. (Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen 1).
15. Die Arbeitsproduktivität. 2. neu bearbeitete Aufl. Leipzig 1953. 252 S.
16. Zum besseren Leben durch höhere Arbeitsproduktivität. Der Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Feldzug für strenge Sparsamkeit. Berlin 1954. 55 S. (Vorträge zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse 64).
17. Die Bedeutung der Steigerung der Arbeitsproduktivität für die Landwirtschaft. Berlin 1954. 130 S. (Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen 13).
18. Die Bedeutung der Steigerung der Arbeitsproduktivität für die Landwirtschaft. 2. unveränderte Aufl. Berlin 1956. 130 S. (Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen 13).
19. Arbeitsproduktivität, Wert und Selbstkosten. Eine Studie über den Zusammenhang zwischen Arbeitsproduktivität, Wert und Selbstkosten der Produktion. Berlin 1954. 174 S. (Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen 14).
20. Arbeitsproduktivität, Wert und Selbstkosten. Eine Studie über den Zusammenhang zwischen Arbeitsproduktivität, Wert und Selbstkosten der Produktion. 2. unveränderte Aufl. Berlin 1955. 174 S. (Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen 14).
21. Arbeitsproduktivität, Lohnentwicklung und Rentabilität. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin 1955. 135 S. (Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften 2).
22. Grundriß einer Geschichte der politischen Ökonomie. Als Manuskript gedruckt. Berlin 1956. XXII, 586 S.
25. [Herausgeber:] Arbeitsproduktivität. Berlin 1956. (Bulletin des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1). [Ein Heft erschienen; vom Verlag wieder eingezogen.]

II. SELBSTÄNDIGE VERÖFFENTLICHUNGEN UND HERAUSGEBERSCHAFTEN

1. Das Geldkapital in den Wechsellagen. Zugleich eine Untersuchung über die Möglichkeit der statistischen Erfassung des Geldkapitals in den Wechsellagen. Dissertation. Dresden 1936. 183 S.
2. Der geistige Arbeiter im Kampf um ein neues Deutschland. Vortragsreihe der Kulturabteilung der KPD. Als Manuskript gedruckt. Zwickau/Leipzig 1945. 43 S. [Xerographie in der Deutschen Bücherei Leipzig.]
3. Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie. Eine theoretische und statistische Studie über die produktive Arbeit im Kapitalismus. Berlin 1948. 220 S.
4. [Herausgeber:] Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft. Leipzig 1949. [Zwei Hefte erschienen.]
5. [Herausgeber:] (mit Gerhard Harig:) Leipziger Vorträge der Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler. Leipzig. 1949/1950. [Vier Hefte erschienen.]
6. Die Entwicklung der politischen Ökonomie in der UdSSR. Universitätsvortrag zur 30-Jahr-Feier der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Leipzig 1949. 28 S. (Leipziger Vorträge der Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler 1).

24. [Herausgeberschaft und Vorwort:] Aktuelle Fragen der ökonomischen Politik des wiedererstandenen deutschen Imperialismus. Festschrift zum zehnjährigen Bestehen des Verlages »Die Wirtschaft«. Berlin 1956. [138 S.]
25. Zur ökonomischen Theorie und Ökonomie und Politik in der Übergangsperiode. Mit Arne Benary. Berlin 1956. 122 S. [Gedruckt, aber nicht ausgeliefert. – Siehe dazu u.a. Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg 1998. S. 125.]
26. Einige Fragen der ökonomischen Entwicklung im Lichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin 1958. 21 S. (Vorträge und Schriften 63).
27. Zu einigen Fragen der produktiven Arbeit und der Arbeitsproduktivität. Berlin 1959. 24 S. (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften).
28. »Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf«. Bemerkungen zur Messung des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin 1960. 20 S. (Vorträge und Schriften 69).
29. Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus. Berlin 1961. 124 S.
30. Der Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit und der Struktureffekt bei der Messung der Arbeitsproduktivität. Eine dogmenhistorische und theoretische Studie. Berlin 1961. 32 S. (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften).
31. Die Arbeitsproduktivität. 3. völlig neu bearbeitete Aufl. Berlin 1961. 197 S.
32. Die politische Ökonomie bis zur bürgerlichen Klassik. Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. I. Berlin 1962. 231 S.
33. Die Zeitsummenmethode. Neue Wege der Planung und Abrechnung der Arbeitsproduktivität und der Selbstkosten. Mit Albert Franke und Ernst Domin. [1. Aufl.] Berlin 1961. 182 S.
34. Dto. 2. unveränderte Aufl. Berlin 1961.
35. Die Zeitsummenmethode. Neue Wege der Planung und Abrechnung der Arbeitsproduktivität und der Selbstkosten. Mit Albert Franke und Ernst Domin. Völlig veränderte 3. Aufl. Berlin 1962. 240 S.
36. Zur Theorie der Messung des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Arbeit. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin 1963. 186 S. (Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften 13).
37. Zur Definition und Messung der Arbeitsproduktivität. Berlin 1963. 22 S. (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften).
38. Die Zeitsummenmethode. Neue Wege der Planung und Abrechnung der Arbeitsproduktivität und der Selbstkosten. Mit Albert Franke und Ernst Domin. 4., unveränderte Aufl. Berlin 1963. 240 S.
39. [Herausgeberschaft und Vorwort:] Faktorenanalyse der Arbeitsproduktivität und Kybernetik. Autoren: Alfred Tomm u.a. Berlin 1965. 172 S.
40. Dto. in polnischer Sprache. [Analiza c zynnikow ...] Warschau 1967. 246 S.
41. Metody okreslania czasu pracy (Die Zeitsummenmethode). Warschau 1966. 349 S.
42. Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft. Berlin 1966. 18 S. (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften).
43. Die Arbeitsproduktivität (zusammen mit Gerhard Richter). »Sozialistische Arbeitswissenschaft«. Berlin (1967)9. 135 S.
44. Dto. in ungarischer Sprache. Budapest 1970. 295 S.
45. Ware, Wert und Wertgesetz. Frankfurt am Main 1971. [Raubdruck].
46. Zur Methode der politischen Ökonomie. Frankfurt am Main 1972. [Raubdruck].
47. Produktive Arbeit und technische Intelligenz. [Frankfurt am Main 1972]. [Raubdruck].
48. Die Marxsche politische Ökonomie. Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. II. Berlin 1976. 295 S.
49. Die bürgerliche Ökonomie bis zur allgemeinen Krise des Kapitalismus. Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. III. Berlin 1979. 271 S.
50. Die bürgerliche Ökonomie in der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. IV. Berlin 1981. 350 S.
51. Die politische Ökonomie bis zur bürgerlichen Klassik. Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. I. 2. berichtigte und ergänzte Auflage. Berlin 1981. 265 S.
52. Abschied von der sozialen Utopie. Hrsg. von Hannamaria Loschinski [u.a.] Berlin 1992. 260 S.

III. NICHTVERÖFFENTLICHTE MANUSKRIPTE

1. Theorie der Kosten und Preise. Herbst 1948.
2. Der Produktionspreis im vormonopolistischen und monopolistischen Kapitalismus. Sommer 1950. 200 S.
3. Einige Grundfragen unseres Volkswirtschaftsplanes. Sommer 1950.

4. Das Volkseinkommen im Kapitalismus und Sozialismus. Februar 1951. 80 S.
5. Der Friedensvertrag und die Entwicklung einer Friedenswirtschaft. 1952. 90 S.
6. Probleme der Produktivität. 1956. 300 S.
7. Der monopolistische Produktionspreis. 1956/1957. 200 S.
8. Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus. 2. Aufl. Berlin 1965. 400 S.
9. Plan und Markt. 1966. 360 S.
10. Die Arbeitsproduktivität – eine theoretische und statistische Studie.

Ausgewählte Literatur über Fritz Behrens*

- Hans-Georg Draheim: Fritz Behrens – Thesen über den Sozialismus. In: »Sozialismus«. Hamburg 21 (1994) 11. S. 62–64.
- Anne-Marie Fabian: Hundert Jahre Kapital – Kritik der politischen Ökonomie heute. [Tagungsbericht mit Ausführungen zu Behrens]. In: »Gewerkschaftliche Monatshefte«. Köln 18 (1967) 11. S. 690–695.
- Horst Haun: Behrens, Friedrich (Fritz). In: Wer war wer – DDR. Ein biographisches Lexikon. Hrsg. von Jochen Cerny. Berlin 1992. S. 32.
- Gunther Kohlmey: Sozialismus – Utopie als Arbeitsaufgabe. Nachdenken über einen Nachlaßband von Fritz Behrens. In: »Utopie kreativ«. Berlin (1992) 21/22. S. 88–94.
- Jürgen Kuczynski: Dialog mit meinem Urenkel. Berlin, Weimar 1983. S. 127–137.
- Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg 1998. Besonders S. 75 ff.
- Gerhard Müller: Fritz Behrens (1909–1980). In: Namhafte Hochschullehrer der Karl-Marx-Universität Leipzig. Leipzig (1982) 1. S. 39–47.
- »Was bleibt, ist die Utopie...«. Fritz Behrens: Wissenschaftler und Hochschulpolitiker in Leipzig. In: »Leipzigs Neue« vom 4. Oktober 1996. S. 10.
- Petra Opitz: Behrens, Friedrich (Fritz). In: Ökonomenlexikon. Hrsg. von Werner Krause/Karl-Heinz Graupner/Rolf Sieber. Berlin 1989. S. 34 ff.
- Kurt Seliger: »Ich habe einige Dogmen angetastet...«. Fritz Behrens – ein vergessener DDR-Reformer der 50er Jahre. In: »Neue Zürcher Zeitung« vom 9./10. Juni 1990. S. 9.
- Helmut Steiner: Der aufrechte Gang eines DDR-Ökonomen: Fritz Behrens (1909–1980). In: »Utopie konkret«. Berlin (1990) 2. S. 80–84;
- Zur politisch-ökonomischen Kritik des »real existierenden Sozialismus«. Ein Musterfall – Fritz Behrens. In: Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17./18. November 1990. Berlin 1991. S. 93–98.
- Fritz Behrens – Lebensbilanz eines sozialistischen Wissenschaftlers. Zum erstmaligen Erscheinen seiner Kritik des Staatssozialismus. In: »Deutschland Archiv«. Köln 25 (1992) 11. S. 1160–1168.
- Gunther Kohlmey im Fadenkreuz der Revisionismus-Kampagne. In: »Utopie kreativ«. Berlin (1993) 33/34. S. 82 ff.
- Karl-Georg Zinn: Der unvermeidliche Untergang des real existierenden Sozialismus – ein Manuskript aus der Breshnew-Zeit. Rezension zu: Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. In: Wirtschaft und Gesellschaft. Wien 18 (1992) 3. S. 396–401. Nachdruck in: »Sozialismus«. Hamburg 19 (1993) 3. S. 20–22.

* Zusammengestellt von Helmut Steiner, ergänzt durch die Herausgeber.

Personenverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang 13 25 27
 Ackermann, Anton 20 22
 Adenauer, Konrad 30
 Adorno, Theodor 120
 Agricola, Rudolf 88
 Altwater, Elmar 109
 Apel, Erich 45 54f.
 Aresin, Norbert 34
 Arndt, Helmut 35
- Baade, Fritz 24
 Bahro, Rudolf 30
 Balkow, Julius 22
 Baumgarten, Arthur 18ff. 34
 Beatke, Albert 34
 Becker, Susanne 39 42
 Behr, Hans 38
 Behrens, Hanna 15f. 32
 Belkin, W. 139
 Benary, Arne 14 22 24f. 31 39 41ff. 48 54 65
 68 73 94 115ff. 119 152
 Benjamin, Michael 151
 Berg, A. 139
 Berger, Heinz 40
 Berger, Wolfgang 22 39ff.
 Bernstein, Eduard 74
 Biedenweg, Paul 15
 Biermann, Wolf 14
 Birman, J. 139
 Bischoff, Joachim 108
 Bley, Horst 86
 Bloch, Ernst 9 13f. 18 25 54 93 121f.
 124ff. 129 131f. 135
 Bloch, Joseph 131
 Böhm-Bawerk, Eugen 35 142f. 145
 Böhthefuhr, Heinz 15
 Bondi, Gerhard 88
 Borchardt, Julian 15f.
 Bordag-Wettengel, Erika 22
 Bortkiewicz, Ladislav [auch: ...laus] von 143ff.
 Braunreuther, Kurt 31 88
 Breshnew, Leonid Iljitsch 47 52 153
 Brewer, Anthony 93
- Brümmerhoff, Dieter 78
 Buch, Günter 44
 Bucharin, Nikolai Iwanowitsch 22 92
 Budzislawski, Hermann 34
- Campanella, Tommaso 126
 Černy, Jochen 39 44 153
 Cornu, Auguste 93
- Daly, Herman E. 86f.
 Deckers, Werner 34
 Diehl, Karl 91
 Dierking, Heiko 39 42
 Dietze, Alfred 15
 Dobb, Maurice Herbert 142 145
 Domin, Ernst 152
 Draheim, Hans-Georg 153
- Eberle, Friedrich 142
 Ehrlich, Ute 32
 Eichler, Heinz 22
 Eisler, Gerhart 18
 Elsässer, Jürgen 121
 Engelberg, Ernst
 9 18 21 32 34 54
 Engelberg, Waltraut 21 32
 Engels, Friedrich 29f. 74 92 94 98 123
 125 127ff. 136 140 144
 Ettl, Wilfried 104
 Euchner, Walter 46 94 118 150
- Fabian, Anne-Marie 153
 Fabian, Walter 17
 Fabiunke, Günter 88
 Feldman, Grigori Alexandrowitsch 86
 Fest, Joachim 126
 Fetscher, Iring 28
 Fichte, Johann Gottlieb 16
 Fischer, Hannelore 22
 Franke, Albert 149f. 152
 Franzke, Michael 32
 Freyer, Hans 18
 Fuchs, Emil 9 18

- Gadamer, Hans-Georg 18ff.
 Gehlen, Arnold 18
 Geigant, Friedrich 78f.
 Gekle, Hanna 124 127 131
 Glaeßner, Gert-Joachim 32
 Goldschmidt, Harry 30
 Gossen, Hermann Heinrich 19 21f. 35 80 89 92 96 151
 Gräbig, Gertraud 22
 Graupner, Karl-Heinz 44 84 153
 Gropp, Rugard Otto 25 93
 Großmann, Henryk 18 34
 Grotewohl, Otto 22
- Habermas, Jürgen 104
 Häußler, Helmut 34
 Hager, Kurt 25
 Handel, Gottfried 32 34
 Harich, Wolfgang 14f. 25
 Harig, Gerhard 9 18 21 34 151
 Haun, Horst 153
 Havemann, Robert 13f. 27f.
 Heban, Gerhard 151
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 19 30 89f. 92f.
 120 128 131 145
 Herzfelde, Wieland 18 34
 Heuer, Uwe-Jens 14
 Hirsch, Joachim 110
 Höhle, Thomas 22
 Hollitscher, Walter 15
 Holtzhauer, Helmut 20
 Honecker, Erich 47f. 51f. 119
 Huber, Gerhard 88
- Issing, Otmar 79
- Jacobi, Erwin 20 34
 Jenkis, Helmut 126
 Jonuscheit, Karl-Heinz 44 150
 Jostock, Paul 61 89 91
 Jünger, Jürgen 104
 Jusek, Hubert 34
- Kalecki, Michal 150
 Kampfert, Karl 25 74
 Kant, Immanuel 16 121 126
 Kantorowicz, Alfred 14
- Kardelj, Edvard 116
 Kautsky, Karl 74 131 138
 Keller, Dietmar 34
 Kessler, Gerhard 142
 Keynes, John Maynard 109 146f.
 Kilminster, Richard 127
 King, Alexander 86
 Klaus, Georg 68
 Klein, Fritz 14
 Klenner, Hermann 14
 Klohr, Olof 22
 Kofler, Leo 13 25
 Kohlmeier, Gunther 13f. 23 25f. 29 32 117 120 131 153
 Kolakowski, Leszek 124f. 129
 Kondratjew [auch: ...tieff], Nikolai Dimitrijewitsch 71
 Koziol, Helmut 38
 Krause, Günter 40 42f. 46 74 152 153
 Krause, Werner 44 84 153
 Krauss, Werner 9 13 18 20ff. 34
 Krömke, Claus 43 47 53
 Kuczynski, Jürgen 13f. 23 25 29
 32 40 88 117 147 150f. 153
 Kuhrig, Heinz 22
 Kuhrig, Hertha 22
 Kunze, Marion 125
- Laboor, Ernst 34
 Lambert, Maximilian 34
 Lange, Oskar 150
 Lasky, Melvin 127
 Lederer, Emil 89
 Leibniz, Gottfried Wilhelm 37
 Lemnitz, Alfred 92 148
 Lenin, Wladimir Iljitsch 21f. 65 74 82
 98 120f. 129f. 136 138 140 143 145 147
 Leontief, Wassily 85
 Ley, Hermann 19 21
 Liberman, Ewsej Grigorewitsch 44 117
 Lin Biao 9 138
 Lips, Eva 9 18
 Lips, Julius 18
 Litt, Theodor 18
 Loderer, Eugen 17
 Lohagen, Ernst 22
 Loschinski geb. Behrens, Hannamaria
 2 29 32 36 48 82 89 103 123 152

Luck, Herbert 25
 Lütge, Friedrich 18f.
 Lützel, Heinrich 78
 Lukács, Georg 25 93 119
 Lungwitz, Kurt 22
 Luxemburg, Rosa 16 92 94 131f. 138

Mahnkopf, Birgit 109
 Maier, Harry 71
 Malthus, Thomas Robert 89f. 92 147
 Mann, Dieter 24f.
 Mannheim, Karl 127
 Manoilescu, Mihail 91
 Mao Tse-tung 150
 Marcuse, Herbert 18
 Markov, Walter 9 13f. 18 20ff. 32 34
 Marx, Karl 16f. 19 21f. 25 28f. 33 40
 46 56 59 62ff. 69 74 78ff. 84ff. 89ff. 92ff.
 114 121 123ff. 135ff. 142ff. 144

Maslowa, N. S. 147
 Maus, Heinz 13
 Mayer, Georg 18 34 54
 Mayer, Hans 13f. 18 32 34 39
 Meerwarth, Rudolf 16f.
 Meier, Hanna: s. Behrens, Hanna
 Meißner, Herbert 22 88
 Mellerowicz, Konrad 40 89
 Menz, Gerhard 18 20
 Meusel, Alfred 15 20
 Mitscherlich, Alexander 95
 Mittag, Günter 43 45 47 49 51ff.
 Modrow, Hans 31
 Morandi, Pietro 53
 Morus, Thomas 126
 Müller, Eva 22
 Müller, Gerhard 22 32 146 153

Napoleoni, Claudio 144f.
 Naumann, Gerhard 48
 Naumann, Robert 25 31 37 61 148
 Neumann, Franz 18
 Nick, Harry 132
 Niekisch, Ernst 13
 Nowoschilow, W. W. 139
 Nultsch, Gerhard 22 96

Oelssner, Fred 22f. 25f. 146

Opitz, Petra 44 84 153
 Ostrowski, Christine 121

Paschkow, A. I. 77
 Pätzold, Erhard 33
 Pennavaja, Cristina 144
 Peter, Hans 91
 Pfütze, Gerhard 22
 Philippovich, Eugen von 91
 Picht, Georg 130
 Platon 125f.
 Plechanow, Georgi Walentinowitsch 74
 Polak, Karl 18 34 54
 Proudhon, Pierre Joseph 132

Radek, Karl 138
 Rathmann, Lothar 36
 Reimann, Guenter 9
 Reinhold, Otto 25 38 41 45ff.
 Renneberg, Joachim 34
 Rhode, Wilhelm 15
 Ricardo, David 96 144f.
 Richter, Gerhard 22 38 150 152
 Richter, Helmut 25
 Richter, Horst 80
 Riese, Hajo 71f.
 Robinson, Joan 142f. 145
 Rompe, Robert 13 68

Saage, Richard 126
 Sarodnick, Gerhard 22
 Schäfer, Carl 108
 Schaller, Herbert 15f. 22 33f. 54
 Scheer, Hermann 111
 Scheler, Hermann 25 116f.
 Schleifstein, Josef 18
 Schmalenbach, Eugen 89
 Schmidt, Alfred 46 94 118 150
 Schneider, Bertrand 86
 Schön, Otto 65
 Schreiner, Albert 18 20f. 34
 Schröder, Ralf 14
 Schröder, Winfried 14
 Schubert, S. 150
 Schürer, Gerhard 43
 Schulz, Robert 22
 Schumann, Jochen 78

- Schumpeter, Joseph Alois 89
 Schweitzer, Bernhard 18
 Schwendler, Gerhild 34
 Selbmann, Erich 22 34
 Selbmann, Fritz 24 42 76
 Seliger, Kurt 153
 Senior, Nassau William 79
 Seydewitz, Max 17
 Sieber, Rolf 44 84 153
 Siebert, Horst 78
 Sindermann, Horst 22
 Smith, Adam 79 142 145
 Sobotka, Dieter 78
 Sölle, Horst 22 34
 Sombart, Werner 91
 Sorge, Friedrich Adolf 130
 Spaemann, Robert 124f.
 Spittmann, Ilse 32
 Sraffa, Piero 144f.
 Stackelberg, Heinrich von 89 91 97f.
 Stalin, Josif Wissarionowitsch 19f. 22 41 65
 76 94 98 114f. 120 136ff. 146f.
 Steenbeck, Max 68
 Steinberger, Bernhard 22
 Steinberger, Nathan 29
 Steiner, Helmut 9 33 39f. 41f. 43 45f. 48 52f.
 74 84 88 90 92 123f. 126 153
 Steinitz, Wolfgang 13
 Stern, Heinz 22
 Stobbe, Alfred 78
 Stollberg, Rudhard 88
 Such, Heinz 34 54 114
- Thalmann, Hans 34 54
 Tiburtius, Joachim 89
 Togliatti, Palmiro 141
 Tomm, Alfred 150 152
- Trifonow, D. K. 75
 Trotzki, Leo Dawidowitsch 138
 Trümpler, Eckhard 48
 Tucker, Robert C. 130
- Ulbricht, Helga 22
 Ulbricht, Walter 25 30 39ff. 51f.
 115ff. 120f.
- Vanderheyden, Ildefons 128
 Varga, Stefan 91
 Vieweg, Kurt 14 25
 Voßkamp, Wilhelm 127
- Wagenknecht, Sahra 121
 Wagner, Siegfried 22
 Walter, Dieter 104
 Wandel, Paul 20
 Warnke, Camilla 88
 Weber, Alfred 20 65 89 94 146
 Weber, Max 91
 Weckesser, Roland 121
 Wezsäcker, Ernst Ulrich von 70f.
 Wenzel, Siegfried 22
 Westphal, Horst M. 78
 Wetzell, Rudi 30
 Winternitz, Joseph 13
 Wittfogel, Karl 124
 Wolf, Herbert 22 43ff. 69 74
 Wolf, Herbert F. 32
 Wolfe, Bertram 130
 Woll, Artur 78
- Zeigner, Erich 20 34
 Zinn, Karl-Georg 153
 Zweiling, Klaus 13 22
 Zwerenz, Gerhard 32

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Rolf Emmrich
Heinrich-Budde-Straße 19
04157 Leipzig

Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer
Zum Seeblick 4 c
12527 Berlin

Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolk
1997 verstorben

Prof. Dr. Günter Krause
Zingster Straße 6
13051 Berlin

Prof. Dr. Eva Müller
Hedwigstraße 12
04425 Taucha

Prof. Dr. Gerhard Müller
Hedwigstraße 12
04425 Taucha

Prof. Dr. Horst Richter
Walter-Arnold-Straße 19
01219 Dresden

Prof. Dr. Jörg Roesler
Mellenseestraße 5
10319 Berlin

Prof. Dr. Andreas Schüler
Heinrich-Heine-Straße 10
98693 Ilmenau

Prof. Dr. Heinrich Seickert
Springbornstraße 8
12487 Berlin

Prof. Dr. Helmut Steiner
Heinrich-Roller-Straße 28
10405 Berlin

Prof. Dr. Klaus Steinitz
Straße 201 Nr. 7
13156 Berlin

Prof. Dr. Herbert Wolf
Elsa-Brändström-Straße 65
13189 Berlin

Dr. Ernst Wurl
An der Lautsche 4
04207 Leipzig

